Donnerstag, 30. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 149 - 26.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Strauß–Honecker: Eine Begegnung findet Ende Juli auf Vorschlag Honeckers in der „DDR" statt. Bonn verbürgt erstmals einen Kredit von einer Milliarde DM an die „DDR" ohne Zweckbindung in der Erwartung von Erleichterungen (Zwangsumtausch) trotz möglicher Spannungen im Herbst. In diesem Fall gilt auch ein Honecker-Besuch in der Bundesrepublik als möglich. „DDR"-Schulden an Bonn damit 4,8 Milliarden DM.

Reagan: Der US-Präsident erwartet ein Wirtschaftswachstum von real 5,5 Prozent. Die dritte Einkommensteuersenkung von zehn Prozent (insgesamt 25) tritt in Kraft. – Reagan verteidigte seine Mittelamerika-Politik und bestritt Einsatzpläne für US-Truppen. – Einige Sanktionen gegen Polen könnten *aufgehoben werden, falls* dort freie Gewerkschaften zugelassen würden.

Spanien: *Premier Gonzales* betont NATO-Ablehnung durch seine Regierung. Eine Volksabstimmung über NATO-Mitgliedschaft Spaniens findet im Februar 1985 statt.

Bomber: Der Verteidigungsausschuß des US-Senats bewilligte 185 Milliarden Dollar für Verteidigung, darunter für den Langstreckenbomber B-1B.

CSU über Genscher: Scharfe Kritik der CSU an Genscher-*Fernschreiben an Botschafter* mit Sprachregelung zur Oder-Neiße-Frage: „Auf uns ist Verlaß, das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht."

ÖTV: Der 2. Vorsitzende Merten will Chef beim gewerkschaftseigenen ACE (Autoclub Europa) werden. Seine Nachfolge in der ÖTV ist noch offen.

Warschauer Pakt: Das „Fehlen von Drohungen" im Kommuniqué des Warschauer Paktes hat Staatsminister Mertes hervorgehoben. Auch für Genf sei „keine Tür zugeschlagen" worden. Die Moskauer Tagung empfahl Einfrieren von Atomwaffen und versprach „entsprechenden" Abbau im Osten bei Nicht-Nachrüstung der NATO. Ceausescu soll sich einer schärferen Sprache widersetzt haben.

Kabinett: Der Bundeshaushalt 1984 soll auf 258 Milliarden anwachsen bei sinkender Neuverschuldung (37 Milliarden). Das Kabinett beschloß weitere Finanzhilfen für Arbed Saarstahl (180 Millionen), die hälftig von Bund und Saarland aufgebracht werden. Auflage: Neue Programmplanung und Entlassungen.

Vatikan–Polen: Der Vatikan bildet eine Stiftung, die fünf *Milliarden Dollar* an Polens Landwirtschaft vermittelt. – In Posen demonstrierten mehrere hundert Menschen zur Erinnerung an den Aufstand 1956.

Heute: Kohl gibt Rechenschaft über deutsche EG-Präsidentschaft vor Europa-Parlament. – In Vorbereitung seines Moskaubesuchs empfängt Kohl Nitze *und Kampelman* (KSZE). – Primas Glemp heute in Rom erwartet. – Der Deutsche Bauerntag in Freiburg geht weiter (bis Samstag). – Hauptversammlung der Volkswagenwerk AG. – Zentralbankrat tagt; keine Pressekonferenz.

ZITAT DES TAGES



» Auf jeder Tonne Rohr, die wir auf dem Weltmarkt anbieten, lasten rund 65 DM Kosten für den Umweltschutz. «

Der scheidende Mannesmann-Chef Egon Overbeck auf der Hauptversammlung des Unternehmens.

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

US-Handel: Das höchste Bilanzdefizit der US-Geschichte im Mai: 6,9 Milliarden Dollar.

Preisanstieg: Der Anstieg von [illegible],4 Prozent in der Bundesrepublik ist der niedrigste seit November 1978.

Verschuldung: Frankreichs Auslandsschuld erreichte Ende 1982 insgesamt 295,4 Milliarden Franc.

UdSSR: Die beste Getreideernte seit 1978 mit 200 Millionen Tonnen erwarten US-Experten für die UdSSR. Im September beginnen neue Getreideankaufsverhandlungen Moskau–Washington.

Börse: Bei sehr ruhigem Ge*schäft erwiesen sich die Aktien*kurse als sehr widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war etwas freundlicher. WELT-Aktienindex 139,8 (139,7). Der Dollarkurs schwächte sich auf 2,5398 (2,5547) Mark ab. Goldpreis pro Feinunze 414,85 (416,00) Dollar.

KULTUR

Luther: Der früheste gedruckte Luther-Text (151[illegible]) wurde in Wolfenbüttel entdeckt.

Krebs: Bessere Diagnose und *Therapie* erhoffen Forscher *(laut Deutsche Krebshilfe)* von „monoklonalen" Antikörpern.

Girgensohn: Der Düsseldorfer Kultusminister war auch in der Waffen-SS. Dies wurde in der Diskussion um WDR-Chefredakteur Theo M. Loch bekannt.

Filmförderung: Mehrere Filme erhielten bis zu 250 000 DM. Zimmermann lehnt Förderung eines neuen Achternbusch-Films ab.

SPORT

Tennis: Billie Jean King (USA, 39), die innerhalb von 21 Jahren in Wimbledon 20 Titel gewann, hat das Halbfinale erreicht und *spielt heute gegen* Andrea Jaeger.

Turnen: Jürgen Geiger (23) aus Herbolzheim wurde zum zweiten Mal deutscher Meister *im* Zwölfkampf der Kunstturner.

Bayer: Verstärkte Kritik am *Aufwand für die Fußballclubs* Leverkusen und Uerdingen wird wegen Schmälerung der Dividende aus Aktionärskreisen laut.

AUS ALLER WELT

Schnitzler: Marta v. Schnitzler, (siebente) Ehefrau des „DDR"-Chefkommentators Eduard v. Schnitzler („Der schwarze Kanal"), wurde in einem Westberliner Kaufhaus beim Diebstahl *von Damenstrümpfen* (Wert: 13,40 DM) ertappt. Sie hatte einen „DDR"-Paß und einen ungarischen Paß.

Entführung: Fünf in Sudan entführte Missionare, darunter ein Deutscher, sind wohlauf. Die Entführer, eine „Befreiungsbewegung", fordern Kleidung, Geld und eine Erklärung im Fernsehen.

Abtreibung: Der US-Senat hat eine Verfassungsänderung abgelehnt, die Abtreibungs-Beschränkungen gestattet hätte.

Wetter: Der Sommer macht *weiter Pause; dennoch sind die* Schweizer Alpenpässe wieder befahrbar. Im Norden: Wolken und Schauer, im Süden zunächst noch aufgeheitert.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß trifft Honecker Ende Juli in der „DDR"

Einladung übermittelt/Bonn beschließt Milliardenbürgschaft für Ost-Berlin

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird *Ende Juli* in der „DDR" mit SED-Generalsekretär Erich Honecker zusammentreffen. Nach Informationen der *WELT* ist die Begegnung im Anschluß an einen Privatbesuch von Strauß in Dresden vorgesehen. Honecker hat, als er von dem Wunsch des CSU-Vorsitzenden hörte, den Zwinger zu besichtigen, über einen Mittelsmann das Angebot für ein solches Treffen unterbreitet. Strauß hat in Absprache mit Bundeskanzler Helmut Kohl diese Offerte Honeckers aufgenommen.

Um den Kreis der Mitwisser möglichst klein zu halten, wurden die Vorbereitungen für diese Begegnung in direktem Kontakt zwi*schen Strauß und Kohl sowie dem* Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenniger, erörtert. Strauß selbst hat allerdings vor einigen *Tagen CSU-Politiker* eingeweiht. Die „DDR" ihrerseits, so war zu hören, hat den Ständigen Vertreter in Bonn, Moldt, nicht eingeschaltet.

Strauß will Mitte Juli zu einem Privatbesuch nach Warschau fahren, wo der Bruder seiner Frau an der deutschen Botschaft tätig ist. Er wird mit dem Auto über Prag nach Warschau fahren und von dort dann über Dresden zurückreisen. Die „DDR" hat vorab dazu bereits die Genehmigung erteilt.

Nach *WELT*-Informationen hat sich im Zuge des Antrags von Strauß auf ein entsprechendes Visum der Kontakt mit Honecker entwickelt. Ost-Berlin signalisierte, wenn Strauß in der „DDR" sei und dies wolle, stehe Honecker zu einem Gespräch zur Verfügung. Dies hat nicht nur bei Strauß, sondern auch im Bundeskanzleramt große Überraschung ausgelöst, zumal Strauß seit vielen Jahren von der SED-Propaganda zum Feindbild *gestempelt worden war. Der* CSU-Vorsitzende will jetzt, nachdem das Gespräch mit Honecker konkret in Aussicht genommen ist, *drei bis vier Tage in der „DDR"* bleiben.

SEITE 2:
Milliarden-Bürgschaft
SEITE 4:
Gute Beziehung zu Bonn

Über einen hochrangigen Mittelsmann hatte Strauß nach dem Tod des Transitreisenden Rudolf Burkert im April bei der Verneh*mung durch „DDR"-Beamte* an Honecker appelliert, die Kontrollen „menschlicher" zu machen. Der CSU-Vorsitzende hatte danach gesagt, es habe eine gewisse Entspannung in diesem Bereich gegeben.

Das geplante Treffen zwischen Strauß und Honecker muß im Zusammenhang mit der Zusage der Bundesregierung gesehen werden, einen Kredit über eine Milliarde Mark für die „DDR" durch Bürgschaften abzusichern. Als Kreditgeber tritt ein Konsortium westdeutscher Banken unter der Führung der Bayerischen Landesbank in Erscheinung. Dazu gehören auch die rheinland-pfälzische und die hessische Landesbank. Die Summe soll in zwei Raten und zwar in vierteljährlichem Abstand an Ost-Berlin zu normalen Zins*konditionen gezahlt werden.*

Politisch wurde für diese finanzielle Transaktion erst in den letzten Tagen grünes Licht gegeben. *Nach Informationen der WELT hat* es ein abschließendes Telefongespräch in dieser Sache zwischen

● Fortsetzung Seite 10

Bonn: Kaum Neues aus dem Osten

Ziel bleibt Verhinderung der westlichen Nachrüstung / Streit auf Ostblock-Gipfel?

DW./Co. Bonn

Die Bundesregierung neigt wie die Regierungen der übrigen NATO-Staaten zu der Einschätzung, daß das Kommuniqué der Moskauer Gipfelkonferenz des Warschauer Pakts wenig neue Ge*sichtspunkte enthält. Als positiv* wurde von Regierungssprecher Peter Boenisch und dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, vermerkt, daß die Erklärung von Moskau auf Drohungen verzichte und die Tür zu einer Verhandlungslösung offenhalte.

Der Warschauer Pakt hatte seine Anregung wiederholt, die Rüstungsausgaben vom kommenden Jahr an *„einzufrieren"* und später beiderseitig zu reduzieren. Die Verhandlungen darüber sollten unverzüglich beginnen. Die dadurch freiwerdenden Mittel, so der Text, sollten insbesondere der „wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugute kommen. In diesem Passus sahen westliche Beobachter gestern eine Anspielung auf die wirtschaftlichen Probleme des Ostens.

Das östliche Militärbündnis erneuerte auch den Vorschlag für ein Einfrieren der atomaren Rüstung auf ihrem derzeitigen Stand. Die Sowjetunion und die USA sollten sich über den Verzicht auf die Stationierung neuer Mittelstreckenra*keten einigen. Dieses Abkommen* könne auch eine angemessene Reduzierung der bereits in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen enthalten.

Daß in dem Kommuniqué auf Drohungen im Zusammenhang mit der geplanten Stationierung neuer US-Waffen verzichtet wird, führen politische Beobachter auf Differenzen über die Haltung des *Ostblocks gegenüber* der NATO-Nachrüstung zurück. Auf der Konferenz hat sich offensichtlich der auf Mäßigung bedachte Einfluß Rumäniens durchgesetzt. Es wurde gestern nicht ausgeschlossen, daß es auf dem Treffen unter stren*ger Geheimhaltung zu offenen* Auseinandersetzungen des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu mit den anderen Führern kommunistischer Staaten gekommen ist. Ceausescu reiste in auffälliger Eile nach Bukarest zurück.

Brüsseler NATO-Kreise erklärten, ungeachtet aller Zurückhaltung in der Wortwahl handele es *sich bei dem Kommuniqué um ei*ne kaum geänderte Zusammenfassung des bisherigen sowjetischen Standpunktes. Ziel Moskaus sei es nach wie vor, die westliche Nachrüstung zu verhindern und dabei nur auf einen Teil der im Westen der UdSSR stationierten SS-20-Raketen zu verzichten. Für die CDU/CSU sagte Jürgen Todenhöfer, der Vorschlag beweise, daß Moskau *nicht auf seine „Hegemonialwaffe"* SS 20 verzichten wolle.

Das Interesse konzentriert sich jetzt auf die geplante Moskau-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl. US-Präsident Reagan zeigte sich beeindruckt über die gründliche Vorbereitung und *würdigte die* engen Kontakte zwischen Bonn und Washington.

Seite 2: Gipfel-Bremser

Hilfsprogramm für Polen bestätigt

Reagan nennt Bedingungen für Lockerung der Sanktionen gegen Warschau

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat die Aufhebung einiger Sanktionen *gegen Polen für den Fall in Aus*sicht gestellt, daß die Warschauer Führung doch noch eine freie, keiner staatlichen Kontrolle unterworfene Gewerkschaft erlaubt.

Reagan wies auf einer Pressekonferenz ausdrücklich darauf hin, daß Papst Johannes Paul II. während seines Polen-Besuchs die Forderung nach Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft bekräf*tigt habe. Der amerikanische Präsi*dent ließ jedoch die Frage unbeantwortet, ob der Vorsitzende der verbotenen „Solidarität", Lech Walesa, auf eine aktive Rolle in einer künftigen freien Arbeitnehmerorganisation verzichten solle. In den vergangenen Tagen hatte es Meldungen des Inhalts gegeben, der Papst habe Walesa aufgefordert, sich künftiger aktiver Gewerkschaftstätigkeit zu enthalten, um so den Weg für die Aufhebung des Kriegsrechts zu bereiten. Die amerikanische Rundfunkgesellschaft CBS hatte am Montag gemeldet, der Papst und die polnische Führung hätten eine Vereinbarung *über eine kirchliche Bank und eine* neue Gewerkschaft ohne Walesa unter der Schirmherrschaft der Kirche getroffen.

Die Meldung über ein neues Hilfsprogramm für Polen wurde von Kardinal John Krol (Philadelphia) bestätigt. Der Kardinal, der Johannes Paul II. auf der Polen-Reise begleitet hatte, sagte, der Vatikan werde mit Billigung der pol*nischen Führungsspitze eine Stif*tung ins Leben rufen, durch die der polnischen Landwirtschaft rund fünf Milliarden Dollar zufließen sollen. *Die Mittel sollten über fünf* Jahre verteilt in Polen investiert werden. Die Hälfte der Summe wird nach diesen Angaben von verschiedenen Regierungen bereitgestellt werden, ein Viertel solle von Stiftungen finanziert werden, das letzte Viertel werde die katholische Kirche beisteuern.

Nicht bestätigt wurde von Kardinal Krol, daß der Papst Walesa aufgefordert habe, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Der amerikanische Kardinal *äußerte sich allerdings zuversicht*lich, daß die polnische Regierung den Reformprozeß wiederaufnehmen wolle. Er vertrat – unter anderem gegenüber dem amerikanischen Präsidenten – die Auffassung, einer Lockerung der Beschränkungen durch die Warschauer Führung sollte durch eine Lockerung der amerikanischen Sanktionen entsprochen werden. Krol verwies dabei auf *Berichte*, nach denen das Kriegsrecht am polnischen Unabhängigkeitstag (22. Juli) aufgehoben werden könnte. Andeutungen in dieser Richtung hatte in der vergangenen Woche Jaruzelski-Berater Gornicki gemacht. Eine Bestätigung Warschaus steht aber noch aus.

Der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, wird heute in Rom erwartet. Glemp wird von den Bischöfen aller Diözesen, die der Papst vom 16. bis 23. Juni besucht hat, begleitet.

Israel mahnt Bonn zu Zurückhaltung

Botschafter: Waffenlieferungen an Saudi-Arabien nicht im Interesse der Region

K. J. Bonn

Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Jitzhak Ben Ari, hat die Vorbehalte seines Landes gegen deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien bekräftigt und die Bonner Regierung ge*mahnt, die bisherige „vernünftige* Politik der Zurückhaltung" in Rüstungsgeschäften beizubehalten. In einem Interview des Deutsch*landfunks* sagte Ben Ari, neue Waffenlieferungen – gemeint ist vor allem der von den Saudis gewünschte deutsche Kampfpanzer „*Leopard 2*" – lägen auch weiterhin nicht im Interesse der Region.

Ben Ari: Es sei „doch komisch", daß *man* zu einer Zeit, da Ost und West in Genf, Wien und anderen Orten über Abrüstung verhandelten, den Nahen Osten, der „eine *sehr komplizierte Region ist*, und wo es sowieso viel zuviel Waffen und zu wenig Frieden gibt", aufrüsten wolle. Der Botschafter bestritt in dem Interview Presseberichte, wonach mit Israel über Kompensationsgeschäfte als Gegengewicht zu Waffenlieferungen an Riad verhandelt worden sei. Es habe auch keine andersartigen Kontakte zwischen Bonn und Jerusalem über eine mögliche Aufrüstung der Saudis mit modernen Waffensystemen gegeben.

Ben Ari verwarf die These, daß Saudi-Arabien die deutschen Waffen benötige, um sein Öl vor östlichem Zugriff zu schützen. „Ich bin überzeugt, daß man sein Öl nicht mit einem der besten und modernsten Panzer der Welt heute verteidigen kann oder soll. Ich bin überzeugt, daß die Saudis diese Waffen nicht lange bei sich halten würden", erklärte er.

Ben Ari wies darauf hin, daß die Region des Vier-Länder-Ecks Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Israel wegen der komplizierten strategischen und taktischen Lage eigentlich immer eine Region des Friedens *gewesen* sei, selbst wenn im Norden geschossen wurde. Ein neues Waffensystem in diesem Gebiet könnte Entwicklun*gen fördern, „die auch vielleicht* die saudische Regierung nicht haben möchte, aber aus ihrer innenpolitischen Situation Gefahren mit *sich bringen". Er verlasse sich „auf* die Vernunft und die gute Diplomatie meiner deutschen Kollegen, dies auch ihren Gesprächspartnern *klarzustellen*".

Als „vollkommenen Unsinn" bezeichnete der Botschafter Presseberichte, daß deutsche Politiker, *die öffentlich über Fragen des* Waffenexports in den Nahen Osten nachgedacht haben, von israelischer Seite eingeschüchtert worden seien. „Weder tut Israel das, noch ist es in der Absicht Israels, das zu tun."

Das Interesse Saudi-Arabiens am *Kauf deutscher Waffen – die Rede* ist von 300 „Leopard 2"-Panzern, 60 „Gepard"-Flakpanzern, 30 bis 40 „Roland"-Raketensystemen sowie *Schützenpanzern vom Typ „Mar*der" im Gesamtwert von zwischen zehn bis zwölf Milliarden Mark – ist seit Anfang 1981 bekannt. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte Saudi-Arabien zunächst die Lieferung des „Leopard 2" zugesagt, war dann aber am Widerstand aus den Reihen der Koalitionsparteien SPD und FDP gescheitert.

Wie sich die CDU/CSU-FDP-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl verhalten wird, ist noch ungewiß. Außenminister Genscher wird eine eher ablehnende Haltung nachgesagt, während die CSU die Panzerlieferungen begrüßen würde. In der CDU ist die Meinung geteilt.

Eine Entscheidung wird vermutlich erst nach den Besuchen Kohls in Israel und Saudi-Arabien im *Frühherbst fallen.*

DER KOMMENTAR

Stoltenbergs Rezept

HEINZ HECK

Kann Stoltenberg mit dem bisherigen Ergebnis der Haushaltsberatungen zufrieden sein? Sicher nicht. Allein die Verschuldung des Bundes erreicht mit rund 37 Milliarden Mark eine Höhe, die kein Finanzminister mit Gelassenheit hinnehmen kann. In seinen eigenen Bewertungen ist auch immer wieder von der „viel zu hohen Verschuldung" die Rede.

Entscheidender aber ist die Frage, ob der Abbau schneller hätte vonstatten gehen können. Hier fällt die Antwort schon schwerer. Zwar sind dem Bonner Kassenwart in den letzten Wochen zahlreiche *Empfehlungen* für weitere Einsparungen gegeben worden. Ihnen standen jedoch auch handfeste Forderungen nach zusätzlichen Milliardenspritzen gegenüber.

Über das Paket zur Steuerentlastung – eine Kombination aus Senkung der Vermögensteuer und Abschreibungserleichterungen – kann man lange diskutieren. Mit Sicherheit wäre die Verwendung der Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung (welche die Koalition zur Finanzierung dieses Pakets beschlossen hatte) für eine noch drastischere Senkung der Schulden die schlüssigere Entscheidung gewesen. Das hätte ein deutlicheres Entwarnungssignal an den Kapitalmarkt mit erwünschten Rückwirkungen auf die Zinsentwicklung bedeutet.

Jedoch am politischen Konsens – also dem mehr oder weniger offen ausgetragenen Grabenkrieg in der Koalition – kommt auch ein Minister mit der Autorität Stoltenbergs nicht vorbei. Hier werden auch die politischen Grenzen der Union als Volkspartei erkennbar. Der eigentliche parlamentarische Hürdenlauf beginnt aber erst. Es *handelt sich dabei um einen* Härtetest der Parlamentarier, die in den Sommerferien im Wahlkreis und anderswo begründen müssen, warum gerade hier und nicht an anderer Stelle gekürzt wird.

Erschwerend kommt hinzu, daß es sich um eine Daueraufgabe handelt. Schon Ende *letzten Jahres hatte der Bund* – also wir alle – rund 300 Milliarden Mark Schulden. Allen Sparbemühungen zum Trotz kommen in den nächsten Jahren jeweils zweistellige Milliardenbeträge hinzu. Daher sind Konsolidierungserfolge in den achtziger Jahren nur an der von Jahr zu Jahr ge*ringeren Zunahme* der Neuverschuldung zu erkennen. Ungeduld ist verständlich, aber nicht am Platz, wenn auch die Hypotheken der Vergangenheit drücken.

Neuer Konflikt zwischen CSU und Genscher

MANFRED SCHELL, Bonn

Zwischen der CSU-Führung und Bundesaußenminister Genscher (FDP) ist ein neuer Konflikt entstanden, über den die CSU bald ein klärendes Gespräch mit Bundeskanzler Kohl führen will. Ursache der Verstimmung ist ein Fernschreiben Genschers, das verschlüsselt an zwölf Botschaften, hauptsächlich in osteuropäischen Ländern, geschickt wurde und in dem der Bundesaußenminister die Haltung der Bundesregierung „zur Westgrenze Polens" erläutert.

Genscher bezieht sich dabei auf „jüngste öffentliche Diskussionen", mit denen Reaktionen unter anderem auf Aussagen von Bundesinnenminister Zimmermann und anderen Unions-Politikern gemeint sein dürften. Die Diplomaten werden an eine Rede Genschers vom 1. Februar in Prag erinnert. Auf einer Pressekonferenz *hatte Genscher* zugleich darauf hingewiesen, daß in der neuen Koalition die Politik der guten Nachbarschaft auf der Grundlage der Ostverträge verankert worden sei, in diesem Zusammenhang werde der Aussöhnung mit Polen besondere Bedeutung beigemessen. Genscher: „Auf uns ist Verlaß, das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht."

Die CSU spricht von einer „einseitigen, nicht akzeptablen Darstellung". Der Bundesaußenminister habe wesentliche Teile *der* deutschlandpolitischen Position der Bundesregierung nicht dargestellt. Zum Beispiel habe Genscher *die Rechtsposition hinsichtlich der* Grenzen von 1937 und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts unbeachtet gelassen.

Neue Hilfe für Arbed aus Bonn und Saarland

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung und das Saarland wollen Arbed-Saarstahl mit einer neuen Überbrückungshilfe von zusammen 180 Millionen Mark aus den akuten Schwierigkeiten herausführen. Darauf verständigten sich gestern die zuständigen Minister in einem Gespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl vor der eigentlichen Kabinettsberatung über den *Bundeshaushalt* 1984. Dieser sieht für das nächste Jahr Ausgaben von 257,75 Milliarden Mark vor, 1,8 Prozent mehr als *in diesem Jahr*. Angesichts der zugespitzten Finanzlage beschloß die Bundesregierung, weitere 90 Millionen Mark für Arbed-Saarstahl bereitzustellen, wenn das Saarland sich in gleicher Höhe beteiligt. Ministerpräsident Werner Zeyer *kündigte einen entsprechenden* Nachtragshaushalt für die nächsten Tage an.

Am 8. Dezember waren aufgrund eines Umstrukturierungskonzepts des Unternehmens, das in den nächsten Jahren zur Sanierung führen sollte, für dieses Jahr bereits Hilfen von Bund und Land von 380 Millionen Mark beschlossen worden. Dieses Konzept wurde *nach Ansicht der Bundesregierung* nicht realisiert. Daher wurde die neue Hilfe an die Bedingung geknüpft, daß die Geschäftsführung bis Mitte Oktober ein neues Anpassungsprogramm vorlegen müsse. Neben Rationalisierungsmaßnahmen soll das Schwergewicht dabei auf Schritten zu einer rascheren und nachhaltigen Senkung der Arbeitskosten liegen. Der Belegschaftsstand müsse so schnell wie möglich an die Marktgegebenheiten angepaßt werden.

Von Weizsäcker plädiert für Treffen Shultz–Gromyko

„Mehr Vertrauen" für Genfer Verhandlungen bilden

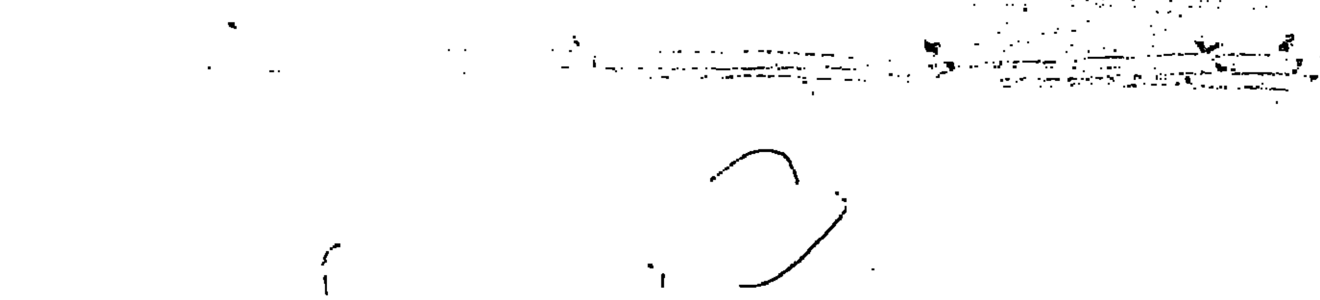
F. DIEDERICHS, Berlin

Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) hat sich gestern dafür ausgesprochen, daß US-Außenminister Shultz noch vor Wiederaufnahme der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammentreffen sollte, um auf beiden Seiten „mehr Vertrauen zu bilden". Von Weizsäcker setzt sich als *Bilanz seiner USA-Reise für einen* Besuch von Shultz in Moskau ein, da „ein Treffen zwischen Andropow und Reagan derzeit sicher auf Schwierigkeiten *stößt*".

Weizsäcker betonte, er sei in seinem Gespräch mit US-Präsident Reagan, dessen Stellvertreter Bush *sowie Senatoren und* Kongreßabgeordneten „vom ernsthaften Abrüstungswillen der USA überzeugt worden". Er sei sich mit allen Gesprächspartnern darüber einig, daß für den Westen ein Monopolanspruch der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenwaffen „*nicht annehmbar*" sei. Im Bereich der taktischen atomaren Kurzstreckenwaffen hält von Weizsäcker „eine weitere beachtliche Reduzierung für möglich". An eine Kompromißbereitschaft des Ostens bei den Verhandlungen über die Mittelstrecken-Raketen könne aber „ohne eine Stationierungsbereitschaft des Westens nicht gedacht werden".

Bei den im Herbst wieder anstehenden Genfer Verhandlungen gehe es *„um das Kernstück* der Ost-West-Beziehungen", sie hätten deshalb auch einen entscheidenden Einfluß auf die innere und äußere *Lage* Berlins. Für ein mögliches Scheitern der Genfer Verhandlungen habe er seinen Gesprächspartnern im Weißen Haus zu verstehen gegeben, daß als Folge „deutliche Unterschiede in der Meinungsäußerung der deutschen Bevölkerung zu erwarten" seien. Berlin werde jedoch „weder scharfmachen noch den Rat geben, bei den in der NATO getroffenen Vereinbarungen nicht zu bleiben".

Zur Wirtschaftspolitik der USA meinte von Weizsäcker, die Qualität der Bündnispartnerschaft hänge auch wesentlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Die andauernden Defizite im US-Handel machten derzeit eine Arbeitsmarktbelebung in der Bundesrepublik „schwierig".



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gipfel-Bremser

Von Carl Gustaf Ströhm

Das Moskauer Gipfeltreffen der Parteichefs des Warschauer Pakts hat zumindest eine Überraschung beschert: Die allgemein erwartete massive Drohung gegen die westliche Nachrüstung blieb aus. Es war keine Rede von der Stationierung zusätzlicher sowjetischer Raketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei. Statt dessen ergingen sich die Parteichefs in allgemeinen Abrüstungs-Forderungen.

Man muß annehmen, daß das Ergebnis des Gipfels weniger neuen Überlegungen oder gar einer Wandlung sowjetischer Politik entspringt, als vielmehr Resultat des Kräfteverhältnisses innerhalb des Warschauer Paktes ist. Die Rumänen und ihr Parteichef Ceausescu machten von vornherein klar, daß sie unter gar keinen Umständen eine Erklärung unterstützen könnten, die Drohungen gegen den Westen enthalte. Eine Ostblock-Deklaration, bei der es durch rumänischen Widerstand keine Einstimmigkeit gegeben hätte, wäre aber eines guten Teils ihrer Wirkung beraubt worden. Hinter den Kulissen mögen auch andere Mitglieder des Warschauer Paktes – man denke etwa an die Ungarn – mitgebremst haben. Denn die Stationierung neuer sowjetischer Waffen in den Vorfeld-Staaten des Ostblocks bringt auch gewaltige Kosten, die zu Lasten der kleinen osteuropäischen Länder gehen müssen.

Für den Westen ist das Resultat von Moskau kein Grund zu voreiligem Jubel. Wohl aber trägt es zur Erkenntnis bei, daß auch drüben mit Wasser gekocht werden muß. Wenn dieser Umstand die Sowjets doch noch zu einem konstruktiveren Verhalten veranlassen sollte, so könnte es allen Beteiligten und den von Moskaus Mittelstreckenraketen Bedrohten nur recht sein.

Bilanz ohne Glanz

Von Ulrich Lüke

Die Bundesregierung hat es ihren Kritikern leichtgemacht. Vor Antritt ihrer sechsmonatigen Präsidentschaft im EG-Ministerrat hat sie Erwartungen geweckt, die auch die finanzkräftigste und am meisten proeuropäische Regierung nicht hätte erfüllen können. Hans-Dietrich Genscher, der Ratspräsident, der gestern abend in Straßburg den Europa-Abgeordneten Rechenschaft ablegte, wird sich heute vor den Parlamentariern manch hartes Wort gefallen lassen müssen.

Parlamentspräsident Piet Dankert ist mit seiner Kritik bereits vorgeprescht. Doch der niederländische Sozialist macht es sich ebenfalls zu leicht. Von einer Ratspräsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft wird seit Jahren zuviel erwartet. Auch Genscher kann keine Wunder vollbringen, wenn seine Partner nicht wollen.

Der Ruck, der nach Bonns vollmundiger Ankündigung durch die EG gehen sollte, ist ausgeblieben. Dem Bundeskanzler ist es auf dem Stuttgarter Gipfel aber immerhin gelungen, alle zentralen EG-Streitfragen im Paket zu halten. Damit ist gewährleistet, daß jede nationale Regierung ein eigenes Interesse an einer Verabschiedung dieses Gesamtpaketes behält. Das ist im Europa des Jahres 1983 nicht wenig. Es ist jedoch bei weitem weniger, als die Pro-Europäer in Straßburg erwartet hatten.

Belastet durch die eigene und durch Wahlen in Großbritannien und Italien, ist der deutschen Präsidentschaft der Erfolg verwehrt geblieben, den die Gemeinschaft so dringend gebraucht hätte. Bonn zog die europäischen Zügel erst Ende März an. Die Uneinigkeit in den eigenen Reihen über die Erhöhung der EG-Finanzen führte überdies zu Irritationen im europäischen Ausland.

Wenn die Griechen, die heute die europäische Stafette übernehmen, jedoch den Fleiß aufbringen, den Genscher und seine Beamten in den letzten drei Monaten gezeigt haben, dann könnte sich auch die deutsche Präsidentschaft im nachhinein als erfolgreich herausstellen.

Von Pinseln und Federn

Von Enno von Loewenstern

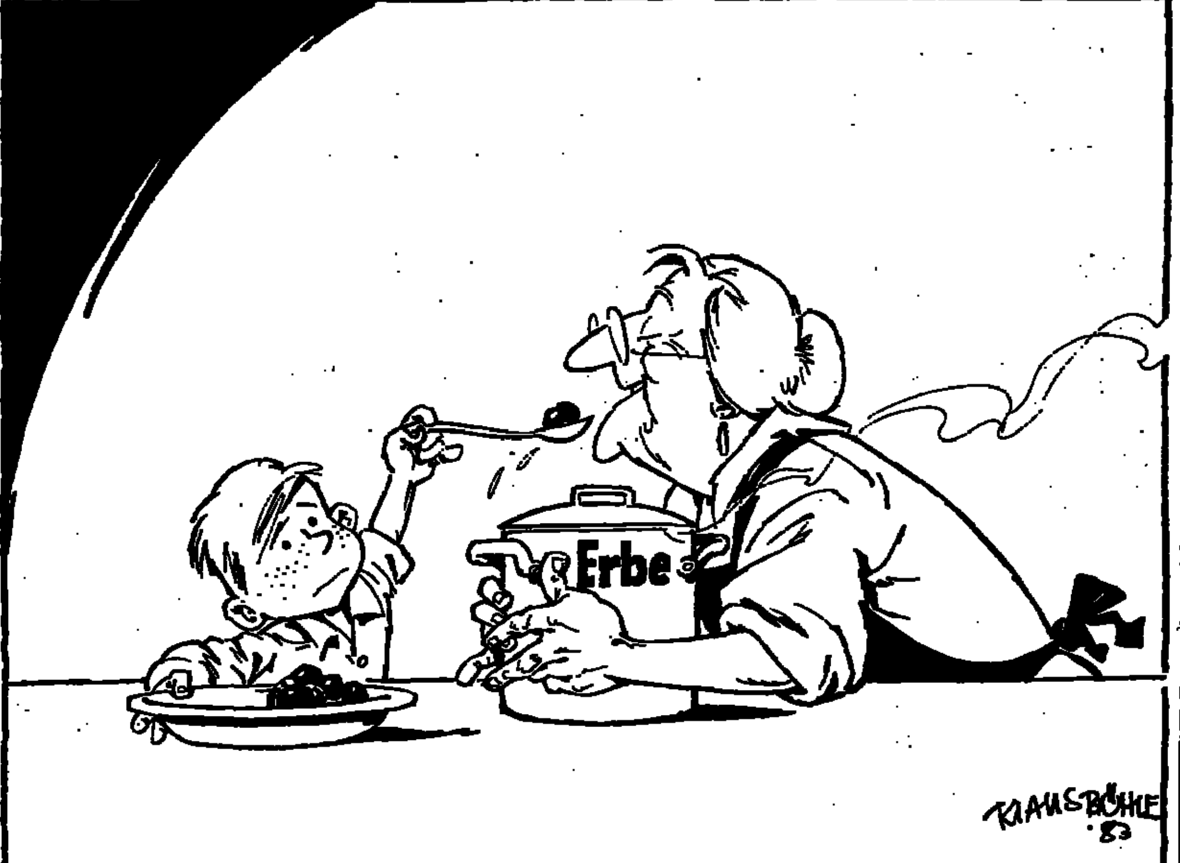
Kann man den Frieden zur Karikatur machen? Bestimmte Kreise können das hervorragend. Nachdem man Physiker, Psychiater, Ärzte, Juristen usw. „für den Frieden" zu mobilisieren verstand, wurde nun auch ein „Wettbewerb Cartoon 83 – Krieg und Frieden" ausgeschrieben.

Die Initiatoren, ein „Informationsbüro für Friedenspolitik, München", erklären sich als „politisch blockfrei" und nennen unter den Kriterien für die Preisverleihung als erstes: „Gesamtaussage". Wie hat die zu sein? Das Begleitschreiben gibt einen taktvollen Hinweis: „... Widerstand gegen die NATO-‚Nach'-Rüstung ... Cartoonisten könnten auf ihre Weise einen Teil dazu beitragen."

Es gibt auch prächtige Preise: Die ersten fünf bekommen „eine friedenspolitische Reise nach Polen oder in die UdSSR (Gewinner aus osteuropäischen Ländern erhalten nach Absprache einen Preis im Wert von DM 500,-)".

Wir brauchen uns nicht den Kopf über die eventuellen „Gewinner aus osteuropäischen Ländern" zu zerbrechen: ob ihr Preis nun DM 500,- West oder DM 500,- Ost wert sein wird und ob ihnen nicht doch auch eine friedenspolitische Reise tief in die UdSSR hinein winkt, falls ihre Cartoons die falsche Gesamtaussage enthalten. Gerade die östlichen Künstler wissen den Hinweis der Veranstalter „Der Rechtsweg ist ausgeschlossen" zu schätzen.

Westliche Teilnehmer hingegen dürfen wohl auf alle Fälle damit rechnen, daß ihre Namen auf gewissen Listen des Veranstalters festgehalten und daß die Kontakte fortgesetzt werden. Aber sie können dafür auf interessante friedenspolitische Begegnungen mit östlichen Kollegen hoffen. Vor einigen Jahren fragte ein westlicher Cartoonist die Künstler des Moskauer Sozhumorblattes „Krokodil", warum man im Osten, anders als im Westen, nie die Machthaber karikiere. Längere Beratung, dann die Auskunft: „Wir karikieren sie, wenn sie es verdienen!" – „Und wann verdienen sie es?" – „Wenn sie abgesetzt werden!" So, lieber Leser, dient man dem inneren Frieden.



Der Generationenvertrag

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Es wird eingesammelt

Von Peter Gillies

Der Bundesregierung scheint es eine Lust zu sein, das Rentensystem im Gerede zu halten – so jedenfalls muß es vielen Versicherten und Rentnern vorkommen. Tatsächlich mischen sich in der Rentenpolitik jedoch törichte mit vernünftigen Debattenbeiträgen. Dabei geht manchmal der Blick für den wesentlichen Kern verloren: eine langfristige, stabile und vertrauensstiftende Konstruktion der Altersversicherung, die alle Generationen mittragen.

Gefahren für das Rentensystem drohen aus mehreren Gründen. Kurz- und vielleicht mittelfristig sind es die konjunkturellen Bedrohungen mit der hohen Arbeitslosigkeit, langfristig ist es der kopflastige Lebensbaum mit den vielen Altenteilern und den wenigen Aktiven. Hinzu kommt eine strukturelle Komponente: In den Zeiten des Wachstums wurde das Rentensystem mit Aufgaben überfrachtet, für die es nicht zuständig ist und die es auch nicht zu lösen vermag.

Die Sanierungsbemühungen der Bundesregierung beschränken sich nicht auf die tägliche Feststellung am Bildschirm, die Renten seien sicher. Sie gehen durchaus an die Substanz, schleifen Besitzstände und fordern deshalb Kritik heraus.

Das Versprechen der Regierung, auch Mitte 1984 die Renten zu erhöhen, ist ein Erfolg Norbert Blüms, die überflüssige Diskussion über die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen das Gegenteil. Aber die Stetigkeit der Rentenerhöhung wurde mit verdeckten Beitragserhöhungen erkauft, die den Kostendruck der Unternehmen verschärfen.

Mehr als ein Schönheitsfehler ist es auch, daß die Mehreinnahmen von heute zu höheren Rentenansprüchen in der Zukunft führen – in einer Zukunft zumal, die wegen der ungünstigen Altersstruktur eine Verdoppelung der Beitragslast oder eine Halbierung der Renten als finanzielle Logik erscheinen läßt. Wenn keine gleitende Lösung dieses Problems erreicht wird, dürfte der Generationenvertrag zerbrechen.

So stellt sich immer wieder die Frage von Glaubwürdigkeit und Verläßlichkeit. Die alte Bundesregierung hat dagegen verstoßen, die neue ist den gleichen Anfechtungen ausgesetzt. So hatte der Vorgänger Blüms durch die Neubewertung der Ausfallzeiten die Rentenanwartschaften breitester Schichten empfindlich verringert, ohne daß diese es freilich merkten. Ihre Kalkulationsbasis gegenüber dem Eintritt vor vielen Jahren hat sich entscheidend verschlechtert.

Gleiches geschieht jetzt bei den freiwillig Versicherten, also vor allem Selbständigen, Hausfrauen und Beamten. Viele von ihnen streben ins Altenteil und nutzen dabei eine großzügige Frührente (wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit) aus. Trotz vergleichsweise spärlicher Eigenbeiträge erreichen sie mit Tricks und Attesten eine vergleichsweise üppige Rente.

Das will die Regierung korrigieren, weil es weder sozial noch finanziell erträglich ist, wenn sich Teile der Versicherten eine Frührente zu Lasten der anderen genehmigen. Die Zahl der Frührentner hat auf eine für die Rentenfinanzen bedrohliche Weise zugenommen, das Durchschnittsalter der Ruheständler sinkt ständig; nur noch 19 Prozent gehen als „Normalrentner" mit 65 Jahren aufs Altenteil. Der Rest verkürzt die Lebensarbeitszeit auf die eine oder andere Weise.

Aber die Sache hat eine Kehrseite. Die Hausfrauen und



Generationenvertrag am Ende? – Minister Norbert Blüm

FOTO: FRANK DARCHINGER

Selbständigen, die vor zehn Jahren in die Rentenversicherung gelockt und gedrängt wurden, haben sich im Vertrauen darauf eingelassen, daß sie gegen Alter und Invalidität voll versichert sind. Durch die Verschärfung für Frührentner sehen sie sich um einen wesentlichen Teil dieser Zusage gebracht.

Dabei geht es weniger um die Frage, ob die rückwirkende „Verschlimmbesserung" gegen das Grundgesetz verstößt. Entscheidend ist die Frage, ob sich der Bürger auf staatliche Versprechungen verlassen darf. Dabei muß eine gewisse Fristenkongruenz gelten: Plötzliche Verschlechterungen von kurzfristigen Daten (z. B. Steuern) wären hinnehmbar, Entscheidungsdaten, die jahrzehntelang wirken, darf der Staat aber nicht nach Belieben ändern.

Aber das sind nur Kostproben der wirklichen Probleme. Im Allparteienkonsens hat man damals verteilt und versprochen, was man heute – wiederum im Konsens – auf das Finanzierbare zurückschneiden muß. Die Rentenversicherung ist mit vielen Dingen überfrachtet – von Familien- bis Behindertenhilfe –, die mit ihrem eigentlichen Zweck nichts zu tun haben. Er lautet: Man versichert sich und erhält im Alter eine Rente, die sich nach den Einzahlungen richtet.

Die Altersversorgung bei uns ist voll von Verstößen gegen dieses Versicherungsprinzip. Zwischen Knappschafts- und Sozialrentnern, dem öffentlichen Dienst und anderen Gruppen gibt es Verzerrungen, die ans Skandalöse grenzen. Es geht um nicht weniger als dies: Anpassung der Altersversorgung an die finanziellen Möglichkeiten, Sanierung durch Opfer aller Beteiligten, Vertrauensstabilisierung durch Verabschiedung von der staatlichen Rundumversicherung. Da der Staat die bisherigen Ansprüche nicht zu finanzieren vermag, stellt sich die Frage, ob nicht jeder Bürger die Vorsorge stärker in die eigenen Hände nehmen sollte. Wer auf sich selbst vertraut, kann wenigstens nicht enttäuscht werden.

IM GESPRÄCH Moshe Levy

Haudegen mit kühlem Kopf

Von Rafael Seligmann

Daß es in Libanon trotz angespannter Lage und fast täglicher Zwischenfälle seit zwei Monaten nicht zu direkten Zusammenstößen zwischen israelischen und syrischen Truppen gekommen ist, wird von vielen dem Generalstabschef der israelischen Armee, Moshe Levy (47), zugeschrieben. Wie zufällig ist er eben seit dieser Zeit im Amt.

Israels oberster Soldat sieht mit seiner wuchtigen Figur und gut zwei Metern Höhe wie der Idealtypus eines Haudegens aus, und so konnte der – mittlerweile verstorbene – General Yoffe witzeln: „Moshe Levy muß irgendwann Israels Generalstabschef werden, damit die Welt sieht, daß wir nicht nur tüchtige Soldaten haben, sondern auch Männer, die wie Soldaten aussehen." Aber, wie das oft so geht: *Der Augenschein trügt.* Levy ist eben kein Eisenfresser, sondern er gilt vielmehr als der versierteste Stabsoffizier der israelischen Armee. Ganz anders als sein Vorgänger, Rafael Eytan, der Büros und Kommandozentralen mied wie der Teufel das Weihwasser und der sich lediglich bei der Truppe wohlfühlte, gilt Levy als Mann der sorgfältigen Planung und peinlichen Vorbereitung.

Ein Bürohengst ist Israels neuer Generalstabschef dennoch nicht. So war „eineinhalb Moshe", wie Levy wegen seiner Körpergröße genannt wird, zwischen 1968 und 1970 Kommandeur einer Fallschirmjägerbrigade. Vier Jahre später wurde er Chef einer Panzerdivision. Aber diese Kommandoposten waren stets Ausnahmen in seiner steilen Karriere. Die Regel waren Stabsarbeit und Theorie. Immerhin: Während Levy die Stäbe in wechselnden Positionen leitete, fand er zwischen 1963 und 1968 Zeit, ein Studium der Wirtschaftswissenschaften und der islamischen Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem zu absolvieren.

Einen wichtigen Kommandoposten nahm Levy erst 1977 ein: Der damalige Verteidigungsminister



Israels Generalstabschef: Moshe Levy FOTO: AP

Peres übertrug ihm die militärische Verantwortung für die vorwiegend von Arabern bewohnten Gebiete Judäa und Samaria. Levy entledigte sich dieser diffizilen Aufgabe trefflich. Seine Einheiten erhielten den Befehl, so wenig wie möglich in Erscheinung zu treten, aber dennoch die Sicherheit für Araber und Juden zu gewährleisten.

Levys stetige Arbeit wurde im Vorjahr mit der Ernennung zum Leiter der Stabsabteilung belohnt. Der neue Verteidigungsminister Moshe Arens fand an dem intellektuellen, vorsichtig agierenden Levy Gefallen und setzte dessen Nominierung durch. Die Ernennung fand in Israel weitgehende Zustimmung. Als Sohn irakischer Einwanderer *gehört der neue Armee*chef der Bevölkerungsmehrheit der orientalischen Sepharadim an. Als Mitglied des Kibbuz Beit Alpha steht der General der Arbeiterpartei nahe, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis diese Kollektivsiedlungen bilden. Als ruhiger, bedachtsamer Befehlshaber, der mit allen Mitteln versuchte, die Verluste der Armee in Libanon zu begrenzen, errang er schnell die Zuneigung der Soldaten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über die Klausurtagung der CSU im Kloster Banz:

Da wäre zuerst einmal die von Strauß ohnehin nicht sonderlich geliebte FDP, die nun, so wurde im Kloster Banz hinter barocken Mauern beschlossen, zum zweifachen Kniefall antreten muß. In der Deutschlandpolitik hat es, gelinde gesagt, Verwirrung gegeben, als Außenminister Hans-Dietrich Genscher einigen wichtigen Botschaften im Ausland durchaus mißverständliche Depeschen zugehen ließ. „Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht", hieß es darin als Antwort auf die Feststellung von CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann, die neue Regierung werde es nicht zulassen, daß die *deutsche Frage nur auf die* Bundesrepublik und die DDR beschränkt werde. Für die CSU hat Genscher damit einmal mehr den Fehdehandschuh hingeworfen, und sollte denn wirklich alles so in den Depeschen stehen, dann kann das durchaus wieder zur Koalitionsfrage werden. Ebenso das Demonstrationsrecht. Abgesehen von der publikumswirksamen Forderung nach Rücktritt des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor hat die CSU zur Zeit mit ihrem Drängen, die Gesetze der sozial-liberalen Ära wieder zu verschärfen, des Volkes Meinung auf ihrer Seite. Nach den Krawallen von Krefeld wird es für die FDP schwerer, sich dem Kreuz aus dem Süden zu widersetzen.

Eßlinger Zeitung

Über die SPD und ihr neuerdings parteiamtlich festgelegtes Verhältnis zur Friedensbewegung schreibt das Blatt:

Die Partei ist die eine Sache, und die Friedensbewegung die andere. Die saloppe Aussage Hans Apels, des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, in einem Rundfunkgespräch kann die Schwierigkeiten nicht kaschieren, in die die SPD durch die Friedensbewegung geraten ist. Immer mehr Sozialdemokraten reihen sich gefühlsbetont in die buntscheckigen Demonstrationen ein und tun so, als ob die anderen, die nicht mitmarschieren, keine Friedensfreunde wären. Der frühere Bundesverteidigungsminister, der einst den NATO-Doppelbeschluß mannhaft vertrat, teilt den inneren Zwiespalt mit einer Parteikommission unter Egon Bahr, Horst Ehmke und Peter Glotz, die die Haltung der SPD zu den Protestbewegungen umschrieb. Die Grenzlinie soll nach dem Willen der Friedensbewegungen zwischen gewalttätigen und gewaltfreien Demonstrationen gezogen werden. Annehmbar ist auch für die SPD, was friedlich verläuft, ohne daß sie selbst dabei in Erscheinung treten will. Doch diese Markierungslinie ist nichts wert. Die Ereignisse in Krefeld haben bewiesen, daß sie jederzeit übertreten werden kann.

Nordwest Zeitung

Das Oldenburger Blatt befaßt sich mit dem Ostblock-Gipfel:

Der sowjetische Vorschlag wäre im Falle seiner Realisierung geeignet, neben dem konventionellen militärischen Übergewicht der Staaten des Warschauer Paktes in Europa auch noch die nukleare Überlegenheit der Sowjetunion festzuschreiben. Wenn dennoch die neue Initiative aus dem Osten nicht gleich vom Tisch gefegt werden sollte, dann auch deshalb, weil *die Staaten des Warschauer Paktes* in ihren Vorschlag indirekt das Eingeständnis der vorhandenen eigenen militärischen Überlegenheit einschließen. Die Ostblock-Führer entlarven damit ihre früheren Einlassungen, es bestünde bereits in Europa ein militärisches Gleichgewicht, als simple Propagandatricks.

Milliarden-Bürgschaft oder Die Politik muß weitergehen

Weshalb sich die Bundesregierung auf diese Transaktion zugunsten Ost-Berlins einläßt / Von Bernt Conrad

Daß sich ausgerechnet die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung bereit erklärt hat, einen *Milliardenkredit an die „DDR"* zu verbürgen, wirkt auf den ersten Blick frappierend. Bei genauerem Hinsehen allerdings paßt die spektakuläre Aktion durchaus in den Rahmen, den Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche mit seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland abgesteckt hat.

Dieser Rahmen schließt die grundsätzliche Offenhaltung der deutschen Frage, die damit verbundene Wahrung nationaler Rechtspositionen und die Anprangerung von Mißständen ebenso ein wie die Bereitschaft zum Dialog und zu Abmachungen mit der „DDR"-Regierung im Interesse der Menschen beiderseits der innerdeutschen Grenze. Die Ostberliner Propaganda hat ein solches Konzept als „widersprüchlich" bezeichnet. Tatsächlich bietet es aber Kohl die Möglichkeit, auf der Basis der Prinzipientreue durch wirtschaftliche Transaktionen praktische Erleichterungen herbeizuführen.

Genau darauf zielt die Bonner *Bürgschaft für den Kredit eines* Bankenkonsortiums unter Führung der Bayerischen Landesbank an die „DDR" in Höhe von einer Milliarde Mark. Das damit verbundene finanzielle Risiko scheint gering zu sein; der Bundeshaushalt wird damit aller Voraussicht nach also nicht belastet.

Auf der anderen Seite rechnet die Bundesregierung offensichtlich damit, daß die „DDR"-Behörden im Herbst wesentliche Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr verwirklichen werden. Dazu gehören eine Senkung der vor drei Jahren drastisch erhöhten Zwangsumtauschsätze bei „DDR"-Reisen und eine Herabsetzung der Altersgrenze für Westreisen von „DDR"-Bewohnern.

Diese Aussicht bildet anscheinend die mündlich abgesprochene Geschäftsgrundlage des Kredits. Nun ist bei derartigen nicht verbrieften Zusagen immer Skepsis angebracht. Das haben auch die Gespräche des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am Werbellinsee *im Dezember 1981 gezeigt.*

Unmittelbar danach war von Schmidt zu hören: „Ich bin ganz sicher, daß Sie (die Presse) im Laufe des Jahres 1982 deutlicher erkennen können als gegenwärtig, daß wir in der Tat in diesen langen Gesprächen eine Reihe von schwierigen Fragen, die zwischen uns stehen, einer Lösung nähergebracht haben." Er meinte damit besonders den Zwangsumtausch und das Reisealter. In Wirklichkeit hat sich dann 1982 in dieser Frage nichts bewegt.

Immerhin gibt es heute reale Gründe für die Annahme, daß die SED-Führung den monetär untermauerten guten Willen der Bundesregierung honorieren wird. Sie liegen in der katastrophalen Finanzlage der „DDR" begründet. Weil er keinen anderen Ausweg mehr wußte, hat sich Honecker offenbar in Moskau Spielraum für wirtschaftliche Vereinbarungen mit Bonn geben lassen. Sollte er nun seinen Teil des Geschäfts platzen lassen, müßte er für alle künftigen finanziellen Wünsche in Bonn *mit rotem Licht rechnen. Das kann* nicht in seinem Interesse liegen.

Zu den überraschenden Umständen der Transaktion gehört es, daß Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß daran maßgeblich beteiligt war und demnächst sogar mit Honecker in der „DDR" zusammentreffen wird. Offensichtlich weiß der SED-Chef zwischen der eigenen Anti-Strauß-Propaganda und den politischen Realitäten durchaus zu unterscheiden.

Sollten sich alle Erwartungen Bonns erfüllen, könnte es sein, daß Honecker, ungeachtet seiner vorläufigen Absage, doch noch in diesem Jahr in die Bundesrepublik kommt. Dem Kanzler käme eine solche Entwicklung als „entspannendes Moment" angesichts der im Herbst in der Bundesrepublik zu erwartenden heftigen Auseinandersetzungen um die Nachrüstung sicher sehr gelegen. Doch eben diese Auseinandersetzungen bilden auch einen Unsicherheitsfaktor für den innerdeutschen Dialog. Zwar ist das Interesse Honeckers an weiterer Zusammenarbeit mit Bonn, vor allem auf wirtschaftlichem Ge*biet, auch für den Fall des Beginns* der Stationierung von Pershing-2-Raketen wegen der Dringlichkeit seiner eigenen Probleme evident. Doch manchmal entwickeln internationale Spannungen eine Automatik, der sich niemand entziehen kann – schon gar nicht, wenn der „große Bruder" im Kreml selbst vor Konsequenzen im wirtschaftlichen Austausch warnt, wie dies jetzt der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow getan hat.

Gerade deshalb ist es nützlich, daß Kohl kurz nach dem Abschluß des „DDR"-Kreditgeschäftes seine Sondierungsreise nach Moskau antritt. Dann wird er klarer sehen, wie weit Andropow und sein Politbüro im Fall einer westlichen Nachrüstung – die sie selbst noch durch Kompromißbereitschaft in Genf verhindern könnten – wenigstens ökonomisch zu „business as usual" bereit sein werden. Dies läge im beiderseitigen Interesse und würde auch den innerdeutschen Beziehungen zugute kommen.



Die Gegenwart klopft auch an die Türen von Wimbledon

Tennis in Wimbledon, das ist Synonym für fairen Sport und feine englische Gesellschaft. Doch Spieler und Zuschauer kratzen an diesen urbritischen Traditionen.

Von FRITZ WIRTH

Der Mann ist 1,96 Meter groß, hat in seinem 73jährigen Leben, das er vorwiegend der Veredlung der Damen-Unterwäsche widmete, seine Haarpracht eingebüßt, trägt am linken Ohrläppchen einen Diamanten und ist auch sonst eine schillernde Figur. Er heißt Ted Tinling. Die Tennis-Damen zwischen Wimbledon in London und Flushing Meadow in New York, die aus beruflichen Gründen eine sonst brachliegende Anatomie zur Besichtigung freigeben müssen, verehren ihn. Tinling hat das Unaussprechliche in der Mode ansprechend gemacht.

Der andere Mann ist überlebensgroß, hat sein Leben vorwiegend der verbalen Strafverfolgung aller Tennis-Schiedsrichter dieser Welt gewidmet, hält eine rapide dahinwelkende Haarpracht zumeist mit einem roten Stirnband, und seinen rapide wachsenden Reichtum mit Hilfe der Advokaten-Künste seines Vaters zusammen. Er wirbt für Autos, Uhren, Milch und Rasierapparate, spielt in seiner Freizeit Tennis und dies mit derart masochistischem Mißvergnügen, daß es zum Passionsspiel wurde. Und da die Leiden dieses jungen Mannes sich in regelmäßigen Zornausbrüchen Luft machen, wurde daraus eine Gütemarke namens John McEnroe. Seit John Osbornes Tagen ist Zorn als Kult und als Ware nicht mehr so geschickt vermarktet worden wie durch diesen 24jährigen Jungmillionär.

So unterschiedlich diese beiden Männer, der playboyhafte und extrovertierte Ted Tinling und der ärger-inhalierende John McEnroe sein mögen – eines verbindet sie: das Mißvergnügen der Herren des „All England Lawn Tennis Club", jener fernen und irgendwie überirdischen Figuren, die seit Jahrzehnten Wimbledon inszenieren.

Sie lasten den beiden Männern an, das vornehmste Tennisfest der Welt zum Marktplatz sicht- und hörbarer Obszönitäten gemacht zu haben. Die sichtbare Obszönität des Ted Tinling bestand darin, im Jahre 1949 der amerikanischen Tennisspielerin Gussie Moran Höschen mit Rüschen und Goldlamée angelegt zu haben. Die Herren von Wimbledon brauchten 33 Jahre, bis sie Tinling diese Provokation verziehen. Seit dem letzten Sommer sprachen sie wieder mit ihm.

Die hörbaren Obszönitäten des John McEnroe gegenüber Offiziellen, dem Rasen, einem sich leicht bewegenden Objekt in Reihe K Sitz 48, dem Universum im allgemeinen und dem lieben Gott im besonderen („Jeeeesus Christ!") verraten immerhin eine fast sensationelle Bereitschaft dieser Gras- und Gralshüter des Tennis, mit der Zeit zu gehen. Sie brauchten nur drei Jahre, um sich an die verbale Umweltverschmutzung des Herrn McEnroe zu gewöhnen. Dann waren sie bereit, den zornigen jungen Mann in ihren Club aufzunehmen, der sonst eigentlich Wimbledonsiegern automatisch offensteht.

Verziehen haben sie ihm natürlich immer noch nicht. Der unmögliche junge Herr ist für sie und die Stammgemeinde mittelalterlicher Damen aus den Londoner Grüngürtel-Vororten und den Kirchenvorständen nach wie vor „shokking". Das Problem nur ist – was ist skandalöser: die verbalen Lümmeleien dieses Mannes oder der resolute Platzverweis? Immerhin spielen die Herren von Wimbledon mit dem Gedanken an die zweite Möglichkeit, die keinem anderen Tennis-Veranstalter dieser Welt auch nur im Traum einfallen würde. Sie haben vor Beginn des Turniers eine Prämie von 30 000 Pfund (etwa 120 000 Mark) an die Firma Lloyds gezahlt, um sich damit gegen Regreßansprüche disqualifizierter Spieler bis zu 2,5 Millionen Pfund (rund zehn Millionen D-Mark) versichern zu lassen.

Daß dieser Konflikt zwischen den neureichen Jungmillionären namens McEnroe, Gerulaitis und Connors und dem britischen Tennis-Adel von Wimbledon jedes Jahr einen neuen Siedepunkt erreicht, hat besondere Gründe. Alle anderen Turnierveranstalter dieser Welt sind diesen Tennisstars ausgeliefert, denn sie brauchen sie. Also zahlen sie und dulden die Eskapaden dieser jungen Männer. Das Ergebnis ist eine wachsende Verrohung der sonst guten Sitten zum „Tennis vulgär".

Wimbledon dagegen ist zeitlos. Die Herren Veranstalter dieses Turniers brauchen die Stars nicht, diese Stars brauchen Wimbledon. Denn alle anderen Turniere dieser Welt bieten nicht viel mehr als jenen Stoff, den diese Jungmillionäre bereits im Überfluß besitzen: Geld. Wimbledon dagegen bietet jenen Stoff, aus dem die letzten Träume dieser verwöhnten Neureichen des Tennis gemacht sind: Geschichte. Die 66 000 Pfund, die der Sieger des Herren-Einzels am Sonntagnachmittag kassiert, sind deshalb irrelevant. Seinen „Kick" bezieht er aus der Hoffnung, mit dem Wimbledonsieg zusammen mit Tilden, Borotra, Lacoste, von Cramm und Rosewell in den Tennis-Adelskatalog aufgenommen zu werden.

Diese Gewißheit, Geschichte zu verkaufen, hat die Veranstalter von Wimbledon arroganter als andere Veranstalter und die Sitten dieses Turniers strenger gemacht. So ist denn Wimbledon im sonst sehr großzügig und am lockeren Zügel geleiteten internationalen Tenniszirkus das letzte „Law-and-order"-Turnier dieser Welt. Der Grund: Dieses Turnier ist seit Jahrzehnten fest in der Hand ausgedienter hoher britischer Offiziere. Und die haben daraus mehr als ein Turnier gemacht, es ist ein gut geöltes und straff geleitetes Tennismanöver.

Der Konflikt war unvermeidlich. Die sogenannten Skandale um McEnroe, Gerulaitis und Connors sind das Ergebnis der Konfrontation von resoluter Kasernenhof-Ordnung und extravaganter Tennis-Playboy-Allüre. Und dieses Duell zwischen der scharfen Bügelfaltenwelt der Sandhurst-Offiziere und der zerknautschten Blujeans-Lebensphilosophie der verwöhnten Jungmillionäre liefert den Stoff fürs jährliche Wimbledon-Melodrama. Die fast flehentlich in der letzten Woche von McEnroe an den Schiedsrichter gestellte Frage: „Können Sie sich denn niemals irren?" war nicht unbedingt ungehörig. Hier schwang die Furcht mit, daß die Herren von Wimbledon dabei sind, sich selbst den Status der Übernatürlichkeit und der Unfehlbarkeit zuzulegen.

Die Tennis-Stammgemeinde von Wimbledon freilich sieht das anders. Für sie ist dies das letzte Gefecht zwischen „Tennis vulgär" und „Tennis puritanisch". Es ist eine Schlacht, die nicht nur auf dem so kulthaft gepflegten Rasen der Tennis-Courts, sondern auch am Rande dieser Tennis-Kathedrale ausgetragen wird. Hier hat die Vulgarisierung dieses Festes in diesem Jahr einen neuen schrecklichen Tiefpunkt erreicht. Denn zur traditionellen Tennis-Diät von Wimbledon (sechs Erdbeeren zum Preise von 90 deutschen Pfennig das Stück, Tee und Pimm's) haben ordinäre Kaufleute nun zentnerweise „Fish and chips" auf den Markt geworfen, die Gaumenfreude der niederen britischen Stände und das hat dieses Turnier neben seinen bisher mit so großem Widerwillen ertragenen sicht- und hörbaren nun auch noch um eine riechbare Obszönität bereichert.

Es ist also kein Fest ungetrübter Sinnenfreuden mehr. Die Herren in den Festzelten, die sich auf Firmenspesen an frisch aufgebahrtem rosarotem Lachs und altem, zumeist tiefentschlafenem blaßgelbem Champagner laben, schauen indigniert zu, wie ihnen dieses exklusive Fest allmählich zu entgleiten droht. Sie sprechen immer häufiger von der Ruderregatta in Hanley, die am gleichen Tage stattfindet wie die Tennis-Endspiele in Wimbledon und wo man noch ganz unter sich ist, mit Strohhut und Schulkrawatte, und wo man nicht bei jedem Aufschlag dem gewichtheberhaften Grunzen eines Jim Connors, sondern den Klängen einer Militärkapelle lauschen kann, die so ohrwurmhaft-schön das Lied „If I were a rich man" zu spielen pflegt, ein Wunsch, den die meisten von ihnen sich schon lange selbst erfüllt haben.

Und dann die Verrohung der Kleidersitten in Wimbledon! In Hanley ist man angehalten, Jackett und Krawatte zu tragen, in Wimbledon dagegen, das in diesem Jahr auf unbegreifliche Weise bisher vom Regen verschont blieb, sind immer häufiger nackte und behaarte Herren-Oberkörper auf den Rängen zu besichtigen. Der heilen puritanischen Welt von Wimbledon droht die Sitten-Verrohung. Die „Teenybobber", die einst durch Björn Borg in Schwärmen herbeigelockt wurden, geben den Ton an. Sie kreischen ekstatisch zum Hammer-Aufschlag eines Kevin Curren und ertränken damit den dezenten Beifall des Wimbledon-Establishments zum kunstvoll gekräuselten Service eines Ivan Lendl.

Wimbledon im Wandel. Die Sandhurst-Garde hat Anlaß zur Sorge. Das Etikett und die Traditionen dieses Festivals sind keine unantastbaren Gesetze mehr. Dem Tennis-Tempel droht die Entweihung. Die Jungstars fordern die Generation der „Midlife Crisis" heraus. Es genügt nicht mehr, mit Ted Tinling und John McEnroe seinen Frieden zu schließen. Es klopft hörbar und vernehmlich ein neuer Gast und ein neuer Geist an die Türen ihrer Tennis-Kathedrale: eine Obszönität namens Gegenwart.



Tennisturnier in Wimbledon, das ist Tradition seit 1877

FOTOS: SVEN SIMON





[illegible] Enfant terribles von Wimbledon: der Spieler John McEnroe ärgert die Zuschauer mit Zornausbrüchen; der [illegible]macher Ted Tinling schockte einst die Offiziellen mit Spitzenhöschen für die Tennisdamen

Italiens „linke Mitte" rückt leicht nach rechts

Gemeinsam haben die bisherigen Koalitionsparteien in Italien ihre Mehrheit halten können. Innerhalb des Gefüges gab es aber einen leichten Ruck nach rechts; wie in der Bundesrepublik und in Großbritannien

Von ALFONS DALMA

Italien weist eine für das demokratische Westeuropa atypische parteipolitische Struktur auf. Ein direkter Vergleich mit dem in Mittel- und Nordeuropa üblichen Modellen geht daher am Gegenstand vorbei, weil Italiens Strukturen durch eine ungewöhnliche Vielzahl von Parteien, durch die stark traditionsgebundene Stimmabgabe und durch die Unmöglichkeit einer periodischen Ablöse zwischen rechts und links an der Regierung gekennzeichnet sind.

Während die Christlichen Demokraten des deutschen Sprachraumes Sammel- und Volksbewegungen sind, die in sich eine Koalition von verschiedenen Gesellschaftsgruppen oder -schichten bilden, ist das in Italien die Democrazia Cristiana nur zum Teil. Im gleichen politischen Raum sind mehrere koalitionsfähige, aber auch einige ausgesprochen feindselige Parteien angesiedelt: Zu den letzteren gehört die spießbürgerlich-biedere, aber politisch kastrierte neofaschistische Nachfolgepartei der versunkenen Mussolini-Ära. Sie bindet ungefähr ein Zwölftel der Wählerschaft außerhalb des Systems. Demgegenüber sind die konservativen und die republikanischen Liberalen sowie die Sozialdemokraten mit der Democrazia Cristiana so fest verbunden, daß sie mit ihr eine Staats- und regierungspolitische Einheit besonderer Art bilden.

Aber auch die italienische Linke unterscheidet sich von den großen sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien im Norden, ja selbst von der französischen oder spanischen Linken durch ein Merkmal, das eine Koalition nicht zuläßt: Seit 37 Jahren sind die Kommunisten die weitaus stärkste Partei innerhalb der Linken. Die Folge davon ist, daß die Linksparteien insgesamt über 42 Prozent der Stimmen nicht hinauskommen können und daß die Kommunisten deshalb seit der Auflösung der Volksfront mit den Sozialisten Anfang der 60er Jahre isoliert bleiben. Sie sind eine Art institutionelles Sammelbecken, haben aber keine Aussicht auf den Einzug in die Regierung.

Die Sozialisten – eine Art „kleine Linke"

Darin liegt der Unterschied zu Spanien, wo die Sozialisten das Partnerschaftsangebot der Kommunisten ignorieren können, oder zu Frankreich, wo die Linksalternative erst möglich werden konnte, nachdem zwischen Sozialisten und Kommunisten ein Kräfteverhältnis von sieben zu drei entstanden war. In Italien ist die Relation zwischen der KPI und der SPI drei zu eins: Die kommunistische Hegemonie schließt die Linksalternative aus.

Infolgedessen stellen die italienischen Sozialisten innerhalb der fünf demokratischen Parteien der Mitte eine Art „kleine Linke". Die Sozialisten sind von der Tradition der Linken bestimmt, verhalten sich aber auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik als Anhänger der Staatsintervention und des „Deficit spending".

Völlig anders ist die Position der Republikaner und der Liberalen, aber auch der Sozialdemokraten. Ihrer einst revolutionären Geschichte nach empfinden sie sich als liberale Linke – die einen unter Berufung auf den nationalen Staatsgründer Cavour, die anderen auf den republikanischen Nationalpropheten Mazzini, die dritten auf die Gründungsväter des humanitären Sozialismus. Gemessen aber an den Problemen der Gegenwart sind diese drei Parteien, vor allem aber die Republikaner und die Liberalen, die Vertreter der strengen sozialen Marktwirtschaft und der rigorosen Sanierungspolitik zur Bekämpfung der Krise.

Im konkreten Fächer der politischen Richtungen entspricht die Position dieser kleinen Parteien der Stellung etwa des Wirtschaftsbeirates in der bayerischen CSU oder des Wirtschaftsbundes in der österreichischen Volkspartei. Das ist der Punkt, an dem die Wahlergebnisse vom 27. Juni 1983 plastisch zu werden beginnen; denn die konservativ-liberalen beziehungsweise auf dem rechten Flügel des Koalitionsbogens stehenden Kräfte sind die einzigen eindeutigen Wahlsieger. Sie haben über drei Prozent und mehr als eine Million Stimmen dazugewonnen. Wirtschaftspolitisch mit ihnen konform, haben auch die Sozialdemokraten davon profitiert.

Wandel durch Bürde der Regierung

Innerhalb dieses Rasters ist der Rückgang der Democrazia Cristiana zu betrachten. Diese Volkspartei christlich sozialer Tradition ist ihrem historischen Verhalten nach eine Linkspartei Sui Generis und empfindet sich auch als eine solche, besonders nach dem Tod des von der österreichischen Tradition mitgeprägten Alcide de Gasperi. Nur durch die unabwendbare Bürde der Regierungsverantwortung, (denn ohne die DC gibt es keine denkbare Parlamentsmehrheit), wird diese „populistische" Bewegung zu einer Praxis der wirtschaftlichen Realität und zur Einschränkung der Sozialpolitik gezwungen.

Erst seit einem Jahr, unter dem neuen Generalsekretär Ciriaco de Mita, hat die Parteiführung den Weg der entschiedenen Sanierungspolitik, im engsten Einvernehmen mit den Republikanern und den Liberalen, eingeschlagen. Das war zu spät, um überzeugend zu wirken, aber gerade rechtzeitig genug, um einen Teil der primär sozialpolitisch orientierten Klientel abzuschrecken.

Sie hat rund sechs Prozent der Stimmen verloren, obwohl sie mit den immer noch vorhandenen dreiundreißig Prozent die stärkste Partei des Landes bleibt. Aufschlußreich ist dabei, daß sie die Hälfte ihrer Verluste an die konservativeren Koalitionspartner, nicht jedoch an die linken Partner, abgeben mußte, denn die andere Hälfte der Abgänger verlor sich im Vakuum der reinen Proteststimmen, der ungültigen oder weißen Stimmzettel.

Wenn also die Frage nach der „kleinen Alternative" bei diesem Wahlgang zur Diskussion stand, dann ist sie auch beantwortet worden. Die 56-Prozent-Mehrheit der fünf Parteien der Mitte ist vollständig erhalten worden, der Akzent hat sich aber in ihrem inneren Gefüge nach rechts verschoben – tendenziell in Übereinstimmung mit dem Trend in der Bundesrepublik und in Großbritannien.

Für die Befürworter der großen „Linksalternative" hingegen war die italienische Wahl eine Katastrophe, die mit den Schlagzeilen von der „Wahrung des Bestandes" durch die Kommunisten nicht einmal notdürftig verdeckt wird. Berlinguer und Genossen haben zwar den neuesten Rückgang vorausgesehen und ihn optisch dadurch zu korrigieren versucht, daß sie die früheren KPI-Dissidenten von der sogenannten „Linksunion" (PDUP) wieder auf die Kandidatenlisten der Mutterpartei aufgenommen haben.

Es schaut nur so aus, als ob sie vom „Bestand" der 30,4 Prozent nur einen halben Punkt verloren hätten. In Wirklichkeit war ihr neuer Ausgangspunkt bei 31,9 Prozent, der Verlust betrug zwei Punkte. Die wirkliche langfristige Tendenz wird aber erst in anderen Zusammenhängen ersichtlich: Seit ihrem „eurokommunistischen" Höhepunkt der Parlamentswahlen von 1976 ist die KPI mit ihren Verbündeten von 36 Prozent auf die jetzigen 29,9 Prozent, zum ersten Mal seit zwölf Jahren also unter die 30-Prozent-Grenze gesunken.

Was das konkret bedeutet, wird anhand von absoluten Zahlen deutlich: Die Kommunisten sind in den letzten sieben Jahren von über zwei Millionen Wählern verlassen worden; ihr gegenwärtiger Stand weist elf Millionen aus. Anderthalb Millionen Wähler sind 1979, weitere sechshunderttausend diesmal abspenstig geworden. Auch die DC hat nach absoluten Zahlen zwei Millionen Wähler verloren.

Die Schwächung und Vereinsamung der Kommunisten wird durch zwei weitere Elemente illustriert: Die Sozialisten haben im Vergleich zu den Parlamentswahlen 1979 leicht gewonnen, im Verhältnis zu den Regionalwahlen 1980 im gleichen Maße Stimmen verloren. Ihre Kräftigung während der letzten fünf Jahre ist das Ergebnis der unmißverständlichen Trennung von der KPI, wie sie von Bettino Graxi vertreten wird.

Berlinguer sah den Rückgang voraus

Berlinguer und Genossen haben keine Partner auf der Linken, geschweige denn im Zentrum. Die edelkommunistische Position – „mit dem humanen Antlitz" – haben sie wieder geräumt, um das Wahlergebnis zu frisieren: Die „Democrazia Proletaria" (1,5 Prozent) ist eine anarchokommunistische Trägerin der Emotionen von 1968 und als KPI-Partner ebenso unbrauchbar wie die vehement antikommunistische, von 3,5 auf 2,2 Prozent reduzierte linksradikale Partei, die Vorgängerin der mitteleuropäischen „Alternativen". Mit diesen Linksgruppen ist nicht einmal die pazifistische Friedensbewegung gemeinsam aufzuziehen, gehen doch die Radikalen und die „Proletarier" auch gegen die sowjetischen Rüstungen scharf ins Feld, während Berlinguers „Eurokommunisten" die These des Kremls und Andropows akzeptieren, daß nur die westliche Antwort auf die sowjetischen SS 20 und nicht diese gegen Europa gerichteten Raketen das Gleichgewicht der Kräfte stören.

Linksalternative und eurokommunistische Perspektiven sind nach diesem neuesten Stand unaktueller denn je. Die Democrazia Cristiana als die große Zentrumspartei ist auf ihren christlich und ideologisch bedingten Wählerstock reduziert worden, bleibt aber die unentbehrliche Achse der Staats- und Regierungspolitik. Der konservativ-liberale Ruck nach rechts würde logischerweise sowohl einen christlich-demokratischen als auch einen sozialistischen Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten zugunsten des Liberalrepublikaners Giovanni Spadolini nahelegen. In den zukunftsweisenden Wirtschafts-Metropolen Mailand und Turin konnten die Republikaner die Stimmen verdoppeln, mithin selbst die große sozialistische Partei überholen. Die Logik wird allerdings nicht immer in der Politik beachtet.

Zimmermann lehnt Prämie für Film ab

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat eine Produktionsprämie für den Film „Wanderkrebs" von Herbert Achternbusch in Höhe von 250 000 Mark abgelehnt. Erst kürzlich hatte der Bundesinnenminister eine Restrate von 75 000 Mark für den Achternbusch-Film „Das Gespenst" gesperrt.

In einem Brief an die Mitglieder des Auswahlausschusses für Filmförderung begründete Zimmermann jetzt seine Entscheidung, den Achternbusch-Film nicht zu berücksichtigen. Zimmermann: Es müsse vermieden werden, daß die Zuwendung von 250 000 Mark „an einen als problematisch – nicht als problemorientiert – empfundenen Film" in der Öffentlichkeit als eine unangemessene Verwendung von Steuermitteln bewertet werde. Zum anderen solle die Filmförderung im Prinzip Hilfe zur eigenständigen Gestaltung und Finanzierung „guter deutscher Filme" sein. Sie müsse, insgesamt gesehen, darauf hinauslaufen, dem deutschen Film „qualitativ und quantitativ" wieder eine Position in den Kinos der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland zu geben.

Bei der Durchsicht des Drehbuchs könne man nicht zu der Überzeugung kommen, daß diese Zielsetzung mit der Förderung des Projekts „Wanderkrebs" im Einklang stehe, meinte Zimmermann. Es sei vielmehr zu erwarten, daß der Film als „quasi-politisch" und nur für einen relativ kleinen Kreis eine gewisse Rolle spiele. Der Film aber, der nach seiner Idee ein Kulturinstrument für viele sei, müsse darauf angelegt sein, große Zuschauerzahlen und damit breite Bevölkerungskreise zu erreichen.

Zimmermann strebt eine Neuordnung der Filmförderungsrichtlinien an. Intern hat er die Verweigerung der Restprämie für den Achternbusch-Film „Das Gespenst" unter anderem damit begründet, daß die in dem Film enthaltenen „Widerwärtigkeiten" Gefühle der Christen beleidigten. Er würde seine Zustimmung zur Förderung auch dann verweigern, wenn sich Minderheiten wie zum Beispiel die jüdische durch einen Film beleidigt fühlen müßte, fügte der Minister hinzu.

Innenminister will das Demonstrationsstrafrecht verschärfen

Engelhard widersetzt sich Zimmermann

MANFRED SCHELL, Bonn

Bei der Neufassung des Demonstrationsstrafrechtes ist keine Einigung zwischen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) und Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) in Sicht, wie die ersten Gespräche beider Ressorts auf Abteilungsleiter- und Staatssekretärsebene zeigten. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte wiederholt an beide Minister appelliert, eine Verständigung zu finden. Ziel des Bundesinnenministers ist es jetzt, aufgrund der unterschiedlichen Ausgangspositionen beider Ministerien eine „Kabinettsentscheidung" herbeizuführen. Nach seinen Vorstellungen sollte sie noch im Juli erfolgen. Zimmermann geht bei seinen Erwägungen davon aus, daß er sich in der Diskussion im Bundeskabinett, bei der er seine Haltung zu Protokoll geben wird, durchsetzen kann. Die schweren Krawalle bei dem Besuch von US-Vizepräsident Bush in Krefeld haben nach seiner Einschätzung die Forderung nach einem Vermummungs- und Bewaffnungsverbot sowie nach Strafverschärfung für Landfriedensbruch bestätigt.

Meldedienst aktiviert

Ein generelles Vermummungs- und Bewaffnungsverbot für Demonstranten sowie die Einstufung des Landfriedensbruchs als Verbrechen mit entsprechender Strafandrohung würde nach den Überlegungen Zimmermanns manche davon abhalten, in dieser Form Gewalt auszuüben. Andererseits würde es der Justiz leichter gemacht, vorläufig Festgenommene bei entsprechender Beweislage festzuhalten.

Von dem Vorschlag Engelhards, sogenannte „Abwiegler" straffrei oder zumindest strafmildernd zu behandeln, hält der Bundesinnenminister relativ wenig. Gemeint sind damit Personen, die zwar der Aufforderung der Polizei, gewalttätige Demonstrationen zu verlassen, nicht folgen, die aber versuchen, beschwichtigend auf Demonstranten einzuwirken. Zimmermann sieht Schwierigkeiten für die Beweisführung, weil er angesichts der Struktur eines Teils der Störer davon ausgeht, daß sie sich im Notfall gegenseitig bescheinigen, „Abwiegler" gewesen zu sein.

Auf Kontrollen verzichtet

Mit öffentlicher Kritik an Landesinnenminister Schnoor hält sich Zimmermann zurück, intern aber ist er der Meinung, daß der Minister versagt hat. Die Polizei in NRW und auch Schnoor hatten erhebliche Zeit vor dem Bush-Besuch konkrete Hinweise des Verfassungsschutzes über die sich anbahnende Gefährdungslage erhalten. Dazu gehörten auch die Erkenntnisse aus dem Meldedienst „gewalttätige Störer", die Minister Zimmermann bei Amtsantritt wieder aktiviert hatte.

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, das an diesem Meldedienst nicht teilnimmt. Die Tatsache, daß sich die Chaoten am Krefelder Bahnhof versammelten, sei ebenfalls bekannt gewesen. So habe zum Beispiel die „taz" mehrfach berichtet, „Treffpunkt" sei um 10 Uhr am Bahnhof. Schnoor habe, so wurde im Bundesinnenministerium erklärt, keine Polizeikräfte des Bundes angefordert. Ebenso sei offensichtlich darauf verzichtet worden, weiträumig vor Krefeld auf Autobahnen und Bundesstraßen oder bei der Ankunft der Sonderzüge in der Stadt Kontrollen einzurichten, wie dies bei anderen Großdemonstrationen zuvor der Fall gewesen sei. Im Bundesinnenministerium hieß es, den Besuchern von Fußballstadien oder auch Fluggästen würden Gepäckkontrollen und auch Leibesvisitationen zugemutet, während man in diesem Fall bei den Chaoten darauf verzichtet habe.

Mit dem Rechtsanwalt zur Straßenschlacht

AP, Krefeld

Den schwarzbehelmten Gewalttätern von Krefeld, die am vergangenen Samstag in der Seidenstadt für Straßenschlachten und politische Nachbeben gesorgt haben, war offenbar klar, was sie für den Fall ihrer Festnahme erwartete. „Sie hatten alle brav ihren Personalausweis dabei, sie wußten schließlich, daß sie ihn vorlegen müßten", kommtentierte der Krefelder Oberstaatsanwalt, der an diesem Tag Bereitschaftsdienst hatte, dem sechs der 134 festgenommenen Gewalttäter vorgeführt wurden und der anonym bleiben möchte – aus Angst um die Fensterscheiben seines Wohnhauses.

In zwei Fällen traten sogar Rechtsanwälte auf, erzählt er. „Die riefen bei mir an, sagten, daß sie ihre beiden Mandanten zu dem Krawall begleitet hätten und fragten, ob sie sich als Verteidiger bestellen müßten." Doch das war nicht nötig. Der Grund: Bei den sechs Männern im Alter von 18 bis 30 Jahren, die ihm vorgeführt wurden, reichten die Beweise nicht aus, um einen Haftbefehl zu beantragen. „Da war die Enttäuschung groß bei den Anwälten", sagt er. Die beiden seien, das hätten die Nachforschungen ergeben, zugelassene Rechtsanwälte aus einer Großstadt in Nordrhein-Westfalen. Persönlich erschienen beim Staatsanwalt seien sie jedoch nicht, „wohl weil sie Angst hatten, als Anwesende bei den Krawallen selbst belangt zu werden".

Schwierige Ermittlungen

Die Ermittlungsbehörden haben ohnehin Probleme mit der Verfolgung derartiger Gewalttaten. Am Samstag vergangener Woche waren von den rund 1000 jungen mit Schlagstöcken, Knallkörpern, Buttersäure bewehrten Leuten, die sich mit schwarzen Helmen oder Mützen vermummt hatten, um sich in der Krefelder Innenstadt einen kurzen, aber heftigen Kampf mit der Polizei zu liefern, 134 festgenommen worden. Gegen 95 dieser Gewalttäter wurde nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor ein Strafverfahren eingeleitet; 45, die im Verdacht stehen, eine Gewalttat verübt zu haben, wurden dem Haftrichter vorgeführt, gegen sechs wurde tatsächlich Haftbefehl erlassen.

Vorsatz nicht erwiesen

Die sechs, die dem diensthabenden Oberstaatsanwalt noch am Samstag vorgeführt wurden, konnten schon kurze Zeit später die Heimreise antreten. Die Beweise hatten nicht ausgereicht, um einen Antrag auf Haftbefehl zu rechtfertigen, erzählt der Ankläger. Passiert sei beispielsweise folgendes: Vor einem Geschäft auf dem Krefelder Südwall habe sich eine Gruppe von mehreren dieser Vermummten versammelt, es sei zu Handgreiflichkeiten gekommen, die Schaufensterscheibe ging zu Bruch. Die Polizisten nahmen drei der jungen Männer fest, einer hatte den Stiel einer Axt dabei, einer eine Dachlatte und der dritte eine Fahrradkette.

„Es konnte nicht mehr einwandfrei bewiesen werden, ob die Schaufensterscheibe vorsätzlich zertrümmert wurde oder aus Versehen zu Bruch ging" – weil die Männer beispielsweise vor den näherkommenden Polizisten zurückgewichen seien. „Wir können das nur verfolgen, wenn die Scheibe vorsätzlich zerbrochen wurde und wir genügend Anhaltspunkte. Ich habe sie laufen lassen."

Die Beweisaufnahme nach der Strafprozeßordnung „ist sehr hart, aus gutem Grund. Wenn wir nicht zu hundert Prozent, sondern zum Beispiel nur zu 98 Prozent nachweisen können, daß jemand diese Tat begangen hat, und die letzten zwei Prozent nicht zusammenzukriegen sind, dann klagen wir gar nicht erst an", sagt der Oberstaatsanwalt. ULRIKE SÜDMEYER

Stürmische Debatte im Londoner Unterhaus

Sir Howe appelliert an Moskau / Wende bei Labour?

FRITZ WIRTH, London

Der Unterhaussprecher bat verzweifelt um „Ordnung", Denis Healey, der Schatten-Außenminister Labours, rief beleidigt „Lügner", die gesamte Labour-Fraktion kochte vor Empörung. So endete Dienstag nacht die bisher stürmischste Unterhausdebatte dieses Jahres. Für 20 Minuten herrschte Chaos im Hause. Dann wurde abgestimmt, und die ernüchternde Niederlage holte die Labour-Fraktion schließlich wieder in die Wirklichkeit zurück.

Es war der fünfte Tag der Debatte über die Thronrede. Die britische Außen- und Verteidigungspolitik stand zur Diskussion, und Verteidigungsminister Michael Heseltine, der seit Jahren keine Chance ausläßt, die Labour Party mit ihren Sünden der Vergangenheit zu konfrontieren, brachte die Opposition mit Erinnerungen an ihre einst durchaus NATO-konforme Verteidigungs- und Nuklearpolitik zur Weißglut.

Er zitierte ein NATO-Dokument vom April 1979, in dem die Verteidigungsminister, unter ihnen der damalige Labour-Minister Fred Mullay, die Notwendigkeit der Beibehaltung und Modernisierung nuklearer Mittelstreckenraketen bekräftigten. Die konservative Regierung, die Labour wenige Tage nach dieser NATO-Konferenz im Amt ablöste, habe nichts anderes getan als dieses prinzipielle Versprechen der Labour-Regierung zu erfüllen und Marschflugkörper auf britischem Boden zu stationieren.

Antrag abgelehnt

Die Behauptung, daß Labour der Mitarbeiter und die Tories lediglich die Vollstrecker der Raketennachrüstung seien, traf die Opposition tief an der empfindlichsten Stelle. Michael Foot und Denis Healey sprangen erregt von den Sitzen hoch, verlangten, daß Heseltine alle Kabinettspapiere vorlegen solle, die diese Behauptung stützen könnten, und forderten ihn schließlich auf, diese Unterstellung zurückzuziehen.

Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob Heseltine diesen Wunsch erfüllte, denn die folgenden 20 Minuten seiner Rede wurden vom lärmenden Protest der Labour-Fraktion ertränkt. Es kam schließlich zur Abstimmung über einen Labour-Antrag, in dem die Opposition die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in Großbritannien und die Umrüstung der Polarisflotte auf das Tridentprogramm verurteilte. Der Antrag wurde mit 375 gegen 215 Stimmen besiegt. Es war zugleich die Feuertaufe für den neuen Unterhaussprecher Bernhard Weatherill, und es läßt sich kaum sagen, daß er sie souverän und unverletzt bestanden habe.

Dabei hatte die Debatte sehr zivilisiert begonnen. Sir Geoffrey Howe hielt seine erste programmatische Rede als Außenminister und konnte der Versuchung nicht widerstehen, zunächst eine alte Rechnung mit seinem alten Widersacher Denis Healey zu begleichen, der einst gesagt hatte, daß ihm eine Attacke von Sir Geoffrey so vorkäme, als würde er „von einem toten Schaf zerfetzt". Sir Geoffrey entgegnete nun, daß die Vorstellungen Healeys bei ihm das Gefühl weckten, „von einem alten Schafsbock liebkost zu werden".

EG-Rückzug kein Thema

Der ehemalige Außenminister Francis Pym, von Frau Thatcher vor drei Wochen abgesetzt, meldete sich in dieser Debatte wider Erwarten nicht zu Wort, fand aber einen liebevollen Fürsprecher in Healey, der den Pym-Nachfolger Sir Geoffrey Howe ermahnte: „Die Anwesenheit von Mr. Pym auf den Hinterbänken sollte den neuen Außenminister daran erinnern, daß seine größten diplomatischen Probleme in Zukunft nicht Tausende von Kilometern entfernt in Washington und Moskau oder hunderte Kilometer entfernt in Bonn oder Paris, sondern nur ein paar Meter entfernt in Downing Street 10 liegen werden."

Bemerkenswert war, wie sorgfältig die Labour Party den von ihr geplanten Rückzug aus der Europäischen Gemeinschaft und die Verschrottung der Polarisflotte aus dieser Debatte ausklammerte. Es ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Partei dabei ist, in diesen beiden Punkten eine Kehrtwendung zu vollziehen. Der britische Rückzug aus der EG ist jedenfalls für die beiden Hauptanwärter für das Amt des neuen Parteichefs, Neil Kinnock und Roy Hattersley, kein Thema mehr.

Sir Geoffrey Howe appellierte in seiner Rede an den Kreml, endlich seine „Schattenverhandlungen mit der öffentlichen Meinung des Westens zu beenden" und sich statt dessen auf substantielle Verhandlungen über die Nuklearabrüstung im Genferenzraum zu konzentrieren: Es gäbe jetzt keine Notwendigkeit mehr für weitere Initiativen des Westens in dieser Frage, es sei jetzt an der Zeit, daß die Sowjetunion jene Vorschläge des Westens, die bereits auf dem Tisch lägen, auf konstruktive Weise beantworte.

Deutscher Priester Nachfolger Lefebvres

dpa/DW. Econe

Der vom Vatikan amtsenthobene französische Erzbischof Marcel Lefebvre, Gründer der Traditionalistenbewegung „Priesterbruderschaft des Heiligen Pius X.", hat sein Führungsamt in der Vereinigung an den Deutschen Franz Schmidberger übergeben. Schmidberger war bislang „Generalvikar" der Bruderschaft.

In seiner Predigt richtete Lefebvre heftige Angriffe gegen den Vatikan. Die römische Kurie sei von „Modernisten" besetzt, die den „Irrtum verbreiten". Dieser Irrtum werde „vor allem durch den Wind der Häresie ausgebreitet, die man Ökumenismus nennt, die die wahre Kirche allen Religionen, allen Ideologien nahebringen und die Getreuen vom katholischen Glauben hinwegführen" wolle.

„Aktionswoche" gegen Nachrüstung

AP/KNA, Bonn/Hamburg

Politiker, Schriftsteller, Filmemacher und Künstler wollen sich an „gewaltfreien Aktionen" gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligen. Ein entsprechender Aufruf ist unter anderem von den SPD-Politikern Erhard Eppler, Günter Gaus, Hans-Ulrich Klose, Oskar Lafontaine, Henning Scherf, Heide Simonis und Heidemarie Wieczorek-Zeul unterzeichnet. Von den Politikern der Grünen haben Gert Bastian, Marie-Luise Beck-Oberdorf, Petra Kelly und Otto Schily den Aufruf unterschrieben.

An der geplanten Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober wird auch die deutsche Sektion der Internationalen Friedensbewegung „Pax Christi" (Präsident: der Limburger Weihbischof Walther Kampe) sich beteiligen. Kampe betonte aber, daß der „Friedensbewegung" durch Gruppen von Schlägern und Anarchisten eine große Gefahr zuwachse. Kampe: „Pax Christi und andere christliche Bewegungen für den Frieden müssen sich sehr deutlich von diesen Leuten abg;renzen. Wer zur Gewalt übergeht, will nicht den Frieden."

Hilferuf der Kirche im Ostblock

KNA, Bonn

In einem Appell an katholische Organisationen und Gläubige hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) auf die Unterdrückung der Kirche im Ostblock und besonders auf die Verfolgung der unierten Katholiken hingewiesen. Das ZdK veröffentlicht dazu das Schreiben des Vorsitzenden der „Initiativgruppe zur Verteidigung der Rechte von Gläubigen und der Kirche" in der Sowjetunion, Josyp Terelja, der die Christen in der freien Welt beschwört, ihre Verantwortung für die unterdrückte und verfolgte Kirche nicht zu vergessen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

SED weiter für gute Beziehungen zu Bonn

Bericht des Politbüros macht deutlich: Auch bei Nachrüstung an Projekten mit der Bundesrepublik interessiert

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED hat vor dem Moskau-Besuch von Bundeskanzler Kohl noch einmal deutlich gemacht, daß sie die gegenüber der UdSSR eingegangene Verpflichtung erfülle und bei einer westlichen Nachrüstung die Stationierung sowjetischer Raketen auf „DDR"-Boden zulassen müsse. Aus dem Bericht des Politbüros ging allerdings ebenso klar hervor, daß die SED Wert darauf legt, trotz des abgekühlten Klimas die deutsch-deutschen Beziehungen aufrechtzuerhalten und weitere Projekte mit Bonn abzuschließen.

Als Politbüro-Berichterstatter wies Horst Dohlus nicht nur auf die entsprechende Äußerung von Erich Honecker vor sowjetischen Soldaten hin, westliche Raketen in der Bundesrepublik würden „erforderliche Maßnahmen" nach sich ziehen, sondern präzisierte: „Es kann also kein Zweifel bestehen, daß die Staaten des Warschauer Vertrages die erforderlichen Schritte unternehmen werden, um unter allen Bedingungen die militärisch-strategische Parität aufrechtzuerhalten."

Bemerkenswerterweise findet sich bei Dohlus auch eine sehr realistische Einschätzung der SED über die offenkundige Vergeblichkeit, die Bundesrepublik und andere westliche Länder in der Raketenfrage zu „erweichen". Wörtlich sagte der Spitzenfunktionär laut „Neues Deutschland": „Das Politbüro übersieht ... nicht, daß sich in den letzten Monaten die Tendenz, eine geschlossene imperialistische Front gegen die sozialistische Gemeinschaft zu schaffen, verstärkt hat, obwohl Interessenunterschiede zwischen kapitalistischen Ländern nicht zu übersehen sind."

Wie hoch die SED-Führung im nachhinein das Gespräch zwischen Honecker und dem SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel einordnet, ergibt sich daraus, daß Dohlus zu den innerdeutschen Beziehungen und der aktuellen SED-Haltung dazu nur in Form der Zitierung von Vogel-Äußerungen vor der Bonner Pressekonferenz Stellung bezieht. Der Funktionär vergaß unter den Vogel-Zitaten, die Dohlus sämtlich in indirekter Rede aufführt, nicht den Hinweis Vogels, Honecker habe wegen seines Besuchs „bekräftigt, aufgeschoben sei nicht aufgehoben".

Das vierstündige Gespräch am 28. Mai war seinerzeit auf Vorschlag von Honecker zustande gekommen, während Vogel zunächst wohl nur mit dem Gedanken gespielt hatte, während seiner Dresden-Reise auf Volkskammer-Ebene Gespräche führen zu können. Der Draht zu Vogel wurde durch seinen „DDR"-Namensvetter Wolfgang Vogel, Anwalt und Vertrauter Honeckers, über die SPD-Fraktion im Rathaus Schöneberg nach Bonn gezogen.

Wie vital die SED unverändert an guten Beziehungen zu Bonn interessiert ist, beweist die Bemerkung von Dohlus, das Politbüro habe sich „umfassend mit der Frage der Weiterentwicklung der Beziehungen" beschäftigt. Auch nach einer Stationierung von US-Raketen will die Partei offenbar die Linien nach Bonn keineswegs kappen.

Dies läßt sich aus der verklauselten Bemerkung von Dohlus herauslesen, „auch unter den neuen Aspekten, die im Mittelpunkt der internationalen Diskussion stehen", sei es notwendig, die Beziehungen zwischen beiden Staaten „Schritt für Schritt in Ordnung zu bringen".

Zum innenpolitischen Hauptproblem, dem Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung trotz neuer RGW-Auflagen, merkte Dohlus optimistisch an: „Alles in allem, Genossen, brachten die vergangenen fünf Monate erneut ein kräftiges Wirtschaftswachstum, obwohl nicht zu übersehen ist, daß auf einigen Gebieten etwas höhere Raten vorgegeben waren." Schon 1982 hatte die „DDR"-Industrie in verschiedenen Branchen die ehrgeizigen Planziele nicht erreicht. Statt 4,8 Prozent – wie gefordert – kamen zum Jahresende 1982 unter dem Bilanzstrich nur drei Prozent Wachstum heraus. Für 1983 liegt die Latte für die 132 zentral gesteuerten wichtigsten Kombinate bei 4,2 Prozent. Laut Dohlus haben acht dieser sozialistischen Konzerne bis Ende Mai ihre Pläne nicht korrekt erfüllt.

Die erhebliche Bedeutung einer ordentlichen Versorgung – immer noch die Achillesferse der „DDR" – demonstrierte Dohlus durch den Satz: „Entsprechend ihrem hohen politischen Rang" habe das Politbüro den Fragen der Versorgung der Bevölkerung „besondere Aufmerksamkeit gewidmet".

Lediglich im Zusammenhang mit dem „Grundbedarf" gebraucht Dohlus dann die Vokabel „zuverlässig". Es sei jedoch notwendig, die „Umschlags- und Handelsprozesse noch effektiver durchzuführen, die Handelsverluste (vor allem bei Obst und Gemüse, d. Red.) weiterhin zu senken und die bereitgestellten Konsumgüter niveauvoller anzubieten". Das Angebot an hochwertigen industriellen Konsumgütern müsse „reichhaltiger und anziehender" gestaltet werden.

Dohlus berichtet auch von einer Anordnung des Politbüros an die zuständigen Ministerien, die dafür notwendigen Kapazitäten „durch konsequente Rationalisierung kurzfristig wirksam zu machen".

Zu den Standardthemen des Berichterstatters, wie sie in nahezu jeder ZK-Sitzung erörtert werden, gehörte auch das Verhalten der Behörden gegenüber den Bürgern: „Wir dürfen zu keiner Zeit zulassen, daß die vertrauensvollen Beziehungen der Werktätigen durch oberflächliches Reagieren einzelner auf ihre Vorschläge und Kritiken sowie durch Erscheinungen liberalen Verhaltens zu den Beschlüssen gestört werden."

Immer wieder erweise es sich, „wie unersetzlich der unmittelbare politische Dialog mit den Bürgern für die weitere Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen Partei und Volk ist und wie sehr es gerade in bewegten Zeiten darauf ankommt, diesen Dialog ständig zu führen. Dabei gilt es, aufmerksam und ohne jeden Zeitverzug auf das zu reagieren, was die Werktätigen bewegt."

Der große Gegenspieler von Konrad Adenauer



Vor 25 Jahren starb Karl Arnold FOTO: DPA

GEORG SCHRÖDER, Bonn

Zum 25. Mal jährt sich der Todestag Karl Arnolds, des großen Gegenspielers Konrad Adenauers in der CDU. Am 29. Juni 1957 erlag er völlig überraschend im Alter von 57 Jahren einem Herzschlag. Ein Jahr zuvor war Ministerpräsident Arnold von der FDP in Düsseldorf gestürzt worden, ein Ereignis, daß die Spaltung der Liberalen und ihren Ausschluß aus der Bonner Koalition nach sich zog.

Daraufhin hatte Arnold sich im Sommer 1957 mit Leib und Seele in die Landtagswahl gestürzt. Wenige Tage nach seinem Tode errang die CDU in und mit seinem Namen einen sensationellen Wahlsieg. Zum ersten und bisher einzigen Mal erhielt sie mit 53 Prozent die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.

Von 1947–1956 stand Arnold an der Spitze des neuen Bundeslandes. In den schwersten Jahren des Aufbaus war er der Mann, der Vertrauen gewann, der viele Erfolge errang. Aber das allein macht die geschichtliche Bedeutung Arnolds nicht aus. Er verkörperte als Ministerpräsident zugleich die politische Bedeutung der ehemaligen Christlichen Gewerkschaftler in der für die deutsche Parteilandschaft so neuartigen CDU. Sie alle waren als Parteigründer dieser überkonfessionellen demokratischen und sozialen Partei dabei: Jakob Kaiser, Blanck, Storch, Kaisers Schwiegersohn Katzer und in Düsseldorf Karl Arnold, der als Zentrumsmann dort in der Weimarer Zeit schon 23jährig Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaft geworden war.

Ein Wort über die Persönlichkeit Arnolds: schlank und hager, mit einem durchgeistigten Gesicht. Liebenswürdig aber auch entschlossend kämpfend für seine Grundgedanken, die verwurzelt waren in der katholischen Soziallehre. Ein geborener Menschenführer, der Sympathie gewann. Ein Mann mit Charisma würde man heute sagen.

Dieser Mann von Ruhr und Rhein war ein gebürtiger Württemberger, ein Schwabe aus Erzbergers Biberach. Er war der Sohn von Kleinbauern, der als Lederarbeiter begann, dann auf der Sozialen Hochschule in München sein Handwerkszeug für die Gewerkschaftsarbeit schmiedete. Schwere Nazi-Jahre, Verhaftung nach dem 20. Juli 1944 und dann der raketenhafte Aufstieg in der Nachkriegszeit: 1946 gewählter Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1947 einstimmig zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt, 1950, 1954 erneut zum Ministerpräsidenten gewählt.

Was sich bei der Aufzählung dieser Daten so glatt liest, war in Wirklichkeit ein Hindernislauf. Wenn es nach Konrad Adenauer gegangen wäre, dann wäre 1947 nicht Arnold, sondern Gockeln Ministerpräsident in Düsseldorf geworden. Im Gegenzug dazu verhinderte Arnold 1949 Adenauers Plan, wonach der bayerische Ministerpräsident Erhard erster Präsident des Bundesrats werden sollte. Arnold ließ sich selber wählen.

Arnold, der schon 1949 für eine große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD vergeblich in Bonn gefochten hatte, strebte dann 1950 diese Koalition mit der SPD in Düsseldorf an. Adenauer dagegen versuchte die Regierungsbeteiligung der FDP auch in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen. Ein Patt und eine Kleinstkoalition von CDU und Zentrumspartei waren das Ergebnis. Auch 1954 ersehnte Arnold die große Koalition für Düsseldorf, mußte sich aber Adenauer beugen und die FDP in die Regierung nehmen. Standen also Adenauer und Arnold ständig auf Kriegsfuß? Kein Zweifel daran ist erlaubt. Arnold war in die Nachkriegszeit mit dem Ruf nach einem christlichen Sozialismus, nach überbetrieblicher Mitbestimmung, nach Bodenreform und der Ausschaltung des Großkapitals bei bestimmten Betrieben hineingegangen. Hier lag die Wurzel des Gegensatzes zu Adenauer, hier lagen auch die Gründe dafür, warum Arnold die SPD in die Regierungsverantwortung hineinnehmen wollte, während Adenauer sie von Anfang an ausschalten wollte. War Arnold also ein gescheiterter Politiker? Er selber hat sich so nicht gesehen. Auch das Volk an Rhein und Ruhr nicht, das diesen lauteren Mann nicht vergessen hat.

Manche Liberale glauben noch an Castros Unschuld

Schwierigkeiten für die Lateinamerika-Politik Reagans

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Als ein prominenter politischer Kommentator der USA in Miami einer Gruppe lateinamerikanischer Geschäftsleute die Opposition des Kongresses gegen Reagans Lateinamerika-Politik erklären wollte, unterbrach ihn ein empörter im Exil lebender Kubaner mit den Worten: „Wie kann man nur so naiv sein." Am Morgen dieses Tages hatte die Presse die Rede veröffentlicht, die Fidel Castros Stellvertreter Carlos Rafael Rodriguez vor einer Gruppe nordamerikanischer Journalisten gehalten hatte und die in der Erklärung gipfelte, Kuba wolle ein freundschaftlicher Nachbar der USA sein und sei zu sofortigen Verhandlungen über dieses Thema bereit. Kubas Führer seien keine Leute, die Lateinamerika in Brand setzen wollen.

Liberale Kreise der USA fühlen sich angesichts solcher Erklärungen in ihrer Überzeugung bekräftigt, daß „die Welt nicht untergeht, wenn einige Länder in Zentralamerika kommunistisch werden". Aber der Kubaner wußte, wovon er sprach, wenn er diese Leute als naiv bezeichnet. Ihn erschreckt nicht die Gesinnung der Männer wie Rodriguez, sondern die Gesinnungslosigkeit. Vor allem dagegen richtet sich Reagans Politik, dargestellt in seiner jüngsten Pressekonferenz.

Was die Liberalen meist nicht wissen: Rodriguez war während seines ganzen politischen Lebens ein linientreuer Kommunist. Deshalb bekleidete er auch ein Ministeramt in der Regierung des verhaßten Diktators Fulgencio Batista. Batista gehört zu denen, deren Namen bei vielen Amerikanern eine Gänsehaut hervorrufen. Die kommunistische Propaganda hat es fertiggebracht, ihnen einzureden, daß das State Department oder die CIA für Batistas Taten in Kuba verantwortlich sei, weil er angeblich eine nordamerikanische Marionette war.

Immer die gleichen Männer

Die Wirklichkeit war anders. Batista sah in Kubas Kommunisten zuverlässige Pfeiler seiner Diktatur und hatte deshalb zwei Männer der Partei in seine Regierung berufen. Einer war Carlos Rafael Rodriguez, der damals nichts für den Revolutionär in den Bergen der Sierra Maestra übrig hatte. Die kommunistische Partei hatte nur Verachtung für den „disziplinlosen Opportunisten" übrig, wie Castro in ihrem Wörterbuch hieß. Erst als Castro erstaunliche Siege aufzuweisen begann, kam Gegenorder aus Moskau. Rodriguez verließ La Havana und ging zur Revolution des „disziplinlosen Opportunisten" über. Das war ein Jahr vor Castros Sieg, und seitdem lassen sich Nordamerikas Liberale nicht ausreden, daß die USA-Politik Castro den Kommunisten in die Arme trieb.

Diese Naivität beschränkt sich nicht auf Kuba. Was ebenfalls nur wenige zu begreifen scheinen, ist die ständige Wiederkehr der gleichen Männer. Man braucht nur an Bolivien zu denken, wo seit mehr als 30 Jahren bei jedem politischen Wandel immer wieder Hernan Siles Zuazo und Victor Paz Estenssoro erscheinen, allerdings in verschiedener Verkleidung.

Politisches Karussell

Die Revolution ihrer „nationalistischen revolutionären Bewegung" galt im Jahr 1952 bei vielen als vorwiegend vom Nationalsozialismus beeinflußt. Im Laufe der Jahre lockerte sich das System und man fand Victor Paz plötzlich als einen Bewunderer des jugoslawischen Diktators Tito. Jede Machtablösung in Bolivien brachte Paz und Siles wieder, das letzte Mal, vor weniger als einem Jahr war aus Siles der in der sozialistischen Internationale bejubelte Retter der von ihm zerstörten bolivianischen Demokratie geworden, dieses Mal im Bündnis mit der Kommunistischen Partei.

Die häufigen Niederlagen der Demokratie führten in vielen Ländern Südamerikas dazu, daß ihre Entwicklung nicht vorwärts führte, sondern in den Rundlauf eines Karussells. In Argentinien erscheint seit 40 Jahren bei jeder politischen Krise erneut Perons Führerfigur. Nach seinem Tod trat Isabelita als „die Witwe" in seine Fußstapfen. Die Ideologie bewegte sich von einem fachistoiden Nationalismus zu einem mit den Linksradikalen, den ehemaligen Todfeinden, kokettierenden Populismus. Aber auch die Generäle hielten ihren Platz auf dem Karussell. Nicht einmal der verlorene Falkland-Krieg konnte das ändern. Nach der Niederlage tauschten sie einfach den rechtsextremen Nationalismus gegen die Mitgliedschaft in der Dritten Welt aus.

Selbst in Nicaragua sind zahlreiche Führer Sprößlinge gerade der Familien, die auf dem politischen Karussell reiten und auch von der Revolution nicht beseitigt wurden. Lateinamerika hat sich nie vom „Caudillismo" befreien können, einem Wertsystem, in dem die Vaterfigur eines politischen Führers weit wichtiger ist als seine ideologische Ausrichtung.

Golfstaaten wollen Hilfe für Irak kürzen

DW. Riad

Die Finanzminister Saudi-Arabiens und der Golfemirate erwägen gegenwärtig, ihre Finanzhilfe für Irak drastisch einzuschränken. Dies wurde von gutunterrichteter Seite in der saudiarabischen Hauptstadt Riad bekannt.

Die Finanzminister der Golfstaaten, die im „Rat für Kooperation der Golfstaaten" zusammengeschlossen sind, waren in der vergangenen Woche zu zwei Geheimkonferenzen in Dschidda zusammengetroffen. Zweck dieser Treffen war die Beratung eines saudiarabischen Vorschlags, die großzügige Finanzhilfe für Irak einzustellen. Hintergrund der Initiative Riads: Zurückgehende Öleinnahmen der Golfstaaten und eine Stabilisierung im Golfkrieg zwischen Iran und Irak. Beobachter vermuten, daß die Golfstaaten mit der gegenwärtigen Patt-Situation zufrieden sind. Die Unterstützung Iraks war für die Golfstaaten notwendig geworden, als die Truppen des Ayatollah-Regimes die Oberhand im Konflikt am Golf zu gewinnen drohten. Eine militärische Entscheidung zugunsten Iraks dagegen würde die empfindliche Balance am Golf stören.

PLO-Sondersitzung in Tunis einberufen

AP, Damaskus

Das 14köpfige Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wird heute in Tunis zu einer Sondersitzung über die blutigen Kämpfe zwischen rivalisierenden Fraktionen innerhalb der PLO zusammentreffen. Am Freitag und Samstag sollen auch die Führer der acht in der PLO vereinten Guerrilla-Gruppen zu den Beratungen hinzukommen.

Nach internationalen Ermittlungsbemühungen hatte sich am Dienstag zunächst eine Annäherung zwischen dem PLO-Vorsitzenden Arafat und dem syrischen Staatspräsidenten Assad abgezeichnet, der die Fatah-Rebellen unterstützen soll. Assad soll dem Vorsitzenden der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), George Habasch, versichert haben, Arafat könne nach Syrien zurückkehren. Hoffnungen in der arabischen Welt auf eine Entspannung zwischen Arafat und Assad wurden jedoch durch eine neue Offensive der Fatah-Rebellen in Ost-Libanon gegen loyale Fatah-Verbände wieder gedämpft. Nach libanesischen Rundfunkberichten sind die Rebellen entlang der Fernstraße Damaskus–Beirut weiter nach Westen vorgestoßen.

An Libanons Christen lassen Syrer ihre Rache aus

Von PETER M. RANKE

Die beliebten Sommerferien in den Bergen fallen für viele christliche Familien im Küstenstreifen zwischen Beirut und Batrun dieses Jahr aus. „Wo sollen wir noch hin?", fragt Paul Zein, Stadtler in Jounieh. „An der Küste und in den Bergen leben wir unter der Raketendrohung der Syrer." Seine Familie hat der libanesische Christ erst einmal in das Bergdorf Ghazir evakuiert, aber auch dort sind schon die berüchtigten Grad-Raketen eingeschlagen.

Paul Zein hat seinen Angestellten freigestellt, noch ins Büro zu kommen. „Ich kann die Verantwortung nicht übernehmen", sagt er. In der Tat: Ab 16.00 Uhr schließen im einst so belebten und beliebten Jounieh die Geschäfte, die Straßen im christlichen Flüchtlingshafen der vergangenen Kriegsjahre sind fast leer. Seit sowjetische Grad-Raketen, die immerhin 180 Zentimeter lang sind, auch im Hafen und im Ort einschlugen, meiden auch die kleinen Trawler Jounieh. Nur die Armee benutzt noch Pier und Lagerhäuser.

Auch das Casino in Maameltein lag schon unter Beschuß. Seitdem ist das Kino dort leer. Grad und Katjuschas haben auch die neuen Hotel-Silos in Tabarja abbekommen, die Gäste räumten fluchtartig. Selbst die Badefreuden sind den Libanesen vergällt, denn sie haben Angst vor Raketen-Detonationen im Wasser, die die Lungen zerreißen. Allein seit dem letzten Sonntag haben die Syrer und die mit ihnen verbündeten Milizen der „National-Sozialistischen Partei" (PPS) viele Dutzend Raketen nach Jounieh, Antelias, Mcalles, Dbaye und in die christlichen Vororte Beiruts wie Ain-el-Rommaneh geschossen. Auch Bergnester wie Beit Mery oder Bhamdun liegen unter Feuer.

Die Menschen finden keinen Schlaf mehr

„Sie schießen zu jeder Tages- und Nachtzeit", berichtet Apotheker Mrauwe in Jounieh. Manchmal vormittags um neun Uhr, öfter in der Nacht zwischen zehn und vier Uhr morgens. Er schläft mit seiner Familie im Erdgeschoß, gesichert durch einige Sandsäcke. Die meisten Häuser in Libanon kennen keine Keller, keine Schutzräume.

Mrauwe weiß: „Dort, wo die Raketen herkommen, gibt es keine Kämpfe zwischen Drusen- und Christen-Milizen. Dort stehen nur Syrer, PLO und ihre Verbündeten." Die Abschußstellungen liegen bei Dhour Choueir, Ain el Soha, Dour Salima und Chebanyeh. Es sind die Berge der Region Hoch-Metn.

Wie durch ein Wunder gab es bisher keine Toten durch Volltreffer, aber Dutzende von Schwerverletzten, unter ihnen auch Kinder.

Die Schulen sind wegen der Examina noch nicht geschlossen. Aber bei Fahrten entlang der Küste und durch die Bergdörfer sieht man immer wieder schwere Schäden an den Häusern, ausgebrannte Autos und Einschlagtrichter in Feldern und zwischen Bäumen. Genau zielen können die Syrer mit den Raketen nicht, sie schießen einfach los und streuen das gesamte Gelände des von christlichen Milizen (Lebanese Forces) vor syrischer Besatzung geretteten Gebietes ab. Die syrischen Stellungen liegen weit oben in den Bergen des Metn und des Kesruan.

„Das ist die Rache der Syrer, weil wir das Abkommen mit den Israelis unterzeichnet haben", sagt Ilse Sayjoun vom Roten Kreuz. Die Terror-Beschießung begann schon vor der Unterzeichnung am 17. Mai. Syriens Präsident Assad schwor damals, er werde eine Ausführung der Abmachungen vereiteln. Er will die Christen gegen die Regierung und Präsident Gemayel aufhetzen, meint man auch bei den „Lebanese Forces", die oben in den Bergdörfern die Stellung halten.

Auch in Beirut sind nachts die Einschläge in den Vororten zu hören. Die Raketen kommen rasend schnell, sofort nach dem Pfeifen erfolgt der Einschlag. Weglaufen oder Deckung suchen ist nicht möglich. Die Menschen in den Häusern finden keinen Schlaf, horchen auf das Heulen der Grad-Raketen. Die Syrer schaffen immer neuen Nachschub dieser gefährlichen Waffe aus der Sowjetunion heran. „Wenn Washington bloß die Israelis vorigen Sommer nicht gehindert hätte, die Syrer auch aus den Bergen zu vertreiben", ärgert sich Apotheker Mrauwe. Er denkt nicht allein so.

Westliche Agenturen und Korrespondenten berichten kaum über den täglichen Beschuß, ihnen ist die Pressekarte für Damaskus offenbar wichtiger. Die libanesische Regierung wiederum ist militärisch hilflos gegenüber dem Skandal, daß mitten im Frieden trotz Waffenstillstand libanesische Wohngebiete von syrischen Truppen und pro-syrischen Milizen und Palästinensern beschossen werden. Ex-Präsident Camille Chamoun hat schon gefordert, die Armee einzusetzen. Aber was kann diese gegen die Syrer oder auch die Drusen-Milizen ausrichten, wo doch die Bergstellungen und die Bekaa dahinter von den Syrern kontrolliert werden?

Das Leben in den Städten ist gelähmt

„Seit acht Jahren leben wir nun im Krieg und es wird nicht besser", meint Ilse Sayjoun, „wir können ja nicht mal mehr weglaufen in die Berge, die doch sonst unser Schutz waren." Sie ist nervös, in der Umgebung ihres Hauses in Jounieh gingen schon sieben Raketen nieder.

Das Leben in den Küstenstädten und christlichen Bergdörfern wie auch im mehrfach getroffenen Bikfaya, dem Heimatort der Präsidentenfamilie Gemayel, ist sichtbar gelähmt. Selbst die Autofahrer rasen wie verrückt über die Küstenstraße, wenn der Verkehr es zuläßt. Nach einem Raketen-Einschlag wartet man bis zu zwei Stunden, ehe man die Deckung verläßt und sich wieder ans Steuer setzt. Zu oft kracht die nächste Salve nur eine oder zehn Minuten später, irgendwo.

Chefarzt Fauzi vom Hospital Notre-Dame in Jounieh operiert sicherheitshalber nur noch im Erdgeschoß und hat alle transportfähigen Kranken gebeten, nach Hause zu gehen. Grad-Raketen haben schon Straße und Rasen vor dem Krankenhaus aufgerissen, alle Fensterscheiben in der Umgebung sind kaputt. „Hier gibt es keinerlei militärische Ziele in der Nähe", erklärt der Arzt. Der Beschuß sei reiner Terror zur Einschüchterung. In der nächsten Nacht kam die Bestätigung: 36 Raketen-Einschläge in vier Stunden.

Der Rachegeist der Syrer reitet auf feuerspeienden Raketen, geliefert von den Sowjets. Die christliche Bevölkerung in Libanon duckt sich unter den Schlägen, wieder einmal. (SAD)

FDP-Kommission erarbeitet Grundsätze

hey. Bonn

Die 31köpfige Programmkommission der FDP soll sich mit der Erarbeitung eines bisher fehlenden umfassenden Grundsatzprogramms für die Partei befassen. In ihm soll eine „grundsätzliche Bestimmung" zeitgemäßer liberaler Politik vorgenommen werden. Vor der konstituierenden Sitzung der Programmkommission am 8. Juli hat Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer als Vorsitzende betont, Leitgedanken bei der Formulierung eines liberalen Programms unter den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sollten „mehr Markt", „mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung" sowie „Entbürokratisierung" sein. In einem Brief an die Kommissionsmitglieder meint sie, „ungeachtet der Koalitionskonstellation", gehe es darum, „das unverwechselbare liberale Profil der FDP noch deutlicher und attraktiver" zu machen. Anhand der zentralen Probleme der 80er Jahre müßten die Freien Demokraten „in der Abgrenzung zu Konservativen und Sozialisten" Ziele und Lösungsvorschläge in den verschiedenen Politikbereichen aufzeigen. So müsse zum Beispiel bei der Sozialpolitik ein umfassendes Reformkonzept entwickelt werden.

In Polen steigen die Mietpreise

AP, Warschau

In Polen steigen die Mietpreise. Wie Radio Warschau gestern meldete, hat die Regierung eine stufenweise Anhebung der Mieten für Wohnungen vom 1. Oktober an beschlossen. Dabei soll der Quadratmeterpreis zunächst auf 4,20 bis 13,20 Zloty und innerhalb der nächsten beiden Jahre weiter auf sieben bis 22 Zloty steigen. Zur Vermeidung von Härtefällen sollen einkommensschwache Familien Ausgleichszahlungen erhalten.

Teurer werden auch die Mieten für gewerblich genutzte Flächen. Hier soll der Quadratmeterpreis auf 50 bis 70 Zloty steigen. Zur Begründung heißt es, daß die Mieten trotz deutlicher Kostensteigerungen seit sieben Jahren unverändert geblieben sind. Die Anhebungen seien daher wirtschaftlich gerechtfertigt.

Evren ebnet Weg für jüngere Generale

Revirements und Beförderungen in der türkischen Militärführung / Was wird aus Saltik?

E. ANTONAROS, Athen

Zum erstenmal seit dem Militärputsch im September 1980 stehen weitreichende Veränderungen an der Spitze der türkischen Streitkräfte bevor. General Kenan Evren, Staatsoberhaupt, Generalstabschef und Vorsitzender der fünfköpfigen Militärjunta in einer Person, wird voraussichtlich am 1. Juli sein Amt als Oberkommandierender der Streitkräfte niederlegen und dadurch ein umfassendes und längst fälliges Revirement in den Spitzenpositionen der drei Waffengattungen auslösen.

Evren hatte während einer Rede in Sinop am vorletzten Wochenende seinen Rücktritt angekündigt. „Ich kann diese Aufgaben nicht ewig wahrnehmen. Andere Kollegen, sehr fähige Offiziere, warten darauf, meine Nachfolge anzutreten", hatte er gesagt. Die fünf regierenden Generale, die seit dem Coup den „Nationalen Sicherheitsrat" bilden, hatten per Sonderdekret ihr Verbleiben im aktiven Dienst verlängert und auf diese Weise die Beförderung von jüngeren Generalen jahrelang blockiert. Im Laufe von internen Beratungen sollen diese dienstjüngeren Offiziere jetzt den Abtritt der Junta-Mitglieder von ihren Kommandoposten verlangt haben.

Als Evrens Nachfolger an der Spitze der türkischen Streitkräfte stehen zwei Vier-Sterne-Generale zur Diskussion: Sein Junta-Kollege Nurettin Ersin, der die Landstreitkräfte kommandiert und im Ruf eines Falken steht, hat die besseren Aussichten gegenüber General Necdet Urug, der als Generalsekretär des „Sicherheitsrates" zwar kein ordentliches Junta-Mitglied ist, aber über großen Einfluß verfügt.

Geht der Spitzenposten an Ersin, so wird Urug zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. Seine Nachfolge als Generalsekretär des Junta-Gremiums, das bis zu den Parlamentswahlen am 6. November fortbestehen soll, wird der ziemlich unbekannte General Necip Toruntay antreten. Vorgesehen sind Umbesetzungen auch an der Spitze der Marine, der Luftwaffe und der Gendarmerie.

Von besonderem Interesse wird allerdings die Verwendung von General Haydar Saltik sein, der unmittelbar nach dem Putsch als der zweitstärkste Mann der Junta gegolten hat. Saltik soll im Auftrag der Oberkommandierenden der Waffengattungen den Plan zur Machtübernahme am 12. September 1980 ausgearbeitet haben, später aber wegen seiner gemäßigten Anschauungen in Ungnade gefallen und nach Istanbul versetzt worden sein. (SAD)

Regierungssieg in El Salvador vorausgesagt

AP, San Salvador

Einen Sieg der Regierungstruppen über die linksgerichteten Guerrillas innerhalb der kommenden zwei Jahre in El Salvador hat ein US-Experte für den Fall vorausgesagt, daß die amerikanische Militärhilfe fortgesetzt wird. Der oberste amerikanische Militärberater in San Salvador, Oberst John Waghelstein, erklärte, die Regierungstruppen hätten gelernt, die Rebellen effektiver zu bekämpfen.

Seit Anfang dieses Jahres habe sich die salvadorianische Armee mit ausgedehnten Operationen stärker gegen die Guerrillas durchgesetzt, sagte Waghelstein. Dabei wende sie zunehmend selber Guerrilla-Taktiken an. Ziel des Vorgehens sei es, die Untergrundkämpfer von dichtbesiedelten Gebieten fernzuhalten.

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Karl Carstens** hat das Kuratorium der „Deutsch-Britischen Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft" in Bonn empfangen. Vorsitzender der Stiftung ist **Douglas Lord Croham**, Berater der „Bank of England", stellvertretender Vorsitzender der frühere deutsche Botschafter **Sigismund von Braun**. Die Stiftung ist ein deutsches Staatsgeschenk, das der frühere Bundespräsident **Gustav Heinemann** „an Stelle eines Teppichs" der englischen Königin machte, als er 1972 nach London reiste. 1973 nahm die Stiftung unter der Schirmherrschaft des Herzogs von Edinburgh ihre Tätigkeit auf. Sie befaßt sich mit der Organisation deutsch-britischer Konferenzen und mit der Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten, die sich unter anderem mit Themen wie Arbeitslosigkeit, Lage der Stahlindustrie, Arbeitszeitverkürzung in vergleichenden Studien befaßt. Zu den deutschen Kuratoriumsmitgliedern gehören **Dr. W. Alexander Menne**, früheres Vorstandsmitglied von Hoechst, **Joachim von Oertzen**, früheres Vorstandsmitglied von Siemens und der frühere DGB-Chef **Heinz Oskar Vetter**.



Sigismund von Braun

GEBURTSTAG

Karl Kunrath, Präsident des Europaverbandes der Selbständigen, feiert am 4. Juli 60. Geburtstag. Er war Initiator der Gründungsversammlung des Europaverbandes der Selbständigen in Luxemburg und ist seit vier Jahren Präsident des Europaverbandes der Selbständigen, CEDI, Sitz in Brüssel. Seit 20 Jahren gibt er das Mittelstandsblatt „Gewerbe-Report" heraus und vertritt in seiner Heimatgemeinde in Bexbach, Saarland, seit zwei Jahrzehnten als Vorsitzender des Gewerbevereins-Stadtverbandes die Interessen der Selbständigen. In Bexbach wurde er auch Initiator des dortigen Nikolausmarktes der Stadt.

EHRUNG

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** wird heute in der Münchner Residenz 61 Bayerische Verdienstorden verleihen. Zu den neuen Trägern des begehrten Ordens zählen Arbeitgeber-Präsident **Otto Esser**, Siemens-Vorstandsvorsitzender **Karl-Heinz Kaske**, Dornier-Geschäftsführer **Peter Dornier**, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, SPD-MdB **Bruno Friedrich**, der Schriftsteller **Heinz G. Konsalik** und der Fernsehmoderator **Gerhard Löwenthal**. Nach dem Gesetz darf die Zahl der lebenden Ordensinhaber nicht höher als 2000 sein. Ab heute sind es 1870.

ERNENNUNGEN

Die Republik Irak entsendet einen neuen Botschafter in die Bundesrepublik Deutschland. Es ist **Abdul Karim Mohammed Najim Al-Tai**. Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem Botschafter inzwischen das Agrément erteilt.

*

Neuer deutscher Botschafter in der Demokratischen Republik Madagaskar wird **Karl-Heinz Rouette**. Der Diplomat, Jahrgang 1922, stammt aus Aachen. Er studierte Jura und trat 1953 in den Auswärtigen Dienst ein. Auf Auslandsposten war er in Valparaiso, in Buenos Aires und Recife. Später arbeitete er in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. Von 1964 bis 1968 leitete er die deutsche Botschaft in Bujumbura, Burundi. 1972 ging Karl-Heinz Rouette wieder in das Auswärtige Amt, wo er ab 1972 in der Kulturabteilung tätig war. 1974 bis 1978 war er Botschafter in Monrovia, Liberia, seit 1978 ist er Botschafter in Port of Spain, Trinidad.

LANDESREGIERUNG

Neuer Sprecher in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz in Bonn ist Dr. **Hans Dieter Wichter**. Neben seinem Sprecheramt vertritt er die Ressorts Verteidigungsfragen und Wirtschaft. Dr. Wichter löst **Johannes Neukirchen** ab, der

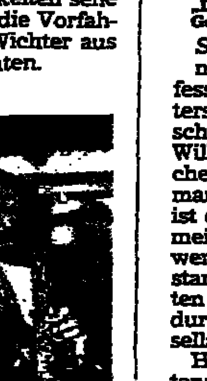


Dr. Hans Dieter Wichter

sein Sprecheramt fast zehn Jahre ausübte und zum Stellvertreter von Minister **Johann Wilhelm Gaddum**, dem Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz in Bonn, aufrückte. Dr. Wichter, Jahrgang 1949, in Opladen geboren, studierte in Bochum, Mannheim und Köln Wirtschaftswissenschaften. 1979 ging er in das Wirtschaftsministerium nach Düsseldorf, wo er sich hauptsächlich mit Strukturbeobachtungen befaßte. Am 1. Mai 1983 war er in die Bonner Landesvertretung übergewechselt. Während eines Empfanges hat Johannes Neukirchen seinen Nachfolger persönlich in Bonn vorgestellt und vermerkt, daß Dr. Wichter „noch viel Rheinisches" in der Sprache habe. Anpassungsschwierigkeiten sehe er dennoch keine, da die Vorfahren seines Kollegen Wichter aus dem Hunsrück stammten.

VERANSTALTUNG

Zu einem „europäischen Familienfest" hat Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** am Mittwoch abend in der Nähe von Straßburg eingeladen. EG-Ratspräsident Genscher feierte das Ende der deutschen Präsidentschaft in der EG in dem elsässischen Feinschmecker-Lokal „Au moulin de la Wanzenau". Eingeladen waren die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Präsident **Piet Dankert** an der Spitze und die Journalisten in Straßburg. Aus Bonn ließ Genscher seine „hauseigene Jazzband" kommen. „Big Bonn Special" ist heute eine musikalische „Institution", deren Gründer **Karl Theodor Paschke**, Sprecher des Auswärtigen Amtes ist. Zur Band gehören **Freddy Protz**, persönlicher Referent von AA-Staatssekretär **Jürgen Möllemann**, der Bonner Bankkaufmann **Uwe Voß**, Lufthansamann **Uwe Voß**, Lufthansa Mitarbeiter **Georg Kraus**, der Kölner Staatsanwalt **Gerd Both** und **Uwe Stienke** aus dem Innerdeutschen Ministerium.



Von links: Uwe Stienke, Karl Theodor Paschke.
FOTO: POLYPRESS

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mist, Müll und Statistik

„Die Belastung der Umwelt"; WELT vom 11. Juni

Statistische Schaubilder können kurz und treffend informieren, sie können aber auch zu großen Fehlinformationen führen, wenn sie falsch ausgelegt werden. In der angeführten Globusdarstellung hat der Verfasser von der Landwirtschaft wohl wenig Ahnung, sie ist eine große Fehlinformation.

Ich zeigte drei Städtern, die bei mir zu Gast waren, das Schaubild und die Erklärung zur Bewertung. Ergebnis: „Ihr Landwirte müßt ja ganz schlimme Belaster der Umwelt sein, wenn Ihr einen Müllberg von 260 Millionen Tonnen jährlich in der Bundesrepublik erzeugt." Durch solche Zahlen wird dem Landwirt wieder der „Schwarze Peter" zugeschoben. „Immer wieder die Landwirte als Belaster der Umwelt", rauscht es dann durch den Zeitungs- und Blätterwald. – „Es stand doch in der WELT. ‚Globus' hat es belegt – hochwissenschaftliche Leute."

Sind wir schon soweit, daß der Misthaufen zum Müllberg erklärt wird? – Ich habe mir Gedanken gemacht, wie ist der Globus-Interpret wohl zu den 260 Millionen Tonnen Landwirtschaftsabfall gekommen? Die Bergbauabfälle mit 67 Millionen Tonnen = Abraumhalden waren mir klar, doch landwirtschaftliche Müllberge? – Meint der Verfasser die leeren Papierschrotsäcke, die verbrannt werden oder durch den Kompost gehen? Alte Landmaschinen, die als Alteisen verschrottet werden? – Der Anteil ist gering. So kann als tonnenschwerer Belaster nur der Mist vom Bauernhof gemeint sein. Oder wird schon Stroh bei der Getreideernte als Abfall gerechnet, oder Kartoffelkraut, Rübenblatt, Garten- und Gemüseabfälle, - oder sogar die fallenden Blätter im Herbstwald?

Abfälle sind nicht gleich Abfälle. Landwirtschaftliche Abfälle haben im Weltmaßstab einen großen biologischen Wert. Ob Strohmist, Jauche, Kompost, Gartenabfälle: sie haben über Jahrhunderte die Humusschicht auf unserem Globus verbessert. Sie sind heute wieder vom Biogärtner hochgeschätzt. Vor 40 Jahren wurden landwirtschaftliche Abfälle, so die Roßäpfel (= Pferdemist), auch in der Stadt noch schnell aufgehoben, um in Klein- und Hausgärten Verwendung zu finden. Kuhmist wurde auf den Halligen, wie heute noch in Indien, zu Fladen getrocknet und war oft die einzige Heizquelle.

Noch vor 50 Jahren, in der Vor-Spül-Klosett-Zeit, wurden in den Städten, so z. B. in Elmshorn, die menschlichen Exkremente (Abfälle) in sogenannten „Goldeimern" aus der Stadt auf eine große Baumschule gefahren, um mit Kompost vermischt zu werden. Die Baumschule hatte Weltruf für ihre Erzeugnisse. Der Volksmund sagte, die so gedüngten Rosen hätten einen besonders guten Duft. Die Landwirtschaft hat schon immer Recycling praktiziert, lange bevor dieses Wort aufkam.

WELT- und „Globus"-Wirtschaftsjournalisten können dieses Thema noch heute auf jedem Bauernhof studieren, dann würden obige Fehlauslegungen nicht vorkommen.

Der Misthaufen ist keine Müllhalde, er ist die Sparbüchse und Visitenkarte eines tüchtigen Bauern.

Ernst Kühl,
Ellerhoop

Leugnung der Abläufe

„Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte"; WELT vom 20. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

neuerdings wird sogar von Professoren der Geschichte kein Unterschied mehr anerkannt zwischen national und nationalistisch. Will man alle Menschen einer Sprache in einem Staat vereinigen, ist man Nationalist. Eine Nation aber ist eine juristische Größe, eine Gemeinschaft des Rechts, nicht notwendigerweise der Sprache. Entstanden sind solche Gemeinschaften in England und Frankreich durch Einwirkung von außen (Insellage und 100jähriger Krieg).

Herrn Büsch ist entgegenzuhalten: vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation ist erst die Rede gewesen, als der Bestand dieses Reiches mindestens durch die Türken bedroht wurde (Dietrich Schäfer). Fordert man nun, daß immer Österreich wegen seiner Deutschsprachigkeit den Führungsanspruch in diesem Reich hatte, dann ignoriert man die preußische Geschichte der Emanzipation von allen Machenschaften dieses Österreich sowie der Bewährung gegen Napoleon im Bunde mit Rußland vor Österreichs Beitritt. Wie kann man die Schaffung des deutschen Nationalstaates durch Bismarck nicht als organischen Prozeß der Verselbständigung Preußens nach seinem erworbenen Rang verstehen!

Es ist eine Leugnung historischer Abläufe und kommt der biologistischen Betrachtungsweise Hitlers sehr nahe, für die Deutschen zu jedem Zeitpunkt ihrer Geschichte ein Großdeutschland zu fordern! Der Bruch in unserer Geschichte war die Abkehr vom Zweifrontenkriegsverbot nach Bismarcks Entlassung.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang R. Thorwirth,
Gummersbach

Das Vorbild?

„Bildung in USA – Nur jeder Zweite kann ohne Probleme lesen"; WELT vom 21. Juni

Sehr geehrte Herren,

versetzen wir uns einige Jahre zurück in die Zeit, da die bildungspolitische Debatte in der Bundesrepublik mehr oder weniger von der Frage um die Einführung der integrierten Gesamtschule beherrscht war.

Es lief kaum eine Informationsveranstaltung ab, in der die Vertreter von SPD und/oder GEW im Rahmen ihrer Argumentation für die integrierte Gesamtschule nicht ein Loblied auf das US-amerikanische Schulsystem sangen.

In der WELT vom 21. Juni steht nun der oben genannte Bericht über das USA-Bildungswesen. Sollten wir befürchten müssen, daß die integrierte Gesamtschule uns eines Tages in der Bundesrepublik zu einem ähnlichen Ergebnis führen?

Mit freundlichen Grüßen
Paul-Günther Weden,
Vorsitzender,
Eltern für Eltern e. V.,
Hamburg 1

Am Annaberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Carl Gustav Ströhm nimmt in der Ausgabe vom 22. Juni den Besuch des Papstes in Oberschlesien zum Anlaß, auf die Kämpfe um den Annaberg hinzuweisen. Seine abgewogene Darstellung befaßt sich allerdings überwiegend mit dem Schicksal des Herrn Korfanty. Auf diese Weise wird das eklatante Unrecht, daß der deutschen und polnischen Bevölkerung Oberschlesiens zugefügt wurde, nicht deutlich.

Die unter Aufsicht des Völkerbundes durchgeführte Abstimmung vom 20. März 1921 brachte mit 59,6 Prozent Stimmen für ein Verbleiben beim Deutschen Reich den Willen der Bevölkerung eindeutig zum Ausdruck. Der Einfall der polnischen Insurgenten unter Führung Korfantys war aber nicht nur eine chauvinistische Mißachtung der Volksabstimmung, sondern verbunden mit Massakern an der Bevölkerung. Die deutschen Freiwilligen-Verbände unter Führung des Generals Höfer drängten – unter Aufsicht eines englischen Militärbevollmächtigten – die Insurgenten schließlich aus Oberschlesien auf polnisches Territorium zurück.

Herbert Hoover, der spätere Präsident der USA, damals Chef des Amtes der Lebensmittelverwaltung der Vereinigten Staaten, war zu dieser Zeit bemüht, aus Gründen einer sicheren Kohleversorgung eine Revision der durch Versailles geschaffenen deutschen Ostgrenze herbeizuführen, ein Vorhaben, das die damalige französische Regierung verhinderte. Statt auf der Basis der Volksabstimmung das gerade etablierte Recht der Selbstbestimmung der Völker zu achten, beschloß die Pariser Botschafter-Konferenz im Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens mit dem Verlust des größten Teils der dort angesiedelten Industrie.

In der Innenpolitik Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ist das Unrecht der Teilung Oberschlesiens nicht nur durch die Nationalsozialisten, sondern durch alle anderen Parteien angeprangert worden.

Wenn der polnische Papst Deutsche und Polen zur Versöhnung aufruft, so kann diese nicht auf der Basis der Annektion Oberschlesiens herbeigeführt werden. Der Annaberg und seine Wirkungen auf die Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg sollte vielmehr eine Mahnung an alle Beteiligten sein, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu garantieren.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. A. Osthold,
Göttingen

Auch anderswo

„Richter, Staatsanwälte und Notare stellen sich den Fragen der Bürger"; WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

es war sehr zu begrüßen, daß die Hamburger Justiz „Tage der offenen Tür" durchgeführt hat. Die dort gewählte Form der Selbstdarstellung ist allerdings nicht so neu, wie der Bericht in der WELT vermuten läßt. Die ersten „Tage der offenen Tür" haben auch nicht, wie in einem Leserbrief in Ihrer Ausgabe vom 22. Juni zu lesen ist, 1982 in Alzey stattgefunden. Niedersachsen ist vorangegangen: 1973 und 1977 Braunschweig, 1979 Wolfsburg, 1982 Hildesheim und Verden, 1983 Oldenburg.

Es ist erfreulich, wie stark sich der Gedanke durchgesetzt hat. Diese Klarstellung soll deshalb auch keineswegs den Ruhm der zu Recht auf ihre Justiztage stolzen Hamburger Justiz schmälern. Wenn aber schon nach der Urheberschaft geforscht wird, dann sollten auch die Daten stimmen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Sieg,
Pressestelle, OLG,
Braunschweig

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Ein Lächeln ist oft das Wesentliche. Man wird mit einem Lächeln belohnt oder belebt."

Antoine de Saint-Exupéry, franz. Autor (1900–1944)

RADSPORT / Morgen wird zum 80. Mal die Tour de France gestartet

Das Jahr null nach Hinault wird zur großen Chance für alte Stars, die aufhören wollten

KLAUS BLUME, Bonn

Die Szene hat sich urplötzlich verändert. Nachdem der Bretone Bernard Hinault (27) bekanntgab, er werde wegen anhaltender Kniebeschwerden in diesem Jahr nicht an der 80. Tour de France (Start: 1. Juli) teilnehmen, meldeten zwei Radprofis ihre Ansprüche auf den Sieg an, die bisher ans Aufhören dachten: die beiden Holländer Hennie Kuiper, 34 Jahre alt, und Joop Zoetemelk, 36 Jahre alt.

Kuiper, der in diesem Jahr den schweren französischen Eintagsklassiker Paris–Roubaix gewann, hatte vor vier Wochen bereits abgesagt. Der Mann, der 1975 Weltmeister war und 1979 beim schwersten Etappenrennen der Welt den vierten Platz belegte, gab dafür finanzielle Gründe an. Seinem belgischen Team Aernoudt-Rossin würden rund 150 000 Mark fehlen, um sich das Abenteuer Tour de France zu leisten. Team-Chef Fred De Bruyne, einst einer der besten belgischen Rad-Profis mit großer Tour-Erfahrung, hat inzwischen dieses Geld beisammen – mit Hilfe eines belgischen Seifenherstellers. Und sein Star, Hennie Kuiper, bereitet sich in diesen Tagen bei der Tour de L'Aude vor.

Insgeheim darauf gehofft, doch noch an der Tour teilnehmen zu können, haben De Bruyne und Kuiper schon zuvor, und deshalb hatten sie ihr Trainingscamp, unbemerkt von der Öffentlichkeit, in den französischen Pyrenäen aufgeschlagen. Kuiper: „Gott ja, es wird für einen alten Mann wie mich freilich immer schwerer, täglich sieben Stunden lang im Rennsattel zu sitzen. Aber ich bin verrückt nach der Tour, was willst du da machen."

Kuipers Landsmann Joop Zoetemelk hat die Tour de France schon einmal gewonnen. Das war 1980, als Hinault kurz vor den Pyrenäen wegen Kniebeschwerden ausstieg. 1981 wollte Zoetemelk aufhören und sich in sein französisches Hotel nach Meau zurückziehen. Doch dann kamen seine alten Freunde vom französischen Mercier-Rennstall und überredeten ihn, weiterzumachen.

In diesem Jahr wollte Zoetemelk die Tour eigentlich nur mitfahren, um seinen jüngeren Kollegen zu helfen. Zoetemelk: „Die Lage hat sich verändert, da muß ich die Verantwortung selber tragen."

Ein dritter Holländer schickt sich an, nach Hinaults Absage die Tour zu gewinnen: Peter Winnen, 25 Jahre alt, Bergspezialist in Diensten des englisch-holländischen Teams TI-Raleigh. Winnen galt ohnehin als der große Widersacher Bernard Hinaults, nachdem er im vorigen Jahr Tour-Vierter geworden war. Doch im Raleigh-Rennstall, dem stärksten Profi-Team der Welt, herrschen derzeit chaotische Zustände. Selbst ein so erfahrener Mann wie Team-Chef Peter Post, der ehemalige Sechs-Tage-Kaiser, hat deshalb Angst vor der Tour.

Der Grund: Raleigh löst den Rennstall spätestens zum Ende der Saison auf. Ex-Weltmeister Jan Raas hat deshalb seinen Vertrag mit Post ebenso nicht erneuert wie Cees Prim, Leo van Vliet, Jaak Hanegraaf und Ad Wijnands. Alle fünf wollen künftig gemeinsam mit Raas für einen belgischen Geldgeber in die Pedale treten. Johan van der Velde wiederum wird künftig in Italien seine Karriere fortsetzen, und Gerrie Knetemann hat nach seinem schweren Sturz im Frühjahr keine Ambitionen mehr, Radrennen zu bestreiten. Post ist besorgt: „Ob Raas, Prim, van Vliet und van der Velde bei der Tour noch einmal zügig für Winnen arbeiten, ist angesichts dieser Entwicklung sehr fraglich." Als sein früherer Lieblingsschüler Henk Lubberding in der vorigen Woche bei der Tour de Suisse ausstieg und nach Hause fahren wollte, befahl Post deshalb: „Du bleibst hier und fährst jeden Tag vor dem Start jede Etappe als Training, allein und mit hohem Tempo." Lubberding gehorchte.

Weil Post befürchtet, seine holländischen Stars könnten ihn während der Tour in Stich lassen, sah er sich nach anderen Spitzenfahrern um. Aber sowohl der Schweizer Urs Freuler als auch der Belgier Frank Hoste („Ich will nach Italien") gaben Post einen Korb.

Die Absage Hinaults hat auch einen anderen Team-Chef in Schwierigkeiten gebracht: den Bretonen Cyrille Guimard vom französischen Staatskonzern Renault, dem Arbeitgeber Hinaults. Guimard will nun auf einen 22jährigen Amerikaner, auf den Vize-Weltmeister Greg Lemond setzen. Doch der winkte bisher ab: „In meinem Vertrag steht, daß ich nach der Tour de Suisse vier Wochen Pause machen darf und daß ich keinesfalls die Tour de France fahren muß. Denn das könnte mir mit meinen 22 Jahren einen Knacks fürs ganze Leben geben. Deshalb hat mir Guimard noch im letzten Herbst zusätzlich versprochen, daß ich erst 1984 durch die Pyrenäen kraxeln muß."

Als Guimard davon hörte, sagte er nur: „Das stimmt alles nicht. Nichts ist entschieden." Dann setzte sich der ehemalige Tour-Star Guimard (36) aufs Fahrrad und jagte bei der Tour de Suisse die Alpenpässe hinauf, so, als wolle er selber wieder für die Tour trainieren. Lemond: „Man kann mich doch nicht zwingen. Auch nicht mit solchen Mätzchen."

Längste Etappe über 308 Kilometer

Start der 80. Tour de France morgen mit einem langen Einzelzeitfahren in Fontenay-sous-Bois über fünf Kilmometer. Die Schlußetappe führt am 24. Juli von Alfortville nach Paris über 180 km. Insgesamt werden in 22 Etappen 3750 km zurückgelegt. Es gibt nur einen Ruhetag, am 19. Juli in L'Alpe d'Huez. Die vierte Etappe am 5. Juli von Roubaix nach Le Havre ist mit 308 km die längste. Als schwerstes Teilstück gilt am elften Tage die Vier-Pässe-Fahrt in den Pyrenäen über den Aubisque, Tourmalet, Aspin und Peyresourde. Sechs Zeitfahr-Etappen mit insgesamt 246 Kilometern stehen auf dem Programm.

Am Start ist auch die kolumbianische Amateur-Nationalmannschaft. Die eingeladenen osteuropäischen Verbände sagten ab. Deutsche Fahrer nehmen in diesem Jahr nicht an der Tour de France teil.

Kampf der Herren-Gesellschaft: Emmeline Pankhurst und die Suffragetten

Als Emmas Oma erstmals aufbegehrte

Der Schlachtruf „Votes for Women", die Gewaltakte fanatischer Frauenrechtlerinnen, haben in den Jahren zwischen 1906 und 1914 die ganze britische Öffentlichkeit in Wallung gebracht. Für die Feministinnen schien das britische Empire nicht mehr zu existieren, bis die noch fest im Sattel sitzende Herren-Gesellschaft den Frauen das Wahlrecht zugestand.

Leider war die Frauenrechtsbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts von Männern ausgelöst worden – nicht von Frauen. Sie hing aufs Engste zusammen mit den Problemen des Frauenstudiums, der Geburtenkontrolle, des gleichen Lohnes für Frauen und Männer in der rasch auswuchernden Fabrikwelt. Widerhall fand sie vor allem bei Frauen und Mädchen aus dem kleinen und mittleren Bürgertum. Versuche von Frauenrechtlerinnen wie Emmeline Pankhurst, Fabrikarbeiterinnen für sie zu mobilisieren, waren wenig erfolgreich, da die Arbeiterinnen ausschließlich an der Lohnfrage interessiert waren.

Im Jahre 1897 schlossen sich die vielen kleinen Gruppen von Frauenrechtlerinnen im Lande zu einer „Nationalen Union" zusammen. Ihr Weg war mit Enttäuschungen gepflastert. Das änderte sich radikal, als 1903 eine fanatische Idealistin, Emmeline Pankhurst, 45jährige Anwaltswitwe aus Manchester, die „Women's Social and Political Union" (WSPU) gründete.

Die Witwe Pankhurst, deren Mann sich theoretisch bereits zum Frauenwahlrecht bekannt hatte, war auch leidenschaftlich an der Bekämpfung von Armut und Not interessiert und gehörte zeitweilig der radikalsozialistischen „Unabhängigen Labour-Partei" an. Sie beschloß, eine neue Taktik gegen die Herren-Gesellschaft einzuschlagen, die „militante Aktion". Im Englischen gibt es den Begriff der „suffrage", der Auflehnung gegen politische oder kirchliche Entscheidungen. Darum sprach man von den „Suffragetten", als die WSPU aktiv wurde.

Das Jahr der Leibwache – ZDF, 22.05 Uhr

Nach dem großen Wahlsieg der Liberalen im Jahre 1906, von dem sich die WSPU sehr viel versprach, erkundigten sich Christabel Pankhurst, temperamentvolle Tochter einer temperamentvollen Mutter, und eine Freundin auf einer Versammlung in der Free Trade Hall in Manchester, wie die neue Regierung zum Frauenstimmrecht stehe. Die Frage war legitim, die Antwort nicht. Saalordner packten die beiden Mädchen und warfen sie hinaus. Als sie auf der Straße für ihre Sache agitieren wollten, wurden sie von der Polizei verhaftet und von einem Gericht wegen „Obstruktion" wahlweise zu einer Geldbuße oder Gefängnis verdonnert. Prompt gingen sie ins Gefängnis.

Die Antwort der Suffragetten bestand in einer Terrorkampagne, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Das Repertoire der „militanten Aktionen" war breit gefächert: Belästigung von Schutzleuten und Politikern, Regenschirmattentate gegen hochgestellte Personen, Störung von Unterhaussitzungen und politischen Versammlungen, Brand- oder Bombenanschläge auf Wohnungen oder Landsitze bekannter Gegner des Frauenwahlrechts, Demolierung von Kunstwerken oder Gemälden in Museen und Galerien und dergleichen mehr. Die Suffragetten schwärmten wie wütende Hornissen im Land umher. Dazu kamen Massendemonstrationen, Versammlungen, Diskussionsveranstaltungen.

Das liberale Kabinett Asquith geriet in Verlegenheit, wollte aber auch nicht nachgeben. Sperrte man Suffragetten ein, traten sie in den Hungerstreik. Der Kompromißvorschlag einer Unterhaus-Kommission von 1910 blieb liegen. Ein Versuch, 1913 wenigstens Hausfrauen mit 25 Jahren das Wahlrecht zu gewähren, scheiterte an juristischen Bedenken.

Dafür erging 1913 eine Gesetzakte, wonach Frauen im Hungerstreik wegen schlechter Gesundheit entlassen werden konnten. Ging es ihnen besser, wurden sie wieder eingesperrt. Die Öffentlichkeit sprach von der „Katz- und Maus-Akte". Und dann? Dann fegte der Ausbruch des Krieges 1914 alles hinweg. Die Witwe Pankhurst forderte zum „nationalen Dienst" auf.

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Die lebenslustige Witwe

Nicht immer ist es mit dem Leben und dem Glück aus, wenn der Tod eines Eheteils die Zweisamkeit beendet. Aus der anfänglichen Leere in Frau Leykam jedenfalls wächst langsam eine befreiende Einsamkeit hoch, und als habe der Herrgott alles Versäumte gesammelt und für die Witwe, Mutter und Großmutter fürsorglich verwahrt, schüttet jetzt 's zweite Leb'n (ZDF) die ganze Fülle all der Gaben aus, die ihr das erste Leben versagte: kleine Dinge, in freier Selbstgestaltung gewählt und angepackt, wie sie anderen längst alltäglich sind, von Frau Leykam aber nun in maßvollen, aber voll ausgekosteten Zügen genossen werden, mit dem listigen Augenzwinkern einer Lebenserfahrenen, die ihre beiden Beine gleichwohl nicht vom Erdboden abzuheben gedenkt, die nicht das Neue mit dem Alten kompensiert, sondern das Alte mit dem Neuen ergänzt.

Ein nicht seltener Fall aus der Wirklichkeit, der gerade in seiner Banalität entzückt, mitreißt, tröstet. Und gottlob hat Autor Fitzgerald Kusz diese Banalität gar nicht künstlich korrigiert. Er weidet sich vielmehr in ihr zwischen familiären Belanglosigkeiten, Schnäpsle und robustem Besitzdenken, und er läßt die fränkische Mundart mit nur sanften Eingriffen gewähren, als sprudelte sie aus ihm nur so hervor. Auf feine Ironie und geschliffene Sätze wird wohltuend verzichtet. Bosheit und Hinterlist, die hier und dort als katzenpfötige Naturnotwendigkeiten daherkommen, weil sie eben zum Leben gehören, werden weder zu großen moralischen Anstößigkeiten noch zu gesellschaftspolitischen Anklagen erhoben.

Die zarte, charmante Geschichte bezieht ihre ganze spannende Lebendigkeit aus keiner These, sondern einzig aus dieser von Arbeitsmühsal, Liebe und Lebenslust beschenkten Frau, für deren Verkörperung es eine ergreifendere Schauspielerin als diese Barbara Thummet wohl kaum geben dürfte.

HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

Am Silvesterabend wird die erste Folge einer neuen **Fernsehshow mit Rudi Carrell** ausgestrahlt. Es soll eine Spielshow werden, bei der es keine Sieger und Gewinne gibt und die sich insbesondere auch an ältere Zuschauer wendet, erklärte Rudi Carrell, der von Radio Bremen jetzt zum Westdeutschen Rundfunk (WDR) gewechselt ist. Es soll dabei zugehen „wie auf einer Geburtstagsfeier". Die erste Folge wird in Koproduktion mit Radio Bremen aus Bremen kommen, dann folgen Köln, München, Berlin und voraussichtlich Wien als Drehorte. Jede 90-Minuten-Sendung wird ein Thema haben, das mit der Region zusammenhängt. Er werde sich von den Städten inspirieren lassen, meinte Carrell. Die Sendereihe, die nach den Worten des Talkmasters zehn Jahre laufen könnte, wird alle zwei Monate am Samstagabend ausgestrahlt.

SPORT-NACHRICHTEN

Körbel bleibt

Frankfurt (dpa) – Karl-Heinz Körbel bleibt bei Eintracht Frankfurt. Der 28 Jahre alte Vorstopper des Fußball-Bundesligavereins hat eine Kündigung zurückgezogen und seinen Vertrag um ein Jahr verlängert.

Geht Burgsmüller?

Nürnberg (dpa) – Der Dortmunder Manfred Burgsmüller (33) ist sich mit dem Fußball-Bundesligaverein 1. FC Nürnberg über einen Drei-Jahres-Vertrag einig. Differenzen gibt es zwischen beiden Klubs noch über die Höhe der Ablöse. Dortmund verlangt 500 000 Mark, Nürnberg will nur 350 000 Mark bezahlen.

Ivanescu nach Essen

Essen (dpa) – Der Rumäne Petre Ivanescu, der in dieser Saison als Trainer mit dem VfL Gummersbach vier Titel gewann, wechselt zum Pokal-Finalisten TUSEM Essen.

Schach: Vierte Niederlage

Plovdiv (dpa) – Die deutschen Schachspieler mußten im vierten Spiel der Mannschafts-Europameisterschaft die vierte Niederlage hinnehmen. Sie unterlag Jugoslawien 1,5:6:5.

ZAHLEN

TURNEN

Deutsche Meisterschaft der Kunstturnerinnen, Achtkampf, Endstand: 1. Haug (Berlin) 77,80 Punkte, 2. Lehmann (Berlin) 75,50, 3. Golz (Niederwörresbach) 75,40, 4. Becker (Wattenscheid) 75,05, 5. Schwarm (Niederwörresbach) 74,20, 6. Wilhelm (Wolfsburg) 73,95.

TENNIS

Turnier in Wimbledon, Viertelfinale, Herren: Lendl (CSSR) – Tanner (USA) 7:5, 7:6, 6:3, Lewis (Neuseeland) – Purcell (USA) 6:7, 6:0, 6:4, 7:6. – Damen: Jäger (USA) – Potter (USA) 6:4, 6:1, King (USA) – Jordan (USA) 7:5, 6:4, Navratilova (USA) – Mundel (Südafrika) 6:3, 6:1, Vermaak (Südafrika) – Wade (Endland) 6:3, 2:6, 6:2. – Herrendoppel, dritte Runde: McEnroe/Fleming (USA) – Mitton/Moore (Südafrika) 6:4, 6:2, 6:4, Curren/Denton (Südafrika/USA) – Fillol/McMillan (Chile/Südafrika) 6:4, 6:1, 6:3. – Damendoppel: Kohde/Pfaff (Deutschland) – Moulton/Burgin (USA) 6:3, 6:3, Navratilova/Shriver (USA) – Nagelsen/Wade (USA/England) 6:2, 6:4.

TURNEN

Geiger: Titel und Examen

sid/dpa, Frankfurt

Der deutsche Rekordmeister Eberhard Gienger hatte auf ihn getippt und am Ende recht behalten. Jürgen Geiger (23) aus Herbolzheim sicherte sich nach seinem dritten Platz in der Pflicht doch noch die Deutsche Meisterschaft der Kunstturner im Zwölfkampf vor Andreas Japtok (Hannover) und Volker Rohrwick (Oppau). Mit 114,20 Punkten hatte er die Konkurrenz um drei Zehntel und mehr hinter sich gelassen.

Geigers augenblickliche Situation läßt seinen Erfolg in einem noch besseren Licht erscheinen. Zwischen den Klausuren für das Examen als Diplom-Betriebswirt erledigte er die Titelverteidigung fast nebenbei. Dennoch mußte Geiger bis zum Schluß um seinen Sieg bangen, denn die Führung wechselte nach fast jedem Gerät. Keiner der Spitzenturner kam ohne Patzer durch sein Programm. Diese Unsicherheiten blieben auch Bundestrainer Philipp Fürst nicht verborgen. „Daran werden wir noch im Hinblick auf die Weltmeisterschaften, die im Oktober in Budapest ausgetragen werden, feilen müssen. Allerdings darf man nicht vergessen, daß viele Turner ihre zum Teil neuen Übungen hier zum ersten Mal im Wettkampf absolviert haben", lautete das Fazit des Chefcoaches. Bei den Damen verteidigte Yvonne Haug aus Berlin ihren Titel im Achtkampf. Mit 77,80 Punkten lag sie vor Brigitta Lehmann (75,50).

STAND●PUNKT

Gute Arbeit, gutes Geld

Jetzt geht es also los. Die Leichtathleten, besonders die publikumswirksamen Läufer, eilten von Oslo (Dienstag) nach Lausanne (heute), dann geht's weiter nach Stockholm (4. 7.) und Helsinki (6. 7.). Große Sportfeste bestimmen vor der ersten Weltmeisterschaft den Ortswechsel, das Tempo ist dabei enorm hoch, bei den Rennen selbst aber kaum geringer.

Sebastian Coe zum Beispiel hatte vor kurzem noch Schwierigkeiten, die WM-Norm des englischen Verbandes über 800 m zu erfüllen. Jetzt stellte er auf dieser Strecke in Oslo mit 1:43,80 gleich eine Weltjahresbestzeit auf. Der plötzliche Leistungsschub hat seinen Grund – es gibt Geld. Das ist jetzt gar keine üble Sache mehr, sondern genehmigt. In Lausanne liegen Startgelder von insgesamt 210 000 Franken auf der Bank. Ein Scheck wird da wohl auch Motivationshilfe für Thomas Wessinghage gewesen sein. In Oslo lief er seine erste Weltklassezeit in dieser Saison: 13:18,46 Minuten über 5000 m.

Gutes Geld – gute Leistung, das ist ein ehrlicher Zusammenhang. Vielleicht könnten die Veranstalter zum Nutzen der Zuschauer künftig nur noch ihr Zahlungssystem umstellen. Nicht Startgelder vorneweg, sondern Zahlung nach Metern, Sekunden oder Plazierung. Geldranglisten wie im Tennis oder Golf – warum eigentlich nicht?

ULRICH SCHMIDLA

GALOPP / Derby-Woche in Hamburg: Gestüte diskutieren die künstliche Besamung

Schreckensvision vom Zusammenbruch der Zucht

HARALD SIEMEN, Hamburg

Im August 1981 befand sich Robert Carter (36), Mitarbeiter des Londoner International Racing Bureaus, das Galoppsport-Informationen in alle Welt liefert, beim Ostblock-Meeting in Prag. Dabei fiel Carter, ein Experte für Abstammungen von Vollblutpferden, ein russischer Hengst auf: der dreijährige Hengst Gasolit, Sieger im Moskauer Derby. Gasolits Vater war laut Programmheft der legendäre Anilin, bestes russisches Pferd aller Zeiten und dreifacher Sieger im Kölner Preis von Europa.

Carter wußte, daß Anilin im November 1975 im Alter von 14 Jahren eingegangen war. Demnach konnte er den 1978 geborenen Gasolit eigentlich gar nicht mehr gezeugt haben. Als Lösung blieb nur eines: Die Russen müssen mit tiefgefrorenem Anilin-Samen gearbeitet haben. Eine Entdeckung, die für Aufsehen sorgte. Künstliche Besamung, vor allem mit tiefgefrorenem Sperma, gehört nämlich zu den großen Tabus in der internationalen Vollblutzucht. Ein Pferd, das aus künstlicher Besamung stammt, darf in keinem westeuropäischen Land starten.

Hans-Heinrich von Loeper, Generalsekretär des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen in Köln, ist für eine Lockerung der strengen Bestimmungen: „Das deutsche Tierzuchtgesetz erlaubt künstliche Besamung ausdrücklich. Aber auf internationalen Konferenzen will man davon nicht viel wissen."

So ist die Vollblutzucht die einzige Tierzucht, in der es noch zugeht wie vor hundert Jahren: Zehntausende von Stuten reisen in der Deckperiode (15. 2.–30. 6.) teilweise um die halbe Welt, um den vom Züchter ausgesuchten Hengst aufzusuchen. Die Gefahr von Krankheitsübertragungen ist groß. Oft genug kommt die Stute nicht tragend zurück und das teure Deckgeld ist verloren. In Deutschland sind das bis zu 22 000 Mark für den Hengst Nebos, international ist der Hengst Northern Dancer mit 500 000 Dollar der teuerste.

Dabei geht es auch anders. Zumindest in der Warmblutzucht, also der Zucht für Reit- und Springpferde. Dort bekommt der Züchter den „Hengst" mit der Post ins Gestüt. Einschlägige Anzeigen bieten eine Samenportion (reicht für drei Deckungen) für 1000 Mark an. Auch in vielen Trabergestüten geht es heute fortschrittlicher zu. Auf der Hanover Shue Farm, Amerikas berühmtesten Trabergestüt, wird vornehmlich mit gekühltem und verdünntem Frischsamen gearbeitet, der 36 bis 48 Stunden haltbar ist. Zwar müssen nach dieser Methode die Stuten weiterhin ins Hengstgestüt reisen, aber die Gefahr von Krankheiten wird weitgehend ausgeschaltet, der Hengst außerdem nicht so belastet.

Gegner der künstlichen Besamung malen vor allem die Schreckensvision vom Zusammenbruch der weltweiten Vollblutzucht an die Wand. Durch das größere Angebot – so die Argumente – würden Züchter nur noch auf die Vererbungskraft weniger und guter Hengste vertrauen. Durch Gen-Verengung käme es dann in wenigen Generationen zur Katastrophe.

Ernsthafter hört sich da schon ein anderes Argument an. Heinrich Werhahn von der Tierklinik Sottrum und Experte auf diesem Gebiet: „Pferdesamen ist nur schwer zu konservieren. Bei einigen Hengsten ist er nach dem Auftauen unbrauchbar." Zahlreiche Wissenschaftler arbeiten aber derzeit an der Verbesserung der Haltbarkeit und, wie die Praktiken in der Warmblutzucht zeigen, offenbar mit Erfolg.

Tabuisiert wird die künstliche Besamung von einflußreichen Züchtern, die in der Vollblutzucht in den letzten Jahren auf dem Markt die Preise nach oben getrieben haben. Vor allem die Gruppe um den englischen Toto-Millionär Robert Sangster zahlt heute jeden Preis. Mit ihm können nur noch arabische Ölscheichs und der griechische Reeder Stavros Niarchos konkurrieren. Sangsters Hengst Golden Fleece, 1982 Sieger im englischen Derby, wurde im Vorjahr in 40 Anteile zu je einer Million Dollar aufgeteilt. Das ergibt einen Schätzwert von rund 100 Millionen Mark für das Pferd. Entsprechende Preise werden für den Deckakt verlangt. Deutsche Züchter können da schon längst nicht mehr mithalten, vielleicht ein Grund dafür, daß hierzulande darüber geredet wird, die Bestimmungen über künstliche Besamung zu liberalisieren. Doch die deutsche Zucht ist zu unbedeutend, um sich international durchzusetzen.

Allerdings: Eine Revolution wollen auch die Gestüte zwischen Hamburg und München nicht. Künstliche Besamung sollte zunächst an Stuten getestet werden, die schwer zu decken sind. Jens von Lepel, Gestütsleiter im Erfolgsgestüt Röttgen bei Köln: „Der Natursprung darf nicht völlig abgeschafft werden."

Orofino startet doch im Hansa-Preis

Für den Großen Hansa-Preis (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 2200 Meter) am Samstag wurden 14 Pferde als Starter angegeben, darunter auch Orofino mit Peter Alafi. Die weiteren chancenreichen Pferde: Anno (Georg Bocskai), Stornello (Stephen Eccles), Amyndas (Tony Murray) und Kaiserstern (Karl Winkler).

Das Seejagdrennen am dritten Tag (Toto-Umsatz 593 910 Mark) der Derby-Woche in Hamburg gewann der Außenseiter Drosselkönig. Die beiden Favoriten Narcissus und Sanddorn kamen nicht bis zum See, sie schieden schon nach dem zweiten Sprung aus, nachdem sie durch ein gestürztes Pferd vom Kurs abgedrängt worden waren. Der Wallach Nadelwald brach sich auf der Flachbahn das linke Vorderbein und mußte eingeschläfert werden.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Katzenspiel
11.45 Umschau
12.10 In der Rolle von ...
Zollfahndung auf dem Frankfurter Flughafen
13.00 Tagesschau

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder

15.20 Unsere kleine Farm
Der Geizhals
16.10 Tagesschau
16.15 Das Streitgespräch
Thema: Nieder mit der Liebe?
17.00 Lille und sein Freund Chinese (1)
Ein Paar Schuhe, ein langer Weg ...
4teilige italienische Filmserie
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der siebte Sinn
20.18 Schlag auf Schlag
Eine politische Talkshow
Zu Gast bei Claus Hinrich Casdorff: Otto Wiesheu, Generalsekretär der CSU
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Chris Howland alias „Heinrich Pumpernickel" gehörte in den 60er Jahren zu den bekanntesten Discjockeys in der Bundesrepublik.
22.30 Tagesthemen
23.00 Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Franz Kafka am 3. 7. 1983
Ein Bericht für eine Akademie
Von Franz Kafka
In einem Vorwort sagte der Regisseur Willi Schmidt u. a.:
„Es war gewiß ein ungewöhnliches Unterfangen, einen Monolog, der nicht für das Theater geschrieben wurde, auf die Bühne zu übertragen. Sollte der Versuch gelingen und dem kostbaren Text Franz Kafkas keine Gewalt angetan werden, konnte nur ein Schauspieler von Klaus Kammers Rang sich dem Wagnis unterziehen, jenem unheimlichen Zwischenwesen zwischen Mensch und Tier Gestalt zu verleihen."
23.45 Tagesschau

ZDF

ZDF-Ferienprogramm für Kinder

14.30 Cuckoo
Die Geschichte eines armen Jungen, der im südlichen Iran zu Hause ist
15.00 Ferienkalender
15.15 Die kleinen Strolche
Stadtrundfahrt mit Hindernissen
15.30 heute
15.35 Sport aktuell – aus Wimbledon
Internationale Tennis-Meisterschaften von England
Halbfinale Damen-Einzel
Reporter: Rolf Kramer
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ingrid Peters, Judy Paul
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Patienten gibt's
Ein hoffnungsloser Fall
19.00 heute
19.30 Zirkus, Zirkus
Attraktionen und Sensationen der Manege
Präsentation: Freddy Quinn
21.00 heute-journal
21.20 Geldverdienen gern gesehen
Ungarns Reformer fördern privates Gewinnstreben
Bericht von Robert Stengl
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Das Jahr der Leibwache
England 1982/83
Original mit Untertiteln
Der französische Filmemacher und Filmtheoretiker Noël Burch, der in England lebt, hat die große Premiere der feministischen Bewegung zum Anlaß zu einem Filmessay genommen. Szenisch beschwört er einige entscheidende Augenblicke in der Geschichte der Leibwache, und diese Szenen lösen Reflexionen aus über die Problematik eines militanten Widerstands.
23.00 Internationale Tennis-Meisterschaften von England
Zusammenfassung vom Tage
23.30 heute

Lektion im Fingerhakeln. Szene aus „Patienten gibt's" mit Dirk Dautzenberg (l.) und Helmut Lange (ZDF, 18.25 Uhr)

FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Physik (25)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Tiger
Amerik. Spielfilm, 1950
21.35 Filmtip
21.45 Schauplatz
22.15 Geschichte im Dritten
Marcus Garvey
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche
18.45 The NOW Club
19.15 Arbeitsmarkt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die gefürchteten Vier
US-Spielfilm, 1966
22.05 Bücherjournal
23.00 Fortsetzung folgt ...
Peter Rühmkorf erzählt ein eigenes Märchen

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Ach, du dickes Ei
19.15 Zug um Zug
19.30 Arbeitsmarkt
20.00 Tagesschau
20.15 Die Straße der Erfolgreichen
US-Spielfilm, 1949
21.45 Drei aktuell
22.00 Deutsches Turnfest 1983
Frankfurt/Main
22.30 Kulturkalender
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (25)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Wilhelm Meisters theatralische Sendung (Teil 2)
21.00 Café Größenwahn
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 „... wo Ayse und Mehmed zu Hause sind ..."
Film von Heidi Schumacher
Nur für das Saarland
21.45 Wir spielen auf
Mit dem Blasorchester Rilchingen-Hanweiler u. a.

BAYERN

18.15 Aerobic-Dance (12)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Schuldig
20.10 Impressionen von Cornwall
20.45 Rundschau
21.00 Heut abend ...
Zu Gast: August Everding
21.45 Europa nebenan
22.30 Dallas
23.15 Rundschau

BASKENLAND

Nicht zufrieden mit dem gegenwärtigen Stand der Autonomie ist die baskische Regierung. Sie befürchtet, daß die Regierung des Felipe Goncales in Madrid ihr die Selbstverwaltung doch nicht in zugesagtem Umfang gewähren will. Trotz dieser Friktionen zwischen Vitoria und Madrid geht der Aufschwung der baskischen Wirtschaft weiter. Von der Stahlindustrie und dem Schiffbau abgesehen, glaubt man auch in der EG mithalten zu können. Daß Europa auch die politischen Träume der Basken wahr werden läßt, dürfte indes eine Vision bleiben.

Zwischen Utopien von gestern und heutigen Zwängen

Von ROLF GÖRTZ

Gegen frustrierenden Separatismus und Selbständigkeitsstreben in Spanien schlug der Baske und Europäer Salvador de Madariaga einst eine Patentlösung vor, die in abgewandelter Form tatsächlich von manchen baskischen Politikern befolgt wird: der iberischen Bundesstaat, aufgeteilt in selbständige Regionen.

Die Idee Madariagas läßt sich nicht verwirklichen. Was aber immer wieder in Duskussionen auftaucht, ist ein grenzüberschreitendes Regionalgefüge innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das hieße unter anderem auch die Zusammenfassung der baskischen Provinz Spaniens und Frankreichs. Da aber das Europa der Bretonen, Waliser, Schotten, Korsen, Katalanen und Basken das der Nationalstaaten in absehbarer Zeit kaum ablösen dürfte und auch die Vereinigten Staaten von Europa noch lange Zeit brauchen, wird die Lösung des Baskenproblems eine innerspanische Angelegenheit bleiben.

Im Baskenland selbst führten Bombenattentate, Morde und Massenerpressung inzwischen zu einer Zentrifugalwirkung einer tatsächlich ins Schleudern geratenen Politik. Hinter dieser revolutionären Entwicklung aber steckt der Konservativismus eines Volksstammes, der sogar das erhalten will, was sich bereits der Realität entzieht, so etwa die ethnologische Einheit. Er will restaurieren, was zu seinem Besitzstand im Mittelalter gehörte, sich heute aber kaum noch in die Organisationsform eines modernen Staates einpassen läßt. Wenn das Baskenland morgen einen völlig unabhängigen Staat bilden würde, dann würde übermorgen traditionelle Vergangenhielt und revolutionäre Utopie unvereinbar aufeinanderschlagen.

Erschwert wird der Druck im baskischen Kessel durch zwei Erscheinungen der Zeit: Erstens den Industrialisierungsprozeß, der in mehreren Wellen den baskischen Urstamm überschwemmte, ihn gewissermaßen auf die Dörfer verbannte. Zweitens, die Ideologisierung, die, begünstigt aus dem Widerstand gegen die Diktatur aus Jugendgruppen von Kirchengmeinden Zellen eines revolutionären Marxismus machte.

Den Industriealiserungsprozeß beschleunigte im Baskenland eine Unternehmerschicht, die immer auch nach England blickte. Ergänzt wurde sie durch eine geschickte und fleißige Arbeiterschaft. Da die eigenen Arbeitskräfte bald nicht mehr ausreichten, rückten ganze Völkerscharen aus den Armengebieten Spaniens, aus Andalusien, der Estremadura und Galicien in die rauchenden Städte der Fabrikschornsteine. Eine Völkerwanderung, die im vergangenen Jahrhundert einsetzte.

Der stämmige, breit gebaute Baske mit der gewaltigen Adlernase unter der Boina beherrscht die Dörfer und Fischersiedlungen – in den Großstädten wurde er längst zur Minderheit. Das Ausmaß der Einwanderung ließ sich an einem tragischen Ereignis ablesen: Als vor zwei Jahren in der Schule einer Arbeitervorstadt von Bilbao die Gasheizung explodierte, wurden die Doppelnamen von 50 verunglückten Kindern veröffentlicht. Da jeder Spanier den ersten Zunamen seines Vaters und den ersten Zunamen seiner Mutter trägt, waren es insgesamt 100 Namen. Aber nur zwei Namen waren baskisch.

Gewiß, viele der Eingewanderten der zweiten und dritten Generation empfinden sich heute als Basken auch im nationalistischen Sinne. Ein gewisser Übereifer läßt sich gerade unter ihnen psychologisch leicht erklären. Gegen das frustrierende Gefühl der Unterwanderung aber setzten die Basken die Selbstverständlichkeit eigener Überlegenheit, die ihnen gelegentlich sogar den Vorwurf eines Rassismus einbrachte. Die überall spürbare Gastfreundschaft der Basken ist übrigens ein typischer Ausdruck dieser trotz allem noch vorhandenen Selbstsicherheit.

Es wäre zu einfach, die Zugehörigkeit einer Reihe baskischer Priester zur ETA allein aus dem historischen Klerikalismus erklären zu wollen, das heißt aus dem permanenten Wunsch des spanischen Klerus, auch politisch eine führende Rolle zu spielen – wohin diese Politik auch immer rollt. Mindest ebenso wichtig dürfte hier die Entstehungsgeschichte des extremen Nationalismus aus dem rigorosen Verbot der Franco-Ära jeglicher über die Folklore hinausgehenden Pflege des Baskentums sein. Fast automatisch mußte das in den Kirchengemeinden als den Trägern des kulturellen Lebens in das revolutionäre Extrem umschlagen.

In Navarra, deren Bevölkerung zum großen Teil ebenfalls baskisch ist, ging diese Verbindung von Lokalpolitik zur Kirche einen noch komplizierteren Weg. Dort gibt es Dörfer, die zu Beginn des Bürgerkrieges (1936–39) geschlossen hinter ihren Priestern an der Seite Francos gegen den „Anti-Christen" der marxistischen Volksfront in Madrid – und gegen die baskischen Provinzen im Norden – in den Krieg zogen. Nur eine Generation später steht die Jugend einiger dieser Gemeinden Navarras zusammen mit ihren Jungpriestern fast ebenso geschlossen auf der Seite der extremen Linken. Sie sind dafür, daß Navarra an das Baskenland angeschlossen wird.

All diese Elemente, die das Baskenproblem ausmachen und zu denen die Auswirkungen einer weltweiten Industriekrise hinzukommen, auf einen Nenner zu bringen, sie gar zu lösen, wird noch manches Jahr in Anspruch nehmen.

Carlos Garaikoetxea: „Wir Basken werden unsere Identität nicht opfern."

Zwischen Vitoria, der Landeshauptstadt des Baskenlandes, und Madrid, dem Sitz der Zentralregierung Spaniens, stehen die Zeichen auf Sturm. Landesregierung und Zentralregierung verstehen jeder etwas anderes unter dem Begriff „Autonomie" und der Umwandlung Spaniens in einen „Autonomie-Staat", wie es die Verfassung vorschreibt.

Der äußere Prozeß der Aufteilung in 17 „Länder" – um einen Vergleich aus Deutschland zu benutzen – ist mit den Gemeinde- und Landeswahlen am 8. Mai abgeschlossen worden. Aber die Landesregierung in Vitoria fordert mehr als die Autonomie. Unterstützt von einem Teil der nationalistischen Linken des Baskenlandes verlangt sie für ihre Autonomie den Rahmen eines Staatenbundes. Mit anderen Worten: Sie wollen die Selbständigkeit. Zwischen der sozialistischen Zentralregierung in Madrid und der baskischen Landesregierung laufen in diesen Tagen auf Ministerebene Verhandlungen mit dem Versuch eines Übereinkommens.

Gleichzeitig läuft vor dem Verfassungsgericht eine Feststellungsklage der Basken über die Gültigkeit des „Gesetzes zur Neuordnung des Autonomieprozesses" (Loapa), wie sie in einem Übereinkommen zwischen Sozialisten und der heute praktisch verschwundenen damaligen Regierungspartei der ersten Legislaturperiode in Madrid, UCD, ausgearbeitet, aber noch nicht verabschiedet wurde.

Im Juli sollen der spanische Ministerpräsident Gonzales und der Chef der baskischen Landesregierung, Carlos Garaikoetxea, eine Einigung erzielen. Die Ansicht der baskischen Nationalisten in diesem Streit legte der „Lendakari" (Landesministerpräsident) in einem Exklusivinterview mit der WELT dar:

„Mit dem Anfang waren wir zufrieden." Die baskische Regierung habe vor drei Jahren mit der letzten Etappe der Regierung Suarez in Madrid begonnen. Auf einigen wichtigen Gebieten wie Finanzen, Erziehung, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft erreichten die Basken nach Ansicht Garaikoetxeas etwa „die Hälfte" von dem, was in dem von Madrid genehmigten Landesstatut der Basken festgelegt war. „Über die Weiterentwicklung, wie sie sich aus dem Loapa-Abkommen ergibt, aber sind wir sehr besorgt. Seit die Sozialisten in Madrid an der Regierung sind, gab es nicht ein einziges Übereinkommen für die Weiterentwicklung der Landesregierung."

Für Carlos Garaikoetxea bedeutet Loapa anstelle der versprochenen politischen Autonomie nur eine rein verwaltungsmäßige Dezentralisierung. Sein Modell ist im Guernika-Statut der Basken festgeschrieben – ein „Autonomiestaat". Auf deutsche Verhältnisse übertragen, bedeutet das etwas weniger als ein Bundesland. „Tatsächlich aber würde das, was unserer Ideologie und unseren Vorstellungen entspricht, viel besser in einen Staatenbund passen." Wie Garaikoetxea erläutert, entspräche dieses Modell auch mehr der historischen Bindung des baskischen Territoriums an die Krone jener vergangenen Epoche, in der diese eine Art konföderative Monarchie bildete. „Als Demokraten aber sind wir Realisten genug", um einen Kompromiß anzuerkennen, selbst wenn dieser weder einem Bundesstaat noch einem Staatenbund entspricht. „Leider aber glauben wir, daß die Zentrale in Madrid sogar diesen Kompromiß von Mal zu Mal bricht."

Der Lendakari sieht hierin eine Fortsetzung des Schicksals der Basken, die in den Carlisten-Kriegen des vergangenen Jahrhunderts und zuletzt im Bürgerkrieg 1936 bis 1939 ihre früheren Freiheiten verloren. „Aber das war im Kriege. Jetzt im Frieden hätten wir mehr Großzügigkeit erwartet."

Seit den Gemeinde- und Landeswahlen vom 8. Mai dieses Jahres ist Spanien, wie es die Verfassung vorsieht, ein Autonomiestaat mit 17 gewählten Landesregierungen. Garaikoetxea nennt diesen Prozeß jedoch ein „Alibi für die Regierung, um den Staatenbund der vier einzigen Nationalitäten, nämlich der kastilisch-spanischen, der katalanischen, der baskischen und – auf einem mehr intellektuellen als politischen Niveau – der galizischen, zu verhindern."

Der baskische Ministerpräsident meint sogar, daß der Staat der 17 autonomen Gebiete „unmöglich funktionieren kann", weil man weder über genügend Beamte noch über eine ausreichende wirtschaftliche Planung verfüge. Der Staat der 17 Autonomien entspräche zwar der Verfassungstheorie, nicht aber dem, was der Lendakari „die Praxis der Unterscheidung historischer Nationalitäten mit den übrigen Regionen" nannte. Seiner Meinung nach sind die Probleme der übrigen Regionen – „so wichtig wie sie auch sein mögen" – eben ganz anders als die nationalen Probleme des Baskenlandes zum Beispiel.

Den Vorwurf des Separatismus will der Lendakari so nicht formuliert wissen: „Wenn der Staat (Spanien) dem baskischen Volk die nötigen Instrumente zur Entwicklung seiner nationalen Identität zugestehen würde, dann würden wir mit diesem Staat nicht brechen wollen. Aber wenn der Staat von den Nationalitäten verlangt, daß sie ihre nationale Identität opfern, dann machen wir in diesem Spiel nicht mehr mit. Deshalb also unsere Forderungen nach einem Staatenbund."

Nach Ansicht der baskischen Landesregierung und der nationalistischen Partei PNV bemühe sich die Sozialistische Partei stets nur darum, sich selbst die letzte Entscheidung vorzubehalten – ob auf legislativem oder exekutivem Gebiet. Der Sinn der neuen Loapa-Gesetze liegt dieser Ansicht nach einzig in der Kontrolle durch die Zentralmacht. So bliebe die Exklusivität der Länderkompetenzen eine Illusion.

Verwaltung und Planung der großen Häfen gehören in Spanien zu den Kompetenzen des Staates. Einer der wichtigsten Umschlagplätze Spaniens ist der neue „Super-Hafen" von Bilbao, der wie kaum ein anderer Tiefwasserhafen des europäischen Kontinents geeignet ist, die Fracht von Massengut- und Containerschiffen künftiger Größen nach Europas weiterzuleiten – oder von dort kommend – hier zu konzentrieren für die Verschiffung nach Übersee. Wäre dies ein praktisches Beispiel für den Wunsch nach mehr Kompetenzen?

Lendakari des Baskenlandes: Carlos Garaikoetxea

Garaikoetxea: „Wir akzeptieren die Regeln der Statuten, wonach der Hafen von Bilbao im Interesse der Allgemeinheit vom Staat verwaltet wird. Wir hätten jedoch lieber gesehen, wenn uns die Verwaltung dieses Hafens übertragen worden wäre – wir hätten die Arbeit im Sinne des Staates wahrgenommen."

Der Lendakari dringt immer wieder auf sein ursprüngliches Anliegen und nimmt auch dies als ein Beispiel für seine Grundtheorie, die Madrider Politik sei dem Baskenland gegenüber „restriktiv". Nach Ansicht der baskischen Nationalisten würde es nicht genügen, wenn etwa das Verfassungsgericht in einem Urteil feststellt, das Loapa-Gesetz sei juristisch korrekt. Jede juristische Entscheidung dieser Art habe vielmehr auch eine politische Seite. Und politisch gesehen kann deshalb auch ein Urteil des Verfassungsgerichtes restriktiv sein, meinte Garaikoetxea. Er würde eine negative Entscheidung des Verfassungsgerichtes als einen „harten Rückschlag" empfinden.

„In diesem Fall würden wir uns gezwungen sehen, politisch noch einmal von vorne anzufangen, um den historischen Kompromiß, den die andere Seite zerbrach, nach unseren nationalistischen Gesichtspunkten neu zu erreichen."

Unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachtet der Lendakari auch Ursprung und Entwicklung des ETA-Terrorismus. Viele Etarras hätten nach dem Ende des Franco-Systems nicht an die demokratischen Absichten der Regierung Suarez geglaubt. Etwa 200 von ihnen blieben deshalb auch heute noch bei der Gewalttätigkeit. „Insgesamt dürften es jedoch weit mehr sein, die noch nicht an die Echtheit der Demokratisierung glauben." Es sei deshalb notwendig glaubhaft nachzuweisen, daß die baskische Regierung tatsächlich auf demokratischem, friedlichem Wege voranschreite.

„In Wirklichkeit aber stellt sich heraus, daß wir mit dem Statut betrogen wurden und daß man auf halbem Wege steckenblieb." Darüber hinaus seien Gesetze erlassen, die nach Ansicht des baskischen Landesministerpräsidenten nur dazu dienen sollten, die Selbständigkeit seiner Landesregierung „zu neutralisieren". Direkt oder indirekt bedeute dies „eine moralische Unterstützung der Gewalttätigkeit".

Wie stellt sich Garaikoetxea die Befriedung des Baskenlandes vor? Nach dem Lendakari müßte zunächst ein Waffenstillstand mit den Terroristen ausgehandelt werden. Zu einem Friedensprogramm gehöre die volle Anerkennung jeder Ideologie im freien Spiel der Kräfte. Ein für beide Seiten annehmbarer Kompromiß müßte außerdem die Zuständigkeit der Landesregierung in Polizeifragen genau festlegen.

Dringender Lösung bedarf, wie Carlos Garaikoetxea festellt, die Frage: Gehört die Provinz Navarra zum Baskenland? Die Bevölkerung sprach sich mit Mehrheit gegen einen Anschluß aus. Garaikoetxea ist jedoch nicht der Meinung, daß hier bloße Mehrheiten zu gelten hätten – zumal diese seiner Ansicht nach von der Sozialistischen Partei und der spanischen Rechten „künstlich" geschaffen worden seien. Viel wichtiger sei, daß ein „qualifizierter Sektor der Bevölkerung den Anschluß wünscht. Das mögen nur 30 Prozent sein, aber diese sind militant und ihrer Sache wesentlich mehr bewußt als die zufällige Mehrheit". Der Chef der baskischen Landesregierung, der selbst aus Navarra stammt, will das Resultat demokratischer Abstimmung in diesem Punkt nicht gelten lassen: „Wenn hier nicht eine Einigung auf dem Verhandlungswege gefunden wird, dann werden wir hier bald ein Ulster erleben." Seiner Meinung nach verlange die Mehrheit der Jugend eine Vereinigung Navarras mit dem Baskenland.

Als letzten Punkt seines Programmes nannte Carlos Garaikoetxea die soziale Wiedereingliederung „jener, die als Konsequenz der vergangenen Etappe Freiheitsstrafen abbüßen". Er meinte offensichtlich die Terroristen der ETA. Das müsse nicht gleich geschehen, aber doch in einer vernünftig angemessenen Zeit.

Ein schwieriges Problem bleibt nach wie vor das Atomkraftwerk Lemóniz, das die Kosten der Energieversorgung des Baskenlandes und seiner Industrie um 40 Prozent senken würde. Das Werk wurde kurz vor der Fertigstellung stillgelegt, weil die zuständige Elektrizitätsgesellschaft nicht mehr die Verantwortung für die Opfer von Terroranschlägen tragen wollte. Unter anderem wurden zwei Chefingenieure von der ETA „hingerichtet".

Garaikoetxea: „Meiner Ansicht nach kann dieses Problem nur mit Hilfe einer Volksabstimmung gelöst werden, weil Gewaltakte auf diese Weise jede Vorstellung einer Legitimation verlieren würden." Auch er hält Lemóniz für unbedingt notwendig, weil es keinen anderen Weg zur Energieverbilligung gibt. Als Alternative zu einem Referendum böte sich die öffentliche Kontrolle des Kraftwerkes an. „Aber auch dies lehnt die sozialistische Regierung ab."

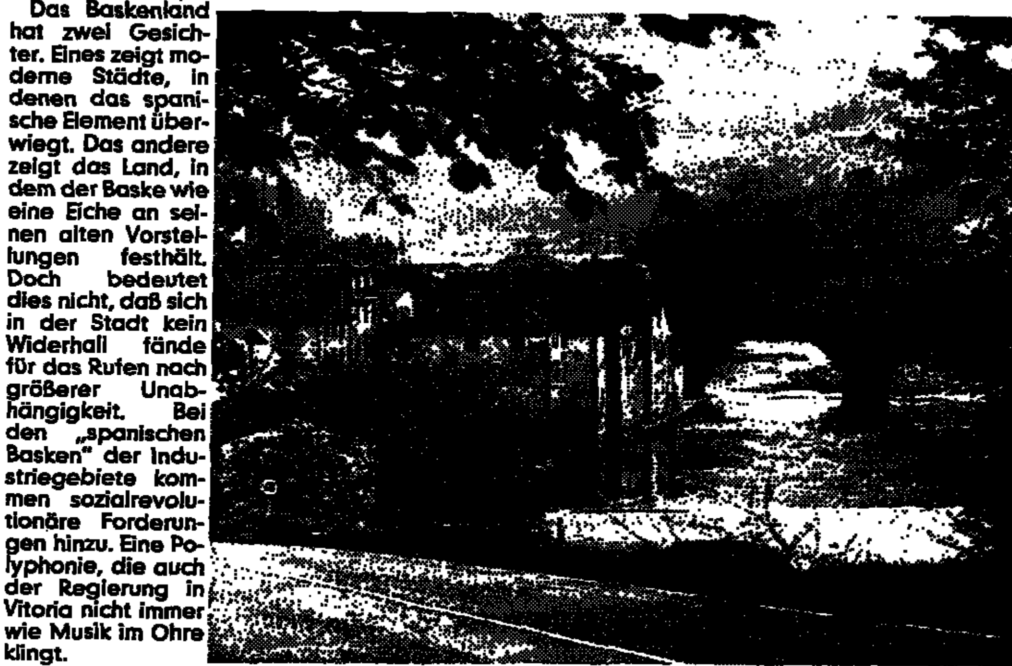
Trotz all dieser Schwierigkeiten sieht Garaikoetxea möglichen Investitionen aus Deutschland positiv entgegen: „Dem Interessenten erzähle ich, was die Touristen erlebten, die vor drei, vier Jahren auf Grund der Presseberichte erschrocken ausgeblieben waren – sie glaubten, dies sei ein Land, in dem alles drunter und drüber gehe –. Sie kamen dann aber wieder zurück und sagten, es sei eine reine Freude, hier seine Ferien zu verbringen."

„Unternehmerische Initiative und die Qualität der Arbeitskraft wie hier im Baskenland findet man anderswo selten. Wir haben eine industrielle Tradition und Infrastrukturen, die für jedes Vorhaben voll ausreichen." Darüber hinaus gibt es leider einen großen Überschuß an Arbeitskräften, auch solchen, die eine ausgezeichnete Berufsausbildung hinter sich haben.

Für den Anschluß an die Automation und Elektronik nannte Garaikoetxea drei Phasen: 1. Die Restrukturierung der Industrie, die sich teilweise in einem desolaten Zustand befindet. 2. Eine Unterstützung der privaten Unternehmerinitiative, wobei für jeden neuen Arbeitsplatz zwischen 400 000 und 800 000 Peseten zugewendet werden. 3. Hilfsmaßnahmen in einem Strukturfolgeprogramm, die auch Forschung und technologische Innovation besonders auf elektronischem Gebiet wirksam fördern sollen. Gö.



Das Baskenland hat zwei Gesichter. Eines zeigt moderne Städte, in denen das spanische Element überwiegt. Das andere zeigt das Land, in dem der Baske wie eine Eiche an seinen alten Vorstellungen festhält. Doch bedeutet dies nicht, daß sich in der Stadt kein Widerhall fände für das Rufen nach größerer Unabhängigkeit. Bei den „spanischen Basken" der Industriegebiete kommen sozialrevolutionäre Forderungen hinzu. Eine Polyphonie, die auch der Regierung in Vitoria nicht immer wie Musik im Ohre klingt.



INDUSTRIEMINISTER ISASTI:

„Gesunder Mittelstand"

DIE WELT: Hat die Autonomie die baskische Industrie gestärkt?

J. C. Isasti: In den drei Jahren der Autonomie haben viele führende Leute aus der Industrie den Weg in die Politik gefunden. Und das hat es ermöglicht, eine Industriepolitik zu konzipieren, die realistisch war und effektiv umgesetzt werden konnte. Für die Rekonstruktion der baskischen Wirtschaft haben wir eine Reihe von Organismen geschaffen. Die wichtigsten sind die für Planung und Entwicklung und diejenige, die sich mit den Energieproblemen befaßt.

Zwei Jahre haben wir uns damit befaßt, diese Struktur auf die Beine zu stellen. Im dritten, dem Jahre 1983 laufen sie selbst und zeigen Erfolge, die unsere Erwartungen übertreffen.

DIE WELT: Was erwarten Sie von dem geplanten EG-Beitritt Spaniens für das Baskenland?

J. C. Isasti: Wir befürworten diesen Schritt. Die Eingliederung Spaniens wird jedoch erhebliche Probleme mitsichbringen, die nur im Laufe mehrere Jahre gelöst werden können.

DIE WELT: Halten Sie denn die baskische Industrie für konkurrenzfähig?

J. C. Isasti: Das heißt von der Eisen- und Stahlindustrie und vom Schiffbau zu sprechen. Und beide befinden sich in einer schwierigen Lage. Bei der Stahlindustrie wird es in den Verhandlungen darauf ankommen, ausreichende Quota zu bekommen. Und die baskische Regierung befaßt sich schon mit Plänen, um die optimale Größe für unsere Firmen zu finden. Der Schiffbau befindet sich in einer Krise, und es ist die Frage, wer welche Kompetenzen für Entscheidungen hat, die den Schiffsbau betreffen.

Als ausgesprochen konkurrenzfähig sehe ich unseren Mittelstand an, der in den vergangenen Jahren erfolgreich eine Anpassungsphase durchlaufen hat.

DIE WELT: Befürchten Sie für die Schiffsindustrie Zusammenschlüsse, um in Europa konkurrenzfähig zu bleiben?



Industrieminister Juan Carlos Isasti

J. C. Isasti: Diese Entscheidung liegt nicht in unseren Händen. Jedenfalls brauchen wir umfangreiche Hilfen, weil die Anlagen zum Teil veraltet sind.

DIE WELT: In welchen Branchen hätten Sie Investitionen aus Deutschland am liebsten?

J. C. Isasti: Unser Hauptanliegen ist es, Produkte verbesserter Qualität herzustellen. Das gilt vor allem für Stahl und Schiffbau. Ein Schwerpunkt liegt auch in der Elektro- und Mikroelektronischen Industrie. Damit bekämen wir generell den Schlüssel für Innovationen in die Hand.

TOURISMUSMINISTER C. BLASCO:

„Humane Infrastruktur"

DIE WELT: Was kann das Baskenland dem Touristen bieten im Vergleich zu den Küsten des Mittelmeeres.

Carlos Blasco: Natürlich ist die spanische Mittelmeerküste heute die Attraktion des Tourismus. Aber die Begründer des modernen Tourismus waren Biarritz und San Sebastian im Baskenland. San Sebastian war immerhin faktisch die Winterhauptstadt des spanischen



Minister für Handel und Tourismus Carlos Blasco Fotos: HHH

Königreiches. Und während der Regierung Franco war es auch die Kapitale im Winter. Und die Herzlichkeit, die San Sebastian während der Belle Epoque um die Jahrhundertwende entfaltete, bietet unser Land heute noch, nicht nur im Winter.

Noch heute ist der Tourismus entlang der ganzen baskischen Küste vom französischen bis zum spanischen Baskenland international. Und das nicht nur, weil die Kaiserin Zitta sich hier aufzuhalten pflegte.

Heute registrieren wir natürlich das Phänomen, daß sich der Tourismus demokratisiert hat. Es gibt nicht mehr den Tourismus der hermetisch abgeschlossenen hohen Klassen, wenn es auch noch den herrlichen Palast Real gibt. Heute kommen vor allem Bürger aus den nördlichen Ländern gerne an die baskische Küste, weil sie hier Sonne und ein äußerst angenehmes Klima finden.

DIE WELT: Können Sie sich für den Massentourismus begeistern?

Carlos Blasco: Den gibt es faktisch bei uns nicht. Es kommt eine, ich will es mal so ausdrücken, höhere Mittelschicht aus Frankreich und den nordeuropäischen Ländern. Und ich glaube, das ist auch die Klientel, um die sich das Baskenland bemühen soll. Und diese bevorzugt einen Tourismus, der Tradition hat und nicht improvisieren muß. Dabei denke ich weniger an die Infrastruktur, sondern an die Menschen, denen der Tourist begegnet. Und da fühlt sich unser Besucher in San Sebastian oder in Zaräus immer noch am besten aufgehoben. Denn dort trifft er Leute, die an den Touristen gewöhnt sind. Da findet er eine vorbereitete Mentalität vor.

Diese „humane Infrastruktur" ist für mich das wichtigste. Da ist nichts, was in letzter Minute hingesetzt wurde. Und im Baskenland findet der Gast eine erstklassige Dienstleistung vor und Waren allererster Güte. Und unser Angebot ist das einzige in ganz Spanien, das durch den Massenkonsum nicht zerstört worden ist.

DIE WELT: Welche Auswirkungen hat die schlechte Wirtschaftslage, vor allem die Frankreichs?

Carlos Blasco: Für den Franzosen lohnt sich noch immer der Weg über die Grenze. Es stimmt aber, das Camping erlebt eine neue Blüte.

PALACIO FERIAL / Fenster für die baskische Industrie

Neues in Gegenwart und Zukunft

Die baskische Großindustrie besitzt ihr Ausstellungsfenster anhand ihres renovierten „Palacio Ferial" (Messepalast). Er ist der Stolz des Volkes, da er eine der hauptsächlichen Kontaktstraßen *zum Außen- und zum Innenhandel* ist. Jedes Jahr werden hier anhand von Fachveranstaltungen die von der gesamten Industrie erarbeiteten Erzeugnisse nicht nur einheimischen Besuchern aus Spanien *sondern auch* internationalen Besuchern angeboten.

Unter der eigentlichen baskischen Industrie wäre der Sektor Werkzeugmaschinen hervorzuheben, der 70 Prozent der Produktion des gesamten spanischen Staates, mit einem Gesamtbetrag von etwa 25 000 Millionen Peseten ausmacht, von denen 60 Prozent nach Lateinamerika und in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft exportiert werden.

Die Bedeutung, die die Fachveranstaltung der Werkzeugmaschinenindustrie hat, drückt sich aus in der großen Ausstellungsfläche und in der Zahl der technischen Besucher. *Mehr als 53 000 dokumentierten* auf der letzten Messe die Bedeutung, die auf internationaler Ebene diesem Sektor industrieller baskischer Erzeugnisse entgegengebracht wird. Hervorgehoben werden müssen die Werkzeuge für spanabhebende und verformende Metallbearbeitung, Ausrüstungen für Werkzeugmaschinen, Kontroll- und Meßgeräte sowie Maschinen für Metallprüfungen.

In der Tat haben im Messepalast *von Bilbao/Bilboko* seit seinem Entstehen bis in die heutigen Tage (gemäß historischer Vorgaben fand die erste Ausstellung im Jahre 1834 statt) schon viele internationale Veranstaltungen stattgefunden. Die gewachsene Bedeutung spiegelt sich in der Erweiterung des Palastes zu Beginn des Jahres 1982, mit einem neuen Pavillon von 25 000 m^2 (heute sind es 112 000 m^2 mit einer Nutzfläche von etwa 64 Prozent). Dies war erforderlich angesichts der Nachfragen, die ständig seitens der Ausstellerfirmen vorlagen.

Der technische Besucher dieser Veranstaltungen im Messepalast wird mehr und mehr international, da jährlich große internationale Geschäftstransaktionen zustande kommen, die sich im Außenhandel niederschlagen. Die Konkurrenzfähigkeit und die technische Vollendung der Manufakturprodukte *sind genügend bewiesen durch die* intensiven Beziehungen zum Ausland.

Wenn wir unser Augenmerk auf das Volumen richten, das die baskischen Exporte darstellen, werden wir die großen Anstrengungen verstehen, die die leitenden Herren des Messepalastes jeden Augenblick unternehmen, um Neues in Gegenwart und Zukunft zu schaffen, damit in der Tat ihr Messepalast wirklich zum Fenster nach außen für die in den Vascongadas erzeugten Produkte wird, da die Ausfuhren der Provinz ein Volumen darstellen, das 175 000 Millionen Peseten übersteigt, das sind 16 Prozent der Gesamtausfuhren des spanischen Staates. Diese Angabe ist doppelt bedeutungsvoll, da sie enthüllt, daß der Anteil an den spanischen Exporten sogar über dem Prozentsatz des Anteils des regionalen Bruttoproduktes an dem des gesamten Landes liegt und diese Tatsache wird um so bedeutungsvoller, wenn man berücksichtigt, daß über 80 Prozent dieser Exporte Manufakturware sind.

All diese Daten lassen uns verstehen, daß seit 1957 bis zu diesen Tagen die Anzahl der Besucher der verschiedenen von der Internationalen Mustermesse von Bilbao veranstalteten Fachschauen über mehr als sieben Millionen Personen liegt. Und obwohl schwere Zeiten herrschen und die Industrieländer dem starken Schlag der Krise standzuhalten haben, ist anzunehmen, daß für diejenigen, die vorbereitet sind, die Zukunft günstiger ist.

G. DEANO

Banken – Stütze des Mittelstandes

Die bedeutende Funktion, die den privaten Banken des Baskenlandes zukommt, ist hinglänglich bekannt. Überrascht wird man jedoch, untersucht man die Rolle der örtlichen Sparkassen für das Wirtschaftsleben der Region.

Sie sind die Stützen der mittelständischen Industrie. Und der Grund dafür liegt darin, daß die Bürger großes Vertrauen in „ihre" Sparkassen haben, die hier „Cajas de Ahorro" genannt werden. Sie sind der Überzeugung, daß die örtliche Kontrolle ungleich größer ist als etwa in Filialen jeder anderen Bank, deren Interessen doch überwiegend außerhalb des Baskenlandes liegen.

Die Rolle der Cajas hat sich noch verstärkt, weil sie heute die Partner der baskischen industriellen *Neulinge* sind. Vertrauensvoll wenden sich auch diejenigen an sie, die den Gang zu Großbanken scheuen, weil sie selbst nicht aus dem Kleid des mittelständischen Unternehmens herauswachsen wollen. Hinzu kommen schließlich die, die eine langfristige Finanzierung für ihren Hausbau suchen.

Die Sparkassen sind ihrerseits zuversichtlich, mit den Banken konkurrieren zu können, weil der Anteil der kurzfristigen Anlagen langsam abnimmt und nunmehr nur noch 55 Prozent aller Kredite ausmacht. Der Rest sind Hypotheken und Industriekredite.

Im Baskenland sind einige Versuche unternommen worden, den Spielraum der Cajas zu erweitern. Diese Sparkasseninstitute verfügen über hohes Eigenkapital, was sie zu guten Konditionen aufgestockt haben. Dies erlaubt ihnen die Vergabe von Krediten zu günstigen Bedingungen.

Zur gleichen Zeit erlaubt die Gesetzgebung den Cajas auch die Kreditvergabe für bestimmte Sektoren öffentlicher Wirtschaftstätigkeit, um der industriellen Aktivität unter die Arme zu greifen und um dadurch Arbeitsplätze für einige der Arbeitslosen zu beschaffen.

Die Cajas sind auch daran interessiert, ihre Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland zu intensivieren. Noch gibt es da Beschränkungen durch die Spanische Nationalbank. Was die Cajas gleichwohl versuchen, ist ihre Bemühungen bei Großprojekten zu koordinieren.

G. VICO

Auf einen Blick

Das baskische Volk, etwa 1,3 Millionen Menschen, lebt in vier spanischen und drei französischen Provinzen an den Westpyrenäen. Nach Sprache und Kultur sind die Basken das einzige Volk der iberischen Ureinwohner, das die Invasion der Kelten, Römer und Germanen überstand. Die Basken sind ein nichtindogermanischer Volksstamm, der sich bis ins 19. Jahrhundert eine relative Selbständigkeit erhalten konnte.

In Spanien versteht man unter dem Baskenland die Provinzen Vizcaya, Guipúzcoa, Alava und Navarra. Die autonomen Sonderrechte (fueros) der Provinz Vizcaya sind bereits in Aufzeichnungen aus dem Jahre 1342 niedergelegt. Endgültig beseitigt wurden die fueros der Basken-Provinzen durch die Diktatur General Francos nach dem spanischen Bürgerkrieg 1936–1939. Zur politischen Einheit nach dem neuen spanischen Autonomiestatut gehören zu Euzkadi (Baskenland) nur die drei Provinzen Vizcaya, Guipúzcoa und Alava.

Nachdem die neue spanische Verfassung, die Autonomierechte für alle Nationalitäten und Regionen vorsieht, am 29. 12. 1978 in Kraft getreten war, wurden auch im Baskenland provisorische Autonomiebehörden gebildet, die ein entsprechendes Regionalstatut ausarbeiten und Wahlen für ein Regionalparlament vorbereiten sollten. Am 25. 10. 1979 wurde das baskische Autonomiestatut mit 90,28 Prozent Ja-Stimmen von den Wählern gebilligt.

Am 9. März 1980 wurde das erste Parlament des Baskenlandes gewählt. Stimmberechtigt waren ca. 1,5 Millionen Bürger. Die Wahlbeteiligung war mit 58,2 Prozent sehr gering. Von den insgesamt 60 Abgeordnetensitzen (jede Provinz stellt unabhängig von der Bevölkerungszahl 20 Sitze) entfielen auf die Baskisch-Nationalistische Partei (PNV) 25 Sitze, den Separatistischen Wählerbund Herri Batasuna 11 Sitze, die baskischen Sozialisten 9 Sitze, die damals in Madrid regierende Zentrumsunion (UCD) 6 Sitze, ebenfalls die Euskadiko Ezkerra, die Volksallianz, 2 Sitze und die Kommunisten 1 Sitz.

Ministerpräsident wurde Carlos Garaikoetxea (PNV).

WICHTIGE ADRESSEN *IN DER BUNDESREPUBLIK* DEUTSCHLAND

Das Baskenland wird nach außen durch Spanien vertreten:

Spanische Botschaft, Schloßstr. 4, 53 Bonn 1, Tel. 21 70 94.

Amtliche Spanische Handelskammer für Deutschland, Schaumankai 83, 6 Frankfurt 1, Tel. 63 80 31.

Spanisches Fremdenverkehrsamt, Bethmannstr. 50–54, 6 Frankfurt 1, Tel. 28 57 60.

IN SPANIEN

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Calle Fortuny 8, Madrid 4, Tel. 4 19 91 00.

Generalkonsulat, Plaza d. l. Alféreces Provisionales 1, Bilbao, Tel. 4 24 24 65.

Immobilien: Neuer Schwung fürs zweite Heim

Eines der wichtigsten Gebiete, das Spanien für die Investition in Immobilien bietet, ist ohne Zweifel die Costa del Sol, und da sind gleich drei Zonen, die sich deutlich als grundlegend abzeichnen, nämlich Torremolinos, Benalmadena und Groß-Marbella.

Zu Beginn der Demokratie in Spanien waren gewisse Bewegungen im Immobilienhandel von rückschreitender Art zu verzeichnen, die nicht allein auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen waren, sondern auf etwas, was die Furcht vor dem Unbekannten genannt wurde, die Unsicherheit, was die Demokratie Spanien bringen könnte.

Die Besitzer von Immobilien sowie die Unternehmen oder Gesellschaften, die in der Branche investiert hatten, fürchteten, daß der enorme Aufschwung, den der spanische Fremdenverkehr erfahren hatte, mit der Demokratie in sich zusammensinke auf Grund gewisser „gefürchteter Kontroll- und Steuermaßnahmen" in Bezug auf Kapital und Besitz, welche die aufeinanderfolgenden, jeweils an der Macht befindlichen Regierungen ausüben würden.

Die Sorgen verstärkten sich noch, wenn man daran dachte, daß die zentrale Verwaltung eines Tages von einer Regierung oder von Regierungen revolutionärer Ideologien gelenkt werden könnte. Das waren Faktoren, die zu mangelndem Vertrauen in die Zukunft des Fremdenverkehrs verleiteten. Und bald begannen einige Ausländer ihr zweites Heim zu ungeahnt günstigen Preisen zu veräußern.

Nachdem aber festgestellt wurde, daß auch die sozialistische Regierung mit der Tendenz eines „Eurosozialismus" großes Verständnis für das zeigt, was eine Gesellschaft des freien Marktes und der Initiativen bedeutet, und nachdem auch andere Befürchtungen der Unsicherheit auf dem Gebiet der inneren Ordnung beseitigt waren, die man im Prinzip in der ganzen Welt hegte, können wir doch glauben, daß die Neuforcierung des Immobiliensektors vor allem an der Costa del Sol bereits eine feststehende Tatsache ist. Auch weil die große Familie der Jet-Society und die vermögenden Araber-Scheichs wieder damit beginnen, große Investitionen zu tätigen. Keine jener anfänglichen Befürchtungen hatte die nötige Grundlage. Man glaubt erneut an die Zone, an Marbella und Spanien.

Das Gebiet wird von einem Tourismus hohen Niveaus besucht, und es besteht die Absicht, es unübertreffbar zu machen. Persönlichkeiten aus aller Welt finden dort ihr Stelldichein, sei es, um ein paar Tage der Muße des Urlaubs nachzugehen, oder sei es, wie so oft, um über Geschäftsabschlüsse zu verhandeln.

Neue und herrliche Touristenunterfangen beginnen wieder Form anzunehmen. In der Zone befinden sich einige der besten Sporthäfen: Puerto Banus, Puerto Cabo Pino, Puerto Principe, und alle sind geeignet, eine große Anzahl sportlicher Wasserfahrzeuge und solche größeren Tiefgangs aufzunehmen.

Nicht zu vergessen ist, daß der Süden unserer Halbinsel einen hohen Durchschnitt an Sonnenstunden bietet – für jene, die gerne die Strahlen der Sonne genießen in den jeweils ersehnten Ferien.

All dies findet seinen Niederschlag in einer Neubelebung von Angebot und Nachfrage, und gerade durch die vorgenannten Gründe kann der Geldanleger oder der etwaige Käufer eines zweiten Heims noch ausgezeichnete Gelegenheiten finden und zuweilen zu Preisen unter dem eigentlichen Kostenwert.

Auf der anderen Seite bewirkt der Umrechnungskurs der Mark hinsichtlich der Pesete, daß mit einem geringen D-Mark-Betrag und bei einer fast stetigen Abwertung der Pesete in kleinen Prozentsätzen alles gefunden werden kann von der Heimstätte für den einzelnen Anleger bis zu einem etwaigen touristischen Großgeschäft für Investitionsunternehmen.

Mit Marbella kann sich noch kein Platz des Baskenlandes messen. Unüberwindlich sind die Trümpfe der Mittelmeersonne und der vorhandenen ausgefeilten Infrastruktur. Wer aber in die Zukunft denkt, dem ist zumeist auch die Vergangenheit präsent. Und derjenige wird sich erinnern, daß es ein baskischer Ort war, der einst den Adel und die Reichen in seinen Bann zog: San Sebastian. Selbst das nahe französische Biaritz konnte dieser touristischen Perle nicht den Rang ablaufen.

Diese Zeiten sind vorbei. Aber immer mehr erinnern sich daran. Und je stabiler sich die Region im spanischen Gefüge etabliert, desto zahlreicher kehren auch die Touristen zurück. Noch ist San Sebastian an der Immobilienbörse kein Geheimtip. Aber es könnte einer werden.

ROBERTO GONZALES

KOMMUNIKATION / International mit Iberia

Autobahnen zur Luft

Das Baskenland ist das am besten mit Autobahnen ausgestattete Gebiet Spaniens. So ist die Anbindung an Frankreich optimal, die Verbindung zu Madrid ist noch nicht durchgehend Autobahn. Finanzprobleme erschweren die Fertigstellung. Besser ist dagegen die Verbindung zu Katalonien.

Die Erschließung des Landes mit Autobahnen erscheint auch deswegen nicht vordringlich, weil ein engmaschiges Netz von Flugverbindungen die Städte des Baskenlandes mit der spanischen Metropole Madrid, mit den übrigen Städten Spaniens aber auch mit wichtigen Zielorten im Ausland verbindet. Es gibt sogar eine direkte Verbindung zwischen Frankfurt und Bilbao.

Der Flugverkehr, konkret der Iberia, zeichnet sich durch große Pünktlichkeit aus. Ein moderner Flugzeugpark gewährleistet die Einhaltung der Flugpläne, will man nun von Vitoria, San Sebastian oder Bilbao starten. Mit der Gesellschaft Iberia, die der staatlichen Holdinggesellschaft INI gehört, hat das Baskenland eine Fluggesellschaft als internationale Anbindung, die zu den erfahrensten im Flugverkehr der Welt gehört. Die andere Fluggesellschaft, an der die INI die Aktienmehrheit hat, ist die Aviaco. Daneben gibt es in Spanien eine Reihe von Privatfirmen, die im Chartergeschäft engagiert sind.

Für beide Gesellschaften der INI war das Bilanzjahr 1982 aus finanzieller Sicht weniger erfolgreich. Da sie ihren Schuldendienst überwiegend in US-Dollars zu bewältigen haben, hat die Schwäche der Pesete zu erheblichen Verlusten geführt.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wird an einen gemeinsamen Flugzeugpool gedacht. Eine Fusion ist nicht geplant, auch Abstriche an Leistung, Zuverlässigkeit und Service scheiden aus. rx.

BASKENLAND
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Das Baskenland

Ein Volk auf der Suche nach seiner Selbstregierung

Im Baskenland, in der eigenen Sprache Euskalerria oder Euskadi genannt, lebt ein Volk, das sich in verschiedenen Regionen niedergelassen hat, die alle über eine ausgeprägte Persönlichkeit verfügen und heute zu zwei Staaten gehören: Spanien und Frankreich. Nördlich der natürlichen Grenze, die zu einem großen Teil dem Flußverlauf des Rio Bidasoa folgt, befinden sich die Regionen Laburdi, Zuberoa und Benabarra. Im Süden wird Euskadi von vier Regionen gebildet, Alava, Güipúzcoa, Vizcaya und Navarra, die im Scheitelpunkt der Iberischen Halbinsel gelegen sind, wo die Pyrenäen enden, und das Kantabrische Meer, das seine Küsten badet, bildet einen weiträumigen Winkel mit dem Namen Golf von Vizcaya, eben der Bezeichnung für eine seiner historischen Regionen.
Auf Grund der politischen Entwicklung in den letzten Jahren bilden diese vier Regionen gegenwärtig zwei politisch getrennte autonome Gemeinschaften, die jedoch durch Bande der gemeinsamen Geschichte, der Identität und des Gefühls geeint sind.
Die autonome Gemeinschaft des Baskenlands bilden gegenwärtig die drei historischen Territorien Alava, Güipúzcoa und Vizcaya; das Autonomiestatut, seine grundlegende institutionelle Norm, sieht jedoch die eventuelle Integration Navarras vor, wenn sie dem Wunsch seiner Bevölkerung entspricht.
Eben dieses Autonomiestatut, das im Referendum vom 25. Oktober 1979 vom baskischen Volk angenommen wurde, hat ihm die Selbstregierung und die gesetzgeberische Gewalt verliehen, die vom baskischen Parlament ausgeübt wird, und damit dem sehnlichen Wunsch des Volkes dieser alten europäischen Nation entsprochen, deren politische Hauptstadt sich in Vitoria-Gasteiz befindet.
Die baskische Regierung, die vom Lehendakari oder Präsidenten Carlos Garaikoetxea geführt wird, ist das höchste Exekutivorgan und hat die Aufgabe, alle ihr von der Zentralregierung übertragenen und im Autonomiestatut zusammengefaßten Kompetenzen zu verwalten und mit Inhalt auszustatten. In diesem Sinne kann die baskische Regierung in Bereichen tätig werden, die sich von Landwirtschaft, Viehzucht und Fischereiwesen über alles, was mit der Welt der Kultur zusammenhängt, bis zur Förderung, Entwicklung und Planung der wirtschaftlichen Aktivitäten erstrecken und auch Außenhandel, Industrie, öffentliche Bauvorhaben, Eisenbahnen etc. einschließen.
Das baskische Parlament ist das Organ, das die gesetzgeberische Gewalt ausübt, den Haushalt der Gemeinschaft genehmigt und die Amtsführung der baskischen Regierung anregt und sie kontrolliert; gleichermaßen obliegen ihm gesetzgeberische Initiativen in denjenigen Bereichen, in denen die baskische Regierung über Kompetenzen verfügt.
Andererseits verfügt Euskadi über sein eigenes Finanzwesen, das ihm als wirksames Mittel zur angemessenen Ausübung und Finanzierung seiner Kompetenzen gereicht. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung des Finanzwesens von Euskadi spielt in diesem Zusammenhang die „Steuervereinbarung", die noch auf das traditionelle Gemeinderecht des Landes zurückgeht und als System dient, nach dem die Beziehungen steuerlicher Art zwischen dem Zentralstaat und Euskadi geregelt werden.
Die „Steuervereinbarung", ein Aspekt von besonderer Bedeutung für die autonome Entwicklung Euskadis, sieht unter anderem vor, daß die Forderung, Verwaltung, Erhebung, Einziehung und Überwachung jeglicher Steuer innerhalb jedes historischen baskischen Territoriums über die jeweiligen Provinzabordnungen, vollzogen wird (die über eigene Regierungsstrukturen verfügen und in ihrem Rahmen mit wichtigen Kompetenzen ausgestattet sind); im Steueranteilgesetz sind die Abgaben festgelegt, die Euskadi als Beitrag für alle staatlichen Aufgaben, die nicht von der autonomen Gemeinschaft wahrgenommen werden, an den Zentralstaat abführt.
Mit der vor drei Jahren begonnenen historischen Etappe hat der Selbstregierungswille des baskischen Volkes, der im Verlauf der Jahrhunderte nicht erlahmt ist, neue Kraft gewonnen. Das baskische Volk hat sich jahrhundertelang selbst regiert. Eine eigentümliche und traditionelle Form der Demokratie, nämlich die „Juntas Generales", auf denen sich Vertreter von Gemeinden und Städten zum Ziel der Gesetzgebung versammelten, bildete die Regierung der Gemeinschaft. Als Symbol dieser Bruderschaft der Völker für ihre Selbstregierung ist weltweit der Baum von Gernika bekannt, in dessen Schatten sich die „Junteros", die Mitglieder der „Junta General", versammelten, die sich in ihren Entscheidungen um das Gemeinwohl und die Freiheit von jeglichen Unterjochungsversuchen bemühten. Im Königreich von Navarra erreichten die baskischen Territorien ihren höchsten Ausdruck an politischer Souveränität.

Ein Volk mit eigener Identität

Euskadi ist eine Nation, die über eine eigene Kultur und Sprache verfügt, welche ihr ihre Identität vermitteln. Das Euskara, die Sprache Euskadis, ist trotz aller Angriffe, denen es von allen Seiten ausgesetzt war, lebendig geblieben. Die Landkarte Europas ist in sprachlicher Hinsicht bei drei Anlässen ausgelöscht worden. Die indoeuropäische Invasion brachte die ursprünglichen Sprachen des primitiven Europa zum Verschwinden. Später bemächtigte sich eine der indoeuropäischen Sprachen, das Latein, der übrigen und begleitete damit die Siege des Römischen Imperiums. Im 11. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wird die Sprachenkarte erneut ausgelöscht, um den romanischen Sprachen Raum zu geben. In diesem ganzen Prozeß ist das Euskara, eine präindoeuropäische Sprache, die älter ist als die indoeuropäische Invasion, lebendig geblieben.
In diesem Sinne besitzt das baskische Volk eine der bewundernswertesten kulturellen Kostbarkeiten. Die Bewohner des Landes waren sich immer dieser Identität und der sprachlichen Unterscheidung gegenüber ihrer Umgebung bewußt und bezeichneten sich wegen dieses kulturellen Merkmals als „Euskal Herria", was wörtlich bedeutet „Volk, das Euskara oder Baskisch spricht".
Ist uns der Ursprung des Euskara unbekannt, so wissen wir ebenfalls nichts über die Herkunft der ersten Einwohner des Landes und können nur aussagen, daß der Baske von nirgendwo gekommen ist, um sich in diesem Land niederzulassen. Die erste uns vorliegende Angabe über die Geschichte unseres Volkes geht auf die vorgefundenen prähistorischen Reste zurück, die auf den „Achelense" im frühen Paläolithikum vor 200 000 Jahren verweisen. Jahrtausende später begann sich der Cromagnon-Mensch, der unsere Höhlen bewohnte, bis hin zu den anthropologischen Merkmalen des heutigen Basken zu entwickeln, der sich nicht außerhalb des Landes, sondern im Verlauf der Jahrhunderte innerhalb dieser Region herausbildete.

Sport

Auch den Sportarten, die es pflegt, hat das baskische Volk seinen höchsteigenen Stempel der Identität aufgedrückt; sie beruhen sowohl auf Eigentümlichkeiten des Charakters – Einigkeit, Kraft, Geschicklichkeit – als auch auf anderen, der täglichen Arbeit entnommenen. So finden wir Sportarten vor wie das Steinheben, das Ochsenziehen oder die „Sokatira", die Mannschaften, die an einem Tau ziehen, und andere, die uns vom Charakter der ländlichen Gesellschaft Euskadis künden. Daneben gibt es andere, die aus der Arbeit selbst entstanden sind, wie die Bootsregatten, deren Ursprung die Notwendigkeit darstellte, früher als andere zum Hafen zu gelangen, um den gefangenen Fisch zu einem guten Preis zu verkaufen. Baumstammsägen und Getreidemähen sind ebenfalls vor allem im ländlichen Bereich beliebte Sportarten und bieten wie alle anderen Sportarten Gelegenheit, Wetten auszutauschen – ein wahrer Nationalsport der Basken.



Steinheben, ein baskischer Nationalsport

Einen besonderen Stellenwert nimmt das baskische Ballspiel ein, dessen eine Spezialität, das auch als „jaialai" bekannte „cesta-punta", die Grenzen des Baskenlandes überschritten und schließlich in der ganzen Welt Verbreitung gefunden hat. Das Ballspiel ist ein tief verwurzelter Sport im Baskenland, und es gibt keinen Ort, so klein er auch sein mag, der nicht über seine Ballspielwand verfügte oder doch zumindest eine glatte Wand nutzte, um seinem Lieblingssport nachzugehen.
Ist der Sport in Euskadi wichtig, so nimmt die Gastronomie, die sich im Baskenland zu einem Ritual entwickelt hat, keinen geringeren Rang ein. Die baskische Küche wird nicht nur von Einheimischen, sondern auch von Fremden als eine der besten der Welt anerkannt.

Gastronomie und Weine

Der baskischen Küche gebührt der Rang einer Kunst wegen der Güte ihrer Produkte und vor allem, weil sie es meisterhaft versteht, unterschiedlichen Geschmack zu respektieren und in anderen Fällen zu kombinieren. Die baskische Küche ist gleichermaßen reichhaltig an Produkten und an Geschmacksrichtungen. Sie umfaßt eine Vielzahl von Gerichten, angefangen bei den sehr beliebten Gemüsen über Wild bis zu jeglicher Art von Fisch und Muscheln. Was Weine anbelangt, so ist die außergewöhnliche Qualität derer von La Rioja Alavesa zu rühmen, die bevorzugte Tischweine darstellen. Als ein Beispiel für seine Qualität mag man in Erinnerung rufen, daß die Rioja Alavesa im Jahre 1982 über sechs Millionen Flaschen exportiert hat. Abgesehen von den Weinen der Rioja Alavesa ist auch der Taxkoli hervorzuheben, der nur in geringfügigen Mengen erzeugt wird; er wird aus Trauben gewonnen, die in Gebieten mit wenig Sonne am Meeresufer reifen und sich daher eine besondere Herbheit aneignen, die ihn vorzüglich zu Muscheln und Meeresprodukten genießen lassen. Schließlich ist die aus Apfelsaft gewonnene „Sidra" ein beliebtes Getränk in Euskadi.
Euskadi besitzt große Küchenchefs von international anerkanntem Ruf, die aus der baskischen Küche einen Ort der Begegnung zwischen der Tradition und der Erprobung neuer Formeln und Zubereitungsweisen



Baskische Gastronomie

gemacht haben. In diesem Sinne bildet die Bewegung der „neuen baskischen Küche" eine Strömung, die das Traditionelle in Richtung auf erlesenere Formen weiterentwickelt, ohne daß sie dadurch ihrer eigenen Persönlichkeit verlustig ginge.

Das Baskenland, ein industriell fortgeschrittenes Land

Aber Euskadi ist – außer einem Volk, das um seine Identität, seine Sprache und seine Anerkennung als Nation kämpft – ein unternehmerisches, entschlossenes und beharrliches Land, das sich durch die Initiative seiner Männer zu einem Land des kräftigen industriellen Aufschwungs entwickelt hat und gemeinsam mit Katalonien die industrielle Avantgarde des spanischen Staates bildet.
Besonders die Hüttenindustrie und die Sonderstähle sind bedeutend und lassen Euskadi eine Spitzenposition im spanischen Staat einnehmen. Diese Industrie befindet sich im wesentlichen in Vizcaya, wo Unternehmen wie „Altos Hornos de Vizcaya", „Babcock Wilcox" usw. ansässig sind sowie die großen Stahlwerke, die vor allem Sonderstähle herstellen.
Herrschen in Vizcaya die Großunternehmen vor allem der Schwerindustrie vor, so in Güipúzcoa und Alava mit wenigen Ausnahmen die Klein- und Mittelbetriebe, die Unternehmen bilden, in denen sich auf Grund des Charakters des Basken der Unternehmer mit dem Arbeiter verwechseln läßt.
Die industrielle Kraft Euskadis beruht auf der qualifizierten Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang hat die Spezialisierung in der Produktion eine große Anzahl von Arbeitern aus anderen Regionen des spanischen Staats nach Euskadi gebracht, wo sie sich im Laufe der Jahre niedergelassen haben.
Von den 2 134 967 Einwohnern, die Euskadi 1981 hatte, gehörten 39% zur erwerbstätigen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang hat die Wirtschaftskrise, die auf Weltebene vor ungefähr sechs Jahren durch den Anstieg der Erdölpreise eingetreten ist, auch Euskadi betroffen; dennoch ist auf Grund der Bemühungen der autonomen Regierung nach und nach eine Besserung zu verzeichnen, und 1982 hatte die Wirtschaft eine leichte Erholung zu verzeichnen – ein positives Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,5% –, die gekennzeichnet war durch neue Investitionen und ein Ende des Wachstums der Arbeitslosigkeit.
Ein großer Teil der industriellen Produktion Euskadis wird in andere Länder exportiert. Im Jahre 1980 machten Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie 36% der Gesamtausfuhr aus, gefolgt von elektrischen Geräten mit 20% und Gummi und Plastik mit 13%; auf der Importseite bestanden die Einfuhren Euskadis zu 48% aus Rohstoffen und zu 15% aus Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie.
Unter den Exportunternehmen belegen die Herstellerwerke von Werkzeugmaschinen einen hervorragenden Rang, die für 92% der Ausfuhren des spanischen Staats in diesem Sektor aufkommen.
In bezug auf den spezifischen Fall der amerikanischen Länder ist festzustellen, daß sich – nach dem logischen Schwergewicht auf dem Handel mit den Ländern der EG – die Ausfuhr baskischer Erzeugnisse nach Amerika auf etwa 25% des Gesamtexports beläuft. Die Vereinigten Staaten sind der drittgrößte Kunde Euskadis, Mexiko der siebte und Venezuela der achte, und ihnen folgen mit geringem Abstand mehrere südamerikanische Länder. Die Einfuhren aus amerikanischen Ländern sind ebenfalls bedeutend und machen nach den letzten Daten für 1981 einen Betrag von annähernd 45 000 Millionen Peseten aus.
Euskadi ist heute nach wie vor eine wirtschaftlich entwickelte Region, die gegenwärtig im Blickpunkt bedeutender Investitionsentscheidungen multinationalen Charakters steht.



Baskische Industrie

Auf die Wahlen folgt Ernüchterung in Rom

Parteien denken über Neuauflage der Koalition nach

F. MEICHSNER, Rom

Die Erkenntnis, daß es manche Verlierer, aber keinen wirklichen Sieger gibt, daß die Probleme des Landes noch drückender geworden sind, beherrscht nach dem Abklingen des Schlachtgetöses der Wahl die ersten politischen Reflexionen in Rom. Sie konzentrieren sich vor allem auf zwei Fragen: Welche Regierung kann gebildet werden? Welches Programm zur Überwindung der allgemeinen Krise, die besonders im wirtschaftlichen Bereich außer Kontrolle zu geraten droht (die Aktienkurse sind als Folge des Wahlausgangs um 3,5 Punkte gefallen), wird im neuen Parlament eine Mehrheit finden?

Formell werden die Konsultationen über die Bildung einer neuen Regierung erst nach der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 12. Juli aufgenommen werden. De facto hat die Debatte darüber aber bereits begonnen. Erste Äußerungen von Politikern der fünf ehemaligen Koalitionsparteien (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) lassen erkennen, daß man unter dem Zwang des parlamentarischen Kräfteverhältnisses zunächst die Reaktivierung dieser Allianz versuchen will.

Die Bildung eines auch zur KP hin geöffneten Kabinetts der nationalen Gesundung – oder einer „Regierung der Verfassung" – wird zwar vereinzelt als Alternativlösung ins Gespräch gebracht, jedoch kaum ernsthaft in Erwägung gezogen. Der christdemokratische Vizeparteisekretär Mazzotta sagt dazu: „Eine ernst zu nehmende Politik gegen die Inflation ist mit der *KPI nicht auszuhandeln, denn die Kommunisten verfolgen andere Ziele als wir.*" Alle sind sich darüber im klaren, daß eine neue Fünfparteienkoalition der linken Mitte keine Neigungsehe, sondern eine Zwangsehe wäre.

Die Hindernisse für einen solchen „Ehevertrag" betreffen in erster Linie das Regierungsprogramm. Die Christdemokraten, die Republikaner und die Liberalen hatten im Wahlkampf für die drastische Senkung der Inflationsrate durch harte Maßnahmen im Wirtschafts- und Sozialbereich plädiert. Die Sozialisten und die Sozialdemokraten hatten sich einer solchen „Roßkur" ganz entschieden widersetzt.

Eine weitere Klippe ist die Frage, wer in der neuen Regierung den Ministerpräsidenten stellen soll. Im Augenblick sind vier verschiedene Lösungen im Gespräch: Der Christdemokrat Fanfani bleibt im Amt; sein Parteifreund Forlani, der unter allen christdemokratischen Spitzenpolitikern die besten Beziehungen zu den Sozialisten unterhält, löst ihn ab; der sozialistische Parteisekretär Craxi erhält den Posten als Preis für ein Einlenken seiner Partei in der Programmfrage; der Republikaner Spadolini als moralischer Sieger in diesem Wahlkampf kehrt in den Palazzo Chigi zurück.

Die meisten Christdemokraten sind der Überzeugnung, daß diese Wahlen zu früh gekommen seien. Ein neugewählter Senator der Partei macht aber noch eine andere Ursache aus: „Der anitikommunistische Leim hält nicht mehr. Alles fällt auseinander."

Seite 3: Italiens „linke Mitte"
Seite 11: Absage an Stabilisierung

Strauß trifft Honecker

● **Fortsetzung von Seite 1**

Staatsminister Jenninger und dem Staatssekretär im Ostberliner Außenministerium, Alexander Schalck-Golodkowski, gegeben. Die „DDR", so heißt es in Bonn, habe ihrerseits Sicherheiten für den gesamten Kreditbetrag bereitgestellt.

Noch wichtiger allerdings ist die Frage, welche politischen Gegenleistungen die „DDR" dafür erbringt. Es gibt, wie die WELT erfahren hat, offensichtlich mündliche Zusagen durch die SED-Führung. An diese Zusicherungen knüpft Bonn die Erwartung, daß der Zwangsumtausch beträchtlich reduziert und – was ein großer Erfolg wäre – auch das Ausreisealter für Menschen in der „DDR" gesenkt wird. Mit diesbezüglichen Entscheidungen Ost-Berlins rechnet die Bundesregierung im Herbst. Sie hat somit eine Vorleistung mit gutem Willen erbracht in der Hoffnung, daß dies von der „DDR" erwartungsgemäß honoriert wird.

Strauß selbst hat sich in dem Entscheidungsprozeß über die Kreditgewährung stark engagiert und hat diesen Schritt befürwortet, weil er – wie Bundeskanzler Kohl – hofft, daß damit ein Durchbruch in den innerdeutschen Beziehungen erzielt werden kann, der den Menschen nützt. Auch darüber will Strauß, wie zu hören war, offen mit Honecker sprechen.

Nach dem im Bundeskanzleramt erörterten Fahrplan wird Kohl unmittelbar nach seiner Moskau-Reise Strauß über die deutschlandpolitische Thematik bei den Gesprächen mit der Kreml-Führung unterrichten. Dies wird wenige Tage vor der Abfahrt von Strauß nach Warschau sein. Wenn dann im Herbst die „DDR" Zugeständnisse im Bereich der menschlichen Erleichterungen macht, wäre aus Bonner Sicht auch die Grundlage für einen kurzfristig anzusetzenden Besuch von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland gegeben, der angesichts der Diskussionen um den Tod von Burkert verschoben worden war.

Unsicherheiten bestehen allerdings noch in der Einschätzung, wie eine eventuell notwendig werdende Stationierung von Pershing-2-Raketen im Zuge der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses auch das innerdeutsche Klima beeinträchtigen könnte. Die Bundesregierung jedenfalls verläßt sich darauf, daß die Zusagen der „DDR" auch in einer politisch kälter gewordenen Phase eingelöst werden. Die „DDR", *so wird argumentiert*, wisse, daß ein Vertrauensbruch schwerwiegende und langanhaltende Konsequenzen haben würde.

Merten scheidet bei der ÖTV aus

GÜNTHER BADING, **Stuttgart**

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Siegfried Merten, wird sein Gewerkschaftsamt aufgeben und als Vorsitzender zum gewerkschaftseigenen „Autoclub Europa" (ACE) wechseln. Der ACE-Beirat hat Merten einstimmig als – einzigen – Kandidaten für die Hauptversammlung am 1. und 2. Oktober in Köln vorgeschlagen. Der Posten wird frei, weil ACE-Chef Ludwig Gosepath aus Altersgründen ausscheiden wird.

Merten erklärte gegenüber der WELT, der Entschluß, nach 26jähriger Tätigkeit für die ÖTV aus der Gewerkschaftsführung auszuscheiden, sei ihm „sehr schwergefallen". Allerdings sehe er auch die neue Aufgabe als „reizvoll" an. Er werde sich bemühen, den Gewerkschaftsklub – der ACE nimmt nur Gewerkschaftsmitglieder auf – aus dem „Schattendasein" zu führen, das er in den vergangenen Jahren geführt habe. Der ACE organisiert rund eine halbe Million, der ADAC dagegen mehr als sieben Millionen Mitglieder.

Wer in der ÖTV die Nachfolge Mertens antreten wird, ist derzeit noch völlig offen. Normalerweise müßte der ÖTV-Beirat den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden neu besetzen. Da allerdings im Juni nächsten Jahres ohnehin der ÖTV-Gewerkschaftstag mit Neuwahlen des Vorstands ansteht, wird das Amt voraussichtlich mehrere Monate unbesetzt bleiben. Merten wird erst gegen Jahresende ausscheiden.

Der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende hatte sich im Oktober vergangenen Jahres vergeblich darum bemüht, als Nachfolger des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Heinz Kluncker Vorsitzender der ÖTV zu werden. Er wurde knapp von Monika Wulf-Mathies geschlagen. Merten versicherte im Gespräch, daß alle Mutmaßungen der jüngsten Zeit über Loyalitätsprobleme zwischen ihm und Frau Wulf-Mathies falsch seien; keinesfalls sei hier ein Grund für seinen Wechsel zum ACE zu suchen.

Erschüttert über deutsche Teilung

UL, **Straßburg**

Tief erschüttert von den konkreten Auswirkungen der deutschen Teilung hat sich eine Gruppe von Europa-Abgeordneten gezeigt, die am Wochenanfang die deutsch-deutsche und die deutsch-tschechoslowakische Grenze besuchte. Der frühere Fraktionsvorsitzende der britischen Konservativen, Sir James Scott-Hopkins, sprach beim Anblick der Sperranlagen von dem „monströsesten Ereignis, das dieser Region in diesem Jahrhundert widerfahren ist". Scott-Hopkins beteuerte, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auch ein europäisches Anliegen sei. Die Abgeordnetengruppe sprach sich gegen immer wieder auftauchende Bemühungen der EG-Kommission aus, der Bundesregierung die Zonenrandförderung zu untersagen, weil sie eine Wettbewerbsverzerrung darstelle. Der Besuch der Abgeordneten kam auf Einladung Otto von Habsburgs zustande.

Rentensanierung trifft Frauen

Einschränkungen bei Zahlungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeit vorgesehen

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Frauen müssen, so sieht es jedenfalls nach dem gegenwärtigen Stand aus, die Hauptlast bei der Rentensanierung tragen. Wenn die einzelnen Maßnahmen, die vom Arbeitsministerium zum Teil schon in die Form von Gesetzentwürfen gegossen, zum Teil noch in der Planung sind, auch grundsätzlich in die richtige Richtung zeigen, so wirken sie sich in der Massierung jedoch zuungunsten der Frauen aus. Das jüngste Beispiel ist die Erschwerung des Zugangs zur Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit.

Die sogenannten EU/BU-Renten sollen künftig nur noch gewährt werden, wenn in den letzten fünf Jahren vor Eintreten des Versicherungsfalls wenigstens drei Jahre lang einer Beschäftigung nachgegangen wurde, für die Pflichtbeiträge an die Rentenversicherung gezahlt worden sind. Frauen, die freiwillig Beiträge weitergezahlt haben, nachdem sie ihre Berufstätigkeit für die Familie aufgegeben hatten, ebenso wie Ehefrauen, für die Ehemänner Beiträge nachentrichtet haben, können vom 1. Januar 1984 an keine EU/BU-Renten mehr beziehen. Das Argument von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) lautet: Diese Rentenart dient dazu, den Ausfall von Arbeitseinkommen auszugleichen. Die Hausfrauenarbeit ist damit nicht versichert – eine Lohnersatzfunktion der Rente gibt es in diesem Falle nicht.

Funktion eines Zubrots

Ebenso wie für Selbständige und Beamte hätten die EU/BU-Renten in den vergangenen Jahren immer mehr die Funktion eines vorgezogenen Altersruhegeldes oder eines Zubrotes dazu erhalten – das widerspreche jedoch ihrem Sinn und müsse beseitigt werden.

Bei der großen Rentenreform 1972 war die Öffnung der Versicherten für weitere Bevölkerungskreise, also auch für Hausfrauen, gefeiert worden als Einstieg in die eigenständige Sicherung der Frau, bezogen allerdings hauptsächlich auf ihr Altersruhegeld. Erst mit der sich verschlechternden Wirtschaftslage und der besonders für Frauen sich verschärfenden Situation auf dem Arbeitsmarkt bekam die EU/BU-Rente mehr und mehr Bedeutung – nicht nur für Frauen. Um der hier ständig wachsenden Belastung der Rentenversicherung einen Riegel vorzuschieben, wurde der Zugang erschwert.

Geplant war diese Beschränkung schon in der Zeit des SPD-Arbeitsministers Ehrenberg, als die EU/BU-Rente als Stufe zur vorgezogenen Altersrente noch keine Rolle spielte. Man hatte damals schon den Widerspruch entdeckt, *daß Ersatz für ausgefallenes* Einkommen gezahlt wird, obwohl gar kein Einkommen ausfällt. Allerdings hatte man damals an eine großzügigere Regelung gedacht: z. B. fünf Jahre versicherungspflichtige Tätigkeit in den letzten zehn Jahren vor Eintritt der Invalidität zu verlangen. Das hätte auch noch Frauen erfaßt, die nach der Kindererziehung wieder mit einer Berufstätigkeit begonnen haben.

Doch nicht nur hier droht den Frauen ein scharfer Einschnitt in ihre Rechte. Im Haushalt für 1984 ist auch eine Kürzung des Mutterschaftsgeldes, das berufstätigen Müttern vier Monate nach der Geburt eines Kindes gezahlt wird, vorgesehen ebenso wie eine Herabsetzung der Bezugsdauer von vier auf drei Monate. Weiter ist die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen noch nicht vom Tisch. Für 1984 wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwartet, das aus Gründen der Gleichberechtigung das Privileg der Frauen aufhebt, schon mit 60 Jahren Rente beziehen zu können, was Männern erst frühestens mit 63 Jahren möglich ist. Da Frauen meist nicht die Voraussetzung von 35 Versicherungsjahren für den Bezug der flexiblen Altersrente erfüllen, kann das bedeuten, daß der größte Teil erst mit 65 Jahren in Rente gehen kann. Allerdings bemüht sich vor allem Arbeitsminister Blüm darum, die entstandene Aufregung zu beschwichtigen und stellt lange Übergangfristen oder Angleichungen der Altersgrenzen von Männern und Frauen in Aussicht.

Eigene Rente garantiert

Doch gibt es noch ein weiteres Projekt, das den Frauen Einbußen bringen kann. Das ist die durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe von 1975 notwendig gewordene Gleichstellung von Mann und Frau im Hinterbliebenenrecht. In der Planung ist, dem hinterbliebenen Ehepartner 60 Prozent aus der Rente des Gatten zu zahlen, auf die andere Einkommen zum Teil angerechnet werden, oder höchstens 70 Prozent der gemeinsamen Rentenansprüche. Die eigene Rente bleibt allerdings garantiert. Das soll bis Ende 1987 700 Millionen Mark sparen.

Ursprünglich war – in der SPD/FDP-Koalition mit Zustimmung der Union – geplant, dem Hinterbliebenen 70 Prozent der gemeinsam erworbenen Ansprüche zuzugestehen – ohne weitere Einkommensanrechnung. Bedingung war eine kostenneutrale Lösung – also keine Beitragserhöhung. Jetzt wird nicht nur eine Regelung angestrebt, die nicht mehr Kosten verursacht, sondern die auch noch Ersparnisse bringt – zu Lasten der Frauen, bei denen sich häufig eine kleine eigene Rente und eine Witwenrente addiert hatten.

Seite 2: Es wird eingesammelt

Geißler will Sozialhilfe entlasten

Statt geringerer Anhebung der Regelsätze: Großeltern und Enkel werden verpflichtet

GISELA REINERS, **Bonn**

Familienminister Heiner Geißler (CDU) wehrt sich gegen den Plan von Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), den Anstieg der Sozialhilfe am 1. Juli 1984 auf 1,5 Prozent herunterzusetzen. Um diese von ihm als zu gering angesehene Anhebung zu vermeiden, wird Geißler dem Finanzminister andere Wege der Entlastung der Sozialhilfe vorschlagen, wie zum Beispiel die Erweiterung des Kreises von unterhaltspflichtigen Familienmitgliedern und die Heraufsetzung der Rückzahlungspflicht für geleistete Sozialhilfe durch die Erben von Hilfeempfängern.

Für 1983 war die Steigerung der Regelsätze in der Sozialhilfe von der Koalition aus CDU/CSU und FDP im Herbst 1982 von drei auf zwei Prozent herabgesetzt und der Anpassungstermin analog zur Rentenversicherung vom 1. Januar auf den 1. Juli verschoben worden. Für den Haushalt 1984 plant nun Finanzminister Stoltenberg eine weitere Begrenzung der Anhebung auf 1,5 Prozent zum 1. Juli 1984. Von den kommunalen Spitzenverbänden, den Trägern der Sozialhilfe, hat Familienminister Geißler inzwischen jedoch erfahren, daß die Fälle sich häufen, in denen der Träger gegen Monatsende den Hilfeempfängern Beträge nachschießen muß. Deshalb sperrt er sich gegen eine nochmalige Begrenzung des Anstiegs, weil dadurch keinerlei Spareffekt zu erzielen sei.

Der sogenannte Eckregelsatz, der für einen Alleinstehenden oder Haushaltsvorstand geleistet wird, damit er davon Essen, Trinken, Körperpflege, Kochenergie und kleinere Anschaffungen bezahlt, beträgt im Bundesdurchschnitt vom 1. Juli an 345 Mark; in Bayern nur 335; im teuren Berlin 352 Mark im Monat. Hinzu kommen noch weitere Beträge für Familienangehörige, gestaffelt nach Alter, und die Erstattung von Miet- und Heizkosten usw. Nach einer Vorwegberechnung des Statistischen Bundesamtes hat 1982 die Sozialhilfe 16,25 Milliarden Mark gekostet, das waren 10,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Um der Sozialhilfe Entlastung zu verschaffen, wird nun erwogen, nicht mehr nur Eltern, Kinder und Ehegatten zum Unterhalt bedürftiger Familienmitglieder heranzuziehen, sondern, wie das Bürgerliche Gesetzbuch es schon vorschreibt (wovon die Sozialhilfe nur keinen Gebrauch gemacht hat), auch Großeltern und Enkelkinder, also Verwandte zweiten Grades. (Geschwister sind gegeneinander nicht unterhaltspflichtig und sollen es auch nicht werden.)

Weiter ist vorgesehen, höhere Erstattungen zu verlangen, wenn ein Hilfeempfänger ein „kleines Hausgrundstück", das durch Gesetz besonders geschützt ist vor Verkauf und Belastung, vererbt. Nach Abzug von Frei- und Schonbeträgen sollen die Erben die geleistete Hilfe für die letzten zehn Jahre zurückzahlen – bisher nur für fünf Jahre. Die Zahlungen sollen jedoch nur aus der Erbschaft geleistet werden.

Nach den Erfahrungen der Sozialhilfeträger sind die Fälle, daß ein Empfänger von Sozialhilfe ein unbelastetes, mit der Zeit im Wert gestiegenes Hausgrundstück hinterläßt, nicht selten. Besitzt jemand jedoch ein großes Haus, erhält er auch jetzt nur Sozialhilfe als Darlehen, für das der Träger eine Sicherungshypothek bekommt, um nach dem Tod des Empfängers seine Ansprüche zu decken.

Moskau will Kohl über Ost-Gipfel informieren

A. GRAF KAGENECK/DW. **Paris**

Der stellvertretende Direktor der *außenpolitischen Abteilung* des Zentralkomitees der KPdSU, Wadim Sagladin, hat das Arsenal der „schußbereiten" sowjetischen SS-20-Raketen gestern mit insgesamt 350 beziffert. Von diesen seien 240 im europäischen Teil der Sowjetunion aufgestellt, der Rest im asiatischen, „von wo aus sie Westeuropa also nicht bedrohen", sagte Sagladin, der sich mit einer Delegation des Obersten Sowjet in Paris aufhält.

Seine Angaben stehen in Widerspruch zu Erkenntnissen der NATO, die, so Generalsekretär Luns, davon ausgeht, daß Moskau „inzwischen mehr als 360 SS-20-Raketen" mit je drei atomaren Sprengköpfen besitzt (WELT v. 29. Juni).

Sagladin verneint in einem Interview mit dem Sender „Europa 1" Behauptungen, die Sowjetunion baue monatlich zwei bis drei neue SS 20. Die Aufstellung der hochmodernen Mittelstreckenraketen begründete er mit inzwischen bekanntgewordenen Dokumenten des US-Außenministeriums, aus denen hervorgehe, daß Washington in den 60er Jahren zweimal einen atomaren Präventivschlag gegen die UdSSR von westeuropäischem Boden aus erwogen habe.

Auf den bevorstehenden Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau eingehend, sagte Sagladin: „Wir verstehen die Beunruhigung des deutschen Kanzlers wenige Monate vor der möglichen Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in seinem Land."

Loyalitätserklärung von Scheel für Loch

hy./DW. **Düsseldorf**

Präsidium und Vorstand des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, darunter auch dessen Präsident Walter Scheel, haben gestern einstimmig eine Loyalitätserklärung für ihren Vizepräsidenten Theo M. Loch abgegeben, der wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der Waffen-SS jetzt im WDR gedrängt wird, seinen Posten als Fernseh-Chefredakteur aufzugeben. Der Vorsitzende des WDR-Verwaltungsrates, Theodor Schwefer (CDU), hat gestern alle Meldungen als falsch bezeichnet, daß die Mitgliedschaft des nordrhein-westfälischen Kultusministers Jürgen Girgensohn (SPD) in der Waffen-SS „eine auch nur indirekte Rolle bei den Beratungen und Beschlußfassungen" im Verwaltungsrat über die Zukunft des WDR-Fernseh-Chefredakteurs Theo M. Loch gespielt habe. Girgensohn bestätigte gestern, daß er von 1943 bis Kriegsende bei der Waffen-SS-Einheit „Wiking", zuletzt als Rottenführer (dieser Rang entsprach dem eines Gefreiten bei der Wehrmacht), gedient habe. Er sei als Kind in dem Glauben an die Richtigkeit des NS-Regimes erzogen worden. Während des Arbeitsdienstes hätten Werber der Waffen-SS ihm bedeutet, daß eine Offizierslaufbahn günstig für spätere Berufsaussichten sei. Girgensohn schilderte, daß er erst nach dem Krieg erstmals mit Literatur außerhalb des NS-Propagandamaterials konfrontiert worden sei.

Überraschende Reiselust

fu (London) – Es gibt eine Menge anderer Anzeichen dafür, daß sich die Konjunktur eines Landes erholt, als Statistiken über steigende Konsumausgaben, Industrieproduktion oder Auftragseingänge. In Großbritannien etwa hat plötzlich wieder eine *Reiselust* ins Ausland eingesetzt, wie sie in den letzten Jahren nicht mehr festgestellt wurde.

Nachdem bereits im vergangenen Jahr die britischen Reiseveranstalter einen Anstieg der Urlaubs-Flugreisen *vermeldeten*, hat jetzt die Zivilluftfahrt-Behörde des Landes eine Zunahme der Ferienflüge gegenüber 1982 um immerhin 12,3 Prozent verbucht.

Während 1982 rund sieben Millionen „package holidays", wie sie in Großbritannien *genannt* werden, von den Flugreise-Veranstaltern angeboten wurden, sind es in diesem Jahr fast eine Million mehr. Daß sie auch an den Mann gebracht werden, darüber besteht bei den Gesellschaften keinerlei Zweifel.

Es liegt auf der Hand: Die Briten, die einen Arbeitsplatz haben, sind bei einer Inflationsrate von gegenwärtig nur 3,7 Prozent und Einkommenssteigerungen, die durchschnittlich etwa das Doppelte dieses Satzes betragen, plötzlich fein dran. Trotz des beachtlichen und anhaltenden Anstiegs der Konsumausgaben bleibt offensichtlich genügend übrig, den Urlaub im Ausland zu finanzieren.

Kein Wunder, daß Regierungschefin Thatcher und die Leitung des Industrieverbandes CBI in diesen Tagen grundsätzlich vereinbarten, unter Hinweis auf die durchschnittlich *nur zwei- bis* dreiprozentigen Lohn- und Gehaltsverbesserungen in Deutschland und Japan die Anhebungen im eigenen Land drastisch zu reduzieren.

Textile Wünsche

hdt – Der deutsche Textileinzelhandel sieht vorerst keine nachhaltigen Anzeichen einer Konjunkturbesserung, die in seinen Häusern die Umsätze steigen läßt. 1982 war für diese Branche das schlechteste Jahr seit der Währungsreform, und auch 1983 verspricht nicht viel besser zu werden, von einigen prägnanten Ausnahmen abgesehen. Keine Abhilfe verspricht man sich von einer Erhöhung der Einkommen, eher dürfte eine Verminderung der Sparquote zu Umsatz- und damit auch zu Ertragssteigerungen führen. Dabei ist das Verbraucherverhalten durchaus unterschiedlich. Von der älteren Generation wird *zwar relativ wenig gekauft*, aber bei konservativer Grundhaltung sehr gezielt. Jüngere Verbraucher dagegen bevorzugen modische Artikel, wobei die Kaufwelle mitten in der Saison abbrechen kann. Das aber zwingt den Handel zu kurzfristigen, drastischen Preisreduzierungen, eine Entwicklung, die ihn erheblich beunruhigt. Somit könnte auch der nächste Sommerschlußverkauf einmal wieder viele Wünsche offen lassen.

Absage an Stabilisierung

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die *italienischen* Wähler *haben* die Forderungen der christlichen Demokraten und der Unternehmer nach mehr Strenge in der Lohn- und Etatpolitik nicht honoriert. Mit dem völlig unerwartet starken Stimmenverlust der christlich-demokratischen Partei und dem, wenn auch nur leichten, Vormarsch der Sozialisten verliert die Stabilisierungspolitik, wie sie in den letzten Monaten trotz scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition von Zentralbank und Schatzamt vorangetrieben wurde, ihre Grundlage. Die Warnungen vor permissiven Lohnabschlüssen, die der christlich-demokratische Schatzminister Giovanni Goria noch in den letzten Tagen des Wahlkampfes ausgesprochen hatte, haben jetzt keine Chance mehr, ein Echo bei den Gewerkschaften zu finden. In Frage gestellt ist auch die Stabilisierung des Haushalts mit den drastischen Abstrichen auf der Ausgabenseite, die das christlich-demokratische Wahlprogramm ins Auge gefaßt hatte, um die Inflation von jetzt 16 Prozent bis zum Ende kommenden Jahres zu halbieren.

Diese „schnelle Fahrt" aus der Inflation, die von den christlichen Demokraten den Wählern als einziger Weg zur Verhinderung neuer Anpassungsabwertungen und Krisen der Zahlungsbilanz empfohlen wurde, hat jetzt keine Chance mehr, in einer Koalition die politische Mehrheit zu finden. Dasselbe gilt von der Revision des Index-Mechanismus der gleitenden *Lohnskala. Die Wünsche von* christlichen Demokraten, Zentralbank und Unternehmern, die Bewegungen dieser Index-Automatik von heute drei auf sechs oder gar zwölf Monate zu verlängern und damit die inflationsbeschleunigende Wirkung der Lohnskala zu vermindern, haben vor der Furcht der Wähler und der Linksparteien kapitulieren müssen, daß eine solche „Roßkur" die reale Kaufkraft der Lohnabhängigen beschneiden könnte.

Die Hoffnungen der Arbeitgeber in eine Regierung, die mit mehr Autorität als die vorangegangene Ordnung und Stabilität in die Wirtschaft bringt, sind jetzt ebenso zerstoben wie die Erwartungen in eine arbeitgeberfreundlichere Neufassung des Lohnkostenabkommens vom 22. *Januar dieses Jahres. Wie* sehr sich die Ausgangsverhältnisse verschoben haben, werden vermutlich bereits die Verhandlungen der Sozialpartner der Metallindu*strie erweisen, die mit* Schlichtung des amtierenden christlich-demokratischen Arbeitsministers, Vincenzo Scotti, nach fast zweiwöchiger Unterbrechung am Donnerstag dieser Woche wiederaufgenommen werden.

So wie in diesem Fall, in dem die Unternehmer darauf spekuliert hatten, nach den Wahlen mit einer gestärkten christlich-demokratischen Partei im Rücken ihre Vorstellungen leichter durchsetzen zu können als vorher, werden die Arbeitgeber *in den nächsten Monaten* auch bei anderen lohnpolitischen Gelegenheiten auf liebgewordene Unterstützung verzichten müssen. Unternehmerische Zugeständnisse, auch in der Frage der Arbeitszeit, werden unter diesen Umständen wohl kaum zu vermeiden sein.

Trotzdem wird auch die von den Sozialisten angesteuerte „langsame Fahrt" aus der Inflation, das heißt ohne die drastischen lohn- und sozialpolitischen Eingriffe wie sie von den christlichen Demokra*ten zuletzt propagiert* wurden, nicht ohne Abstriche bleiben. Zwar ist jetzt mit rigorosen etat- und kreditpolitischen Maßnahmen ebensowenig mehr zu rechnen wie mit lohnpolitischer Strenge. Das Vorrücken der republikanischen und der liberalen Partei läßt aber erwarten, daß es an Gegengewichten gegenüber den sozialistischen Vorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in Zukunft nicht fehlen wird.

Dieses Gegengewicht wird sich vor allem in der Budgetpolitik bemerkbar machen, in der sich die beiden Parteien von jeher für einen Abbau des Defizits einsetzen. Dafür zeigen die Republikaner Berührungspunkte mit den Sozialisten in der Betonung staatlicher Investitionen in der Wirtschaft: Das wird denn wohl auch das Terrain werden, auf dem die neue Koalition ihren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit Nachdruck führen wird.

Alles in allem wird die künftige Koalition mit Sicherheit stärker wachstumsorientiert sein, als es die christlichen Demokraten gerne gewünscht hätten. Dafür besteht Aussicht, daß unter dem wachen Auge der republikanischen und liberalen Parteien der Anteil des Staatsdefizits am Bruttoinlandsprodukt *zumindest nicht noch* größer wird als bisher: Für schwierige italienische Koalitionsverhältnisse sicher das Äußerste, was in Krisenzeiten erwartet werden kann.

VEREINIGTE STAATEN

Außenhandelsdefizit steigt auf 70 Milliarden Dollar

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Das höchste monatliche Handelsdefizit in ihrer Geschichte haben die USA im Mai erwirtschaftet. Es überstieg 6,9 Milliarden Dollar und lag damit um rund 400 Millionen Dollar über dem bisherigen, *im August 1982 erzielten* Rekordpassivsaldo. Gegenüber April erhöhten sich die Einfuhren um 8,7 Prozent auf nahezu 22,5 Milliarden Dollar, was auf das stark beschleunigte wirtschaftliche Wachstumstempo zurückzuführen ist. Der harte Dollar wiederum bremste die Exporte. Sie sanken um 3,2 Prozent auf rund 15,6 Milliarden Dollar.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres schnellte das US-Handelsdefizit auf 22,3 Milliarden Dollar, verglichen mit 13 Milliarden *Dollar in der gleichen* Zeitspanne 1982. Wegen des sich deutlich verstärkenden Importsoges hat das Handelsministerium in Washington seine *Defizitvoraussage* für das Gesamtjahr 1983 wieder heraufgesetzt. Es kann jetzt an 70 Milliarden Dollar heranreichen, nach 42,7 Milliarden Dollar (cif) im vergangenen Jahr. Das Minus in der amerikanischen Leistungsbilanz wird nach wie vor auf 20 (1982: 2,7) Milliarden Dollar veranschlagt.

Die im Mai auf täglich 748 000 (April: 557 000) Tonnen gestiegenen Mineralöleinfuhren spiegeln den kräftigen Konjunkturaufschwung wider. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich die Ölrechnung von drei auf mehr als 4,5 Milliarden Dollar. Im Handel mit verarbeiteten Erzeugnissen stieg das US-Defizit gleichzeitig von 2,9 auf 3,6 Milliarden Dollar, während der Überschuß im Agrargeschäft von 1,3 auf 1,1 Milliarden Dollar zurückging. Im Warenverkehr mit der EG erhöhte sich Amerikas Passivsaldo von 24 auf 96, mit der Bundesrepublik fiel er von 269 auf 262 Millionen Dollar.

ARBED-SAARSTAHL / Strenge Sanierungsauflagen – Weitere Entlassungen?

Bund und Saarland gewähren eine Überbrückungshilfe von 180 Millionen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Arbed-Saarstahl erhält eine weitere Überbrückungshilfe von 180 Millionen Mark. Das Bundeskabinett in Bonn hat gestern beschlossen, weitere Mittel bis zu 90 Millionen bereitzustellen, *sofern das Saarland einen gleich hohen Betrag leistet. Minister*präsident Zeyer kündigte gestern einen entsprechenden Nachtragshaushalt an. Bedingung: Das Unternehmen muß bis Mitte Oktober ein neues Anpassungsprogramm vorlegen. Massenentlassungen gelten als wahrscheinlich.

Die Situation bei Arbed-Saarstahl hat sich in letzter Zeit zugespitzt. *Der saarländische Minister*präsident Werner Zeyer berichtete, er sei von den Angaben der Geschäftsführung „überrascht" worden. Im April sei der finanzielle Mehrbedarf gegenüber den Plänen, die Ende vergangenen Jahres zu der Überbrückungshilfe geführt hatten, auf elf Millionen Mark veranschlagt worden. Mitte Juni sei von 160 Millionen die Rede gewesen.

Die Bundesregierung „sieht mit großer Sorge", wie es im Kabinettsbeschluß heißt, „daß wesent*liche Grundlagen ihrer bisherigen* Beschlüsse über Hilfsmaßnahmen für Arbed-Saarstahl nicht realisiert wurden". Vor allem habe Arbed Luxemburg den zugesagten Finanzierungsbeitrag (die Muttergesellschaft wollte 100 Millionen an Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen) nicht geleistet. Arbed Luxemburg habe ferner ihre Eigentümerverpflichtungen im Weiterverarbeitungsbereich nicht erfüllt, so daß Mittel von Arbed-Saarstahl aufgewendet werden mußten. Vor Journalisten bezifferte Zeyer die *Kredit-Höhe auf 53,1 Millionen* Mark.

Dem Unternehmen sei es überdies nicht gelungen, die Arbeitskosten wie geplant zu senken. Vereinbart wurde im Dezember, daß 5000 Beschäftigte kurzarbeiten sollten. Zeyer bezifferte die tatsächliche Zahl für den vergangenen Monat auf 2500.

Bund und Land mußten rasch handeln, um eine Illiquidität zu vermeiden. Bei Arbed habe allein für Juli ein Finanzbedarf von nahezu 80 Millionen Mark bestanden. Aus der im Dezember für 1983 zugesagten Hilfe von insgesamt 380 Millionen seien bisher nur 63 Millionen nicht abgeflossen.

Im vergangenen Jahr hatte allein der Bund Arbed-Saarstahl mit 369 Millionen Mark unter die Arme gegriffen.

Die erneute Hilfe knüpft die Bundesregierung an folgende Voraussetzung:

- Das Unternehmen legt bis Mitte Oktober ein Anpassungsprogramm vor, aus dem sich die Rationalisierungsmaßnahmen ergeben. „Um einen gesunden Kern des Unternehmens mit gesicherten Arbeitsplätzen erhalten zu können, müssen auch Veränderungen des Produktionsprogramms und Kooperationen mit anderen Unternehmen einbezogen werden und dürfen Stillegungen ganzer Betriebsteile nicht ausgeschlossen werden."
- Vor allem müssen die Arbeitskosten rasch gesenkt werden. Dabei solle die von dem Unternehmen am 26. Juni in einem Schreiben an Zeyer auch „durch Massenentlassungen vorgesehene Anpassung des Belegschaftsstandes an die Marktgegebenheiten so schnell wie möglich, spätestens aber während des Jahres 1984 erreicht werden.".
- Bis Mitte Oktober müssen die Eigentümer, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen, die Belastungen und Risiken für Arbed-Saarstahl aus dem Weiterverarbeitungsbereich beseitigen.

Der Bundesregierung sei, wie Regierungssprecher Peter Boenisch betonte, die Entscheidung nicht leicht gefallen. Ministerpräsident Zeyer betonte „die historische Hypothek", die sich aus den Trennungen von Deutschland ergeben haben. 36 Prozent der Beschäftigten im Saarland seien nach wie vor in der Montanindustrie tätig.

Ein Präzedenzfall für andere Stahlfirmen sei dieser Beschluß nicht, betonte ein Sprecher des *Wirtschaftsministeriums.* Im Kabinett hatte Wirtschaftsminister Lambsdorff noch einmal begründet, daß die Bundesregierung kein Umstrukturierungskonzept für die deutsche Stahlindustrie vorlegen werde. Er zeigte dabei Verständnis für die Schwierigkeiten der Firmen bei den Fusions- und Kooperationsverhandlungen.

AUF EIN WORT

„Wachstum muß nicht zwangsläufig mit Preisanhebungen und parallel verlaufenden Lohn- und Gehaltserhöhungen verbunden sein. Wer profitiert denn eigentlich von solchen Erhöhungen, die das Rad der Inflation in Bewegung halten? Nicht der Unternehmer und noch *viel weniger* der Arbeitnehmer, sondern nur – und fast allein – der Fiskus."

Klaus Giesel, Vorsitzender des Vorstandes der Raab Karcher AG, Essen FOTO: DIE WELT

Brasilien: Weitere Sparmaßnahmen

rtr, **Brasilia**

Die brasilianische Regierung hat angesichts der wieder zunehmenden Finanzprobleme neue Sparmaßnahmen verkündet. Nach den neuen Dekreten, die in der Hauptsache auf eine Senkung staatlicher Ausgaben gerichtet sind, sollen unter anderem die Haushalte aller staatlichen Unternehmen und Behörden gekürzt werden. Auch müssen sich öffentliche Beschäftigte einen Abbau von Vergünstigungen gefallen lassen. Die neuen Sparmaßnahmen sollen auch gewährleisten, daß über die Verringerung des Budgetdefizits die Auflagen *erfüllt* werden, die der Internationale Währungsfonds (IWF) als Bedingung für eine weitere Gewährung von Finanzhilfen gestellt hatte.

US-KONJUNKTUR

Präsident Reagan sagt ein höheres Wachstum voraus

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Zum zweitenmal in den vergangenen drei Monaten hat die Reagan-Administration die Wachstumsprognosen nach oben revidiert. Wie der Präsident in Washington erklärte, wird Amerikas Bruttosozialprodukt im Vergleich der vierten Quartale 1982 und 1983 real um 5,5 Prozent zunehmen. Im letzten Jahr schrumpfte die Wertschöpfung der Vereinigten Staaten um 1,7 Prozent.

Das Wachstumstempo ist erheblich höher, als das Weiße Haus im Januar (3,1) und im April (4,7 Prozent) voraussagte. Dennoch ist der Konjunkturaufschwung schwächer als nach den anderen Rezessionen seit 1945, als das durchschnittliche Plus an sieben Prozent heranreichte. Reagan verwies auf die gestiegene Industrieproduktion (sieben Prozent *seit* November), die steile Zunahme der Baugenehmigungen (71 Prozent seit Mai 1982) sowie die kräftige Ausweitung der persönlichen Einkommen und Endverkäufe.

Schon jetzt steht fest, daß die US-Wirtschaft im zweiten Quartal 1983 um mehr als die angekündigten 6,6 Prozent gewachsen ist. Vermutlich betrug die Rate acht bis zehn Prozent. Als Konjunkturmotor wirken die auf vier Prozent *gedrückte Inflationsrate, die* gesunkenen Zinsen und die Rekordhaushaltsdefizite. Die Beschleunigung bringt hier kaum Erleichterung.

Reagan warnte noch einmal den Kongreß. Eine undisziplinierte Ausgabenwirtschaft des Staates und höhere Steuern bedrohten den Aufschwung, sagte er. Die Budgetresolution der Legislative wird von ihm nicht akzeptiert; gegen unbillige Etatzuweisungen will er sein Veto einlegen. In Kraft tritt heute die dritte Einkommensteuersenkung – *diesmal* um zehn Prozent. Damit sind die US-Bürger seit Oktober 1981 um 25 Prozent entlastet worden.

WIRTSCHAFTSLAGE

Konjunktur-Impulse vom Export kaum zu erwarten

sz/dpa/VWD, **Bonn**

Die Konjunktur tritt derzeit auf der Stelle. Die Unternehmen revidieren ihre Erwartungen von Monat zu Monat leicht nach unten. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste, im Mai durchgeführte Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Geschäftslage zwar weiter gebessert, jodoch wird die Situation vielfach noch als ungünstig bezeichnet. Die Auftragseingänge haben zugenommen, doch gelten die Auftragsbestände nach wie vor überwiegend als zu klein. Nach den Produktionsplänen erscheint es zweifelhaft, ob sich die kräftige Produktionsbelebung der letzten Monate fortsetzt.

Der deutsche Export wird im weiteren Jahresverlauf nur langsam zunehmen und damit keinen nennenswerten Beitrag zur Besserung der Konjunktur leisten. Im Jahresdurchschnitt 1983 wird sie bestenfalls das Vorjahresergebnis erreichen. So beurteilt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die Exportaussichten der Bundesrepublik in den kommenden Monaten. Im Zuge der allmählichen Konjunkturverbesserung in wichtigen Industrieländern werde aber auch die Auslandssnachfrage nach deutschen Waren wieder zunehmen.

Zur nachhaltigen Förderung von Wachstum und Beschäftigung in der Bundesrepublik ist nach Ansicht des Kieler Instituts für Weltwirtschaft „eine Neuorientierung dringend geboten". In einer aktuellen Studie raten die Forscher zu Maßnahmen, die mehr Freiraum schaffen und zum Teil erst mittelfristig wirken könnten. Sie gehen davon aus, daß das Bruttosozialprodukt 1983 um 0,5 und 1984 um *zwei Prozent steigen* werde. Nach der jüngsten Erholung „auf schmaler Basis" rechnen die Kieler Experten für die nächste Zeit „eher mit abnehmenden Impulsen".

MINERALÖLWIRTSCHAFTSVERBAND / Gefahr der Wettbewerbsverzerrung

Für neuen Kurs der Energiepolitik

HANS BAUMANN, **Berlin**

„Eine Kurskorrektur in der Ener*giepolitik der Bundesregierung* halten wir für notwendig und auch für verantwortbar," sagte der Vorsitzende des Vorstandes des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV), Klaus Marquardt, auf der Jahrestagung in Berlin vor der Presse. Die Politik „Weg vom Öl" verzerre nicht nur den grenzüberschreitenden Wettbewerb im Raffineriebereich. Einen „starken Beschäftigungsabbau" müsse auch der vorwiegend mittelständisch orientierte Mineralölvertrieb hinnehmen. „Damit leistet die Energiepolitik einen Beitrag zur weiteren Aushöhlung der wettbewerblichen Verfassung des deutschen Energiemarktes", sagte Marquardt.

Bisher sei die Stillegung von 40 Millionen Tonnen Raffineriekapazität auf 119 Millionen Tonnen geräuschlos abgelaufen, auch die Schließung von rund 2000 Heizöl-Handelsbetrieben auf zur Zeit 12 500 habe ebensowenig Schlagzeilen gemacht, wie die Halbierung des Tankstellennetzes auf fast 23 000. Rund 60 000 Mitarbeiter habe die *Mineralölwirtschaft bisher* abgebaut. Sein Verband gehe aber davon aus, daß von den verbliebenen 180 000 Erwerbspersonen in dieser Branche jährlich weitere 10 000 – 15 000 ihren Arbeitsplatz verlieren werden – ein großer Teil im Mineralölvertrieb.

Marquardt befürchtet, daß auch ein Abbau der Raffineriekapazität auf unter 100 Millionen Tonnen eine weitere Verringerung der Zahl der Heizölhändler und der Tankstellen nicht ausreichen werden, um die Branche wieder zu gesunden. Vier Gründe führt er für seine Sorgen an:

1. Die Politik der Ölverdrängung diskriminiert und gefährdet die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Ölverarbeitung.
2. Der nationale Alleingang der Großfeuerungsanlagen-Verord*nung benachteiligt die inländische* Ölverarbeitung. Die Gefahr: Die Strukturanpassung der europäischen Raffinerien geht verschärft zu Lasten der deutschen Raffinerien.
3. *Wie beim Stahl* besteht *die* Gefahr, daß die europäische Anpassung zu Lasten des liberalen deutschen Marktes geht; „Ölkippe Europas".
4. Die Exportraffinerien der Opec-Staaten werden ebenfalls überwiegend ihren Weg in den liberalen deutschen Ölmarkt finden und die heimischen Raffinerien weiter verdrängen.

„Die deutsche Raffineriewirtschaft wird nicht nach dem Staat rufen", sagte Marquardt. Die Ölindustrie werde die Strukturkorrekturen aus eigener Kraft fortsetzen. Die Energiepolitik aber müsse die Bedingungen dafür schaffen, daß die Ölwirtschaft diesen Prozeß unter fairen Wettbewerbsbedingungen vollziehen kann.

Marquardt forderte die Bundesregierung auf, zu verhindern, daß *sich der Abbau europäischer Raffi*neriekapazität zu Lasten deutscher Raffinerien vollzieht, weil der Wettbewerb politisch verzerrt ist.

BUNDESHAUSHALT 1984

Der Etat geht jetzt auf den Weg durch das Parlament

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Regierungsentwürfe des Bundeshaushalts 1984 und der umfangreichen Begleitgesetze gehen jetzt auf den parlamentarischen Hürdenlauf: Gleich nach der Sommerpause veranstaltet der Bundesrat am 2. September eine Sondersitzung über die Begleitgesetze, damit sein Votum hierzu noch rechtzeitig in die Beratungen des Bundestags eingehen, die zum Gesamtpaket mit der ersten Lesung vom 7. bis 9. September beginnen.

Der Haushaltsausschuß und die übrigen zuständigen Bundestagsausschüsse haben für ihre Detailberatungen knapp drei Monate Zeit. In der Woche ab 5. Dezember sind die abschließenden Beratungen (Zweite und Dritte Lesung) im Bundestag vorgesehen. Der Bundesrat hat den Haushalt für den 7. Oktober auf seine Tagesordnung gesetzt, und der abschließende zweite Durchgang ist für den 16. Dezember geplant. Das Schicksalsbuch der Nation kann also trotz der durch die Bundestagswahl am 6. März mit Verspätung einsetzenden Ressortberatungen pünktlich vor Jahresbeginn in Kraft treten.

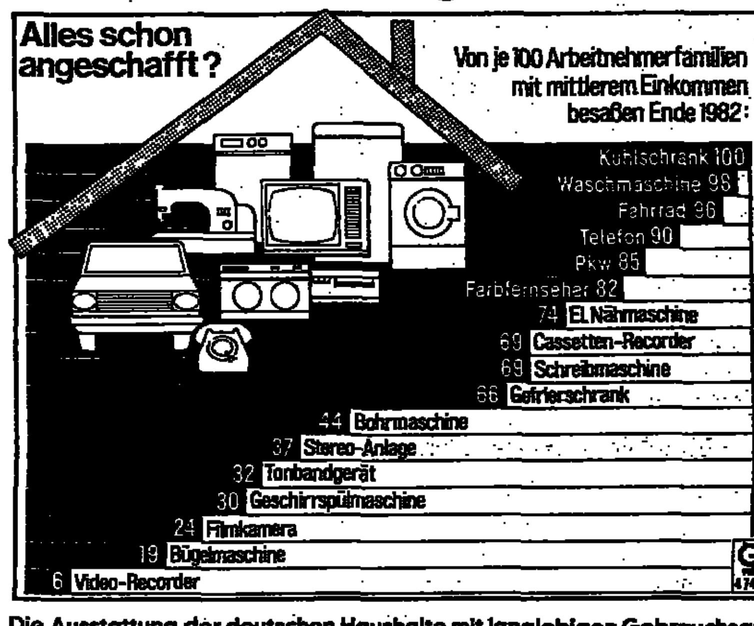
Die Bundesregierung hat die dem '84er Haushaltsentwurf und der mittelfristigen Finanzplanung (bis 1997) zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Eckwerte neu berechnet. Finanzminister Stoltenberg hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß man bei einem der größten Einzelrisiken im Haushalt, der Arbeitslosenziffer, die ungünstigsten Annahmen eingesetzt hat, nachdem in den Vorjahren gerade hier im Haushaltsvollzug regelmäßig Nachforderungen in Höhe mehrerer Milliarden erforderlich wurden.

Dem '84er Haushalt liegt eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 2,49 Millionen zugrunde, die in den drei Folgejahren den Eckwerten zufolge nur geringfügig auf 2,4 Millionen (1987) zurückgeht. Das reale Wirtschaftswachstum wird für 1984 mit 2,5 (nominal 5,7) Prozent und für die drei Folgejahre *jeweils mit 2,8 (6,0) Prozent* angenommen. Für den Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme werden nach bescheidenen 1,7 und vier Prozent in diesem und im kommenden Jahr für die drei Folgejahre immerhin 5,4 Prozent erwartet.

Für die weitere Entwicklung der Rentenfinanzen ist entscheidend wichtig, ob sich diese Annahmen bestätigen. Die Rentenversicherungsträger stehen vor allem 1984 vor großen Liquiditätsschwierigkeiten. Die mit dem '84er Haushaltsentwurf beschlossenen Kürzungen setzen daher zu einem wesentlichen Teil bei diesen Ausgaben an.

Vor allem Innenminister Zimmermann wurden vom Kabinett schwierige Hausaufgaben erteilt. Er wurde beauftragt, bis zum 1. Januar 1984 im Einvernehmen mit dem Finanzminister zu prüfen, „wie das Problem der Teilzeitarbeit im Beamtenbereich geregelt werden kann" und „die Neuregelung der Beihilfevorschriften bis zum 1. Oktober 1983 zu veranlassen".

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Ausstattung der deutschen Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern *ist beachtlich. Manches, wie Kühlschrank und Fernsehgerät, ist schon* seit Jahren eine Selbstverständlichkeit, andere Dinge sind es in letzter Zeit geworden. Auffallend ist, daß sich bereits in sechs von 100 Haushalten ein Video-Recorder befindet. Sie wurden erst 1982 in die Statistik aufgenommen. QUELLE: GLOBUS

Klöckner und Krupp kämpfen um Wuppermann

Düsseldorf (J. G.) – In aller Kürze will die Krupp Stahl AG entscheiden, ob sie das Angebot der NRW-Landesregierung annimmt, mit Staatsbürgschaften den von Krupp nur mit Schulden zu finanzierenden Erwerb des Leverkusener Walzstahlherstellers Wuppermann GmbH zu versuchen. Kauf-Konkurrent ist der Duisburger Klöckner-Stahlkonzern, der in NRW immerhin 8000 Arbeitsplätze hat und für den Wuppermann-Kauf keine Bürgschaft will. Von Klöckner wird der hier versuchte Mißbrauch des Bürgschaftsinstruments durch die SPD-Landesregierung als ordnungspolitischer Sündenfall erster Ordnung kritisiert.

Mehrwertsteuer beim Pkw

Bonn (DW.) – Die Umsatzsteuererhöhung am 1. Juli 1983 von 13 auf 14 Prozent hat auch Auswirkungen beim Autokauf. Ob allerdings der Käufer eines Fahrzeuges den einen Prozentpunkt bezahlen muß, hängt von der Vereinbarung ab, die im Kaufvertrag getroffen wurden. Darauf weist der Zentralverband des Kfz-Gewerbes (ZDK) in Bonn hin. Ist zum Beispiel der Kaufvertrag vor dem 1. Juli 1983 abgeschlossen worden mit einer Lieferfrist von mehr als vier Monaten, muß der Preis auf der Basis von 14 Prozent bezahlt werden. Ist dagegen die Lieferfrist kürzer, kommt es auf den Wortlaut des Kaufvertrages an.

Frankreichs Schulden

Paris (rtr) – Die gesamten mittel- und langfristigen Auslandsschulden Frankreichs zu Ende des vergangenen Jahres haben sich nach Mitteilung des Finanzministeriums auf 295,4 Milliarden Franc belaufen. Wie das Ministerium weiter mitteilte, betrug die direkte Mittelaufnahme des Staates im Ausland 20 Milliarden Franc, während die von der Regierung verbürgten Kreditaufnahmen bei 236,6 Milliarden Franc lagen. Das Volumen der von Frankreich vergebenen mittel- und langfristigen Auslandskredite habe sich auf 212,3 Milliarden *Franc belaufen.* Damit ergibt sich eine Nettoverschuldung von 83,1 Milliarden Franc.

Cocom-Liste

Bonn (AP) – Bei der sogenannten Cocom-Liste des Koordinierungsausschusses für den Ost-West-Handel, die die Exporte von militärisch sensiblen Gütern aus dem Westen in Länder des Warschauer Paktes regelt, sollen demnächst Änderungen *in Kraft treten. Der Parlamentari*sche Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), teilte in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Ulrich Steger in Bonn mit, im Rahmen der seit Oktober 1982 laufenden Revisionsverhandlungen des Cocom über 140 Exportartikel sei bei einem Drittel der fraglichen Produkte Einigkeit erzielt worden.

Schweiz in Zehnerklub

Bern (rtr) – Die Schweiz soll den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) für internationale Zahlungshilfen der wichtigsten Industrieländer, dem sogenannten „Zehnerklub", beitreten. Der Bundesrat hat am Mittwoch die Vorlage für eine AKV-Mitgliedschaft an das Parlament verabschiedet.

UdSSR mit Rekordernte?

Moskau (rtr) – Die Sowjetunion ist auf dem besten Wege, die seit 1978 beste Getreideernte zu erzielen. Wie es aus westlichen diplomatischen *Fachkreisen* weiter *hieß*, wird es dadurch dem Land möglich sein, die Getreideimporte aus dem Westen zu reduzieren. Von seiten des US-Landwirtschaftsministeriums, das die Agrarproduktion der UdSSR eingehend beobachtet, wird die Ernte im laufenden Jahr aufgrund idealer Wetterbedingungen auf rund 200 Millionen Tonnen geschätzt.

RGW-Sitzung

Moskau (dpa) – Auf einer dreitägigen Sitzung des Exekutiv*komitees* des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die am Dienstag in Moskau begann, wird eine „Annäherung" der Wirtschaftsmechanismen in den Mitgliedsländern der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft erörtert. Aus einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass ging weiter hervor, daß die Ständigen Vertreter im Rang von Vize-Regierungschefs auf der Sitzung Materialien „für eine reguläre Sitzung des RGW" vorbereiten.

Wochenausweis

	23.6.	15.6.	23.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,3	68,4	70,9
Kredite an Banken	67,1	58,4	58,0
Wertpapiere	7,4	7,3	6,3
Bargeldumlauf	97,8	98,4	97,6
Einl. v. Banken	39,0	43,0	38,5
Einl. v. öffentl. Haushalten	12,4	3,8	5,2

ZÜNDAPP / „Ruinöser Wettbewerb" bei Zweirädern

In rote Zahlen gefahren

DANKWARD SEITZ, München

Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit sind die Zündapp-Werke GmbH, München, in die Verlustzone geraten, nachdem 1981 noch ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet werden konnte. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Dieter Neumeyer sah sich Zündapp ab der Jahresmitte 1982 einem „völlig unerwarteten Markteinbruch" gegenüber.

Die allgemein schlechte Konjunktur sowie die hohe Arbeitslosenzahl habe zu einer deutlichen Kaufzurückhaltung geführt. Zum anderen hätten sich die Befürchtungen über die negativen Auswirkungen des 1980 eingeführten neuen Fahrerlaubnisrechts voll bewahrheitet. Die Jugendlichen, Hauptabnehmergruppe für Mofas, scheuten vor einem Kauf zurück, weil sie die Prüfbescheinigung später für ein Leichtkraftrad oder Motorrad nicht verwenden können. Bedingt dadurch kam es bei Mofas zu einem Absatzeinbruch von 24 Prozent.

Aber auch in den anderen Klassen blies dem bayerischen Zweirad-Hersteller ein scharfer Wind ins Gesicht. Bei den Leichtkrafträdern (80 ccm) konnte er zwar seine Spitzenposition in der Bundesrepublik noch halten. Der ruinöse Wettbewerb führte aber zu einem Produktionsrückgang von 11 Prozent. Bei Mopeds sanken Produktion und Absatz um 18 bzw. 24 Prozent, und bei Mokicks wurden 43 Prozent weniger als im Vorjahr verkauft.

Angesichts dieser „Wetterlage", so Neumeyer, nahm Zündapp die Produktion insgesamt um 39 Prozent auf rund 42 000 Einheiten zurück. Da noch Lagerbestände abgebaut werden konnten, fiel der Absatz „nur" um 25 Prozent auf etwa 50 000 Stück. Positiv verlief lediglich das Geschäft mit Einbaumotoren und Teilesätzen, wo die Nachfrage aus dem Ausland stark stieg.

Zündapp mußte 1982 insgesamt einen Umsatzrückgang um 18,4 Prozent auf 133 Mill. DM hinnehmen, wobei der Exportanteil auf 29 (25) Prozent zunahm. Die Entwicklung mit dem Abgleiten in rote Zahlen – genaue Angaben macht das 65 Jahre alte Münchener Familienunternehmen nicht – bedingte, so Neumeyer, einen Abbau der Belegschaft um 349 auf 1117 Mitarbeiter; weitere 100 werden in diesem Jahr noch ihren Arbeitsplatz verlieren.

Obwohl die Nachfrage in der Branche auch im ersten Halbjahr 1983 schwach verläuft, zeigt man bei Zündapp verhaltenen Optimismus angesichts eines Auftragsplus von über 10 Prozent bei Mofas. Zum anderen hofft Neumeyer, daß es bald wieder zu mehr Ersatzbeschaffungen kommen wird. Aus den roten Zahlen werde man allerdings nicht ganz herauskommen können.

SCHWEDEN / Positive Exportentwicklung – Budgetdefizit bleibt Unsicherheitsfaktor

Konjunktur erholt sich allmählich

R. GATERMANN, Stockholm

„Trotz der günstigeren Ziffern in unserer Wirtschaftsentwicklung hat sich an unseren fundamentalen Mängeln in den nationalökonomischen Bilanzen fast nichts geändert. Auf diesem Gebiet ist bisher wenig geschehen." So beschrieb kürzlich Schwedens Nationalbankchef Bengt Dennis die volkswirtschaftliche Lage der Nation und richtete gleichzeitig eine ernsthafte Mahnung an die Regierung: Falls sie die Abwertungsvorteile voll nutzen wolle, müsse sie sofort der Inflationsbekämpfung höchste Priorität geben und dürfe damit nicht bis zur Vorlage des Budgetvorentwurfes für das Haushaltsjahr 1984/85 Anfang Januar warten.

Schweden schwelgt derzeit in positiven Konjunkturdaten. Die Außenhandelsbilanz weist seit Januar für jeden Monat einen Exportüberhang aus. Bis einschließlich Mai ergab sich ein Plus von umgerechnet 1,83 Milliarden Mark, das ist gegenüber der Vorjahresperiode eine Steigerung von 124 Prozent. Während die Ausfuhren um 24,4 Prozent zunahmen, kam der Import auf 20,4 Prozent. Ins Auge fällt vor allem der im ersten Quartal wertmäßig um 70 Prozent gestiegene Pkw-Export bei einer realen Zunahme um 26 Prozent. Hinzu kommen ungewöhnlich hohe Schiffslieferungen, die bis Ende Mai auf einen Wert von 1,36 Milliarden Mark (plus 147 Prozent) kamen.

Die 16prozentige Abwertung der Schwedenkrone Anfang Oktober *vergangenen Jahres hat in der Ex*portentwicklung deutliche Spuren hinterlassen. Sie wurden noch verstärkt durch den steigenden Dollar- und Pfundkurs. Dem steht eine schwächere *D-Mark* gegenüber. Nach einer Berechnung der Göta-Banken ist allerdings der internationale Wettbewerbsvorteil der schwedischen Industrie von rund 19 Prozent (November/Dezember 1982) auf 11,5 Prozent (Juni 1983) geschrumpft.

Zu den erheblichen Verbesserungen gegenüber Großbritannien (plus 38,5 Prozent) und den USA (plus 28,5 Prozent) kommt eine Verschlechterung im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. Der gesamte Vorsprung ist geschmolzen – alleine 7,5 Prozent in den vergangenen beiden Monaten. Die Konjunkturexperten des Geldinstitutes sehen für Schweden die Gefahr einer Inflationsexplosion. Die Teuerung werde noch bis Ende 1984 über der der wichtigsten ausländischen Mitbewerber liegen.

In diesem Jahr schätzt sich die Regierung glücklich, die Preissteigerung möglicherweise auf unter neun Prozent drücken zu können. Dies ist der internationalen Entwicklung zu verdanken. Für 1984 hat Finanzminister Kjell Olof Feldt vier Prozent als Ziel gesetzt. Während die Geldinstitute und die meisten übrigen Konjunkturbeobachter diese Ziffer für allzu optimistisch halten, stellt sich der Indu*strieverband hinter sie.*

Die Konjunktur ist auch in Schweden auf dem Weg der Besserung. Das Bruttosozialprodukt stieg im ersten Quartal um 1,5 Pro*zent und die Industrieproduktion* im April gegenüber dem Vormonat um weitere zwei Prozent. Im Vergleich zu August 1982, als die Talsohle erreicht wurde, liegt der Zuwachs bei fünf Prozent. Beim Ordereingang gab es dagegen im April einen unerwarteten Stopp. Es kamen acht Prozent weniger Aufträge herein als im Vormonat. Allerdings wurde der entsprechende Monat des Vorjahres noch um vier Prozent übertroffen.

Für 1984 gibt es vor allem zwei Unsicherheitsfaktoren: Einmal droht den Unternehmen die Einführung der sogenannten Arbeitnehmerfonds, die – wie immer sie auch aussehen werden – wirtschaftspsychologisch eine Belastung darstellen, obgleich die Sozialdemokraten vielleicht sogar bereit sind, ein weiteres Prinzip aufzugeben und die individuelle Beteiligung der Arbeitnehmer zuzulassen. Andererseits kündigte schon jetzt der Gewerkschaftsbund für 1984 eine „heiße" Tarifrunde an. Er ist der Ansicht, in diesem Jahr im Vergleich zu den Angestellten erheblich benachteiligt worden zu sein.

NÜRNBERGER BUND

Rückvergütung schon zugesagt

DANKWARD SEITZ, München

Eine leichte Konjunkturbelebung, getragen von einer zunehmenden Konsumbereitschaft der Verbraucher, registriert der Nürnberger Bund Großeinkauf eG, Essen. Wie sehr der nach eigenen Angaben größte Einkaufsverband Europas für Eisenwaren, Hausrat, Glas und Porzellan von dieser Entwicklung profitiert, zeigt die – schon jetzt von dem Vorstandsvorsitzenden Helmut Behnken den 1639 Mitgliedern verbindlich zugesagte – Warenrückvergütung von 3 Prozent für 1983. Und obwohl von der Beschaffungsseite her für das zweite Halbjahr Preiserhöhungen von 1 bis 2 Prozent erwartet werden, hat man den angeschlossenen Firmen eine Preisgarantie bis Ende September versprochen. Insgesamt rechnet Behnken für 1983 mit einem zweistelligen Umsatzplus auf über 2 Mrd. DM.

Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage bezeichnete Behnken das Jahr 1982 für den Nürnberger Bund als „durchaus zufriedenstellend". Daß allerdings der Gesamtumsatz nominal noch um 1,3 Prozent auf 1,87 (1,84) Mrd. DM gesteigert werden konnte, ist im wesentlichen auf das Plus von 8,5 Prozent im Bereich Eisenwaren zurückzuführen. Er stellt mit 787,9 (726,0) Mill. DM unverändert die größte Warengruppe vor Hausrat mit 425,0 (432,9) Mill. DM. Auf Glas, Porzellan und Keramik entfielen 356,1 (373,8) Mill. DM und auf Großgeräte, Heizung, Sanitär 277,0 (291,1) Mill. DM. Als Jahresüberschuß werden 1,16 Mill. DM ausgewiesen.

HERSTATT-BANK

Vergleichsquoten nochmals erhöht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Aus der Abwicklung des im Sommer 1974 wegen Überschuldung zusammengebrochenen Kölner Bankhauses I. D. Herstatt KGaA fließen noch immer Gelder an die einstigen Gläubiger. Im Bericht über das Liquidationsgeschäftsjahr 1981/82 (26. 6.) der Treuarbeit AG als Abwickler wird der Jahresüberschuß mit 38,8 (27,3) Mill. DM ausgewiesen. Der sich danach ergebende Abwicklungsüberschuß von 40,3 (37,2) Mill. DM ermöglicht die Zahlung der (inzwischen vierten) Besserungsquote von 2,2 Prozent der Forderungen an alle Gläubigergruppen.

Mit ihr sind insgesamt 9,4 Prozent der Forderungen aus der Abwicklung zusätzlich geflossen. Der hohe Überschuß ist neben hohen Zinserträgen aus Festgeldanlagen wesentlich aus der inzwischen außergerichtlich erfolgten Klärung eines Rechtsstreits entstanden, der die Auflösung einer Rückstellung für Prozeßrisiken (23,5 nach 25 Mill. DM) ermöglichte.

Nach der jetzigen Ausschüttung sind die Forderungen der verschiedenen Gläubigergruppen wie folgt befriedigt worden: Private 74,4 (ursprünglich 65) Prozent der berechtigten Forderungen, Kommunen, ausländische Banken 64,4 (55) Prozent, deutsche Kreditinstitute 64,4 (45) Prozent. Der Gemeinschafts-Hilfsfonds der Banken und der Härtefonds Hans Gerlings (ursprünglich 45 Prozent) erhalten nichts mehr, seit ihnen 50 Prozent des eingesetzten Geldes zurückerstattet wurden.

SOTHEBY'S / Auktionshaus mit neuem Großaktionär

Übernahme entschieden

WILHELM FURLER, London

Im Kampf um die Übernahme des weltbekannten Auktionshauses Sotheby Parke Bernet ist überraschend eine Wende eingetreten. Wie ein Sprecher von Sotheby's gegenüber der WELT bestätigte, hat der amerikanische Immobilien-Geschäftsmann und Kunst-Enthusiast Alfred Taubman mit seinen bisherigen Übernahme-Rivalen, den beiden New Yorker Industriellen Marshall Cogan und Stephen Swid, vereinbart, deren 29,9prozentigen Anteil an Sotheby's zu übernehmen.

Ein entsprechender Vertrag, der von Taubman – er wird zu den zehn vermögendsten Amerikanern gerechnet – und den beiden New Yorker Produzenten von Teppichböden-Unterlagen und Büromöbeln jetzt unterzeichnet wurde, sieht vor, daß Taubman für 24,71 Millionen Pfund (96 Millionen Mark) die von Cogan und Swid im Laufe der letzten Monate aufgekauften Sotheby's-Anteile übernehmen wird. Voraussetzung ist, daß die Monopol-Kommission gegen die Übernahme des Auktionshauses keine Einwände erhebt.

Mit der Vorlage des entsprechenden Berichts der Kartellbehörden wird nicht vor Ende September gerechnet. Erst dann wird der Minister für Handel und Industrie, Cecil Parkinson, endgültig entscheiden, ob er der Empfehlung der Monopol-Kommission nachkommen wird.

Mit den Anteil der beiden New Yorker, seinem eigenen von 15 Prozent und dem der Sotheby's-Geschäftsführung, welche Taubman als „rettenden Engel" bezeichnet hat, würde der Kunstsammler aus Chicago 51,68 Prozent von Sotheby's kontrollieren. Der Übernahmewert des Auktionshauses liegt bei 82 Millionen Pfund (knapp 320 Millionen Mark).

VR China / DIW legt Bericht vor – Pläne in Industrie und Landwirtschaft übererfüllt

Ausbau der Verkehrswege ist notwendig

PETER WEERTZ, Berlin

Die Volksrepublik China wird voraussichtlich ihren auf mehr Effizienz der Gesamtwirtschaft ausgerichteten Kurs weiter verfolgen. Dies bestätigt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einem Bericht über die chinesische Wirtschaftsentwicklung. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, daß diese Bemühungen nicht erfolglos blieben.

Bis 1985 sieht der Fünfjahresplan (1981 bis 85) ein relativ langsames, aber stetiges wirtschaftliches Wachstum vor. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts will Peking jedoch das Wachstum beschleunigen und bis zum Ende des Jahrhunderts anhaltend expandieren. Dabei sei, wie das Berliner Institut unterstreicht, bis zum Jahr 2000 eine Vervierfachung des Sozialprodukts geplant.

Mit übererfüllten Plänen in der Industrie und besonders in der Landwirtschaft ist es China 1982 und im Vorjahr überdies gelungen, die Voraussetzungen für ein rascheres Wirtschaftswachstum zu verbessern. Dabei stiegen 1982 nach Angaben des Instituts die gesamtwirtschaftliche Güterproduktion (Nationaleinkommen) real um 7,4 Prozent auf umgerechnet 225 Milliarden Dollar und die Bruttoproduktion der Industrie nominal um 7,7 Prozent. Damit war die Zuwachsrate fast doppelt so hoch wie *geplant, bemerkt das Institut.*

Allerdings registrieren die Wirtschaftsforscher auch Schwächen der chinesischen Entwicklung: Peking müsse, falls es seine strukturpolitischen Ziele erreichen wolle, seine Wirtschaftspolitik besser koordinieren, Reformen forcieren und mehr mit ausländischen Partnern kooperieren. Ein Engpaß bleibe außerdem die Energieversorgung; mittelfristig seien die Aussichten für die Produktion von Erdöl (plus ein Prozent) und Erdgas (minus 6,5 Prozent) eher ungünstig. Auf mittlere Frist sei darüber hinaus der forcierte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Voraussetzung für ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum.

Kräftig, aber zum Teil ungeplant, haben die Investitionen zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie 1982 um über ein Viertel. Sie lagen damit weit über dem Planansatz. Hier zeigt sich nach Ansicht des Berliner Instituts, daß es Peking noch immer schwerfalle, die gesamtwirtschaftlichen Investitionen im Sinne der Planung zu steuern.

Langsamer sind 1982 die Einkommen gestiegen. Der Preisauftrieb hat sich beruhigt. In den staatlichen Betrieben wurden die Löhne um drei Prozent auf 70 Yuan – etwa 91 Mark – und in den Genossenschaften um 4,5 Prozent auf rund 56 Yuan (73 Mark) monatlich angehoben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: Günter Bünte, Kaufmann, Immobilienmakler und Gestütsbesitzer, Ahlen-Vorhelm; **Bersenbrück:** Peter Pelters, Kaufmann; **Biberach/Riß:** wöba Naturstein-import GmbH, Schwendi 1, Großschafhausen; **Bochum:** Christa Stemmermann, Kauffrau, **Bonn:** GFE Energie-Technik GmbH i. L.; **Gütersloh:** Requardt und Gothe, Bauunternehmen *GmbH*; *Hamburg: Darra Carpets* GmbH, Hamburg u. Ratingen; **Hannover:** Nagelschmidt KG; VFS Video Filmstudio GmbH; **Koblenz:** Brehm GmbH; **Landshut:** Nachl. d. Konrad Ludwig Semmelmann, Landau/Isar; **Langen:** Nachl. d. Franz Berger; **München:** Nachl. d. Harry Albert Rudolf Borch, Großhesselohe; Prestige-Verlag GmbH; Reitverein Ingelsberg e. V., Ingelsberg; Nachl. d. Wolf-Dieter Manfred Polewka; Nachl. d. Maria Agnes Kaiser geb. Maier; **Oldenburg:** Nachl. d. Franz Macke; **Tettnang:** Henke-Hydraulik GmbH & Co. KG, Kressbronn a. Bodensee; **Wiesbaden:** AKAS Handelsges. mbH firmierend u. WAGRO Warengroßhandelsges. mbH; **Winsen/Luhe:** Leichtbau Montage- u. Vertriebs GmbH & Co. KG i. L., Seevetal 11; **Wittlich:** Nachl. d. Lothar Fabiunke, Gerolstein; **Wittmund:** Nachl. d. Albertine Sofie Friedrike Hoffmann, Blersum; **Worms:** WTA Würzburger Wärmetechnische Apparate GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Schweinfurt: MAAZ GmbH, Niederwerrn.

Vergleich eröffnet: Bad Kreuznach: F. H. Maaß KG, Baustoffhandel u. Herstellung v. Betonwaren, Kirn/Nahe; **Schweinfurt:** Hans-Peter Strelzyk, Elektrofachmann, Bad Kissingen, Alleininh. d. Elektrofirma Jung.

Vergleich beantragt: Detmold: Friedrich Marcus, Innenarchitekt, Inh. d. scan marc; **Landau/Pf.:** Oskar Oßwein, Fleischzerlegebetrieb, Rheinzabern; **Landshut:** Heinz Vogl, Schreinerei, Thanndorf, Roßbach.

Wir trauern um das frühere Mitglied des Vorstandes der ehem. Bergbau AG Gelsenkirchen und Bergbau AG Herne/Recklinghausen, Herrn

Bergwerksdirektor i. R.

DIPL.-KFM. ARTUR ZOBEL

der am 25. Juni 1983 im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Der Name des Verstorbenen ist mit der Entwicklung des Bergbaus an der Ruhr eng verbunden.

Mit reichem Wissen und großem Erfahrungsschatz hat er, besonders in der Aufbauphase unserer Gesellschaften, zu der Lösung schwieriger Aufgaben des Steinkohlenbergbaus maßgeblich beigetragen.

Sein Andenken wird bei uns in ehrender Erinnerung fortbestehen.

RUHRKOHLE AKTIENGESELLSCHAFT
Essen

---

†

Nach einem leid- und schmerzerfüllten, jedoch von großer Energie und fröhlichem Optimismus getragenen Leben hat Gott der Allmächtige

Carl Harold Tronson **Ferdinand Friedensburg V**

* 27. 9. 1946 Freiburg — † 26. 6. 1983 München

zu sich heimgerufen in seinen ewigen Frieden.

Agnes Neururer
Gesine Friedensburg geb. Bengen
Dr. Ferdinand R. H. Friedensburg
Dorothee Kosève de Laudenbach geb. Friedensburg
Leutnant Theodor-Al. Friedensburg, Dipl.-Kfm.
Dorothee Neururer

Der Trauergottesdienst findet am Freitag, dem 8. Juli 1983, um 11.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Berlin-Nikolassee, Kirchweg 6 statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung im Familiengrab.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir im Namen des Verstorbenen um eine Spende an die von ihm gegründete und geleitete „Selbsthilfevereinigung Konstanzer Körperbehinderter e. V.", Konstanz, Konto-Nr.: 411 127 00 bei der Volksbank Konstanz.

Villa Berlin
7800 Freiburg-Munzingen

St.-Katharinen-Weg 28
7750 Konstanz-16

Für uns alle unfaßbar, hat sein liebes Herz aufgehört zu schlagen.

Dr. Dr. Kurt Nehse

geb. 25. 6. 1910 in Marienburg/Westpr. — gest. 27. 6. 1983 in Hamburg

In tiefer Trauer

Ilse Nehse geb. Lammers
Dr. Wolfgang und Evelyn Nehse mit Moritz, Markus und Matthias
Dr. Günter und Christel Nehse mit Philipp
Irma Herske

Hamburg-Volksdorf, Heiderosenweg 9

Trauerfeier am Montag, dem 4. Juli 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Waldfriedhofes Volksdorf.

Nach einem erfüllten Leben verstarb mein lieber Mann, unser lieber Vater und Großvater

Dr. Carl Paul Friedrich Sandow

Chemiker und Gutsbesitzer

* 2. März 1889 — † 23. Juni 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Annemarie Sandow geb. Timmermann
und Familie

Fernsicht 6
Hamburg 60
Gut Wendlohe, Hamburg 61

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Beisetzung in aller Stille statt.

CONTI-GUMMI-HV / Ungewisse Dividende

Aktionärskreis im Umbruch

D. SCHMIDT, Hannover

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt, die bislang gut 10 Prozent des Grundkapitals der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, (270 Mill. DM) hielt, hat diese Beteiligung „weitgehend" veräußert. Alfred Herrhausen, Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, erklärte vor der Hauptversammlung, der Verkauf sei über die Börse abgewickelt worden. Deshalb lasse sich die Frage nicht beantworten, wer als Aufkäufer von Conti-Aktien auftrete.

Die in diesem Zusammenhang geäußerte Vermutung, die Bayer AG, Leverkusen, die an Conti eine 11-Prozent-Beteiligung hält, kaufe zu, ist nach Ansicht von Herrhausen nicht zutreffend. Nach einem Bericht der Börsenzeitung trennt sich Bayer derzeit ebenfalls von ihrer Conti-Beteiligung, um sich verstärkt bei Phoenix in Hamburg zu engagieren. Die Diskussion um neue Beteiligungsverhältnisse war durch die ungewöhnlich niedrige Präsenz von 50,5 Prozent ausgelöst worden; im Vorjahr waren noch 65,5 Prozent des Grundkapitals anwesend. Der Kursanstieg der Conti-Aktie in den letzten Monaten, so ein Aktionärssprecher, lasse darauf schließen, daß sich ein neuer Großaktionär formiere.

Conti-Vorstandschef Helmut Werner wollte sich auf der Hauptversammlung nicht dazu äußern, ob für 1983 eine Dividende ausgeschüttet werden kann. Zwar würden Umsatz und Betriebsergebnis über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums liegen. Es müsse aber davon ausgegangen werden, daß in den Sommermonaten der für die Branche „schon traditionelle Einbruch" des Geschäfts erfolge. Immerhin sei es aber gelungen, in den ersten fünf Monaten „unseren Plan für die AG zu erfüllen". Alle Bereiche schrieben schwarze Zahlen. Auch der Trend bei den Beteiligungsgesellschaften sei positiv, wenngleich einige Gesellschaften „ganz besondere Beachtung erfordern".

Die Hauptversammlung stimmte den Vorschlägen der Verwaltung bei nur wenigen Gegenstimmen zu. Lediglich bei der Gewinnverwendung summierten sich die Nein-Stimmen auf über 12 800. Der Vorstand wurde ermächtigt, bis zum 29. Juni 1988 Optionsschuldverschreibungen im Nennbetrag von bis zu 70 Mill. DM mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zu begeben. Parallel dazu wurde einer bedingten Kapitalerhöhung um bis zu 35 Mill. DM zugestimmt.

DEMINEX / Der deutsche Ölsucher strafft seine Aktivitäten – Ziele gestreckt

Die Hälfte des Wegs zurückgelegt

HANS BAUMANN, Essen

Es ist ein mühsames Geschäft, als Newcomer im internationalen Geschäft der Ölexploration Fuß zu fassen. Davon weiß die 1969 gegründete Deminex Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH, Essen, (Mehrheitsaktionär Veba mit 54 Prozent) ein Lied zu singen. Bisher haben Bund und Gesellschafter 2,2 Mrd. DM in dieses Explorationsgeschäft gesteckt, um ein eigenes internationales „Ölbein" zu bekommen. Die Deminex selbst hat bisher weitere 2 Mrd. DM aufgebracht. Der Erfolg: Rund 8 Mill. Tonnen Öl hat die Deminex bisher gewonnen, hinzu kommen 70 Mill. Tonnen Reserven, die ihr zustehen.

Von den 2,2 Mrd. DM, die Bund und Gesellschafter bisher der Deminex überließen, ist rund eine Milliarde „wirtschaftlich nicht mehr existent", das heißt, Felder wurden zurückgegeben, oder Bohrungen blieben trocken. In solchen Fällen gelten dann die Bundesmittel (40 Prozent der Objektkosten) als verlorene Zuschüsse. Ist die Deminex erfolgreich, so müssen die öffentlichen Mittel nach zwei Anlaufjahren binnen zwölf Monaten zurückgezahlt werden. Der früher angewendete Tonnen-Schlüssel für die Rückzahlung wurde durch den Zeitschlüssel ersetzt.

Im Geschäftsjahr 1982 hat die Deminex mit 2,9 Mill. Tonnen Rohöl 20 Prozent mehr gefördert als im Vorjahr. Mit dieser Menge hat sie etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt, da der Vorsitzende der Geschäftsführung, Ernst E. Hotz, 5 bis 6 Mill. Tonnen für erforderlich hält, um ein vernünftiges Ergebnis erwirtschaften und Deminex auf eigene Beine stellen zu können, wozu nicht nur die Produktionsmenge verdoppelt, sondern auch ein gesunder Cash-flow für die Eigenfinanzierung aufgebaut werden muß.

Über die bereits aufgewendeten 2,2 Mrd. DM hinaus stehen Deminex aus dem 2. Anschlußprogramm noch rund 500 Mill. DM zur Verfügung. Hinzu kommen noch bereits vertraglich gesicherte 800 Mill. DM aus dem dritten Programm. Mit den insgesamt 1,3 Mrd. DM hofft Deminex seine Aufgaben bis etwa 1987 erfüllen zu können.

Die Deminex hat 1982 einen Umsatz von 1,03 (1,07) Mrd. DM erzielt. Der Gewinn betrug 67 (227) Mill. DM. Beim Vorjahresgewinn muß berücksichtigt werden, daß er sich aus den Jahresergebnissen 1979 bis 1981 zusammensetzte, da Deminex zum erstenmal für 1981 eine Bilanz vorlegte. Die Explorationsaufwendungen betrugen 370 (376) Mill. DM. Der Gewinn für 1982 stammt ausschließlich aus dem Ergebnis der Deminex UK Oil and Gas Ltd., also aus der Öl- und Gasförderung der Nordsee-Felder Thistle und Beatrice. Der Verfall der Ölpreise zwingt auch die Deminex und ihre rund 730 Mitarbeiter im In- und Ausland, das Geschäft zu straffen und zu rationalisieren. Schwerpunkte künftiger Tätigkeit sieht die Geschäftsführung in der britischen Nordsee, in Ägypten und in Argentinien. Die Deminex fördert aber auch Öl und Gas über eine Tochtergesellschaft in Oklahoma und Texas.

Trotz der schwierigen Marktlage hofft Deminex wieder auf einen Gewinn in der Größenordnung wie 1982, den die Gesellschafter aber bisher in der Deminex zur Stärkung der Finanzkraft belassen haben. Zum erstenmal wird 1983 die Förderung in Ägypten einen Ergebnisbeitrag leisten. Unsere Ziele sind unverändert die gleichen geblieben – nur zwingt uns der weltweite Ölüberschuß, sie ein wenig zu strecken, resümiert Hotz.

MANNESMANN-HV / Ovationen für Overbeck

Konzern belastbar geworden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Viele Lobesworte von vielen Rednern, stürmischer und langanhaltender Beifall für seine letzte Rede vor den Aktionären. Mit solchen Ovationen verabschiedete die Hauptversammlung der Düsseldorfer Mannesmann AG nach 21 Jahren erfolgreicher Führung und Umwandlung des einstigen Montankonzerns den in den Aufsichtsrat überwechselnden Vorstandsvorsitzenden Egon Overbeck, den „dienstältesten Konzernchef der Großindustrie", wie Aufsichtsrats-Vorsitzender Christians in seiner Würdigung („Das Haus ist bestellt") anmerkte.

Günstiges zu 1983 freilich konnte Overbeck den 185 000 Aktionären des Unternehmens in seinem Lagebericht noch nicht verkünden. Auch keine Prognose für die Dividende, deren für 1982 stabil gebliebener Satz von 6 DM angesichts einer Ausschüttungsquote von nur 54 Prozent des 1982er Jahresüberschusses allerdings ungefährdet sein dürfte.

Overbeck verwies darauf, daß der deutsche Maschinenbau im 1. Tertial 1983 einen realen Auftragsrückgang von 7 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit hatte, im April allein ein Minus von 9 Prozent im Inland und sogar 17 Prozent im Export. „Es muß noch viel geschehen, bis von einer nachhaltig besseren Wirtschaftslage gesprochen werden kann."

Analog dazu gehe es auch Mannesmann. „Mangel an Nachfrage und zu schlechte Preise und als Folge davon Beschäftigungssorgen werden uns in den nächsten Monaten begleiten." Doch die Richtung, in die der Konzern mit wachsenden Anteilen von modernen Technologiebereichen marschiere, sei richtig. „Der Konzern ist belastbarer geworden. Er kann auch Schwächeperioden durchstehen."

Den Seveso-Fall als Aufhänger nehmend, würzte Overbeck seine Abschiedsrede auch mit Grundsätzlichem. Wer in einem Unternehmen mit 110 000 Mitarbeitern, 16,5 Mrd. DM Umsatz und Hunderttausenden von Einzelgeschäften alles kontrollieren wolle, müßte die Belegschaft verdoppeln. Und wer kontrolliere dann die Kontrolleure? Dazu in Anspielung an Lenins Wort („Vertrauen gut, Kontrolle besser") als Resümee seiner Erfahrungen: „Kontrolle ist gut und Vertrauen unerläßlich."

Und obendrauf noch beinahe Philosophisches: Eines der Grundübel unserer Zeit sei, daß sich Mißtrauen dort ausbreite, wo Vertrauen seinen Platz haben sollte. Mißtrauen auch und zumal gegenüber Großunternehmen. Gegen Mißtrauen helfe nur: „Offen informieren und Flagge zeigen, Versprechen halten, nicht mehr scheinen wollen, als man ist, und nicht mehr nehmen wollen, als man gibt."

KAUFHOF-HV / Sorgen wegen Mehrwertsteuer

Heißer Handels-Sommer?

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Eingedenk der bitteren Erfahrungen mit der letzten Mehrwertsteuererhöhung von 1979 müsse man „mit der nahezu völligen Gewißheit" leben, daß da die weitere Erhöhung per 1. Juli wiederum überwiegend nicht auf die Endverbraucherpreise abgewälzt werden könne, sondern zu Lasten der Handelsspanne gehe. Schon deshalb werde der Preiskampf im Handel noch härter werden. Ein „für die Verbraucher freundlicher, für den Handel heißer Sommer" stehe bevor.

Trotz solcher Sorge zeichneten die Vorstandsmitglieder Arnd Kermes und Jens Odewald, für den noch von seinem Reitunfall geplagten Vorstandsvorsitzenden Friedrich Roesch einspringend, für die Geschäfts- und Ertragsentwicklung des Kölner Warenhauskonzerns Kaufhof AG in 1983 auf der Hauptversammlung ein Bild mit optimistischen Grundtönen. Der bis Ende Mai 1983 nur um 0,8 Prozent auf 3,4 Mrd. DM gestiegene Konzernumsatz, dank 2,8 Prozent Kostensenkung von „wesentlich besserem Ertragsergebnis" begleitet, ist da nicht die passende Meßlatte.

Denn in den Warenhäusern waren es immerhin 3,9 Prozent und flächenbereinigt 3,6 Prozent Umsatzplus auf 2,2 Mrd. DM. Andererseits stammte das Umsatzminus von 6,5 Prozent und flächenbereinigt 4,1 Prozent auf 647 Mill. DM im Kaufhalle-Bereich vornehmlich aus dem Abstoßen der noch 13 rentablen Tankstellen sowie dem Schließen von jeweils einem Dutzend unrentablen Lebensmittel- und Imbißabteilungen in kleinen Filialen. Geschlossen werden 1983 aber auch drei unrentable Kaufhallen (Kleve, Leer, Lübbecke).

Zur Kooperation mit dem „24,99-Prozent-Eigentümer" Metro erfuhren die Aktionäre auf der Hauptversammlung erwartungsgemäß nichts Neues. Gleichfalls erwartungsgemäß und mit dem üblichen Hinweis auf das „kriegsentscheidende" Weihnachtsgeschäft auch keine Prognose zur Dividende, die man mit dem für 1982 auf 6,50 (6) DM erhöhten Satz fortsetzen will.

Braunschweigische rundum zufrieden

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die drei Unternehmen der Öffentlichen Versicherung Braunschweig, die Braunschweigische Landes-Brandversicherungsanstalt, Öffentliche Leben und Öffentliche Sach, sind mit den Jahresabschlüssen 1982 „rundum zufrieden". Vorstandschef Tycho Hilgendorf nennt als Gründe die im Branchenvergleich überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei dem Versicherungsbestand und den Beitragseinnahmen sowie den außerordentlich günstigen Schadenverlauf.

Die gesamten Beiträge der Gruppe erhöhten sich um 7,1 Prozent auf 257 (240) Mill. DM; auf das selbst abgeschlossene Geschäft entfielen davon 246 (231) Mill. DM. Die Kapitalanlagen nahmen auf 805 (734) Mill. DM zu, die Erträge daraus auf 63 (55,5) Mill. DM.

Bei der Brandversicherungsanstalt stiegen die Beitragseinnahmen um 14,7 Prozent auf 26 (23) Mill. DM. Gleichzeitig verringerten sich die Schadenaufwendungen kräftig: Die Schadenquote ging auf 53,1 (104,5) Prozent zurück. Dies führte, nach einem Verlust von 2,4 Mill. DM im Jahre 1981, im technischen Geschäft zu einem Überschuß von 0,8 Mill. DM. Das gesamte Ergebnis erreichte 4,7 (0,7) Mill. DM.

In der Lebensversicherung stieg die Beitragseinnahme um 14 Prozent auf 62 (55) Mill. DM. Der Überschuß nahm kräftig auf 30,3 (22,7) Mill. DM zu und wurde fast in voller Höhe der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Der HUK-Bereich, der auf die Sachversicherung übertragen wurde, verzeichnete Beitragseinnahmen von 134 (131) Mill. DM und einen Jahresüberschuß von 17 (10) Mill. DM. Im laufenden Jahr werde sich das günstige Gruppen-Ergebnis nicht wiederholen lassen.

WESTFÄLISCHE FERNGAS / Dividende gehalten

Rückgang beim Absatz

HANS BAUMANN, Essen

Die Gaswirtschaft tut sich schwer. Witterung und Konjunktur im Geschäftsjahr 1982 haben bei der Westfälischen Ferngas AG, Dortmund, der Erdgas-Drehscheibe Westfalens, den Gasabsatz um 6 Prozent auf 22 Mrd. kWh zurückgehen lassen. Da nutzte es auch nichts, daß im Bereich Haushalt und Kleinverbrauch kräftig akquiriert und 3000 neue Kunden gewonnen wurden, die das Volumen der von der WFG direkt versorgten Haushaltskunden auf 39 000 steigen ließen.

Was die Menge nicht brachte, das besorgte der Erlös. Die Umsätze stiegen kräftig um 11 Prozent auf 986 Mill. DM. Hier schlug die Preiserhöhung für das ganze Jahr durch, nachdem die Vorlieferanten die Gaspreise drastisch heraufgesetzt hatten. So kam dann folglich auch der Rohertrag von 119 auf 134 Mill. DM voran und der Bilanzgewinn von 5,1 auf 6,1 Mill. DM, aus dem 5,75 Mill. DM in die Rücklagen von 40,2 (34,4) Mill. DM eingestellt wurden bei 70 Mill. DM Grundkapital. Aus dem verbleibenden Gewinn wird der Hauptversammlung am 6. Juli eine Dividende von wieder 10 Prozent vorgeschlagen.

Investiert hat die WFG 1982 rund 64 Mill. DM, davon allein 22 Mill. DM in den Bau von 84 km Hochdruckleitungen. Der forcierte Aus- und Aufbau der Ortsversorgungen führte im Berichtsjahr zu einer nochmaligen Erhöhung des Investitionsvolumens im Mittel- und Niederdrucknetz auf 29 Mill. DM. Damit wurde zum erstenmal in der Geschichte der WFG mehr im Nieder- als im Hochdruckbereich investiert.

In einem Ausblick meint Vorstandsvorsitzender Joachim König, daß bei anziehender Konjunktur die Chancen auch im Industriebereich wieder steigen. Bei entsprechender Preisgestaltung der Erdgasproduzenten winkten auch wieder Möglichkeiten im Großkesselbereich, wo das Erdgas stark an Boden verlor. Hier wüchsen auch die Chancen bei Anwendung der Großkesselfeuerungsanlagen-Verordnung, da Erdgas besonders umweltfreundlich sei.

KAMPFFMEYER / Anteile bei Landshut-Rosenheim AG

Teillösung für die Mühlen

JB. Hamburg

Die Vereinigte Kunstmühlen Landshut-Rosenheim AG (VKL) hat von der Kurt Kampffmeyer Mühlenvereinigung KG sämtliche Anteile an der Kampffmeyer Mühle GmbH erworben. Die Transaktion steht in Zusammenhang mit dem Vergleichsverfahren, das die Firmen E. Kampffmeyer und Kurt Kampffmeyer Mühlenvereinigung KG Ende April dieses Jahes beantragt haben.

In der Übernahme der Mühlen GmbH durch die VKL sehen, wie es in einer Mitteilung von Kurt Kampffmeyer und dem vorläufigen Vergleichsverwalter Joachim Brandenburg heißt, alle Beteiligten die beste Möglichkeit, die bisherige Mühlenbetriebsgesellschaft der Kampffmeyer-Gruppe fortzuführen, die Lieferantenschaft aufrechtzuerhalten und einen reibungslosen Ablauf des bevorstehenden Getreidewirtschaftsjahres zu gewährleisten. Die bisherigen Aktivitäten der Firma E. Kampffmeyer in den Bereichen Brotgetreide und Mehlexport werden künftig von der Mühlen GmbH weitergeführt.

Die 18 in- und ausländischen Banken, die an der Finanzierung von Wechselforderungen der Firma Kampffmeyer gegenüber der Mühlen GmbH beteiligt sind, haben einen begrenzten Zinsverzicht geleistet, heißt es. Im Zusammenhang mit der Übernahme von nominal 40 Mill. DM Stammkapital der Mühlen GmbH wird die VKL eine Erhöhung des Grundkapitals von zur Zeit 1,8 Mill. DM im Verhältnis 1:10 zum voraussichtlichen Kurs von 165 DM mit Bezugsrecht vorschlagen. Die Mittel sollen auch zur Finanzierung von Strukturmaßnahmen bei der Mühlen GmbH dienen. Das Kapital der VKL hatte Anfang Juni die DG Bank zu 90 Prozent übernommen.

CO OP / Eigene Handelsmarken werden weiter ausgebaut

Bescheidenes nominales Plus

JAN BRECH, Hamburg

Die co-op-Gruppe, die im vergangenen Jahr in 3293 Märkten mit einer Gesamtverkaufsfläche von 1,9 Mill. qm den Umsatz noch um 5,9 Prozent auf 13,8 Mrd. DM gesteigert hatte, wird in diesem Jahr kaum reales Wachstum erreichen. Nach Angaben von Oswald Paulig, Präsident des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften, erreichte die co op in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur ein bescheidenes nominales Plus von 1 Prozent. Wachstumsimpulse, wenn überhaupt, kämen nur noch von großflächigen Märkten, so den Discount-Märkten (plus 5,2 Prozent) und den SB-Warenhäusern (plus 4,5 Prozent).

Das Verbraucherverhalten werde dabei nicht durch Einschränkungen gekennzeichnet, erklärte Paulig anläßlich der co-op-Jahrestagung in Hamburg. Das Gebot der Stunde sei eine ausgesprochen sparsame Haushaltsführung, um so den Lebensstandard mit geringeren Kosten aufrechterhalten zu können. Die Nachfrage richte sich unverändert an der Qualität aus, die aber günstig sein müsse.

In der gleichen Veranstaltung kündigte der Vorstandsvorsitzende der co op AG, Bernd Otto, an, daß die Gruppe ihre Handelsmarken „mit dem blauen Quadrat" ab Herbst in neuer Gestaltung und verstärktem Leistungsprofil in die Regale bringen werde. Der gegenwärtige Anteil der Handelsmarken am Gesamtumsatz von 3 Prozent solle in den nächsten Jahren auf 6 Prozent ansteigen. Eine Aufnahme von „no names" Gattungsmarken lehnt die co op nach wie vor ab. Die Handelsgruppe setze nach wie vor auf eigene Marken als preisliche Alternative zu den Leitmarken der Markenartikelindustrie.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Unter-Einstandspreis-Verkäufe erklärte Paulig, daß der BdK nichts von politischen Überlegungen halte, diese umstrittenen Verkäufe zu verbieten. Auch stehe der Verband Initiativen skeptisch gegenüber, im Wege von freiwilligen Vereinbarungen das Preisverhalten im Einzelhandel auf einem bestimmten Niveau zu regulieren. Dies passe wenig zum Zeitgeist, der schließlich bewußt auf mehr Markt setzen wolle, betonte Paulig.

NAMEN

Generaldirektor **Heinz Tchech**, Vorstandsvorsitzender der Brau-AG, Nürnberg, vollendet am 1. Juli das 65. Lebensjahr.

Jörg M. Bauer wurde per 1. Juli 1983 vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Heimstatt Bausparkasse AG, München, bestellt.

Ernst Lenz wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1983 vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes der Landesbank Saar Girozentrale, Saarbrükken, berufen.

DKV / Positive Erfahrung mit der neuen Gebührenordnung – Hohe Beitragserstattung

Kosten im Krankenhaus gestiegen

HARALD POSNY, Köln

Die Deutsche Krankenversicherung AG, Köln, mit 17,6 Prozent Marktführer in der deutschen privaten Krankenversicherung, sieht die Auswirkungen der neuen, Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen ärztlichen Gebührenordnung (GOÄ) nach ersten derzeitigen vorsichtigen und noch keinesfalls gesicherten Erkenntnissen als positiv an. Vorstandsmitglied Bernhard Schattenberg geht von einem „kostenneutralen Übergang zur neuen GOÄ aus". Gleichwohl registriert die Gesellschaft Unsicherheit beim ärztlichen Personal in der Anwendung (nur zehn Prozent der Rechnungen sind „formal" in Ordnung), zudem seien noch viele gar nicht geschrieben, da bis März dieses Jahres noch nach der früheren GOÄ abgerechnet werden konnte.

Erst in allerjüngster Zeit zeige sich ein langsames Auflösen des Rechnungsstaus. Das Liquidationsverhalten orientiere sich nach ersten Erkenntnissen der DKV deutlich (75 Prozent) an den Regelhöchstsätzen. Überschreitungen hielten sich in engen Grenzen. Die unter bestimmten Voraussetzungen mögliche vorherige Abdingung der GOÄ (freie Vereinbarung von Vergütungssätzen zwischen Arzt und Patient) werde nur in ganz wenigen Fällen in Anspruch genommen und berge kein Problem.

Die DKV, die nur neun Jahre von der ersten zur zweiten Beitragsmilliarde benötigte und die in dieser Zeit ihre Expansion mit einem realen Bestandswachstum von 310 000 auf jetzt 2 Millionen Menschen oder 3,35 Millionen Tarifversicherte unter Beweis stellte, war 1982 von vier Faktoren gleichzeitig begünstigt: Beitragswachstum, deutlich abgeschwächter Schadentrend, stark verbesserte Vermögenserträge, eine relativ gedämpfte Betriebskostenentwicklung.

Vorstandsvorsitzender Hans Georg Timmer führte den nochmals erheblich gestiegenen Bruttoüberschuß von 282 (173) Mill. DM vor allem auf die seit Mai 1982 „für uns überraschende", erkennbar günstigere Schadenentwicklung zurück. Die reinen Erstattungszahlungen wuchsen nur um 2,9 (9,7) Prozent. Hier habe im wesentlichen eine gewisse Bewußtseinsbildung die Kostendämpfung bewirkt. Konkreter Anhaltspunkt ist für Timmer, daß die Anzahl der Auszahlungsfälle 1982 erstmals seit Jahren absolut rückläufig war (minus 2,1 Prozent), obwohl die Zahl der Versicherten wuchs. Freilich stiegen die durchschnittlichen Auszahlungssummen je Fall um 4,1 Prozent. Im ambulanten Bereich wuchsen die Kosten nicht, wohl aber im Krankenhaussektor, und hier die Pflegesätze deutlich stärker als die Arzthonorare. Die Zahnleistungen nahmen erstmals seit langer Zeit ab.

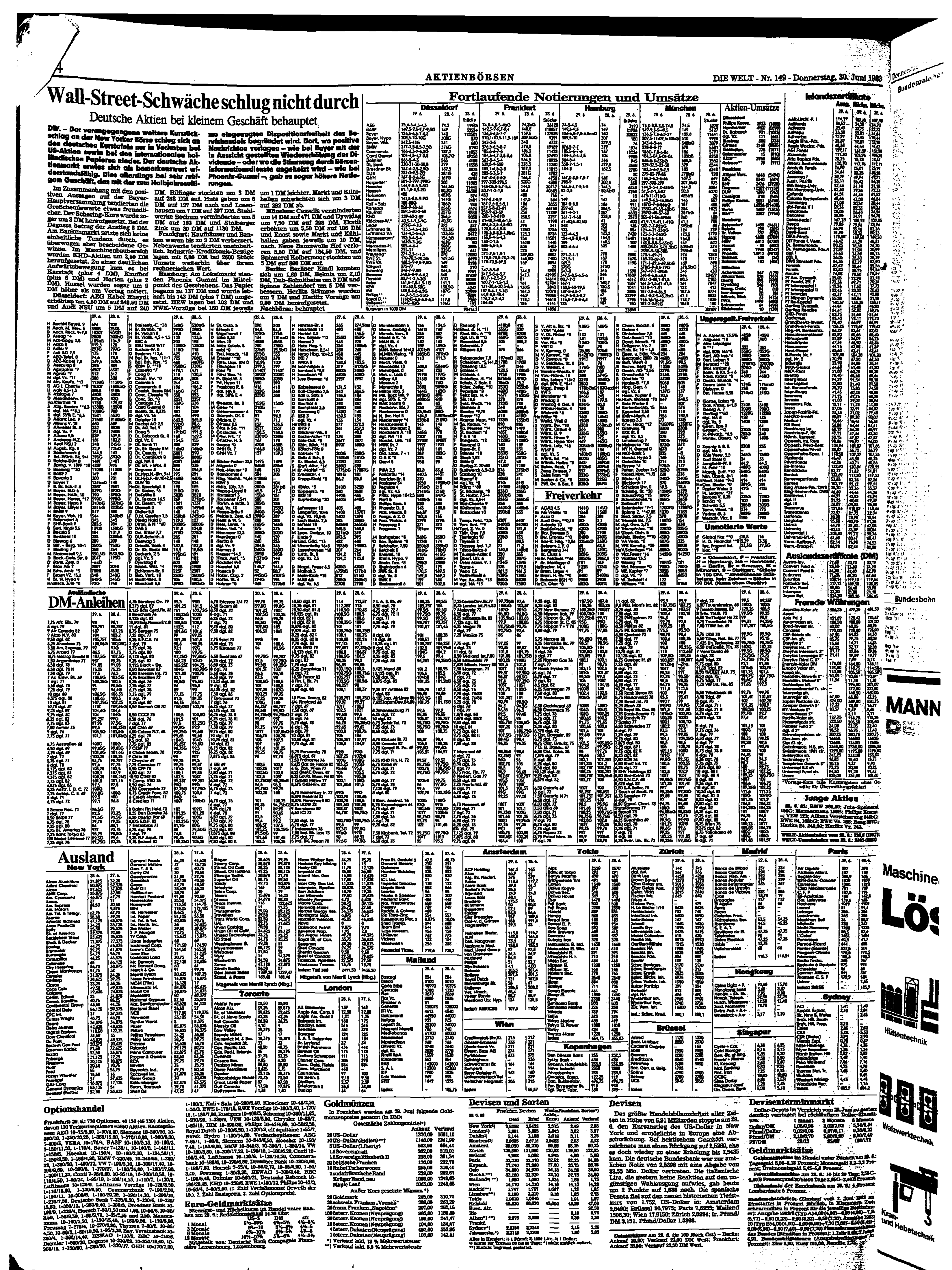
Die Beitragseinnahmen wuchsen 1982 wesentlich stärker als die Leistungen, aber weniger als im Vorjahr (13,1 Prozent). Hier haben sich die erforderlichen Beitragsanpassungen aufgrund der Kostenentwicklung beruhigt. Beachtlich war der Anteil des Neuzugangs am Wachstum. Aus dem erwirtschafteten Überschuß werden 1983 155 Mill. DM zugunsten der Versicherten verwendet.

Vom Überschuß fließen 92,6 (89,3) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, 26 Mill. DM in die freien Rücklagen und 3,6 Mill. DM als 15-Prozent-Dividende an die Aktionäre (Allianz, Münchner Rück, Hamburg-Mannheimer). Eine Million DM wird auf das Grundkapital eingezahlt.

DKV	1982	+/–%
Beiträge (Mill. DM)	2035	+ 7,8
Aufw. f. Vers.-Fälle	1399	+ 2,6
Versich.-Leistung[1]	1903	+ 10,6
Aufwendungen für Beitr.-Rückerst.	261	+ 89,5
Rückstellungen f. Beitr.-Rückerst.	429	+ 44,5
Kapitalanlagen[2]	3440	+ 12,9
Kapitalerträge[3] (lfd.)	280	+ 15,5

in % d. Beiträge	1982	1981	1980
Schadenquote[4]	69,3	72,9	74,7
Leistungsquote[5]	93,5	91,2	90,0
Kostenquote[6]	14,3	14,6	16,9
Überschußquote[7]	13,9	9,2	5,9

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] Durchschnittsrendite: 8,0 (7,9) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.-Fälle u. erfolgsunabh. Beitr.-Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw.-Kosten; [7] Bruttoüberschuß.



Wall-Street-Schwäche schlug nicht durch

Deutsche Aktien bei kleinem Geschäft behauptet

DW. – Der vorangegangene weitere Kursrückschlag an der New Yorker Börse schlug sich an den deutschen Kurstafeln nur in Verlusten bei US-Aktien sowie bei den internationalen holländischen Papieren nieder. Der deutsche Aktienmarkt erwies sich als bemerkenswert widerstandsfähig. Dies allerdings bei sehr ruhigem Geschäft, das mit der zum Halbjahresultimo eingeengten Dispositionsfreiheit des Berufshandels begründet wird. Dort, wo positive Nachrichten vorlagen – wie bei Bayer mit der in Aussicht gestellten Wiedererhöhung der Dividende – oder wo die Stimmung durch Börseninformationsdienste angeheizt wird – wie bei Phoenix-Gummi –, gab es sogar höhere Notierungen.

Im Zusammenhang mit den positiven Aussagen auf der Bayer-Hauptversammlung tendierten die Großchemiewerte etwas freundlicher. Der Schering-Kurs wurde sogar um 3 DM heraufgesetzt. Bei der Degussa betrug der Anstieg 6 DM. Am Bankenmarkt setzte sich keine einheitliche Tendenz durch, es überwogen aber bescheidene Gewinne. Im Maschinenbaubereich wurden KHD-Aktien um 3,50 DM heraufgesetzt. Zu einer deutlichen Aufwärtsbewegung kam es bei Karstadt (plus 4 DM), Kaufhof (plus 6 DM) und Horten (plus 2 DM). Hussel wurden sogar um 9 DM höher als am Vortag notiert.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 4,50 DM auf 249,50 DM und Audi NSU um 5 DM auf 240 DM. Bilfinger stockten um 3 DM auf 248 DM auf. Huta gaben um 6 DM auf 127 DM nach und Losenhausen um 7 DM auf 207 DM. Stahlwerke Bochum verminderten um 5 DM auf 183 DM und Stolberger Zink um 20 DM auf 1130 DM.

Frankfurt: Kaufhäuser und Banken waren bis zu 3 DM verbessert. Nebenwerte tendierten uneinheitlich. Industrie-Kreditbank-Bezüge lagen mit 6,80 DM bei 2600 Stück Umsatz weiterhin über ihrem rechnerischen Wert.

Hamburg: Am Lokalmarkt standen Phoenix Gummi im Mittelpunkt des Geschehens. Das Papier begann zu 137 DM und wurde lebhaft bis 143 DM (plus 7 DM) umgesetzt. HEW lagen bei 103 DM und NWK-Vorzüge bei 160 DM jeweils um 1 DM leichter. Markt und Kühlhallen schwächten sich um 3 DM auf 292 DM ab.

München: Cassella verminderten um 14 DM auf 471 DM und Dywidag um 7,50 DM auf 298 DM. Ekatit erhöhten um 5,50 DM auf 106 DM und Enost sowie Markt und Kühlhallen gaben jeweils um 10 DM nach. Neue Baumwolle Hof verloren 5,50 DM auf 184,50 DM, und Spinnerei Kolbermoor stockten um 5 DM auf 890 DM auf.

Berlin: Berliner Kindl konnten sich um 1,80 DM, Bekula um 2,10 DM, Dub-Schultheiss um 3 DM und Spinne Zehlendorf um 5 DM verbessern. Herlitz Stämme wurden um 7 DM und Herlitz Vorzüge um 9,50 DM heraufgesetzt.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 29. 6.: 770 Optionen, 40 150 (46 750) Aktien, davon 110 Verkaufsoptionen = 5850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/5,80, 1-90/4,40, Siemens 10-340/20, 10-360/10, 1-350/20,20, 1-380/15,60, 1-370/10,80, 1-380/8,30, 1-400/5, VEBA 10-170/4, BASF 10-150/5,15, 10-160/3, 1-150/11,20, 1-170/4, Bayer 7-136/1, 10-140/8, 1-140/11, 1-150/5, Hoechst 10-150/4, 10-160/2,10, 1-134,50/17, 1-150/8,50, 1-160/4,80, BMW 7-330/45, 10-340/55, 1-380/32, 1-390/20, 1-400/12, VW 7-190/3,10, 10-180/17,40, 10-190/9,60, 10-200/6, 1-170/27, 1-180/24,80, 1-190/17,80, 1-200/11,30, Conti 7-95/8,60, 10-95/16, 10-100/10,50, 10-110/4,50, 1-80/31, 1-95/18, 1-100/14,15, 1-110/7, 1-120/5, Lufthansa 10-120/9, Lufthansa Vorzüge 10-120/8,50, 1-110/18,80, 1-130/8,50, Commerzbank 7-190/2,50, 1-190/11, 10-200/6, 1-180/20,30, 1-190/14,30, 1-200/10, 1-210/7,50, Deutsche Bank 7-320/6,50, 7-330/6, 10-330/15,60, 1-350/12, 1-380/9,40, 1-380/8, Dresdner Bank 10-190/9, 1-220/4, Hoesch 7-50/1,50 und 1,60, 10-50/6, 10-55/3,50, 1-50/8,50, 1-60/3,70, 1-65/2,55 und 2,50, Mannesmann 10-160/5,50, 1-150/15,40, 1-160/9,50, 1-170/5,90, Preussag 7-270/4, 10-270/6,90, Thyssen 7-80/2, 10-85/4,50, 10-80/2, 1-80/10,50, 1-95/3,30, Bay. Vereinsbank 10-380/4, 1-380/14,40, BEWAG 1-110/5, BBC 10-210/6, Daimler 1-600/20, Degussa 10-330/39, 10-350/19,40, 10-360/18, 1-350/50, 1-380/38, 1-370/17, GHH 10-170/7,50, 1-180/3, Kali + Salz 10-200/5,40, Kloeckner 10-45/2,50, 1-50/3, RWE 1-170/15, RWE Vorzüge 10-180/3,40, 1-170/15, 1-180/7,90, Ruetgers 10-400/5, Schering 10-380/11,85, 1-370/20, 1-380/9, VEW 10-130/5,90, Chrysler 10-85/7, 1-85/19, IBM 10-290/38, Philips 10-45/4,90, 10-50/2,50, Royal Dutch 10-120/6,50, 1-120/12, elf aquitaine 1-55/7, Norsk Hydro 1-150/14,60. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-85/1, 1-80/8, Siemens 10-340/6,50, Hoechst 10-150/7,40, 1-150/9,60, BMW 10-340/3, 10-350/7, 1-360/14, VW 10-180/3,60, 10-200/17,20, 1-190/10, 1-180/6,20, Conti 10-100/3,40, Lufthansa 10-120/6, 1-120/10,50, Commerzbank 10-180/6, 10-190/6,80, Dresdner Bank 10-180/4,90, 1-180/7,80, Hoesch 7-55/4, 10-50/2,70, 10-55/4,90, 1-50/3,40, Preussag 1-80/3,30, BEWAG 1-100/3,40, BBC 1-190/5,40, Daimler 10-560/21, Deutsche Babcock 10-180/20,45, KHD 10-250/6, RWE 1-180/12, Philips 10-45/2, 10-50/4, 1-50/5,50. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–09¾	4⅞–5⅛	4⅛–5¼
3 Monate	9¾–10	5¼–5⅜	4⅞–5
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅜–5½	4¾–5
12 Monate	10⅛–10⅜	5⅞–6¼	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1661,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1140,00	1341,90
5 US-Dollar (Liberty)	503,00	664,44
1 £ Sovereign alt	262,00	313,01
1 £ Sovereign Elizabeth II	238,00	291,54
20 belgische Franken	176,00	232,78
10 Rubel Tscherwonez	255,00	316,40
2 südafrikanische Rand	239,00	292,67
Krüger Rand, neu	1065,00	1248,65
Maple Leaf	1065,00	1248,65
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	245,00	310,75
20 schweiz. Franken „Vreneli"	208,00	263,29
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	262,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	985,00	1180,85
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	555,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	143,51

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Das größte Handelsbilanzdefizit aller Zeiten in Höhe von 6,91 Milliarden stoppte am 29. 6. den Kursanstieg des US-Dollar in New York und ermöglichte in Europa eine Abschwächung. Bei hektischem Geschäft verzeichnete man einen Rückgang auf 2,5260, ehe es doch wieder zu einer Erholung bis 2,5485 kam. Die deutsche Bundesbank war zur amtlichen Notiz von 2,5398 mit eine Abgabe von 33,55 Mio. Dollar vertreten. Die italienische Lira, die gestern keine Reaktion auf den ungünstigen Wahlausgang aufwies, gab heute um 2 Punkte auf 1,685 nach. Die spanische Peseta fiel auf den neuen historischen Tiefstkurs von 1,752. US-Dollar in: Amsterdam 2,8490; Brüssel 50,7975; Paris 7,6255; Mailand 1506,30; Wien 17,9150; Zürich 2,0994; Ir. Pfund/DM 3,151. Pfund/Dollar 1,5308.

Ostmarkkurs am 29. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Depots im Vergleich vom 29. Juni zu gestern deutlich verringert bei rückläufigen Dollar-Zinssätzen:

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,06/0,96	3,02/2,92	5,74/5,54
Pfund/Dollar	0,02/0,05	0,07/0,11	0,18/0,23
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	8,80/7,40
FF/DM	29/13	85/69	188/172

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 6.: Tagesgeld 5,05–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 29. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,50 (5,77) – 8,50 (6,38) – 9,00 (6,83) – 9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,50 (5,82) – 8,50 (6,40) – 9,00 (6,98) – 9,50 (7,40) – 9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,75.

Renten widerstandsfähig

Da der US-Bondsmarkt, der zur Zeit die Tendenz am deutschen Rentenmarkt weitgehend bestimmt, etwas besser als am Vortag lag, wurde die Mehrzahl der öffentlichen Anleihen an der Mittwochbörse leicht heraufgesetzt. Nur wenige Emissionen bröckelten noch ab. Bei den DM-Auslandsanleihen lag kein drängendes Angebot mehr vor, so daß sich auch hier die Kurse nur wenig veränderten. Das Geschäft bei den Pfandbriefen bewegt sich weiterhin in engen Bahnen. Auf der gestiegenen Renditebasis hat die Nachfrage nach Hypotheken nachgelassen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Mit Verlusten gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 6.	27. 6.
Juli	344,75	343,50
Sept.	356,00	354,00
Dez.	371,00	368,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	28. 6.	27. 6.
St. Lawrence 1 CW	229,16	203,38
Amber Durum	234,71	236,11
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	110,60	110,30
Okt.	116,40	116,20
Dez.	120,20	119,10
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	89,40	90,50
Okt.	89,20	90,30
Dez.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	28. 6.	27. 6.
Juli	154,50	153,75
Okt.	158,25	154,75
Dez.	169,00	165,25
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	319,25	317,75
Sept.	303,25	302,00
Dez.	277,75	280,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 6.	27. 6.
Juli	95,20	95,50
Okt.	100,60	100,70
Dez.	104,00	104,10
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	28. 6.	27. 6.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept.	unerhältl.	unerhältl.
Nov.	unerhältl.	unerhältl.
Jan.	unerhältl.	unerhältl.
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee	28. 6.	27. 6.
New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	124,00	124,20
Sept.	125,01	125,75
Dez.	125,25	128,00
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2150	2190
Sept.	2192	2229
Dez.	2243	2281
Umsatz	7067	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,90	11,25
Sept.	11,25	11,54
Okt.	11,60	12,00
Jan.	12,05	12,46
März	12,40	12,86
Umsatz	21 010	17 410
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	28. 6.	27. 6.
	10,89	11,14
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	28. 6.	27. 6.
	1645–1647	1637–1638
Sept.	1628–1629	1620–1623
Nov.	1607–1609	1597–1600
Umsatz	2549	2980
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1574–1575	1582–1584
Sept.	1594–1595	1586–1586
Dez.	1618–1619	1612–1613
Umsatz	6353	3674
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	183,80–184,00	177,40–177,80
Okt.	192,00–192,10	184,30–184,40
Dez.	195,00–195,50	187,50–188,50
März	203,95–204,00	197,25–197,45
Mai	206,50–207,00	199,50–200,50
Umsatz	7374	4388

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	28. 6.	27. 6.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	375,00	375,00
weißer Muntok	375,00	375,00
Orangensaft New York (c/lb)	28. 6.	27. 6.
Juli	116,50	115,80
Sept.	114,00	114,30
Nov.	112,10	112,00
Jan.	107,20	106,45
März	106,75	106,30
Umsatz	350	800

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl	28. 6.	27. 6.
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	27,00	27,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	20,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	18,38	18,36
Aug.	18,58	18,52
Sept.	18,70	19,19
Okt.	18,83	18,76
Dez.	19,07	19,05
Jan.	19,25	19,25
März	19,52	19,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	21,50	21,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,00	16,00
Choice white hog 4% fr. F.	14,00	14,00
Talg New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb) Juni	47,15	48,00
Juli	45,30	45,70
Aug.	40,40	40,70
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Juli	61,00	62,25
Aug.	58,50	59,65
Febr.	56,70	56,65

Häute Chicago (c/lb)	28. 6.	27. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	585,00	584,00
Aug.	590,00	590,50
Sept.	594,50	594,00
Nov.	603,50	603,00
Jan.	614,00	613,50
März	625,50	626,00
Mai	635,00	636,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	170,10	169,80
Aug.	171,00	170,90
Sept.	172,40	172,00
Okt.	173,20	173,00
Dez.	177,10	177,30
Jan.	179,40	179,50
März	183,40	183,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 6.	27. 6.
Juli	285,00	284,00
Okt.	295,50	295,00
Dez.	301,10	300,80
Kokosöl New York (c/lb)	28. 6.	27. 6.
Westküste fob Werk	32,00	32,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	29. 6.	28. 6.
jegl. Herk. cif	575,00	585,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	430,00	440,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	375,00	380,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	119,50	121,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	697,50	690,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	242,00	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	28. 6.	27. 6.
Juli	78,05	78,50
Okt.	77,60	79,35
Dez.	79,05	80,03
März	80,17	80,90
Mai	80,50	81,07
Juli	80,45	81,00
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	56,00	56,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	28. 6.	27. 6.
Aug.	450–452	450–453
Okt.	440–445	445–448
Dez.	442–447	445–449
Umsatz	33	20
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	28. 6.	27. 6.
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,60	44,60
Dez.	45,10	45,00
März	45,50	45,50
Umsatz	0	29 250
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 6.	27. 6.
Juli	566,5–568,0	566,0–567,0
Okt.	573,5–574,0	573,0–575,0
Dez.	585,1–589,0	586,0–589,0
Umsatz	57	55
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 6.	27. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 6.	27. 6.
Juli	13 855	13 888
Aug.	13 806	13 799
Kautschuk London (p/kg)	28. 6.	27. 6.
Nr. 1 RSS loco	78,00–80,00	78,50–80,00
Aug.	78,00–81,00	78,60–79,50
Sept.	77,50–77,70	78,00–78,50
Okt./Dez.	77,80–77,90	78,60–78,80
Tendenz: 107		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 6.	27. 6.
Nr. 1 RSS loco:	254,00–255,00	251,50–252,50
Juli	255,50–256,50	253,00–254,00
August	258,50–259,50	256,50–257,50
Nr. 2 RSS Juli	252,50–253,50	250,50–251,50
Nr. 3 RSS Juli	249,00–250,00	241,00–242,00
Nr. 4 RSS Juli	243,00–244,00	234,00–235,00
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)	28. 6.	27. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Pf. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	28. 6.	28. 6.
laufend. Monat	103,80–104,00	102,60–102,79
drittfolg. Monat	107,50–107,70	106,50–106,89
Zink: Basis London		
laufend. Monat	181,12–181,31	181,98–182,18
drittfolg. Monat	186,57–186,77	187,44–187,64
Produz.-Preis	198,42	199,58
Reinzinn 99,9%	3726–3763	3656–3692

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 6.	28. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	443,83–446,17	439,84–441,98
Blei in Kabeln	111,50–112,50	110,25–111,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorzendraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und [illegible].

Messingnotierungen

	29. 6.	28. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	360–377	358–374
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–408	403–406
MS 63	409–412	405–409

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	28. 6.	27. 6.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,72	30,55

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 6.	28. 6.
Leg. 225	359–361	359–361
Leg. 226	361–364	361–364
Leg. 231	389–401	404–412
Leg. 233	404–412	418–422

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	29. 6.	28. 6.
Platin (DM je g)	36,50	36,50
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 300	34 500
Rücknahmepr.	33 500	33 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 280	34 410
Rücknahmepr.	33 230	33 380
verarbeitet	35 980	36 110
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 020	34 110
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	965,40	967,60
Rücknahmepr.	931,60	933,70
Verarbeitet	1008,20	1010,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	29. 6.	28. 6.
London 10.30	415,25	413,75
15.00	414,85	416,00
Zürich mittags	415,00–415,75	413,00–413,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 400	102 080
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	759,40	760,35
3 Monate	777,40	778,00
6 Monate	796,60	795,50
12 Monate	829,30	828,70
Platin (£-Feinunze) London	28. 6.	27. 6.
fr. Markt	275,95	279,50
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	90,25	90,90

New Yorker Preise	28. 6.	27. 6.
Gold H & H Ankauf	416,00	418,50
Silber H & H Ankauf	1174,00	1184,00
Platin fr. Händlerpr.	430,00–436,00	430,00–436,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	140,00–142,00	145,50–147,50
Produz.-Preis	135,00–140,00	135,00–140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	1135,00	1172,00
Aug.	1149,50	1177,00
Sept.	1156,00	1188,70
Dez.	1183,00	1197,50
Jan.	1197,50	1228,50
März	1220,00	1238,00
Mai	1237,50	1280,20
Umsatz	30 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 6.	27. 6.
Juli	74,20	75,20
Aug.	75,05	75,20
Sept.	75,70	76,05
Dez.	75,70	76,70
Jan.	77,75	78,75
März	78,45	79,45
Mai	79,60	80,70
Umsatz	25 000	24 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	29. 6.	28.
Kasse	960,50–961,50	964,00–965[illegible]
3 Monate	988,00–988,50	991,50–992,[illegible]
Blei (£/t) Kasse	266,50–267,00	262,50–263,[illegible]
3 Monate	276,00–276,50	272,25–272,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1126,5–1127,5	1114,0–1115,0
3 Monate	1130,5–1131,5	1126,0–1126,5
abends Kasse	–	1119,0–1120,0
3 Monate	–	1130,5–1131,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1101,0–1102,0	1094,0–1095,0
3 Monate	1109,0–1110,0	1105,0–1107,0
Zink (£/t) Kasse	465,00–465,50	464,00–465,00
3 Monate	479,00–479,50	478,50–479,00
Zinn (£/t) Kasse	8815–8820	8760–8770
3 Monate	8790–8800	8770–8775
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–86

Rütgers

Rütgerswerke AG Frankfurt am Main

Grundstoffchemie
Kunststoffe
Bau

Zusammengefaßter Konzernabschluß
Konzernbilanz zum 31. Dezember 1982 (1981)

AKTIVA

	TDM	1982 TDM	TDM	1981 TDM
Anlagevermögen				
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		363 489		366 803
Finanzanlagen		59 852		47 597
Umlaufvermögen				
Vorräte einschl. in Ausführung befindliche Aufträge	451 003		429 276	
⁒ Erhaltene Anzahlungen	–74 172	376 831	–66 944	362 332
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		379 084		380 545
Flüssige Mittel und Wertpapiere		61 245		100 344
Rechnungsabgrenzungsposten		1 415		460
		1 241 916		1 258 081

PASSIVA

	1982 TDM	1981 TDM
Grundkapital der Rütgerswerke AG	99 600	97 750
Konzernrücklagen	229 624	221 776
Ausgleichsposten für Fremdanteile und Sonderposten	77 645	46 385
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	8 479	8 529
Pensionsrückstellungen	363 511	362 638
Sonstige Rückstellungen	137 126	136 847
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	60 284	57 465
Andere Verbindlichkeiten	251 052	311 072
Rechnungsabgrenzungsposten	651	–
Konzerngewinn	13 944	15 619
	1 241 916	1 258 081

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für 1982 (1981)

	TDM	1982 TDM	TDM	TDM	1981 TDM	TDM
Außenumsatzerlöse		2 495 124			2 545 104	
Bestandsveränderung der Erzeugnisse und in Ausführung befindlicher Aufträge		+ 25 002	2 520 126		+ 40 113	2 585 217
Andere aktivierte Eigenleistungen			13 138			16 201
Gesamtleistung			2 533 264			2 601 418
Einsatzstoffe, Waren			–1 540 991			–1 621 312
Rohertrag			992 273			980 106
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen		14 743			15 582	
Übrige Erträge		94 621	109 364		46 736	62 318
			1 101 637			1 042 424
Personalaufwendungen		617 811			615 589	
Abschreibungen		116 722			99 980	
Zinsaufwand		8 336			5 513	
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	32 769			32 557		
Sonstige Steuern	2 293	35 062		1 844	34 401	
Übrige Aufwendungen		301 376	–1 079 307		266 644	–1 022 127
Jahresüberschuß			22 330			20 297
Zwischengewinn-Eliminierung des Vorjahres			– 3 339			– 1 557
Vorjahresgewinn bzw. -verlust konsolidierter Gesellschaften			– 313			591
Entnahmen aus Ausgleichsposten aus der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Ausgleichsposten			654			907
Einstellung in Konzernrücklagen und Ausgleichsposten für Fremdanteile			– 5 141			– 4 144
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn			– 247			– 475
Konzerngewinn			13 944			15 619

Der vollständige Jahresabschluß der Rütgerswerke AG und der vollständige Konzernabschluß, die demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht werden, tragen die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke der Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt am Main.

Die ordentliche Hauptversammlung am 28. Juni 1983 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 von 13 944 000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 7 DM je 50 DM Aktiennennbetrag an die für das Jahr 1982 voll gewinnanteilberechtigten Aktionäre zu verwenden.

Ausgezahlt wird die Dividende vom 1. Juli 1983 an gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 37 unserer Aktien unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer.

Mit der vollen Dividende ist für die unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionäre ein Steuerguthaben von 3,94 DM je 50-DM-Aktie verbunden, das neben der Kapitalertragsteuer gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut auszustellenden Bescheinigung auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer angerechnet bzw. vergütet wird.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich des Steuerguthabens, wenn eine inländische natürliche Person ihrer Depotbank eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des Wohnsitzfinanzamtes vorlegt.

In der Dividendenbekanntmachung im Bundesanzeiger Nr. 118 vom 30. Juni 1983 sind die in Betracht kommenden Zahlstellen benannt.

Frankfurt am Main, den 29. Juni 1983

Rütgerswerke Aktiengesellschaft
Der Vorstand

AUFSICHTSRAT: Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Dr.-Ing. E. h. Karlheinz Bund, Essen, Vorsitzender; Alfons Graeber, Essen, stellv. Vorsitzender; Herbert Knieling, Castrop-Rauxel, stellv. Vorsitzender; Dr. jur. Helmut Wolf, Düsseldorf, stellv. Vorsitzender; Dr. rer. pol. h. c. Arno Paul Bäumer, Stuttgart; Dr. rer. pol. Horst Burgard, Frankfurt am Main; Dr.-Ing. E. h. Friedrich Carl Erasmus, Essen; Dr.-Ing. Jürgen Fortmann, Essen; Max Geppert, Frankfurt am Main (bis 28. Juni 1983); Hubert Grünewald, Essen; Fred König, Iserlohn; Ralf Laskowski, Bottrop; Dr. oec. publ. Wolfgang Leeb, Frankfurt am Main; Helmut Löbbermann, Duisburg; Horst Münzner, Wolfsburg; Manfred Reimann MdB, Ludwigshafen; Franz Weber, Dortmund (ab 28. Juni 1983).

VORSTAND: *Prof. Dr. rer. nat. Heinz-Gerhard Franck, Vorsitzender; Dr. jur. Albrecht Magen; Dr. rer. nat. Rudolf Oberkobusch; Dipl.-Kfm. Ernst Schrayger.*

DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Wiesbaden

Wertpapier-Kenn-Nr. 559 100, 559 103

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 29. Juni 1983 wurde für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von

DM 5,– pro Aktie im Nennwert von DM 50,–

beschlossen. Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte Aktionäre eine Steuergutschrift von DM 2,81 pro Aktie verbunden.

Die Dividende wird ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 43 der Stammaktien und Vorzugsaktien bei unserer Gesellschaftskasse sowie bei folgenden Zahlstellen *ausgezahlt:*

Dresdner Bank AG,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Deutsche Bank AG,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt (Main),
Berliner Handels- und Frankfurter Bank,
Commerzbank AG,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Wiesbadener Volksbank eG, Wiesbaden,
und deren im Bundesgebiet gelegenen Geschäftsstellen.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch *die auszahlende Bank vergütet.*

Wiesbaden, den 30. Juni 1983 — DER VORSTAND

GELSENWASSER AG

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 29. Juni 1983 hat für das Geschäftsjahr 1982 die Ausschüttung einer Dividende von 6,– DM zuzüglich 0,50 DM Bonus je 50-DM-Aktie auf ein Grundkapital von *125 000 000,– DM beschlossen.*

Die Dividende wird ab 30. Juni 1983 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 10 der Aktien ausgezahlt. Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet.

Die Zahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich des Steuerguthabens, wenn ein inländischer Aktionär seiner depotführenden Bank eine Nichtveranlagungsbescheinigung seines Finanzamts vorlegt.

Zahlstellen: Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Trinkaus & Burkhardt
Deutsche Bank Saar AG
Commerz-Credit-Bank AG
Europartner
sowie sämtliche Niederlassungen dieser Banken.

Gelsenkirchen, 29. Juni 1983

GELSENWASSER AG

Bayer



Bayer Aktiengesellschaft · Leverkusen

Dividendenbekanntmachung

Wertpapier-Kennummer 575200

Die Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 28. Juni 1983 hat beschlossen, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1982 von DM 202400000,– zur Ausschüttung einer *Dividende von DM 4,– pro Aktie im Nennwert von DM 50,–* zu verwenden. Das Steuerguthaben für anrechnungsberechtigte unbeschränkt steuerpflichtige Aktionäre beträgt DM 2,25 pro Aktie.

Die Dividende wird beginnend ab 29. Juni 1983 nach Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 40 bei der Gesellschaftskasse in Leverkusen und bei folgenden Kreditinstituten und ihren Niederlassungen ausgezahlt:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank
Berliner Commerzbank *Aktiengesellschaft*
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Länderbank *Aktiengesellschaft*
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein

Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Ferner sind Zahlstellen in

Belgien: Kredietbank N. V., *Brüssel*
Banque Bruxelles Lambert S. A., Brüssel

Frankreich: Crédit du Nord, Paris
Banque Nationale de Paris, Paris
Crédit Lyonnais, Paris
Société Générale S. A., Paris

Großbritannien: Hambros Bank Limited, London
Hill Samuel & Co. Limited, London
Kleinwort, Benson Limited, London
S. G. Warburg & Co. Ltd., London

Luxemburg: Kredietbank S. A. Luxembourgeoise, Luxemburg

Österreich: Creditanstalt-Bankverein, Wien

Schweiz: Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich

sowie Niederlassungen dieser Banken in den jeweils genannten Ländern.

Inländischen Aktionären, die dem inländischen Kreditinstitut, das ihre Aktien verwahrt, eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Finanzamtes beibringen, wird keine Kapitalertragsteuer abgezogen; außerdem zahlt ihnen das Kreditinstitut das Steuerguthaben aus.

Leverkusen, den 28. Juni 1983

Der Vorstand der
Bayer Aktiengesellschaft
Grünewald Schaub

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Löhlke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Götz Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prüchel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Geschäftsleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Konzert in Baden-Baden

Bth. – Der Südwestfunk hat einen neuen Chefdirigenten für sein Sinfonie-Orchester gesucht – und gefunden: Michael Gielen, derzeit Operndirektor in Frankfurt und Leiter des Orchesters im amerikanischen Cincinnati. Auf den ersten Blick sieht das alles ganz logisch aus: Für ein in Sachen zeitgenössische Musik engagiertes Orchester – man denke nur an die Donaueschinger Musiktage – muß Gielen der Wunschkandidat sein. Sein untrügliches Gehör, seine klare Zeichengebung haben ihn zu einem Experten für die musikalische Moderne und ebenso zu einem Anwalt präzisester Klassiker-Aufführungen werden lassen. Wenn sich Baden-Baden noch dem Geiste Hans Rosbauds verpflichtet fühlt, ist Gielen fraglos der Mann, den man sucht.

Der Rechnungshof sieht ein Orchester aus anderem Blickwinkel, und er hat kürzlich den Baden-Badenern mangelnde Auslastung angekreidet. Sie machen also nicht genug Aufnahmen, sie geben zu wenige Konzerte. Wer es den Revisoren recht machen will, müßte also nach einem Publikumsmagneten Ausschau halten, dessen Konzerte in der zerrissenen Südwestfunk-Region stürmisch verlangt werden. Der ist Gielen ganz gewiß nicht.

Seine Frankfurter Position – der Vertrag läuft bis 1987 – wird Gielen beibehalten – heißt es beim SWF. Daß er ja gehen könne, wenn man ihn nicht mehr wolle, hat Gielen sinngemäß in Frankfurt verlauten lassen, wenn die Kritik an seiner Oper dort laut wurde in jüngster Zeit. Und die ist lauter geworden.

Der SWF-Verwaltungsrat hat seine Entscheidung über das Gielen-Engagement erst einmal vor sich her geschoben: Die geforderte Gage von 360 000 Mark pro Jahr bei einer Anwesenheit von vier Monaten war doch zu happig. Auf welches Gehalt man sich auch nun geeinigt hat: Angesichts der gerade wieder erhöhten Rundfunkgebühren macht sich ein solcher Handel nicht gut.

Aber auch die Unsicherheit, wie der Dirigent wohl welche seiner Ämter zu koordinieren gedenkt, macht Sorge. Wichtig ist, daß alles noch recht geheim bleibt. Wenn nämlich zu laut und offen darüber geredet wird, könnte am Ende herauskommen, daß der Verwaltungsrat ihn nicht in Baden-Baden und der Frankfurter Magistrat ihn nicht mehr am Main haben möchte.

Kortner sah ihn als Expressionisten: Porträt des Münchner Schauspielers Walter Schmidinger

Empfindliches Gleichgewicht des Zerrissenen

Auf Fritz Kortners Platz sitzt er nicht. Heute sei er dafür nicht in der Verfassung, sagt Walter Schmidinger und sieht liebevoll zu einem bestimmten Sessel in der Hotelhalle des „Vier Jahreszeiten" in München. Dann faßt er wieder die Glasdrehtür zur Maximilianstraße ins Auge. Ein großer Schauspieler, der die Auftritte der anderen beobachtet. Kein Zweifel, Schmidinger liebt Hotelhallen, schließlich ist die ganze Welt Bühne. Intendanten, sagt er, bitten ihre Schauspieler gern hierher; das schüchtere ein und biete dennoch eine private Atmosphäre. Gäste treten auf und gehen ab. Das Hotel macht wieder Gewinn, seit es zu einem Konzern gehört. Doch die feierlich theatralische Stille schwerer Teppiche blieb erhalten, und sie paßt zu Schmidinger. Er spricht von „neutraler Behaglichkeit" und weiß, daß an der Rezeption die „Kleine Komödie" empfohlen wird. Und dort tritt er nicht auf.

Walter Schmidinger, gerade fünfzig geworden, steht seit dreißig Jahren auf der Bühne. „Eine lange Überlebenszeit." Der gebürtige Linzer fand von der Donau an den Rhein nach Bonn, blieb dort lange Jahre; dann führte ihn, von dem Kortner sagte, „Sie sind ein expressionistischer Schauspieler, aber ich glaube, daß Sie ohne Expressionismus auskommen", der Weg über Düsseldorf (bei Karl-Heinz Stroux), Hamburg und Wien nach München. Hier spielt er seit 1969; davon drei Jahre an den „Münchner Kammerspielen" und 11 Jahre am Staatsschauspiel, dem Residenztheater.

Seine Rollen werden die gebrochenen Seelen, die Narren, die Liebenden. Gleich, ob wir den Wahnsinn des Tuchhändlers Hatch in Luc Bondys grandioser Inszenierung von Bonds „Die See" erleben, ob wir den „Zerrissenen" von Nestroy oder den „Schwierigen" von Hofmannsthal sehen, wir werden im Parkett zu Zeugen eines um seelische Abgründe Wissenden. Dennoch haben sich die großen Rollen scheinbar nicht in das flächige, nahezu faltenlose und äußerst hellhäutige Gesicht eingegraben.

Unser Gespräch zerspringt immer wieder, die Themen zerreißen; jedes Motiv, das von außen kommt, kann ihm Ablenkung bedeuten, kann die Balance stören. „Mein Element ist die Zerstreuung", sagt Schmidinger, bestellt Mineralwasser und sinniert über den Namen des Hotels. Der Herbst sei die Jahreszeit, die ihm gemäß ist, die Zeit der Monotonie, wie auch Kinderlieder monoton sind, „meine waren in ihrer Traurigkeit immer beruhigend". Er spricht von Ernte, von Fäulnis, von Genet und Strindberg, vom Tod auch und von Lavendel zwischen Seidenpapier und Wäschestößen. Wie ein Kind verliert sich Schmidinger in Bildern, die nur ein Trakl schöner malte. Mir fällt auf, wann immer ich ihn sah, so trug er dunkles Grün, Braun und Beige. Farben der Erde, der Bescheidenheit.

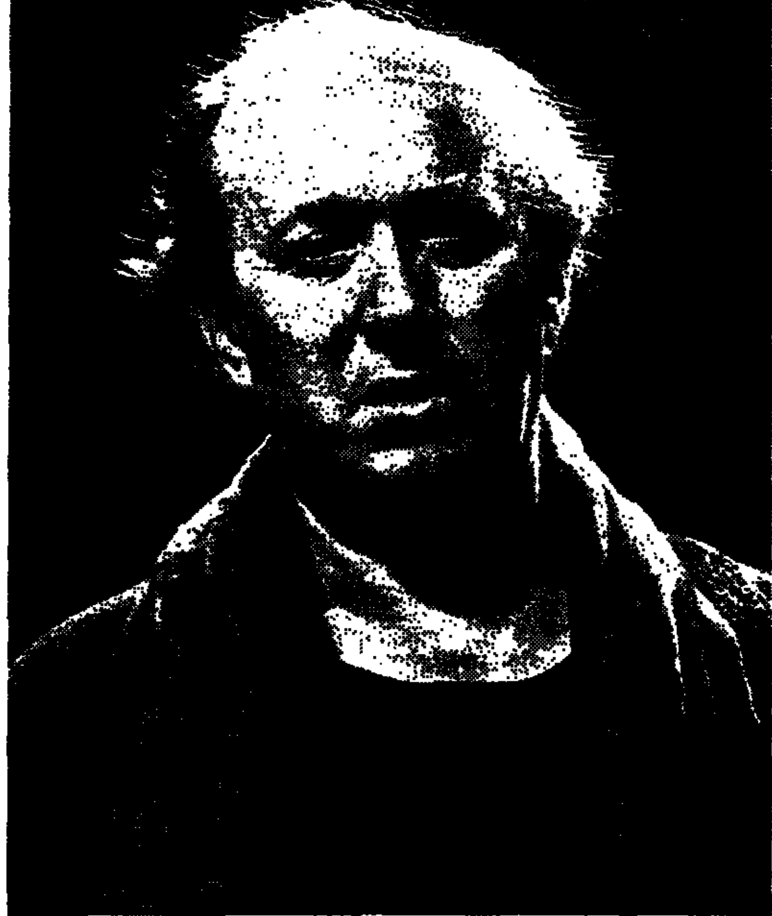
Eine Inderin im Sari geht vorbei; ihr Mann leidet an Schüttellähmung. Schmidinger nimmt es wahr, liebevoll und trotzdem genau. Klaviermusik klingt leise aus der Bar.

Aber die Monotonie, die Behaglichkeit, ist sie nicht eine Gefahr? Schließlich 15 Jahre München . . .

Walter Schmidinger kennt sein Image; und es ist ihm egal, bei Unwissenden als bequemer Schauspieler zu gelten, nur weil er Angebote ausschlägt. Wirklich bequem war er nie. Weder für den Dichter des Abends noch für seine Mitspieler und Regisseure. Er denkt an Ingmar Bergman, „mit ihm war die Arbeit am unbequemsten, am schwierigsten, aber auch am wichtigsten, am schönsten". Eine buntgeblümte Amerikanerin nimmt in Kortners Sessel Platz.

Wir sprechen über Zustände. Über jene Zustände, die von der Psychiatrie mit dem Etikett „manisch-depressiv" versehen werden. Walter Schmidinger kennt sie; weiß um die geheimnisvollen Abgründe der Seele, auch die der eigenen. Heute blickt er hinab, schwindelfrei. Er hat sein Gleichgewicht gefunden; von der Suche blieben ihm Handtücher mit dem Aufdruck diverser Nervenheilanstalten. „A Delicate Balance", sagt Schmidinger vornehm distanziert, als sei dieser Titel eines Albee-Stücks seinem Leben Programm. Kleine Bezirke, der Weg von zu Hause ins Theater zum Beispiel, hätten ihm immer genügend Lebensraum geboten. Er verbessert sich, sucht ein anderes Wort für Lebensraum, findet „Welt".

Einmal beschloß er, nach Kairo zu fahren, doch bereits auf dem Weg von München nach Neapel sei er in Innsbruck aus dem Zug gestiegen. Ich sage, das scheine mir typisch für ihn. Er gibt mir recht.



Seine Rollen sind die gebrochenen Seelen, die Narren, die Liebenden: Walter Schmidinger in Ostrowskijs „Wald" FOTO: RABANUS

Nach Japan würde er gern reisen. Und doch: „ich kann nur enttäuscht werden. Gemessen an meiner Phantasie, kann ich nur enttäuscht werden". Da weiß ich, daß Schmidinger „sein" Kairo kennt, und wünsche ihm, nie nach Japan zu kommen. Vor was hat er Angst, im Leben und auf der Bühne? „Vor Mittelmäßigkeit", antwortet Schmidinger und, er habe vieles schlecht und auch vieles falsch gemacht, „aber: schlechte Dinge so zu machen, daß sie im Mittelmaß noch als Erfolg aussehen, ist furchtbar"!

Das Publikum, insbesondere das Münchner, liebt ihn, naturgemäß. Vielleicht gerade deshalb, weil er es für mündig erklärt und „für bereit, eine Wahrheit zu erfahren und zu ertragen. Auch durch und mit Vergnügen". Daß Walter Schmidinger damit nicht geizt, seinem Publikum Vergnügen zu bereiten, weiß, wer ihn als Salieri, in dem Erfolgsstück „Amadeus" von Peter Shaffer, auf der Bühne sah.

Später gehen wir noch ein Stück gemeinsam auf der Maximilianstraße. In seinem Gang, die Füße leicht einwärts gestellt, erinnert er an ein Kind. So hilflos sicher und so bescheiden. Und immer wieder bleibt Walter Schmidinger stehen, wenn er sich erinnert, wenn ihm etwas auf- oder einfällt. Ein Kind eben, dessen Schulweg sich ins Unendliche dehnt.

Wer mit ihm geht, muß oft stehenbleiben.

PASCAL MORCHÉ

JOURNAL

Napoleons Flaggschiff „L'Orient" gefunden

AFP, Alexandria

Bei der Suche nach der 1798 vor der ägyptischen Küste vom englischen Admiral Nelson versenkten Flotte Napoleons haben französische Forscher das Flaggschiff des Flottenverbandes, „L'Orient" gefunden. Wie der die Arbeiten leitende Jacques Dumas erklärte, herrsche kein Zweifel mehr, daß die vor der Küste bei Aboukir in geringer Tiefe entdeckten Wrackteile von dem Flaggschiff General Bonapartes stammen. Wichtigstes Indiz sei ein 14 Meter langer Mastteil von einem Durchmesser von 1,5 Meter. Lediglich die „L'Orient" sei mit solchen Masten bestückt gewesen und nicht die begleitenden Fregatten. Darüber hinaus seien die Überreste an genau der Stelle gefunden worden, wo laut den überlieferten Angaben die „L'Orient" versenkt worden sei, erläuterte Dumas. Die „L'Orient" war das größte Kriegsschiff seiner Zeit. Es verfügte über drei Brükken und war mit 120 Kanonen bestückt. Neben den Wrackteilen entdeckten die Archäologen einige der riesigen Anker des Schiffs, sechs Kanonen und zahlreiche Kanonenkugeln sowie Küchengerät und 1,5 Meter lange Kupfernägel, welche die Wandung sicherten.

Bayerische Akademie ehrt Tankred Dorst

dpa, München

Der mit 10 000 Mark dotierte Literaturpreis 1983 der Bayerischen Akademie der Schönen Künste geht an den Schriftsteller Tankred Dorst. Der aus Thüringen stammende Dorst („Eiszeit", „Merlin") erhält die Auszeichnung am 7. Juli bei der öffentlichen Jahressitzung der Akademie. Ehrengaben werden an Franco Biondi und Aras Ören verliehen.

Vom Nauheimer Speicher ins Gießener Schloß

dpa, Gießen

Eine 1981 in Bad Nauheim wiederentdeckte kostbare Gemäldesammlung aus dem 19. Jahrhundert hat einen passenden Rahmen erhalten: Die 22 Ölgemälde, darunter ein Lenbach-Porträt und ein Spitzweg-Gemälde, hängen seit Dienstag als Leihgabe der Stadt Bad Nauheim im Alten Schloß in Gießen. Die Gemäldesammlung gehörte ursprünglich dem Arzt Franz Groedel, der 1933 in die USA emigriert war und die Bilder seiner Heimatstadt nach seinem Tode vermacht hatte. Sie wurden 1955 von Angehörigen Groedels der Stadt übergeben, die aber wegen eines fehlenden Museums die Gemälde auf dem Rathausspeicher bringen ließ, wo sie in Vergessenheit gerieten.

Gipfeltreffen deutscher PEN-Chefs

DW./dpa, Berlin

Die Präsidenten und Generalsekretäre der beiden deutschen PEN-Zentren, Martin Gregor-Dellin und Hanns Werner Schwarze (West) sowie Heinz Kamnitzer und Henryk Keisch (Ost), sind in Ost-Berlin zusammengetroffen. Gegenstand des Gesprächs seien unter anderem die in letzter Zeit „zwischen ihnen aufgetretenen Mißhelligkeiten" gewesen, teilte Schwarze mit. Dies dürfte sich auf die Beschwerde des „DDR"-PEN-Zentrums über einen Artikel Joachim Seyppels in der WELT vom 31. März beziehen, der Angriffe gegen die „DDR"-Autoren Hermann Kant und Stephan Hermlin enthielt. Das Präsidium des bundesdeutschen Zentrums hatte eine vom „DDR"-PEN verlangte öffentliche Distanzierung unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, es versende keine „Abmahnungen oder Distanzierungen". Bei dem Gespräch in Ost-Berlin hätten jetzt beide Seiten ihren Willen bekundet, „in Zukunft ein Höchstmaß an gegenseitiger Verständigung anzustreben", erklärte Schwarze im Namen aller Beteiligten.

Schubertiade Hohenems: Harnoncourts Debüt

Von Brahms gereinigt

Hermann Preys einst so hochfliegende Pläne, das Schubert-Gesamtwerk chronologisch in Vorarlberg zu portionieren, platzten spätestens vor drei Jahren. Mit allen Anzeichen theatralischer Kränkung verkündete der Sangeskünstler damals seinen Auszug aus Hohenems.

Die Schubertiade indessen existiert weiter. Äußerst lebendig und unternehmungslustig sogar, finanziell einigermaßen abgesichert – und ohne Prey. Im Hohenemser Renaissance-Palast mischt Schubertiaden-Geschäftsführer Gerd Nachbauer ohne Vollständigkeitswahn Bekanntes und Unbekanntes zum Schubert-Menü. Es hat für ein elegantes, internationales Publikum bekömmlich zu sein, denn von den Gesamtkosten (knapp eine halbe Million Mark) wollen zwei Drittel eingespielt werden. Große Sprünge sind damit kaum möglich, ein mehrjähriger Zyklus von kirchenmusikalischen Werken mit Peter Schreier wurde deshalb wieder storniert.

Sechzehn Veranstaltungen in zwölf Tagen, das scheint nun die richtige Mischung für den alemannischen Schubert-Enthusiasmus zu sein. Fischer-Dieskau kam heuer erstmals hierher (allerdings ins benachbarte Bregenzer Festspielhaus), Christa Ludwig gleich zweimal (sie sprang auch für den erkrankten René Kollo ein), dann der gewissenhafte und jedem Programmwagnis aufgeschlossene Robert Holl. Hans Hotter hielt einen Liedkurs ab, des Schubert-Pioniers Otto Erich Deutsch wurde in einer Matinee gedacht.

Ein Programm jedenfalls, das sich sehen lassen kann, das geschmacklich nirgends aneckt und das von der gesunden Attraktion lebt. Auch von der Pikanterie, daß die zwei Kammerkonzerte zum einen Star-Russen, zum anderen Exil-Russen anvertraut waren. Darin wiederum war die Konfrontation zweier Versionen der Arpeggione-Sonate ein Spiel mit verschiedenen Einsätzen: Auf der einen Seite die große, stilistisch erhabene Cellistin Natalia Gutman, auf der anderen Gidon Kremers Lieblingsbratscherin Kim Kashkashian, die so nett und rund spielt als sie auch hübsch ist.

Dann aber sind innerrussische Vergleiche schon unzulässig, denn das Schubert-Oktett mit Oleg Kagan, Gutman und vorzüglichen Moskauer Bläsern widersprach ebenso interpretatorischem Allgemeingut wie das B-Dur-Klaviertrio mit Kremer, Misha Maisky (Cello) und Oleg Maisenberg. Hier konnte der sensible Maisenberg auch wieder bestens mithalten, nachdem schwache Nerven seinen Klavierabend schlimm gefährdet hatten.

Das Finalereignis, Nikolaus Harnoncourts Erstbegegnung mit Schubert, provozierte beim Hohenemser Publikum nach anfänglichem Zögern doch totale Zustimmung. Sensationslüsterne mag Harnoncourt enttäuscht haben, denn er warf weder alle bisherigen Erfahrungen über Bord (so manche Schubert-Äußerung von Giulini, Celibidache oder Kleiber darf im Überschwang jetzt nicht ganz vergessen werden) noch bürstete er Schubert mutwillig gegen den Strich.

Harnoncourt biedert sich nicht an Schubert an, er läßt sich vielmehr von ihm anregen und reizen. Das genügt zum trefflichen Nachweis, daß Schubert kein gemütlicher, sentimentaler, sondern ein ernsthafter Wiener war. Harnoncourt war einmal mehr gründlich und richtete das Orchestermaterial nach den Autographen ein, so daß so manche (einst gutgemeinte) Brahms-Retusche verschwand. Statt Stromlinienform und schlampig-süßlichen Farben ließ sich nun Schubert herber, fahriger und aufgehellter hören als oft zuvor – interessanter im Detail wie im Ganzen.

Mit dem wackeren, nicht sonderlich reaktionsschnellen Residenzorchester Den Haag gelang Harnoncourt jedenfalls die erste Schubert-Lektion („Zauberharfen"-Ouvertüre, „Rosamunden"-Ballettmusik, fünfte und vierte Symphonie). Die indirekte Fortsetzung erfolgt bei der Schubertiade 1984, wenn Harnoncourt mit den Wiener Symphonikern neben Schubert auch Haydn, Mozart und Beethoven spielen wird. Das sind doch Möglichkeiten, die Harnoncourt in Österreich selten oder überhaupt nicht vorfindet.

WALTER GÜRTELSCHMIED

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Orte

Freibier den Lektoren!

„Es wird gedichtet. In der Schweiz. In Deutschland, Österreich. Überall. Auf Leben und Tod. Und in etlichen Fällen ist es sogar wirklich eine Frage von Tod und Leben. Wer redet, ist nicht tot, heißt es in einem Gedicht von Benn . . ." Die das schreiben, müssen es wissen: es ist die Redaktion von „Orte/Schweizer Literaturzeitschrift" (CH-8033 Zürich, Postfach 2028), in ihrem 9. Jahrgang herausgegeben von Werner Bucher.

Eine siebenköpfige Redaktion ist, nach eigenem Geständnis, unermüdlich damit beschäftigt, die aus dem ganzen deutschen Sprachgebiet täglich eintrudelnden Manuskripte von Gedichten und Prosatexten durchzusehen und auf Veröffentlichungswürdiges durchzusehen. („Für diese sehr aufwendige Arbeit erhalten wir nichts. Nicht einmal ein Bier.")

Das erinnert uns an „Gaukes Jahrbuch" aus Hannoversch Münden, das wir hier einmal besprochen haben. Allerdings wurde dort wohl jedes Gedicht gedruckt, sofern der Einsender subskribiert hatte. In „Orte" hingegen findet offensichtlich eine Auswahl statt, wie man aus dieser Redaktionsklage ersehen kann: „Öfters kriegen wir Gedichte von Abonnenten. Drucken wir diese dann nicht ab, aus Gründen des Konzepts oder weil wir mit Weltschmerz-Poems wenig anzufangen verstehen, kann es geschehen, daß prompt das Abonnement abbestellt wird . . ."

Die mit solchen Einsendungen (Name, Ort, autobiographische Vorstellung, Gedicht) prall gefüllte Nr. 42, 64 Seiten stark, enthält allerdings durchaus Weltschmerzliches: „Tiefe Kerben im Land / zeugen von Regenzeiten / Meine Narben sieht nur / wessen Augen ich trau." Gleich daneben steht jedoch auch Stahlhartes: „Mit donnernden Motoren rase ich der Todesmauer aus Stahl entgegen. Ich habe alle Emotionen hinter mir gelassen. Glasklar dringen Visionen über den Tod in mein Bewußtsein."

Das Schlimme an solchen den „unbekannten" Autoren gewidmeten Zeitschriften ist, daß man nirgends auf frische Unbefangenheit des Anfängers stößt. Überall scheinen die Vorlagen durch. Der Surrealismus ist längst zu einem Slang geworden: „Der Donner neben uns / ein Hebeldruck, und du wirst in eine Kunstausstellung gebracht / . . . du kommst vielleicht in eine Lehranstalt der fünften Symphonie."

Soll es einfacher sein, so läßt man es am besten hemingwehen. Dann beginnt eine Erzählung so: „Damals wohnte ich in einer europäischen Großstadt und hatte als Angestellter einer Buchhandlung mein Auskommen . . ." Und wenn es eher expressionistisch sein soll: „Ich sehe das Telefon. Ich stelle die Nummer ein, weiß sie im Schlaf, er ist da, ich schwelle an, seine Freundin ist dort, ich schwinde." (Von einer Dame.)

Je länger man in solchen Zeitschriften liest, desto mehr wird man von einer beklemmenden Traurigkeit erfaßt. Man sieht diese Jünglinge und Mädchen in unendlicher Zahl in ihren Bohème-Buden sitzen und das Papier mit den gleichen Worten füllen, von denen uns keines wirklich erreicht.

ANTON MADLER

Van Goghs Vorbild: „Haager Schule" in London

Stachelige Kammerstücke

Als Vincent van Gogh beschlossen hatte, Maler zu werden, holte er sich bei ihnen praktischen Rat. Um Geld zu verdienen, kopierte der junge Piet Mondrian ihre Gemälde. So zukunftsweisend wirkte die Schule von Den Haag. Sie selbst, Ironie der Kunstgeschichte, orientierte sich an der Vergangenheit, am goldenen Zeitalter der holländischen Malerei im 17. Jahrhundert, an Malern wie van Goyen, Ruisdael, Cuyp, Paulus Potter, Vermeer und allen voran Rembrandt.

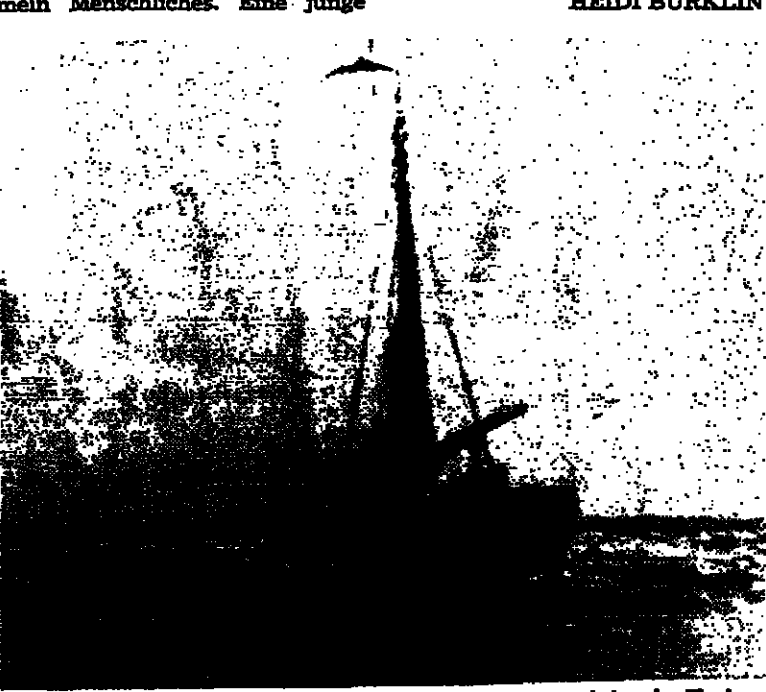
Die holländischen Maler der Gruppe, die etwa ab 1870 für drei Jahrzehnte lang ähnliche Ziele verfolgten, hatten sich international umgesehen, Reisen nach Deutschland und in die Schweiz gemacht. Einige hatten in Paris gelebt und dort die nur wenig älteren Landschaftsmaler von Barbizon bewundern gelernt. Zu Hause, in Den Haag, aber konzentrierten sie sich auf ihre nächste Umgebung: Auf Landschaften, Seestücke und Interieurs. Wirklichkeitstreue war die Parole, meditative romantische Werke, die der beginnenden Industrialisierung bewußt den Rücken kehrten.

Mit solchen Kammerstücken, von denen jetzt 165 in der Londoner Royal Academy zu sehen sind, errangen sie rasch Erfolg im Ausland. Einer der bekanntesten dieser Gruppe war Jozef Israels. Dem ausgebildeten Historienmaler öffnete ein Aufenthalt in dem holländischen Ort Zandvoort 1855 die Augen für die Darstellungswürdigkeit des täglichen Lebens. Seinen Sinn fürs Grandiose verleugnete er jedoch nicht. Mit sichtlichem Blick auf Rembrandt malte er dramatisch beleuchtete Genreszenen in großem Format, Alltägliches mit deutlichem Fingerzeig auf allgemein Menschliches. Eine junge Mutter, die ihr Kind füttert, betitelt er, ein sentimentaler Realist, als „Hüttenmadonna". Israels stellte erfolgreich in Deutschland aus und wurde ein enger Freund Max Liebermanns.

Ein weiterer Pionier dieser Bewegung war Jacob Maris, der älteste dreier Malerbrüder. Sechs Jahre lang hatte er in Paris von Corot inspiriert hübsche Italienerinnen gemalt. Holland bekehrte ihn zur Landschaft. Einige der am subtilsten gemalten Bilder in dieser Ausstellung stammen von ihm: Seestücke mit stachelig modelliertem Wolkenstil, tiefen Horizonten und Stadtansichten, in denen Windmühlen und Brücken Bilderbuchakzente setzen. Eine phantastische Note liefert sein Bruder Matthiys Maris. Im Ausland lebend, malte dieser Eigenbrötler aus der Erinnerung stilisierte Figurenbilder, holländische Küchenmädchen mit verträumtem Blick und Genreszenen voll symbolträchtiger Anspielungen. Bodenständig in Den Haag lebte dagegen der jüngste der Brüder, Willem Maris. Hier malte er seine charmanten, von Paulus Potter inspirierten Tierszenen und Erntebilder, die Millet verschwistert sind.

Den stärksten Eindruck auf diesem Holland-Spaziergang – und genau dazu gerät ein Besuch dieser charmanten Ausstellung – hinterläßt wohl Jan Hendrik Weissenbruch: Streng komponiert liefert er poetisch atmosphärische Ansichten mit mathematischem Flair. Zu Recht hängen sie hier neben Mondrians frühen Werken, der die gleichen Landschaftsthemen wie die Meister der Haager Schule aufgreift und sie schon hier in knappem Liniengerüst durchorganisiert. (Bis 10. Juli; Den Haag: 5. August bis 31. Okt.; Katalog: 6,95 Pfund).

HEIDI BÜRKLIN



Die Erben des Goldenen Zeitalters der holländischen Malerei: „Fischerboot" von Jacob Maris, 1878, aus der Londoner Ausstellung FOTO: ROYAL ACADEMY

Niki Lists Erstling: Der Film „Café Malaria"

Schizo brodelt im Glas

Drei Handgriffe genügen, und eine mausgraue Fassade verwandelt sich in das verlockende Tor zu einer exotischen Welt. Fiebrig flackert das Neonschild „Malaria" und zieht Wiens Nachtschwärmer magisch an. Wer eben noch maulend im Büro saß, eilt nun heimwärts, tauscht triste Alltagskluft gegen bonbonbunten Boutiquen-Fummel und hastet ins Café Malaria, um auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten keine Nummer zu verpassen.

Denn hier wird nicht die vielbesungene Wiener Kaffeehaus-Kultur gepflegt, hier herrschen die Trends der Neuen Welle. Man trinkt dämonisch brodelnde Cocktails, die „Captagon-Citron" oder „Schizo" heißen, und hört dazu elektronischen Klangbrei, den Bands wie „Minisex" oder „Rosachrom" anrühren.

Und die Handlung? Der Wiener Regisseur Niki List konnte in seinem Erstlingsfilm getrost auf dramatische Verwicklungen verzichten und sich fast ganz auf seine schillernden Helden verlassen. Da schwafelt der ewige Student vom Klassenkampf, während ein hohlwangiger Asket seine „Beziehungskiste" aus der Sackgasse ziehen will.

Ein stoppelbärtiger Möchtegern-Cowboy trägt maskenhafte Lässigkeit zur Schau, und auch Niki List mischt sich mit Gangster-Schlapphut unter die Gäste. Wie auf einer Modenschau läßt der Regisseur all diese Figuren posieren und gönnt ihnen dann auf dem glattpolierten Laufsteg komische Ausrutscher. Nicht der erhobene Zeigefinger, sondern schlichter Slapstick enthüllt so den Narzißmus der allzu schicken Jugend.

Vor allem aber brennt der 26jährige Zelluloidartist ein Feuerwerk unerwarteter Gags ab. Auf der surrealistisch anmutenden Toilette wird auf Godot gewartet, ein Feuerzeug spuckt Wasser, und der Mörder aus Fritz Langs „M" geht um. Und mit dem geschickt eingebauten Fortsetzungs-Sketch vom Stammgast im Straßenkreuzer, dessen Weg ins Malaria mit etlichen Hindernissen gespickt ist, beweist Niki List Gespür für erzählerische Ökonomie. Elegant verquirlt er zudem Wiener Schmäh, absurdes Theater und englischen Sarkasmus, so daß sein parodistisches Porträt der eigenen Generation eine für Debütanten verblüffende Raffinesse verrät.

So ist sein Film nicht nur eine vergnügliche Geisterbahnfahrt durch die heutige Jugendkultur, sondern auch ein erfrischender Kontrast zu den problembefrachteten Werken mancher hiesigen Jungfilmer. Diese lockere, freche und doch nie schlampige Regiehandschrift hat Niki List völlig zu Recht den Max-Ophüls-Preis 1983 eingebracht. Wenn die kurzweilige Sumpfblütenlese dann allmählich ermüdend zu werden droht, schließt das Café Malaria seine Pforten. Pech für den Jungen im Straßenkreuzer. Er hat gerade seinen Parkplatz gefunden.

HERBERT NAUJOKAT

„Für das kulturelle Leben auf dem Lande": Alte Burgen in der „DDR"

Ein Schloß für die CDU in Sachsen

Über 3000 Burgen, Schlösser und historische Ruinen gibt es in der „DDR" – aber um dies kulturelle Erbe zu bewahren, müssen „die Bürger, insbesondere die Jugend, aktiv mit zugreifen". Ohnehin kann, mangels Masse, „in vielen Fällen vorerst nur Substanzerhaltung vorgenommen werden".

Auf diesen Umstand hat der Denkmalpfleger Hans-Joachim Mrusek, ein bekannter Wissenschaftler seiner Disziplin in der „DDR", in einem umfassenden Aufsatz über sein Tätigkeitsgebiet für die Zeitschrift der Deutschen Burgenvereinigung e. V. in Braubach am Rhein hingewiesen. Angesichts der im Lutherjahr vielfältigen Berichte über die Wiederherstellungsarbeiten an der Wartburg legt Mrusek dar, mit welchen Mühen selbst stark zerstörte Anlagen (wie das Berliner Schloß Friedrichsfelde) wieder in den Zustand versetzt wurden, die eine tunlichst „gesellschaftliche Nutzung" ermöglichen. Dabei erwähnt er für Sachsen und Anhalt das Barockschloß von Burgscheidungen, das im Hinblick auf die Nutzung als (Ost-) CDU-Parteischule und wegen seiner durchgreifenden Restaurierung von Bedeutung sei. Seit 1975 arbeiten für solche Zwecke „Volkseigene Betriebe für Denkmalspflege" in Halle, Erfurt, Dresden, Schwerin und Ost-Berlin.

Denkmalpflegerische Arbeiten werden für die Burgen Allstedt und Heldrungen erwähnt, die im Aufsatz als „Gedenkstätten des Deutschen Bauernkriegs" erscheinen. In Allstedt wird das Innere des Westflügels der Kernburg restauriert, in Heldrungen unter anderem der innere Zwinger. Kontinuierlich gehen die Restaurierungsarbeiten an der Burg Querfurt weiter, die als „größte und älteste Feudalburg Deutschlands" gilt.

Burganlagen mittlerer Größe sollen nach Möglichkeit „für das kulturelle Leben auf dem Lande" erschlossen werden, wie die Westernburg aus dem 11.–14. Jahrhundert im Harz. Das Schloß von Schkopau bei Merseburg mit romanischem Bergfried und Wohngebäuden des 16. Jahrhunderts wird als Gästehaus des „VEB Chemische Werke Buna" in Schkopau und Amtssitz des Rates der Gemeinde ausgebaut.

Nutzungsvorschläge für die in Thüringen besonders zahlreichen Burgen und Schlösser sind bereits 1964 gemacht worden. Leider wird nicht gesagt, ob inzwischen auch aktiv am Baukörper etwas geschehen ist. Besonders hervorgehoben wird aber die Wiederherstellung des Renaissanceschlosses Wilhelmsburg in Schmalkalden am Südhang des Thüringer Waldes mit seinem „Riesensaal".

In Sachsen hat sich die Denkmalpflege bei der Restaurierung des Schlosses Hartenfels in Torgau Jagdbilder von Lucas Cranach mit seiner Darstellung zum Vorbild genommen. Für die Torgau benachbarten kursächsischen Schlösser Lichtenburg zu Prettin, Schloß Annaburg und den kurfürstlichen Landsitz Graditz gibt Mrusek unter anderem folgende Nutzung an: Gedenkstätten für Opfer des Faschismus, Wohnzwecke und Gestüt.

In Mecklenburg schließlich habe eine „durchgreifende Restaurierung und Aufwertung" der drei großen landesherrlichen Schlösser Schwerin, Güstrow, und Ludwigslust stattgefunden. Gelegentlich wird sogar soziale Nutzung beseitigt, um ein reines „Führungsobjekt" wiederherzustellen, wie zum Beispiel beim Schloß Mirow, „das nach Herausnahme des Alters- und Pflegeheims für kulturelle und museale Nutzung in Kürze umgestaltet werden soll".

EBERHARD NITSCHKE

Neue Horizonte im Kampf gegen den Krebs

„Monoklonale Antikörper" heißt das jüngste Zauberwort

JOCHEN AUMILLBR, Bonn

Das neueste Zauberwort in der Krebsforschung heißt „monoklonale Antikörper". Mit diesen immunologischen Präzisionsgeschossen soll künftig die Erkennung wie auch die Behandlung von Krebserkrankungen wesentlich verbessert werden: „Die Zauberkugel der nächsten fünf Jahre", kommentierte Professor Dr. H. Koprowski, Leiter des berühmten Wistar-Instituts in Philadelphia, das diese neue, vielversprechende Entwicklung stark vorangetrieben hat. Koprowski kam mit zahlreichen weiteren Krebsforschern zum IV. Expertentreffen, das die Dr. Mildred Scheel Stiftung zusammen mit der Deutschen Stiftung für Krebsforschung in Bonn veranstaltet hat.

Einer der Tagungsleiter, der Münchener Immunologe Professor G. Riethmüller, verglich gestern die monoklonalen Antikörper mit Scheinwerfern, die bisher unbekannte Zellgeschöpfe im Dunkeln des Körpers erhellen können. Sie erleuchten dabei nur einen winzigen Teil der Zelloberfläche. Deshalb wird angestrebt, mehrere solche Antikörper einzusetzen, „um erkennen zu können, ob es sich um einen Elephanten, ein Nashorn oder Nilpferd handelt". Gemeint sind natürlich die Krebszellen, deren Oberflächenstrukturen von den Antikörpern erkannt werden sollen. Für einige Krebsformen gibt es bereits dieses neue immunologische „Waffensystem", und zwar für Krebse des Verdauungstraktes von Magen bis Dickdarm. *Man kennt einige Gemeinsamkeiten* der Zelloberflächen dieser Tumoren und hat dagegen einen gezielten Gegenstoff, einen monoklonalen Antikörper, produzieren können. Das Herstellungsverfahren solcher *Antikörper ist erst 1976* beschrieben worden. Nach Ansicht der Experten ist es dieser Technik zu verdanken, wenn sich in der Krebsforschung, nach zwanzig Jahren Resignation, neue Horizonte aufgetan haben.

Was sicher nicht zu erwarten ist: ein Antikörper gegen alle Krebsformen. Jeder Krebstyp fällt durch ein eigenes Profil auf. Es ist ohnehin schon überraschend, daß für die Wucherungen des Verdauungstraktes eine gemeinsame „Nase" gefunden wurde, gegen die Antikörper gebildet werden können. Das Geniale an diesem Gegenstoff: Sie können sowohl als „Scheinwerfer", also als Diagnostikum, verwendet werden als auch als Zielgerät, an das andere Stoffe gekoppelt werden können. Damit ist gewährleistet, daß die eventuell verwendeten Zellgifte nur an die Krebszellen transportiert werden und dort ihr Zerstörungswerk vollenden, nämlich die Krebszelle zu vernichten. Erste Versuche mit dem Zellgift Rizin, das mit einem Antikörper chemisch geknüpft wurde, liegen vor. Die texanische Wissenschaftlerin Ellen Vitetta hat darüber in Bonn berichtet. Sie hat freilich bisher nur am Mausmodell gearbeitet. Es zeigte sich jedoch, daß der eingeschlagene Weg richtig ist.

Inzwischen sind bereits einige monoklonale Antikörper auf dem Markt. Mit großem Raffinement wird derzeit daran gearbeitet, die Antikörper mit Radioisotopen zu koppeln, um damit Krebsgeschwülste und ihre Absiedlungen gezielt darzustellen. Professor Dr. J. P. Mach vom Ludwig-Institut für Krebsforschung in Epalings/Schweiz führte auf der Krebshilfe-Tagung bereits einige spektakuläre Beispiele vor. Es gelang, Dickkrebs und seine Absiedlungen mit solchen Immunszintigrammen darzustellen.

Als wichtige neue Erkenntnis stellte Mildred Scheel in ihrer Abschlußrede die Entdeckung von tumorspezifischen Gendefekten heraus. Diese sogenannten Onkogene sind im Erbmaterial jedes Menschen vorhanden. Scheel: „Trotzdem sind etwa drei Viertel aller Menschen verhältnismäßig resistent gegen eine Krebserkrankung. Bei dem verbleibenden Viertel weisen nun verschiedene Indi*zien darauf hin, daß ihre Anfällig*keit gegen Krebs genetisch vorgegeben und damit als erbliche Prädisposition im Erbgut verankert ist.

Monsieur Burgalat und die Fußstapfen des alten Römers

A. GRAF KAGENECK, Paris

Marcus Vispanius Agrippa, Feldherr, Kartenzeichner und Straßenbauer des römischen Imperiums kurz vor der Zeitenwende, hatte unweit davon schon einmal den steinigen Boden des Plateaus von Langres bearbeiten lassen, um ihm eine Trasse für das letzte Teilstück der Heerstraße von Arles nach Trier aufzunötigen. 2000 Jahre später fühlte sich Yves-Bertrand Burgalat, Präsident der französischen Autobahn-Gesellschaft „Paris-Rhein-Rhone" und in seinem aquilinischen Profil dem Römer nicht unähnlich, veranlaßt, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten und den großartigen Straßenbau für die moderne Welt nachzuvollziehen. In Gegenwart des Innenministers Gaston Defferre übergab der ehemalige Kavallerie-Offizier und Regions-Präfekt ein 71,5 Kilometer langes neues Teilstück der Autobahn Lothringen–Burgund zwischen Montigny-Le-Roi in der Champagne und Til Châtel in Burgund dem Verkehr.

Einem Verkehr, der lange und immer ungeduldiger auf dieses Ereignis gewartet hatte. Denn die Achse Lothringen–Burgund ist eine der am dichtesten befahrenen in Europa, platterdings die Touristenstraße, nachdem sie jahrhundertelang die Einfallschneise für Heere aus dem Osten war. Alles, was von Skandinavien, den Niederlanden, den Deutschen Landen an Rhein und Weser nach Süden, zur Sonne und zu den Fleischtöpfen Navarras und Cataloniens drängte, mußte bisher den kostspieligen Umweg über Paris machen oder sich von Nancy aus, wo das europäische Autonetz endete, auf den abenteuerlichen, zeitfressenden Weg über enge und kurvenreiche Nationalstraßen bis Dijon in Burgund machen. Dem wird zwar ein paar Jahre lang streckenweise hin noch weiter so sein, aber mit der Eröffnung dieses ersten durchgehenden Autobahnstücks im südlichen Teil der Gesamtstrecke ist schon vieles leichter und kürzer geworden, ist die *beschwerliche Kurvenfahrt* über die Nationalstraße 74 durch das obere Maasstal und über die kahlen Karste des Plateaus von Langres nur noch böse Erinnerung.

Wenn im Juni 1984 das jetzt bestehende *Autobahnstück nach* Norden bis Toul verlängert und damit an die große Ader Köln–Luxemburg–Metz–Paris angeschlossen wird, bleibt nur ein allerletztes Loch zwischen Til Châtel und Dijon von 30 km Länge. Bisher konnte es aus „politischen Gründen" nicht geschlossen werden, da sich sozialistische Regierungsmehrheit und bürgerliche Opposition nicht über die Verteilung der Kredite in Gemeinde- und Generalräten einigen konnten. Nach neuesten Nachrichten ist auch das geschafft, so daß die agrippinische Heerstraße in ihrer Neuauflage des 20. Jahrhunderts etwa ab 1986 voll und ganz befahrbar sein wird.

Reisenden, die mit Weile eilen wollen, bietet sich vom kommenden Herbst an eine besondere Attraktion: Auf einem Rastplatz hart nördlich des Städtchens Til Châtel können sie die Überreste einer großräumigen gallo-romanischen Villa aus dem ersten Jahrhundert besichtigen, die bei der Vorbereitung der Autobahntrasse durch Luftaufnahmen entdeckt wurden. Die ursprünglich geplante Linienführung der Bahn wurde eigens des Fundes wegen umgeleitet.



Steilflug in die Popularität: Zusammen mit der skandinavischen SAS hält Lufthansa weltweit den Pünktlichkeitsrekord. FOTO: MANFRED GROHE

Lufthansa segelt am „Paxen-Ärger" vorbei

Trotz der Haftungsverschärfung ist die Fluggesellschaft noch in kein einziges Regreßverfahren verwickelt worden

H.-H. KANNENBERG, Köln

Das Gewittergebiet war riesig in der Ausdehnung. Vor der Fernost-Chartermaschine lag eine gigantische Wolkenbarriere. Um seinen Fluggästen, größtenteils Urlaubern, das riskante Abenteuer eines Gewitterfluges zu ersparen, entschloß sich der Pilot zu einer Zwischenlandung in der Golfregion. Seitdem liegt seine Fluggesellschaft mit einem der geschonten „Paxe" (*Kabinenslang für Passagiere*) in juristischem Clinch. Der Fluggast will 20 000 Mark Schadenersatz. Die Zwischenlandung, so argumentiert er, sei unnötig gewesen.

Seit Januar dieses Jahres ist bei allen Fluglinien, die deutsche Flughäfen anfliegen, „Paxen-Ärger" ähnlicher Art programmiert. Im Winter erklärte der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe ein Urteil des Oberlandesgerichts Köln für verbindlich, wonach die bis dahin gültigen „Allgemeinen Beförderungsbedingungen" (ABB) und die „Besonderen Beförderungsbedingungen" (BBB) der Deutschen Lufthansa (LH) gegen das 1977 erlassene Verbraucherschutzgesetz verstießen. Damit wurden die bis dato nahezu allgewaltigen Fluggesellschaften, die auf deutschen Flughäfen starten oder landen, in Sachen Haftung an die kurze Leine genommen.

Seit sechs Monaten fliegen die deutschen Passagiere nun unter Haftungsbedingungen, wie sie auch für jeden Taxi- oder Busunternehmer gelten. Doch die verbraucherfreundliche Revision der „skandalösen" (Expertenurteil) LH-Beförderungsbedingungen hat in der Praxis bei der Lufthansa seither nicht die kleinste Welle geschlagen.

Wer zu Beginn der Urlaubssaison '83 einen LH-Flugschein bucht, liest beigefügt freilich noch die alten Beförderungsbedingungen. Dort heißt es: „Der Luftfrachtführer ist nach besten Kräften bemüht, Fluggast und Gepäck möglichst pünktlich zu befördern. In Flugplänen oder anderswo angegebene Verkehrszeiten sind jedoch nicht garantiert . . ."

Umgekehrte Beweispflicht

Nirgendwo erfährt der Fluggast, daß dieser generelle Haftungsausschluß juristisch Schnee „von gestern" ist. Im neuen Text, der erst in Druck geht, wird stehen, daß alle obengenannten Fälle dann Haftung nach sich ziehen, wenn der Fluggesellschaft Vorsatz oder Fahrlässigkeit anzulasten ist. Die Beweispflicht wurde vom BGH umgekehrt: Nicht der Passagier (Kläger) muß der Fluglinie Vorsatz oder Fahrlässigkeit nachweisen, die Gesellschaft muß vielmehr ihre Schuldlosigkeit unter Beweis stellen.

Daß die von Juristen geschärfte Haftungsbombe nach sechs Monaten auf LH-Terrain noch keinen einzigen Schadenersatzkrater gerissen hat, ist für die Lufthansa nicht erstaunlich: „Meist geht es bei Regreßforderungen um Unpünktlichkeit. Doch hier haben wir uns nichts vorzuwerfen!" Lufthansamaschinen halten mit der skandinavischen SAS weltweit den Pünktlichkeitsrekord. Die Aprilzahlen: 97,4 Prozent aller LH-Flüge im Deutschlandverkehr kamen pünktlich an, im Europaverkehr 96,3 Prozent, im Interkontinentalverkehr 89,2 Prozent.

Auch die vom BGH beschnittene Willkür beim kurzfristigen Wechsel von einem Flugzeugtyp auf einen anderen oder die Inanspruchnahme anderer Fluggesellschaften in Notfällen hat nach einem halben Jahr novellierter Vorschriften noch keinen Prozeßärger gebracht. In den vergangenen Jahren hatten erfahrene Flugpassagiere besonders dann sauer reagiert, wenn sie bei einem „Aircraft-Change" unvermutet auf einer – eine Zeitlang ins Gerede gekommenen – DC-10 landeten. Keinen „Paxen-Ärger" gibt's dagegen, wenn eine Boeing 727 gegen eine 737 oder einen Airbus ausgetauscht werden muß. Die Lufthansa: „Wir wissen, daß das Vertrauen der Passagiere mit dem verwendeten Fluggerät gekoppelt ist und respektieren das. Deshalb werden wir auch *niemals* nur deshalb eine kleinere Maschine einsetzen, weil die vorgesehene große nicht ausgebucht ist!"

Gerichtsbilanz im Herbst

Daß bei der an sich passagierfreundlichen Flugpraxis der Lufthansa verbraucherfeindliche Beförderungsbedingungen, die wie die, jüngst passierten, überhaupt notwendig waren, wird von der LH-Spitze mit internationalem IATA-Brauch begründet: „Unsere Beförderungsbedingungen glichen den Vorschriften aller IATA-Mitglieder. *Das BGH-Urteil hat nun* zweierlei Recht geschaffen. Im Ausland fliegen wir nach den alten Beförderungsbedingungen."

Die Lufthansa aber und alle in der Bundesrepublik arbeitenden Konkurrenten (Linie oder Charter) stehen derzeit mit neuen, verbraucherfreundlichen Haftungsregeln in ihrer ersten großen Bewährungsprobe: der sommerlichen Urlaubsflugsaison 1983. Im Herbst wird Gerichtsbilanz gemacht!

Zulauf im „Hotel zur feuchten Windel"

Pol. Wien

Im „Baby-Hotel", das dieser Tage in Trebesing im Kärtner Liesertal seine Pforten öffnete, laufen die Uhren anders; in dieser exklusiven Herberge, vom Volksmund bereits „Hotel zur feuchten Windel" genannt, wird schon der „Frühstücksdrink" nicht nur in einer bruchsicheren Flasche mit Schnuller, sondern auch gleich in einem Warmhaltegerät serviert. Dann wird der noch schlaftrunkene Klein-Gast entkleidet, gebadet, gesalbt, mit Puder eingestuppt und zuletzt in blütenweiße Windeln verpackt. Mit diesem Luxusservice beginnt der Urlaubsalltag in diesem babyfreundlichsten Hotel Europas. Zum ersten Mal können Elternpaare mit Kleinstkindern sorg- und ärgerlose Ferien machen. Vielstimmiges Babygeschrei gehört zum „guten Ton" in diesem Haus. Baby-Hochsitze im *Speisesaal schließen jeden Unfall* aus. Die Nachfrage nach den 80 Zimmern ist entsprechend groß, seitdem sich der Werbeslogan „Babys willkommen" herumgesprochen hat. Die Babys wohnen gratis. Für jedes wird zudem eine Fichte als „Lebensbaum" gepflanzt und damit noch zum Umweltschutz beigetragen.

Und wieder „weinen" die Gummibäume

Brasilien hat seine Kautschuk-Produktion neu entdeckt / Exportpläne für 1990

dpa, Belem

Im Amazonasgebiet „weinen" die Gummibäume wieder. Brasilien, knapp an Devisen, hat ein Heer von „Seringuerios", Kautschukzapfern, aktiviert, die diesen wichtigen Rohstoff aus dem Urwald holen. In den Siedlungen und Anlegestellen zwischen Benjamin Constant an der peruanischen Grenze und Belem im Amazonasdelta nehmen die Flußfrachter die weißgraue Gummimasse wieder häufiger an Bord. Außer den wild ausgebeuteten Gummibäumen, „Hevea Brasiliensis" genannt, findet man im Dschungel inzwischen auch planmäßig angelegte Plantagen mit hohen Erträgen. In die Kautschukwirtschaft hatte Brasilien 1981 eine Milliarde Mark investiert, um von Importen unabhängig zu werden.

Brasilien, das um die Jahrhundertwende den Weltmarkt beherrschte, *mußte Ende der 70er* Jahre gut zwei Drittel seines eigenen Bedarfs einführen und gab dafür jährlich an die 100 Millionen Dollar aus. 1982 sah das Ergebnis bereits erfreulich aus: Die Produk*tion erreichte 32 800 Tonnen Natur*gummi und war die höchste seit Ende des glanzvollen Kautschukbooms im Jahr 1912. Sie lag auch neun Prozent über der 1981 erzeugten Menge und erlaubte damit eine Reduzierung der Importe von 44 000 Tonnen im Jahr 1981 auf 36 000 Tonnen im Vorjahr. Bis 1990 will Brasilien wieder von Naturgummieinfuhren unabhängig sein und sogar mit Exporten beginnen.

Die Hauptarbeit leisten auch heute noch die Kautschuksammler im Dschungel, die den gewonnenen Latex nach primitiven Methoden über beißenden und die Atemwege angreifenden Nußschalenfeuern zu Rohkautschuk schmelzen.

Kautschuk – der Name bedeutet in der Indianersprache „weinender Baum" – wurde schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts im Amazonas gewonnen. Doch die eigentliche Bedeutung bekam der Rohstoff erst nach der Entdeckung des Vulkanisierungsprozesses durch Charles Goodyear im Jahr 1844. Wenig später setzte der Gummiboom ein. Allein in Manaus wuchs die Bevölkerung in kurzer Zeit von 20 000 auf mehr als 70 000 Menschen an.

Der Boom dauerte von 1880 bis *1912, als Brasilien das Monopol* besaß und aufgrund der nicht zu erfüllenden Nachfrage die Preise in schwindelnde Höhen stiegen. Die Reichen in Manaus und Belem lebten in unvorstellbarem Luxus. So ließen sie das Zollgebäude, das heute noch steht, Stein für Stein aus England importieren und bauten sich nach Pariser Vorbild ein aufwendiges Opernhaus, in das sie dann auch Spitzenkräfte wie Enrique Caruso verpflichteten. Die Geschäfte boten die besten Waren aus der alten Welt an.

Der rapide Verfall Amazoniens als Kautschuklieferant setzte nach 1912 ein, als die Plantagen in Malaya den Rohstoff billiger produzierten. 1976 hatte der Engländer Henry Wickham Samenkörner der „Hevea Brasiliensis" aus Brasilien geschmuggelt und damit den Bruch des Monopols eingeleitet. 1914 besaß Brasilien noch 44 Prozent des Weltmarktanteils, der bis 1930 auf kümmerliche zwei Prozent sank.

Mit dem Vormarsch der Japaner in Südostasien wurde Brasilien als Lieferant für Naturkautschuk für die Alliierten wieder interessant. Die Amerikaner setzten Flugzeuge ein, um den Rohstoff aus dem Amazonas zu holen. Doch diese vorübergehende Blüte führte zu keinem Boom. Die Kautschukbäume vernarbten wieder.

(HORST H. GRIMM)

„UdSSR" stand auf Moskaus Spionageboje

AP, Bellevue

Eine von elfjährigen Pfadfindern an der Küste des US-Bundesstaates Washington gefundene seltsame Boje hat sich als sowjetisches Spionagegerät entpuppt. Der Leiter der Pfadfindergruppe, Mark Carrington, erklärte jetzt in Bellevue, amerikanische Marineexperten hätten inzwischen bestätigt, daß die sowjetische Boje im Meer ausgesetzt worden war, um die Bewegungen der amerikanischen Trident-Unterseeboote aufzuzeichnen. Die Jungen hatten die orange-weiße Boje im vergangenen September während ihres ersten größeren Pfadfinder-Lagers an einem Strand entdeckt *und angesichts der Aufschrift* „UdSSR" angenommen, es handele sich um ein Spionagegerät. Sie informierten die Küstenwache. Am vergangenen Freitag hatte Verteidigungsminister Caspar Weinberger *eine sowjetische* Spionageboje erwähnt. Wie Marinebehörden inzwischen bestätigten, hatte Weinberger die von den Kindern entdeckte Boje gemeint. Die Boje wurde in dem Gebiet gefunden, in dem im Sommer 82 das sowjetische Aufklärungsschiff „Aavril Saritschew" gesichtet worden war.

Lebenslange Haft

dpa, Colombo

Der Luftpirat Sepala Ekanayake (30) aus Sri Lanka, der 1982 mit der Entführung einer Verkehrsmaschine der Fluggesellschaft „Alitalia" weltweites Aufsehen erregte, ist gestern in Colombo zu lebenslanger Haft verurteilt worden, darunter drei Jahre Haft unter verschärften Bedingungen, weil er 299 700 Dollar an „gestohlenem Vermögen" behalten habe.

Neuer Trick

dpa, Paris

Besonders dreiste Trickdiebe haben einer 94jährigen Frau in Paris Schmuck und Goldbarren im Wert von 825 000 Mark gestohlen. Sie präsentierten sich mit einem falschen Polizeiausweis an der Wohnung der reichen Witwe und brachten einen Komplizen in Handschellen mit. Der Gefesselte sei in dem Wohnhaus gefaßt worden, erklärten die Männer. Man müsse in der Bank der alten Dame überprüfen, ob Schmuck und Gold noch vollständig seien.

Mehr als 1000 Tote

AP, Neu-Delhi

In dem von Überschwemmungen heimgesuchten indischen Bundesland Gudscharat sind nach offiziellen Angaben mehr als 1000 Menschen ums Leben gekommen. Bislang wurden rund 450 Leichen von Rettungsmannschaften geborgen. Zehntausende von Indern sind in ihren Dörfern von der Umwelt abgeschnitten.

Wieder Giftanschlag

dpa, München

Erneut ist ein Giftanschlag mit einem Kräuterlikör verübt worden. Ein 73jähriger Rentner aus München überlebte nur, weil er beim ersten Schluck den üblen Geruch und die ätzende Wirkung des Magenbitters bemerkte und sofort in ein Krankenhaus fuhr.

Feuriger Greis

rtr, Hongkong

In dem Glauben, seine 86jährige Frau Zse Ying habe einen Liebhaber, hat der 93 Jahre alte Sun Bui seine Frau aus dem Bett gezogen und getreten. Der Mann wurde jetzt gegen Kaution entlassen. „Sie sollen in Zukunft nicht so eifersüchtig sein", *riet der Untersuchungsrichter* dem feurigen Greis.

WETTER: Kühl und wechselhaft

Wetterlage: Die Kaltfront eines *Tiefs über Schweden und Norwegen* überquert heute den größten Teil Deutschlands, dahinter fließt kühle Meeresluft ein.

Deutscher Wetterdienst 29. Juni 1983, nachts.

Vorhersage für Donnerstag

Bundesgebiet und Berlin: Im Südosten zunächst noch aufgeheitert und kaum Niederschlag, sonst meist stark bewölkt, im Tagesverlauf von Nordwesten Bewölkungsauflockerung, aber weiterhin Schauer. Höchsttemperaturen 14 bis 18 Grad. Im Südosten bis 21 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Freitag 8 bis 14 Grad. Im Norden frischer, sonst mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Im Norden und Westen zögernde Wetterberuhigung, sonst unbeständig.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	13°	Kopenh.	15°
Dresden	19°	Las Palmas	21°
Essen	13°	London	18°
Frankfurt	17°	Madrid	26°
Hamburg	12°	Mailand	24°
List/Sylt	14°	Mallorca	28°
München	16°	Moskau	23°
Stuttgart	17°	Nizza	24°
Algier	26°	Oslo	19°
Amsterdam	15°	Paris	18°
Athen	27°	Prag	17°
Barcelona	24°	Rom	30°
Brüssel	18°	Stockholm	16°
Budapest	20°	Tel Aviv	30°
Bukarest	22°	Tunis	28°
Helsinki	16°	Wien	18°
Istanbul	27°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.09 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr, **Mondaufgang:** 1.00 Uhr, Untergang: 11.04 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Verspätung der Erde zwingt zur Schaltsekunde

KLAUS BRUNS, Hamburg

Es ist wieder einmal soweit: Mutter Erde hat sich etwas Zeit gelassen und ist der supergenauen Kunstzeit, die unsere modernen Atomuhren produzieren, ein wenig hinterhergelaufen. Und da sich unser schlingernder Planet nicht auf die Tugend absoluter Pünktlichkeit verpflichten läßt, müssen die „Zeitmacher" tun, was ihnen eigentlich zutiefst widerstrebt: Heute abend um 24.00 Uhr Greenwich-Zeit (bei uns ist es dann 2.00 Uhr früh) halten sie für eine Sekunde ihre Uhren an, um der Erde die Chance zu geben aufzuholen. Da*nach, so schätzen, die Experten*, werden Kunstzeit und astronomische Zeit wenigstens für ein halbes Jahr wieder einigermaßen synchron laufen. Dann, vielleicht zur Jahreswende, wird eine neue „Schaltsekunde" fällig werden.

Das ganze „Übel" begann im Jahr 1933. Damals entwickelten die Physiker Scheibe und Adelsberger von der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt die erste Quarzuhr, deren „Unruh" ein elektromechanisch schwingender Quarzkristall war. So gleichmäßig „maß" diese Uhr die Zeit, daß ein Vergleich mit der bis dahin „maßgebenden" Sonnenzeit sehr bald ergab: Die Erde eiert. Anders ausgedrückt: Die Erde, deren Rotation bis dahin den Takt aller Uhren an Präzision übertraf, wurde plötzlich von einer künstlichen Uhr der Ungenauigkeit überführt.

Hatte man bis dahin den 86 400sten Teil des Erdentages zur Sekunde erhoben, so mußte man jetzt erkennen, daß diese Sekunde wegen der nun festgestellten ungleichmäßigen Länge des Tages gar nicht mehr recht definiert war. Oder: Die Sekunde war ungenauer definiert, als es die neue Quarzuhr erlaubte.

Die Physiker, mit dieser Ungereimtheit ebenso unzufrieden wie die Astronomen, sannen auf Abhilfe. Sie legten den Erdentag – oder Sonnentag, wie man ihn in der verfeinerten Form nannte – ad acta und schufen die „Ephemeridenzeit". Diese Zeit basiert nicht mehr auf der Drehung der Erde um sich selbst, sondern auf der periodischen Bewegung der Erde um die Sonne. Zwar hatte man damit wieder eine nach menschlichen Maßstäben *sehr stabile kosmische* Grundlage entdeckt, auf der sich durch entsprechende Teilung die Sekunde genauer definieren ließ als zuvor; doch hatte dieser Vorteil den Preis von zwei Nachteilen: *Einmal läßt* sich die ziemlich synthetische „Ephemeridenzeit" in der Praxis nur mit sehr viel Aufwand realisieren. Jahrelange astronomische Vergleichsmessungen sind erforderlich, um auf dieser Basis die Sekunde bis auf das Höchstmaß der Genauigkeit zu definieren. Zum andern gibt es keinen theoretisch fundierten Zusammenhang zwischen der Erdrotation und dem Sonnenumlauf der Erde. Das bedeutet aber, daß eine an der einmal festgelegten Ephemeridenzeit geeichte Uhr nicht unbedingt für alle Zeit synchron läuft mit dem Tag-Nacht-Rhythmus auf der Erde.

Mit Jahresbeginn 1972 ist dieses Problem im weltweiten Konsens gelöst. Man hatte inzwischen die noch exakter gehenden Atomuhren zur Perfektion entwickelt und ihren Gang – ohne Rücksicht auf die *Astronomie*, aber *natürlich* in Anlehnung an die Ephemeridensekunde – zur Definitionsgrundlage der Sekunde gemacht. Die Uhr bezieht ihr Zeitnormal aus der absolut konstanten Schwingung von Cäsiumatomen. *Dieser* technisch-physikalisch zwar komplizierte, aber überall auf der Welt nachvollziehbare Vorgang liefert eine Sekunde von so unvorstellbarer Genauigkeit, daß die „Zeiger" zweier nicht miteinander gekoppelter Atomuhren erst nach vielleicht 100 000 Jahren eine Sekunde auseinanderklaffen würden.

Die Atomuhr mißt also die Sekunde so genau, wie es sich Physiker, Erdvermesser, Navigatoren in See-, Luft- und Raumfahrt nur wünschen können. Der Lauf der Erde ist dadurch aber nicht genauer geworden. Im Gegenteil, die durch Gezeiten, Klimageschehen, Meeresströmungen, Vegetationsvorgänge und sonstige „Massenbewegungen" auf und in der Erde ausgelösten ungleichmäßigen Rotationsschwankungen sind nur noch auffälliger geworden.

Generell beobachten die „Zeitmacher", daß die Erde jedes Jahr bis zu zwei Sekunden hinter der von der Atomuhr diktierten „Kunstzeit" zurückbleibt. Das wahre Jahr ist immer ein wenig *länger, als es unsere Uhren* wahrhaben wollen. Ein- bis zweimal jährlich, in der Nacht zum 1. Juli und in der Neujahrsnacht, gleicht die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig diesen *unabänderlichen* Synchronisationsfehler aus: Sie fügt eine zusätzliche Sekunde ein und verhindert so, daß irgendwann in zehnmillionen Jahren unsere Uhren auf Mitternacht zeigen, während die Sonne im *Zenit* steht . . .

ZU GUTER LETZT

Zahnlose Großmutter gewinnt Rechtsstreit um Fluor im Trinkwasser. Fluor dient dem Schutz der Zähne.
Meldung der dpa.